

# Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

---

## Die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin

Von

Dr. Hans Joachim von Koerber

unter Mitwirkung von Prof. Dr. Karl C. Thalheim



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT  
BERLIN 1954

**Schriften des Vereins für Sozialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 7/III**

**SCHRIFTEN  
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK**

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Neue Folge Band 7/III

---

**Untersuchungen zum deutschen  
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard P f i s t e r

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

**Die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge  
aus der Sowjetzone in Westberlin**

Von Dr. Hans Joachim v. Koerber  
unter Mitwirkung von Prof. Dr. Karl C. Thalheim



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
BERLIN 1954**

# **Die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin**

**Bearbeitet im Osteuropa-Institut  
an der Freien Universität Berlin**

**Von**

**Dr. Hans Joachim von Koerber**

**unter Mitwirkung von**

**Prof. Dr. Karl C. Thalheim**



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
BERLIN 1954**

**Alle Rechte vorbehalten**

**Copyright 1954 by Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde  
Gedruckt 1954 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin SW 29**

## Inhalt

<b>Einleitung: Zielsetzung und Durchführung der Untersuchung</b> .....	7
<b>I. Die Flucht- und Wanderungsbewegung nach Westberlin seit 1945</b>	
1. Zusammenhang von Flucht und Wanderung .....	11
2. Flucht und Zuwanderung nach Westberlin in den Jahren 1945—1948	12
a) Aufnahme von ostdeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen ...	12
b) Zuwanderung und inoffizielle Flucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet .....	14
3. Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet seit Ende 1948	16
a) Die Zeit des Westberliner Flüchtlingsdienstes .....	16
b) Das Westberliner Flüchtlingsgesetz und seine Auswirkungen ..	19
c) Bundesnotaufnahmegesetz und Bundeshilfe .....	21
4. Die „normale“ Zuwanderung in den Jahren der Massenflucht ...	28
5. Zahlenübersicht der Flucht und Zuwanderung nach Westberlin ..	33
<b>II. Die Heimatvertriebenen in Westberlin</b>	
1. Zahl und Zusammensetzung der Heimatvertriebenen .....	41
a) Zahl .....	41
b) Zeit der Zuwanderung .....	42
c) Herkunft .....	43
d) Alter, Geschlecht, Familienstand .....	45
e) Berufliche und soziale Zusammensetzung .....	52
2. Zur Eingliederung der Heimatvertriebenen .....	57
a) Aufnahme und Verteilung .....	57
b) Stellung im Erwerbsleben, Beruf und soziale Stellung .....	59
c) Verhältnis zur täglichen Umwelt .....	74
d) Verhältnis zum öffentlichen Leben .....	77

<b>III. Die Zonenflüchtlinge in Westberlin</b>	
1. Zahl und Zusammensetzung der Zonenflüchtlinge .....	82
a) Zahl .....	82
b) Herkunft .....	83
c) Zeit der Zuwanderung .....	84
d) Alter, Geschlecht, Familienstand .....	85
e) Berufliche und soziale Zusammensetzung .....	91
2. Zur Eingliederung der Zonenflüchtlinge .....	97
a) Aufnahme, Verteilung, Unterkunft .....	97
b) Zur wirtschaftlichen Eingliederung der anerkannten Flüchtlinge	101
c) Zur wirtschaftlichen Eingliederung von nichtanerkannten Flüchtlingen .....	105
d) Zur Lage der übrigen nichtanerkannten Flüchtlinge .....	108
e) Zur Lage der abgesprungenen und der inoffiziellen Flüchtlinge	113
f) Verhältnis zur täglichen Umwelt .....	114
g) Verhältnis zum öffentlichen Leben .....	118
<b>IV. Die Bedeutung der Eingliederung der Flüchtlinge für Westberlin .....</b>	<b>121</b>
<b>V. Sonderstellung und gesamtdeutsche Aufgabe Westberlins im Rahmen des Flüchtlingsproblems Von Prof. Dr. Karl C. Thalheim .....</b>	<b>124</b>
<b>Anhang:</b>	
<b>Quellen .....</b>	<b>133</b>
<b>Flüchtlingsbegriffe .....</b>	<b>135</b>
<b>Tabellen (mit Verzeichnis) .....</b>	<b>137</b>

## Einleitung

### Zielsetzung und Durchführung der Untersuchung

Der vorliegende Bericht wurde Anfang 1954 abgeschlossen, nachdem das zweite Halbjahr 1953 ein deutliches Nachlassen des Flüchtlingsstromes aus der Sowjetzone und damit eine fühlbare Erleichterung für Westberlin gebracht hatte. Aber auch mit einem starken Rückgang des Flüchtlingszustromes sind die Flüchtlingsfragen für Westberlin durchaus noch nicht gelöst. Die Stadt war seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht nur der Durchgangsraum für viele Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa und Ostdeutschland (Heimatvertriebene), später für die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland (Zonenflüchtlinge)<sup>1</sup>, sondern sie hat auch einen großen Teil von ihnen aufgenommen und festgehalten oder doch wenigstens längere Zeit beherbergt. Nach wie vor bleibt die Frage offen, inwieweit Westberlin in der Lage ist, die aufgenommenen Flüchtlinge einzugliedern und ob die der Stadt dabei bisher geleistete Hilfe ausreicht.

Die Untersuchung des Verfassers war hauptsächlich auf die erste dieser beiden Fragen, also auf die Eingliederung von Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlingen in das Westberliner Leben gerichtet. Da diese Vorgänge nur im Zusammenhang mit der Flucht- und Wanderungsbewegung der Nachkriegszeit und ihren verschiedenartigen Gründen richtig zu verstehen sind, mußte auch diese in Umrissen dargestellt werden. So ergab sich eine Dreiteilung der Untersuchung und des vorliegenden Berichtes. Der erste Teil dient der Schilderung des Stromes von Flüchtlingen und Zuwanderern aller Art, der im Zusammenhang mit der Nachkriegsentwicklung Westberlin erreicht oder durchlaufen hat. Im zweiten und dritten Teil wird die Eingliederung

---

<sup>1</sup> Als Flüchtlinge werden in dieser Arbeit die Heimatvertriebenen ebenso wie die Zonenflüchtlinge bezeichnet. Zu den Zonenflüchtlingen zählen dabei alle Personen, die im Rahmen der großen Fluchtbewegung der letzten Jahre (seit Ende 1948) aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet Mitteldeutschlands (Sowjetzone und Ostberlin) gekommen sind, unabhängig von ihrer Meldung und Anerkennung als Flüchtlinge. Auf den Gebrauch der mehrfach geänderten amtlichen Bezeichnungen für Flüchtlinge und für Vorgänge und Tatbestände des Flüchtlingswesens ist grundsätzlich verzichtet worden. Zur Erklärung der durchgängig gebrauchten Flüchtlingsbegriffe dient deren Verzeichnis im Anhang (S. 135 f.). Vgl. auch S. 39, Abs. 3.



oder Nichteingliederung der beiden Hauptgruppen von Flüchtlingen, der Heimatvertriebenen und der Zonenflüchtlinge, gesondert dargestellt. Trotz verschiedener Überschneidungen erscheint diese Trennung notwendig und gerechtfertigt — nicht nur weil die politische Atmosphäre in den ersten Nachkriegsjahren, als der größte Teil der Heimatvertriebenen aufgenommen wurde, noch eine wesentlich andere war als später in den Jahren der Massenflucht aus dem Sowjetbereich Mitteldeutschlands, sondern auch aus praktischen Gründen.

Es gibt bisher keine zusammenfassende Darstellung des Westberliner Flüchtlingsstromes<sup>2</sup>, und es war zu Beginn der Untersuchung nicht einmal genau bekannt, wieviele Flüchtlinge in der Stadt lebten und wie sie sich zusammensetzten. Für die Heimatvertriebenen in Westberlin gaben die Ergebnisse der Volkszählungen von 1946 und 1950 einen brauchbaren Anhalt. Dagegen lagen die Schätzungen der Zahl der in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge ursprünglich selbst bei amtlichen Stellen weit auseinander. Eine umfassende Flüchtlingserhebung ist in Westberlin — ebenso wie im Bundesgebiet — bisher nicht durchgeführt worden. Die Ausgabe von Heimatvertriebenenbescheinigungen und Flüchtlingsausweisen war nicht mit einer derartigen Erhebung verbunden, und eine solche hätte ihrer Unvollständigkeit wegen<sup>3</sup> auch nur geringen statistischen Wert.

Seit Anfang 1952 gibt es eine für alle Westberliner Flüchtlingsangelegenheiten zuständige Senatsbehörde<sup>4</sup>, die der Landesflüchtlingsverwaltung der Bundesländer entspricht. Von dieser Stelle aus ist im

<sup>2</sup> Der Aufsatz „Die Wanderungen als Spiegelbild des politischen Geschehens“ (Berliner Statistik 1949, Heft 12, S. 291 ff.) gibt wenigstens für die Heimatvertriebenen einigen wichtigen Aufschluß. Für den Zustrom der Zonenflüchtlinge wird in der im Februar 1953 erschienenen Denkschrift des Senats „Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin“ der politische Hintergrund der Flucht eingehender dargestellt (S. 17 ff.), ohne daß dabei die wesentlichen Veränderungen des Fluchtgeschehens im Lauf der Jahre ganz deutlich werden.

<sup>3</sup> Etwa ein Drittel der Westberliner Heimatvertriebenen hat keine Heimatvertriebenen-Bescheinigung beantragt. Vielen ist diese Möglichkeit mit den daran geknüpften Vorteilen durch die zuständigen Stadtbezirke nicht genügend bekannt gemacht worden; andere waren schon so weit in das Leben Berlins eingegliedert, daß sie keinen Wert auf die Bescheinigung legten. Von den Zonenflüchtlingen in Westberlin besitzen nur die im Bundesnotaufnahmeverfahren seit dem 4. Februar 1952 Aufgenommenen eine entsprechende Urkunde. Die früher Anerkannten haben ihre ungültig gewordenen Westberliner Flüchtlingsausweise größtenteils wieder zurückgegeben. Der Bundesvertriebenenausweis ist bisher nur von einem geringen Teil der Heimatvertriebenen und der Zonenflüchtlinge beantragt worden.

<sup>4</sup> Diese Stelle, die Abteilung für Flüchtlinge und Vertriebene beim Senator für Sozialwesen (seit Ende 1953 Senator für Arbeit und Sozialwesen) wird im folgenden kurz „Flüchtlingsabteilung des Senats“ genannt. Die von ihr veröffentlichten Monatsberichte „Zuwandererbewegung nach Westberlin“ sind die Hauptquelle für die Zahlenangaben des Verfassers zu Fragen der Zonenflüchtlinge.

Lauf des Jahres 1953 versucht worden, die von den einzelnen mit Flüchtlingsfragen beschäftigten Amtsstellen geführte Statistik zur Übereinstimmung zu bringen<sup>5</sup>. Hierbei bestätigte sich die Ansicht des Verfassers, daß die Zahl der in Westberlin lebenden Zonenflüchtlinge, vor allem die der nichtanerkannten Flüchtlinge, nicht so hoch liegt, wie bisher angenommen wurde. Erst durch diese genauere Bestimmung der Zahl der in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge wurde es möglich, den Umfang der Rück- und Weiterwanderung und die Zusammenhänge des Eingliederungsvorganges deutlich genug zu sehen.

Die vom Verfasser beabsichtigte Befragung von 1000 bis 2000 Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlingen erwies sich als undurchführbar. Es konnte lediglich für rund 300 in der amtlichen Durchgangskartei geführte Zonenflüchtlinge bestimmter Namensgruppen der Verbleib festgestellt und bei den in Westberlin anwesenden Flüchtlingen einer dieser Gruppen eine Stichprobefragung durchgeführt werden<sup>6</sup>. Ebenso wurden in einem Stadtbezirk Heimatvertriebene der gleichen Namensgruppe befragt. Diese Stichproben gaben zwar wichtige Hinweise zu den Fragen der Eingliederung, reichten aber bei ihrem geringen Umfang für sichere Schlüsse nicht aus.

Für die Heimatvertriebenen war aus dem Material der Volks- und Berufszählungen immerhin ein guter Überblick über den Stand ihrer Eingliederung zu gewinnen. Dagegen mußte für die Zonenflüchtlinge auf ausreichende statistische Unterlagen weitgehend verzichtet<sup>7</sup> und versucht werden, aus den Erfahrungen der beteiligten Stellen im Vergleich mit den Ergebnissen der eigenen Erhebung und Befragung wenigstens die wichtigsten Zusammenhänge des Eingliederungsvorganges zu ermitteln.

<sup>5</sup> Die Zahl der nichtanerkannten bzw. „illegalen“ Flüchtlinge in Berlin (Bericht der Flüchtlingsabteilung des Senats, unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>6</sup> Es handelte sich bei dieser Gruppe um 120 in den Jahren 1949 (43) und 1951 (77) registrierte Zonenflüchtlinge der alphabetischen Namensgruppe Maag—Mädler, von denen im Frühjahr 1953 noch je 24 aus beiden Fluchtjahren in Westberlin anwesend waren.

<sup>7</sup> Von wissenschaftlicher Seite ist in Zusammenarbeit mit dem Senator für Sozialwesen im Frühjahr und Sommer 1952 eine Befragung der nichtanerkannten Flüchtlinge durchgeführt worden (Dr. R. Wanstrat „Strukturanalyse der politisch nicht anerkannten Flüchtlinge in Westberlin“, Berlin 1953). So wichtig die Ergebnisse dieser Arbeit für die Feststellung von Herkunft und Zusammensetzung eines Teiles der nichtanerkannten Flüchtlinge sind, geben sie doch über deren Eingliederung in Westberlin kaum Aufschluß. Befragt wurde im wesentlichen der nicht einzugliedernde Teil der nichtanerkannten Flüchtlinge (Lagerinsassen und in offener Fürsorge Unterstützte); nicht erfaßt wurden diejenigen, die keine öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen, also für die Eingliederung am meisten in Frage kommen. — Für die anerkannten Flüchtlinge ist bisher keine entsprechende Erhebung durchgeführt worden.

An der Untersuchung interessiert und durch freundliche Unterstützung beteiligt waren neben anderen amtlichen und halbamtlichen Stellen vor allem die Flüchtlingsabteilung des Senats, der Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, das Statistische Landesamt und das Einwohnermeldeamt von Westberlin, sowie Vertreter einzelner Organisationen.

Zu besonderem Dank fühlt sich der Verfasser Herrn Professor Thalheim gegenüber verpflichtet, der mit starkem Interesse an der Untersuchung teilgenommen und auf Grund seiner genauen Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Westberlins bei der Planung und Durchführung der Arbeit und bei der Überwindung aller damit verbundenen Schwierigkeiten immer wieder entscheidend geholfen hat.

## Erstes Kapitel

### Die Flucht- und Wanderungsbewegung nach Westberlin seit 1945

#### 1. Zusammenhang von Flucht und Wanderung

Man hat angesichts der großen Fluchtvorgänge nach dem zweiten Weltkrieg von Anfang an versucht, Berlin die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen der Hauptflüchtlingsländer zu ersparen. Für die dauernde Aufnahme von Flüchtlingen kam die Stadt bei ihrer eigenen Notlage kaum in Frage, und ihr war höchstens die Mithilfe bei der Durchwanderung von Osten nach Westen zgedacht. Wenn trotzdem der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge in Westberlin von etwa 4 vH (1946) auf 15 bis 20 vH (Ende 1953) angestiegen ist<sup>1</sup>, so kommen darin zwei Tatsachen zum Ausdruck, die als wesentlich festzuhalten sind.

Einerseits ist es Westberlin allein, das diesen starken Zuwachs in den letzten Jahren zu verzeichnen hat. Auch Ostberlin ist für die Flucht und Abwanderung aus der Sowjetzone wichtig geblieben, aber nur als Durchgangsraum für eine kürzere oder längere Wartezeit, nicht als Aufnahmeraum für einen ständigen Aufenthalt. 1946 lag der Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in Ostberlin mit 3,2 vH fast so hoch wie in Westberlin mit 3,9 vH, 1950 und 1953 dagegen betrug er nur noch etwa die Hälfte des Westberliner Anteils von 6,9 vH bzw. 7,3 vH<sup>2</sup>. Vor allem aber unterscheidet sich Westberlin von Ostberlin durch die hohe Zahl der Zonenflüchtlinge, deren Bevölkerungsanteil für Ende 1953 auf mindestens 10 vH zu schätzen ist. Schon der Bevölkerungsanteil der offiziell gemeldeten Zonenflüchtlinge in Westberlin betrug zu dieser Zeit über 6 vH, während die Flüchtlinge in Ostberlin — selbst wenn sie von dort aus nach Westberlin zu gelangen versuchen — öffentlich gar nicht in Erscheinung treten.

Andererseits stammen die Westberliner Flüchtlinge zum weitaus größten Teil aus den Gebieten, aus denen sich die Berliner Bevölkerung stets durch Zuwanderung ergänzt hat, wenn sie nicht überhaupt schon „alte

---

<sup>1</sup> Zur Zahl der Flüchtlinge in Westberlin vgl. S. 39, Abs. 2 und 3.

<sup>2</sup> Die Zahl der Heimatvertriebenen in Ostberlin wird für 1952 auf 46 000 geschätzt (Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen, Wiesbaden 1953); das wären 3,8 vH der Gesamtbevölkerung von 1,2 Mill.

Berliner“ sind<sup>3</sup>. Unter den Heimatvertriebenen in Westberlin gibt es viele „alte Berliner“, die in den Kriegsjahren — teilweise auf Grund ihrer ursprünglichen Herkunft — nach Ostdeutschland oder in die besetzten Länder gezogen waren und nach dem Kriege als Heimatvertriebene zurückgekommen sind. Die in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge sind zu einem großen Teil Ostberliner oder „Randberliner“, aber auch aus den weiteren Gebieten der Sowjetzone sind „alte Berliner“ als Flüchtlinge zurückgekommen, die vor Jahren dorthin abgewandert oder evakuiert worden waren.

Durch beide Tatsachen unterscheidet sich die Aufnahme der Flüchtlinge in Westberlin wesentlich von den entsprechenden Vorgängen im Bundesgebiet. Nur das Vorhandensein zahlreicher persönlicher Verbindungen und die Eignung eines großen Teils der Flüchtlinge für die Westberliner Lebens- und Arbeitsverhältnisse kann ihren über alle Erwartung und Absicht hoch gestiegenen Bevölkerungsanteil erklären. Dabei lassen sich Flucht und Zuwanderung schwer auseinanderhalten. Bei den meisten Heimatvertriebenen und bei einem großen Teil der Zonenflüchtlinge, die in Westberlin geblieben sind, haben forttriebende und anziehende Kräfte zugleich gewirkt, nicht anders als bei den meisten „normal“ Zugewanderten.

Immerhin hat sich das Verhältnis dieser Kräfte im Lauf der Nachkriegsjahre so stark verschoben, daß eine eingehende Darstellung der gesamten Flucht- und Wanderungsbewegung nach Westberlin seit 1945 notwendig erscheint. Ihre zahlenmäßige Entwicklung ist am Ende dieses Abschnittes zusammenfassend dargestellt<sup>4</sup>.

## **2. Flucht und Zuwanderung nach Westberlin in den Jahren 1945—1948**

### **a) Aufnahme von ostdeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen**

Einzelne auslanddeutsche Flüchtlinge sind schon 1943 und 1944 aus den osteuropäischen Frontgebieten nach Berlin gekommen. Es ist anzunehmen, daß sie alle aus beruflichen oder anderen persönlichen Gründen die stark zerstörte und gefährdete Reichshauptstadt aufgesucht haben.

Auch die eigentliche Ostflüchtlingsbewegung, die im Januar 1945 begann, hat zunächst vorwiegend solche Heimatvertriebenen nach Berlin gebracht, die Unterkunft bei Verwandten oder Bekannten nachweisen konnten und somit in der Stadt nicht gänzlich heimatlos waren. Das Gleiche dürfte für die ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Abschnitte über die Herkunft der Heimatvertriebenen (S. 43 f.) und der Zonenflüchtlinge (S. 83 f.).

<sup>4</sup> S. 33—40.

gelten, die nach Kriegsende zu Tausenden zusammen mit den zurückkehrenden Berlinern in die Stadt strömten. Sie kamen hauptsächlich aus der Sowjetzone, wo sie keine ausreichenden Lebensmöglichkeiten gefunden hatten, oder als Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung, vereinzelt auch unmittelbar aus den Heimatgebieten. Dieser zielbewußte Zustrom hielt auch dann noch an, als Ende Juli 1945 der Zuzug Ortsfremder und mit dem 1. Oktober 1945 der gesamte Zuzug nach Berlin gesperrt wurde. Zehntausende von Heimatvertriebenen sind auf diese Weise schon 1945 aus eigenem Antrieb in Westberlin „eingesickert“.

Ähnlich können Tausende ostdeutscher Mädchen und junger Frauen der „normalen“ Zuwanderung zugerechnet werden, die in den Kriegsjahren für Berliner Lazarette, Fabriken und andere Arbeits- oder Dienststellen verpflichtet worden waren und nach Kriegsende nicht mehr in die Heimat zurückkehren konnten. Sie gelten als Heimatvertriebene, obgleich sie 1945 größtenteils schon in Berlin Fuß gefaßt und damit eine neue Heimat gefunden hatten<sup>5</sup>.

Anders verhielt es sich mit den Heimatvertriebenen, die nach dem Inkrafttreten der Potsdamer Beschlüsse in Transportzügen über Berlin geleitet wurden (Ostvertriebene)<sup>6</sup>. Alle diese Transporte gingen nach Westdeutschland oder auch in die Sowjetzone weiter. In Berlin blieben in der Regel nur Transportunfähige (Alte, Kranke, schwangere Frauen) zurück, von denen viele an den Folgen der Vertreibung gestorben, andere später nach Westdeutschland oder in die Sowjetzone weitergezogen sind. Für 1953 kann daher mit höchstens 10 000 bis 20 000 Heimatvertriebenen in Westberlin gerechnet werden, die auf diese Weise 1945/46 in der Stadt hängengeblieben sind. Allerdings haben damals auch einzelne Ostvertriebene, die von sich aus in Berlin bleiben wollten, den Absprung aus den Durchgangslagern gefunden.

Insgesamt kann für Ende 1945 mit etwa 60 000 Heimatvertriebenen in Westberlin gerechnet werden. Bis zur Volkszählung im Oktober 1946 stieg ihre Zahl auf 78 600, und auch in den folgenden Jahren nahm sie stetig zu, obgleich der Zuzug unmittelbar aus den Heimatgebieten mit der Umleitung der Transporte an Berlin vorbei und mit dem Nachlassen der Massenausweisung seit 1946 schnell absank. Die nach 1946 aufgenommenen Heimatvertriebenen waren zu einem beträchtlichen Teil Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung, größtenteils kamen sie jedoch aus der Sowjetzone Mitteldeutschlands.

<sup>5</sup> Vgl. dazu S. 47. Anm. 18 und S. 49, Anm. 24.

<sup>6</sup> Allein in den ersten drei Monaten (von Ende Juni bis Ende September 1945) sind in den Durchgangslagern von Gesamtberlin mehr als 1 Million Ostvertriebene gezählt worden. Bis Ende 1946 stieg diese Zahl auf fast 2 Millionen.

## b) Zuwanderung und inoffizielle Flucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet

Obgleich fast alle in den ersten Nachkriegsjahren nach Berlin Zugezogenen die Zuzugsgenehmigung auf Grund verwandtschaftlicher oder sonstiger persönlicher Beziehungen oder als beruflich wichtige Kräfte erhalten haben und somit — von Berlin aus gesehen — als normal Zugewanderte gelten können<sup>7</sup>, darf doch nicht übersehen werden, daß die Abwanderung aus der Sowjetzone nach Berlin von Anfang an stark politisch mitbestimmt war.

Das gilt besonders für die Heimatvertriebenen, die — wenn von der Rückkehr der evakuierten oder geflüchteten Berliner abgesehen wird — bis 1950 mehr als die Hälfte der Zugewanderten aus diesem Gebiet stellten<sup>8</sup>, obgleich ihr Bevölkerungsanteil in der Sowjetzone nur etwa ein Fünftel betrug<sup>9</sup>.

Die starke Abwanderung der Heimatvertriebenen erklärt sich einerseits aus der Tatsache, daß diese in den ersten Nachkriegsjahren in der Sowjetzone zumeist ohne ausreichende Existenzgrundlagen lebten und somit weit schwächer als die Einheimischen an ihre Aufenthaltsorte gebunden waren. Andererseits waren sie nach dem Verlust ihrer Heimat und aufgrund der Erlebnisse bei ihrer Flucht oder Vertrei-

<sup>7</sup> Auch die vor dem 1. 10. 1945 Zugezogenen, die noch keine Zuzugsgenehmigung brauchten, sind größtenteils dieser „normalen“ Zuwanderung zuzurechnen.

<sup>8</sup> Die Bevölkerung Westberlins hat nach ihrem tiefsten Stand im Mai 1945 (1,6 Mill.) bis Ende 1945 (1,9 Mill.) und bis zur Volkszählung im Oktober 1946 (2,013 Mill.) schnell wieder zugenommen. In dieser Zeit stieg ihre Zahl hauptsächlich durch die Rückkehr von evakuierten und geflüchteten Berlinern. Zwischen den Volkszählungen von 1946 und 1950 hat sich die Bevölkerung Westberlins durch Zuwanderung trotz des hohen Sterbeüberschusses um 134 000 Einwohner vermehrt (von 2,013 Mill. auf 2,147 Mill.). Mehr als die Hälfte dieser Zunahme entfällt auf die Heimatvertriebenen, deren Zahl sich von 1946 bis 1950 durch Zuwanderung aus den Heimatgebieten und aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet sowie durch Heimkehrer um rund 70 000 erhöht hat (von 78 600 auf 148 400), während die ehemaligen Bewohner der Sowjetzone in der gleichen Zeit um rund 45 000 (von 35 800 auf 80 400) und die übrigen Bewohner Westberlins nur um rund 20 000 zugenommen haben. Ihre geringe Zunahme darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Zuwanderung nach Westberlin der Anteil „alter Berliner“ immer hoch lag. Diese Zunahme wurde jedoch durch Abwanderung einheimischer Berliner größtenteils ausgeglichen (vgl. S. 31, Abs. 3).

<sup>9</sup> Nach der Volkszählung 1946 lebten 3,6 Mill. Heimatvertriebene (ermittelt nach dem Wohnort 1939) in der Sowjetzone; ihr Bevölkerungsanteil betrug 20,8 vH (von 17,3 Mill. Gesamtbevölkerung). 1946/47 kann dieser Anteil durch Zuwanderung aus den Heimatgebieten und durch ostdeutsche Heimkehrer noch etwas gestiegen sein; danach ist er durch Abwanderung zweifellos wieder gesunken. Bei der Volkszählung 1950, deren Ergebnisse geheimgehalten werden, ist in der Sowjetzone die Zahl der Heimatvertriebenen aus politischen Gründen nicht mehr ermittelt worden.

bung größtenteils sowjetfeindlich eingestellt, und diese Einstellung wurde noch durch das Verlangen der Machthaber nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verstärkt. So lag für jeden Heimatvertriebenen, der Beziehungen nach Westberlin oder nach dem weiteren Westen hatte, die Abwanderung dorthin nahe.

Dazu kamen für einzelne Gruppen von Heimatvertriebenen besondere Anlässe zur Flucht oder Abwanderung. Ehemalige Bewohner der baltischen Länder, der Ukraine und anderer osteuropäischer Länder entzogen sich so der „Repatriierung“. Oberschlesier, die 1946/47 von polnischer Seite nach Berlin gerufen wurden, um von dort aus mit Sammeltransporten in das heimatliche Bergbau- und Industriegebiet gebracht zu werden, blieben auf Grund von Berichten aus der Heimat in Westberlin. Ähnlich ist die Scheu und Zurückhaltung vieler ostdeutscher Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung zu erklären, die es ablehnten, zu ihren Angehörigen in die Sowjetzone zu fahren, vielmehr versuchten, mit diesen in Berlin oder in Westdeutschland unterzukommen.

So zeigten sich im Verhalten der Heimatvertriebenen schon in den ersten Nachkriegsjahren deutlich die Auswirkungen der politischen Entwicklung im Sowjetbereich Mitteldeutschlands. Das Gleiche trifft für die Abwanderung Einheimischer zu. Unter dem Druck der schnell fortschreitenden Sowjetisierung des gesamten Lebens verlagerten weitblickende Geschäftsleute und Gewerbetreibende zunächst Teile ihrer Betriebe nach Westen, um später ganz dorthin überzusiedeln. Freigesinnte Menschen aller Berufe, vor allem der städtischen Intelligenz, verschafften sich frühzeitig die Zuzugsgenehmigung für Westberlin oder Westdeutschland. In Westberlin bestand diese Möglichkeit vor allem für „wirtschaftlich und kulturell wichtige Personen“. Auch im Zuge der Familienzusammenführung, in besonderen Härtefällen und durch die Fürsprache alliierter Stellen, konnte die Zuzugsgenehmigung erlangt werden. Ein Teil der auf diese Weise Zugewanderten gehörte schon zu den tatsächlich Vertriebenen aus der Sowjetzone, so viele Gutsbesitzer und andere enteignete „Fünffzig-Kilometer-Leute“<sup>10</sup>.

Diese inoffizielle Flucht zahlreicher Personen und Familien auf dem Wege „normaler“ Zuwanderung ist nicht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangt. Sie hat nicht nur in den ersten Nachkriegsjahren stattgefunden, sondern ist auch in den Jahren der Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet weitergelaufen und hat besonders viele Menschen aus Ostberlin und aus den Randgebieten der Stadt nach Westberlin gebracht.

<sup>10</sup> Die Betroffenen durften sich in einem Umkreis von 50 km um ihren bisherigen Wohnsitz nicht mehr niederlassen.



### 3. Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet seit Ende 1948

#### a) Die Zeit des Westberliner Flüchtlingsdienstes

Im Lauf des Jahres 1948 verschärfte sich die Spannung zwischen Osten und Westen wesentlich und kam in der getrennten Währungsreform, in der Blockade und schließlich in der Spaltung Berlins deutlich zum Ausdruck. Im Herbst 1948, als die Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins die schwerwiegenden Folgen dieser Entwicklung zu spüren anfang und als sich zugleich im Bundesgebiet nach der Währungsreform ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg ankündigte, begann der große Flüchtlingsstrom aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet nach Westen<sup>11</sup>. Bei den Westberliner Sozialämtern wuchs Ende 1948 von Woche zu Woche die Zahl der Zonenflüchtlinge, die Unterkunft, Versorgung und Beihilfe zum Flug nach Westen verlangten. Um einen Überblick zu erhalten und um das „Kreisen“ von Flüchtlingen zwischen den verschiedenen Stadtbezirken zu verhindern, ließ Anfang Januar 1949 der damals neugebildete Westberliner Magistrat von der Abteilung Sozialwesen eine zentrale Fürsorgestelle für Flüchtlinge einrichten. Diese leistete — seit dem Februar 1949 als „Flüchtlingsdienst“ — bis zum Herbst 1950 die schwierige Arbeit der Beratung, Überprüfung und Versorgung der Zonenflüchtlinge nach fürsorge- rischen Gesichtspunkten.

Es stellten sich bald verschiedene Gruppen von Flüchtlingen heraus<sup>12</sup>. Etwa ein Drittel von ihnen hatte bewußt politisch gearbeitet oder war durch kommunistenfeindliche Haltung gefährdet oder hatte im Zuge der politisch begründeten Enteignung die Existenzgrundlagen verloren. Diese „politischen“ Flüchtlinge gehörten größtenteils zu den Bevölkerungskreisen, die schon an der Abwanderung in den ersten Nachkriegsjahren hauptsächlich beteiligt waren. Sie hatten gewöhnlich genügend Geldmittel und Beziehungen nach Westberlin oder Westdeutschland und brauchten keine größere Hilfeleistung. Dagegen waren die übrigen zwei Drittel zumeist mittellos und mußten hinsichtlich ihrer Fluchtgründe sorgfältig geprüft werden.

Die Aue-Flüchtlinge waren die erste größere Gruppe, in der die beginnende Massenflucht aus der Sowjetzone sichtbar wurde. Ihre Abwanderung hatte einen stark politischen Hintergrund — diente doch die Zwangsverpflichtung Zehntausender für den Uranerz-Bergbau den

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Übersicht S. 37 „Zustrom und Aufgliederung der Zonenflüchtlinge in Westberlin“. Die Zahlenangaben dieses Abschnittes (S. 16 bis 27) sind den Monatsberichten des Senators für Sozialwesen „Zuwandererbewegung nach Westberlin“ entnommen bzw. daraus errechnet.

<sup>12</sup> Die im folgenden wiedergegebene Gruppeneinteilung geht auf einen Bericht zurück, den die Alliierte Kommandantur Berlin im Februar 1949 von der Abteilung für Sozialwesen des Westberliner Magistrats über die Tätigkeit der Flüchtlingsfürsorgestelle erhielt.

Machthabern als bequemes Mittel, unliebsam aufgefallene Bürger aus ihrer Umgebung fortzuschaffen. Trotzdem kann diese Gruppe im ganzen nicht zu den politischen Flüchtlingen gerechnet werden. Viele von denen, die krank und entkräftet aus den Bergwerken von Aue geflohen waren oder sich schon vor dem Transport dorthin oder unterwegs abgesetzt hatten, waren zwar wirklich Flüchtlinge. Doch waren unter den Aue-Flüchtlingen auch viele, die man als vagabundierende Jugend auf den Bahnhöfen aufgegriffen hatte, um sie zur Arbeit zu zwingen, und die nun die Freiheit des Westens suchten.

Ähnliches gilt von den Flüchtlingen der größten Gruppe, bei denen ganz verschiedene, meist persönliche Gründe die Flucht veranlaßt hatten. Auch unter ihnen gab es viele echte politische Flüchtlinge, wenn „politisch“ im weitesten Sinne als Ausdruck einer bewußten Verantwortung vor der Allgemeinheit aufgefaßt wird. So sind zu den politischen Flüchtlingen Lehrer, Richter, Beamte und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes zu rechnen, die die ihnen zugemutete Tätigkeit mit ihrer Berufsauffassung und ihrem Gewissen nicht vereinbaren und die daraus entstehende Spannung auf die Dauer nicht ertragen konnten — auch wenn es nicht zum offenen Zusammenstoß mit den Trägern der Staatsgewalt gekommen war. Zu den politischen Flüchtlingen gehören auch die Eltern, die um der Zukunft ihrer Kinder willen glaubten fliehen zu müssen; dieser Entschluß hing oft mit der unaufhaltsamen Zerstörung der Wirtschaftsgrundlagen der Familie durch den Staat zusammen.

Daneben gab es „Auch-Flüchtlinge“, die aus Angst oder Not mitströmten — Menschen, deren Kräfte für das dauernde Leben unter dem Druck des sowjetischen Systems nicht ausreichten, deren Flucht also letzten Endes ebenfalls politisch begründet war. Schwer von ihnen zu trennen waren diejenigen, die mehr aus Berechnung, Bequemlichkeit und Abenteuerlust nach Westen strebten.

Zu den echten und unechten politischen Flüchtlingen kam die kleine, aber nicht unwichtige Zahl von Spitzeln und Agenten, die man von kommunistischer Seite planmäßig unter ihnen anwarb oder einsickern ließ. Deren Vorhandensein hat viel zur Entstehung gegenseitigen Mißtrauens und zur Erschwerung der Lage der Flüchtlinge beigetragen.

Der Westberliner Flüchtlingsdienst hat sich bemüht, die eintreffenden Flüchtlinge — besonders die Jugendlichen — durch erfahrene fürsorgerische Kräfte ohne umständliches Verfahren prüfen und beraten zu lassen. Auf diese Weise ist 1949 etwa der Hälfte der gemeldeten 70 000 und 1950 ebenfalls einem beträchtlichen Teil<sup>13</sup> der gemeldeten 62 000 Zonenflüchtlinge schon bei der ersten Vorsprache zur Rückkehr

<sup>13</sup> Für 1950 läßt sich die Zahl der Abgewiesenen (Nichtregistrierten) nicht mehr ermitteln. Sie dürfte 10—15 000 betragen haben.

geraten worden, ohne daß längere Zeit durch ein Verfahren verloren-ging. Es ist anzunehmen, daß die meisten auf diese Weise abge-wiesenen Flüchtlinge tatsächlich zurückgegangen sind. Das Gleiche gilt für einen Teil der bei näherer Prüfung nicht anerkannten Flücht-linge. Schätzungsweise 40 000 bis 50 000 Abgewiesene und Nicht-anerkannte sind 1949 und 1950 in den Sowjetbereich zurückgekehrt, was allerdings nicht ausschließt, daß sie in einem der folgenden Jahre als Flüchtlinge wiedergekommen sind.

Von den registrierten und damit zur näheren Prüfung zugelassenen Flüchtlingen wurden die meisten anerkannt<sup>14</sup>. Ein großer Teil von ihnen beantragte und erhielt auch — zumeist nach vielen Monaten Wartezeit — die Zuzugsgenehmigung für Westberlin<sup>15</sup>. Die meisten so Zugezogenen sind in Berlin geblieben, und ihr Zuzug kann in der Regel trotz ihrer Flüchtlingseigenschaft — wie bei den in den ersten Nachkriegsjahren aufgenommenen Heimatvertriebenen<sup>16</sup> — als Fortsetzung der früheren normalen Zuwanderung angesehen werden. Die übrigen anerkannten Flüchtlinge sind mit der Zeit nach Westdeutschland, teilweise auch ins Ausland weitergezogen, zunächst hauptsächlich mit Hilfe der Luftbrücke, nach deren Fortfall (Mai 1949) durch privaten Abflug und auf anderen Wegen<sup>17</sup>.

Die nicht anerkannten Flüchtlinge haben bis zum Herbst 1950 zahlenmäßig noch kein Problem für Berlin dargestellt, obgleich

<sup>14</sup> 1949 wurde von rund 70 000 gemeldeten Flüchtlingen etwa die Hälfte (35 000) registriert; von diesen wurden rund 30 000 anerkannt. 1950 wurden von 62 000 gemeldeten Flüchtlingen schätzungsweise 45—50 000 registriert und von diesen 27 000 anerkannt. Der höhere Anteil Nichtanerkannter im Jahr 1950 weist schon auf die Verschärfung der Anerkennungsbestimmungen im Lauf dieses Jahres und auf die Einführung des Westberliner Flüchtlingsgesetzes am Ende des Jahres hin (vgl. S. 19—21).

<sup>15</sup> Seit April 1949 war für Westberlin die Ausgabe von Zuzugsgenehmigungen an Flüchtlinge durch eine Bestimmung der Alliierten auf monatlich 750 (jährlich 9000) begrenzt, so daß ständig Tausende von anerkannten Flüchtlingen auf das beantragte Zuzugsrecht warten mußten. Vielfach haben daher die Bezirksämter Zuzugsgenehmigungen an Flüchtlinge im Rahmen der normalen Zuwanderung ausgegeben (Familienzusammenführung, kulturell und wirtschaftlich wichtige Personen, besondere Härtefälle). So erhielten 1949 und 1950 weit mehr als die offiziell jährlich zugelassenen 9000 Flüchtlinge die Zuzugsgenehmigung. 1952 wurde die monatliche Begrenzung (durch die grundsätzliche Verbindung der Aufnahme für Westberlin mit dem Zuzugsrecht) aufgehoben, so daß die angestauten Zuzugsanträge erledigt werden konnten.

<sup>16</sup> Viele der Zonenflüchtlinge von 1949 und 1950 waren ohnehin Heimatvertriebene.

<sup>17</sup> 1949 und 1950 wurden offiziell nur 5000 bzw. 6000 Flüchtlinge abgeflogen. Unter den 32 000 zivilen Fluggästen, die 1949 von Berlin nach Westdeutschland befördert wurden, dürften aber auch viele Flüchtlinge gewesen sein, die den Flug selbst bezahlen konnten. Der illegale Grenzübergang hat bei der Abwanderung der anerkannten Flüchtlinge ebenfalls eine Rolle gespielt, wenn auch nicht in dem gleichen Maße wie bei den Nichtanerkannten. (Vgl. S. 19, Anm. 19.)

sie schon damals als Schwarzarbeiter, Schwarzhändler u. dgl. aufhielten. Heute sind Nichtanerkannte aus diesen Jahren in Westberlin als „Flüchtlinge“ kaum mehr vorhanden. Sie haben nachträglich die Anerkennung oder auch die Zuzugsgenehmigung ohne Anerkennung erhalten<sup>18</sup>, soweit sie nicht in den Sowjetbereich zurückgekehrt oder nach Westen weitergewandert sind<sup>19</sup>. Das große Problem der nicht-anerkannten Flüchtlinge in Westberlin entstand erst Ende 1950, als versucht wurde, den Zustrom der Zonenflüchtlinge durch schärfere Anerkennungsbestimmungen einzudämmen.

#### b) Das Westberliner Flüchtlingsgesetz und seine Auswirkungen

Die fürsorglich aufgefaßte Arbeit des Flüchtlingsdienstes, vor allem die Großzügigkeit bei der Anerkennung von Fluchtgründen, war von Anfang an als politisch unzulänglich angegriffen worden. Die Kritiker sahen darin die Ursache für den wachsenden Zustrom von „Auch-Flüchtlingen“, die von der Übersiedlung nach Westen eine materielle Besserstellung erhofften oder die aus familiären oder anderen persönlichen Gründen die Sowjetzone verlassen wollten. Im Juni 1950 wurde daher dem Flüchtlingsdienst durch eine Verwaltungsanordnung aufgegeben, rein wirtschaftliche, soziale oder sonstige unpolitische Fluchtgründe nicht mehr anzuerkennen. Trotzdem nahm die Zahl der Flüchtlinge im Sommer 1950 zu, wobei neben der Verschärfung der Lage im Sowjetbereich auch die Einführung der Versorgungsgesetze in Westberlin und im Bundesgebiet als Anreiz mitwirkte. Andererseits stieß die Unterbringung der Flüchtlinge aus Westberlin in Westdeutschland auf zunehmende Schwierigkeiten. Durch das Bundesnotaufnahmegesetz vom August 1950 wurde das Aufnahmeverfahren mit längerem Lageraufenthalt im Bundesgebiet notwendig, und die Länder nahmen ungern neben den unmittelbar aus der Sowjetzone Zuwandernden noch weitere Zonenflüchtlinge aus Westberlin auf.

Dies alles drängte zur Ausarbeitung und Verabschiedung des Westberliner Flüchtlingsgesetzes, das Ende September 1950 beschlossen wurde und am 11. Oktober 1950 in Kraft trat. Alle Flüchtlinge muß-

<sup>18</sup> Vgl. dazu S. 83, Abs. 2 und S. 104, Abs. 4.

<sup>19</sup> Die nichtanerkannten Flüchtlinge haben durch eigene Initiative (Zuzugs- oder Aufenthaltserlaubnis für einen Ort im Bundesgebiet auf Grund nachgewiesener Arbeit, zur Familienzusammenführung u. dgl.) und mit Hilfe aller möglichen „Büros“ und „Agenturen“, wie auch alliierter Stellen viele inoffizielle Wege zum Verlassen Berlins gefunden. Im Lauf der Zeit dürften 10 bis 20 000 nichtanerkannte Flüchtlinge aus den Jahren 1949 und 1950 auf diese Weise inoffiziell nach Westen abgewandert sein. Viele von ihnen haben nachträglich von Westdeutschland her bei den Westberliner Flüchtlingsbehörden die Bestätigung ihrer Flüchtlingsmeldung beantragt.

ten danach ein Anerkennungsverfahren vor einem der Aufnahmeausschüsse durchlaufen, die vom Flüchtlingsausschuß des Abgeordnetenhauses eingesetzt wurden. Die Anerkennung wurde auf „politische Flüchtlinge“ und damit auf einen kleinen Teil der eintreffenden Flüchtlinge beschränkt. Man hoffte, so viele Flüchtlinge von der Flucht nach Westberlin abzuhalten.

Der Zustrom ließ jedoch nicht wesentlich nach. Auch 1951 meldeten sich 61 000 Flüchtlinge in Westberlin (gegenüber 70 000 bzw. 62 000 in den beiden vorhergehenden Jahren). Während aber in den ersten beiden Jahren fast die Hälfte der Flüchtlinge anerkannt wurde, erhielten 1951 nur 17 000 Flüchtlinge die Anerkennung. Von ihnen blieb der größere Teil in Westberlin und ebenso die meisten Nichtanerkannten, die nach wochenlangem Aufenthalt infolge der verschärften Lage nicht mehr wie die Abgewiesenen der ersten beiden Fluchtjahre in den Sowjetbereich zurückkehren konnten.

Wenn auch der offizielle Abflug und die inoffizielle Abwanderung der Flüchtlinge nach Westen eine gewisse Erleichterung schufen<sup>20</sup>, so wurde doch die Anwesenheit besonders der Nichtanerkannten in diesem Jahr schon als übermäßige Belastung Westberlins empfunden. Die Stadt hatte nicht nur hohe Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und durch das Anerkennungsverfahren. Wurde schon durch die anerkannten Flüchtlinge die Westberliner Arbeitslosigkeit vermehrt, so störten und gefährdeten die Versuche der Nichtanerkannten, durch Schwarzarbeit aller Art zu Geld zu kommen, erst recht das ohnehin kranke Wirtschafts- und Berufsleben der Stadt. Es ist auch anzunehmen, daß gerade in dieser Zeit die Zahl der Flüchtlinge, die sich ohne Anmeldung und Verfahren in Westberlin aufhielten, erheblich zugenommen hat<sup>21</sup>.

<sup>20</sup> 1951 wurden 8000 Flüchtlinge aus den ersten drei Fluchtjahren offiziell abgeflogen. Die verhältnismäßig geringe Zahl der offiziell Abgeflogenen hängt mit den erwähnten Schwierigkeiten der Zuzugerteilung durch die Länder des Bundesgebietes zusammen. In Fällen besonderer Not ist diese mit Hilfe des Westberliner Magistrats und der Bundesbehörden beschleunigt worden. Allmählich wurde die Amtshilfe auf ganze Personenkreise ausgedehnt (Heimatvertriebene aus dem Königsberger Gebiet; Jugendliche). — Im Lauf der Zeit sind auch schätzungsweise 10 bis 20 000 nichtanerkannte Flüchtlinge aus dem Fluchtjahr 1951 inoffiziell nach Westen abgewandert. Da diese vereinzelte Abwanderung sehr langsam vor sich geht, ist sie der Öffentlichkeit nicht als Erleichterung bewußt geworden.

<sup>21</sup> Viele ohne unmittelbare persönliche Gefährdung Geflüchtete hielten den Schwebezustand zwischen Westberlin und dem Sowjetbereich immer noch für günstiger als ihre bisherige Existenz. Auch Flüchtlinge, die sich um die Zuzugsgenehmigung für Westdeutschland bemühen wollten, glaubten ohne Flüchtlingsmeldung leichter zum Ziel zu kommen als nach einer Nichtanerkennung im Verfahren. In vielen Einzelfällen ist es ihnen nach längerem Aufenthalt in Westberlin gelungen, als „Berliner“ nach Westdeutschland weiterzuwandern.

In dieser Notlage wurde das Verlangen nach wirksamer Bundeshilfe für Westberlin immer stärker. Die Übernahme des Bundesnotaufnahmegesetzes mit Wirkung vom 4. Februar 1952 und die Einbeziehung Westberlins in die Flüchtlingsarbeit des Bundes sollten eine fühlbare Entlastung wenigstens von den anerkannten Flüchtlingen bringen.

### c) Bundesnotaufnahmegesetz und Bundeshilfe

Mit dem Inkrafttreten des Bundesnotaufnahmegesetzes in Westberlin übernahm der Bund den Abflug von 80 vH der aufgenommenen Flüchtlinge sowie aller alleinreisenden jugendlichen Flüchtlinge, für die das Aufnahmeverfahren im Bundesgebiet nachzuholen war<sup>22</sup>. Für die Aufnahme waren neben dem Grund „drohender Gefahr für Leib und Leben oder für die persönliche Freiheit“ (Kategorie A) auch „sonstige zwingende Gründe“ (Kategorie B) vorgesehen. Grundsätzlich konnte daher nach dem Bundesnotaufnahmegesetz ein größerer Teil der Flüchtlinge anerkannt und damit aufgenommen werden als nach dem Berliner Flüchtlingsgesetz.

Die Durchführung des Notaufnahmeverfahrens in Westberlin wurde einem Bundesbeauftragten anvertraut, dessen Mitarbeiter von den Bundesländern und von der Stadt selbst gestellt wurden. Die Verantwortung für alle Berlin betreffenden Flüchtlingsfragen wurde in der Flüchtlingsabteilung des Senats vereinigt<sup>23</sup>, die durch den Landesvertreter Einfluß auf die Auswahl der für Westberlin selbst aufzunehmenden Flüchtlinge erhielt. Das Notaufnahmeverfahren brachte eine verstärkte Mitwirkung der politischen Parteien und der Flüchtlingsorganisationen bei der Überprüfung, sowie der kirchlichen und sozialen Hilfsorganisationen bei der Betreuung der Flüchtlinge mit sich.

Schon im ersten Halbjahr 1952 wurde in Westberlin ein größerer Anteil der Flüchtlinge anerkannt und abgeflogen als 1951. Die im Notaufnahmeverfahren zu Unrecht Abgelehnten hatten die Möglichkeit, in mehreren Instanzen ihre Aufnahme doch noch durchzusetzen. Ebenso konnten die Flüchtlinge, die nach dem Berliner Flüchtlingsgesetz nicht anerkannt worden waren, die Aufnahme nach dem Bundesgesetz beantragen. So schien Westberlin im Frühjahr 1952 allmählich die notwendige Entlastung von der angestauten Menge von Flüchtlingen zu finden.

<sup>22</sup> In Westberlin blieben nur wenige Jugendliche, die die Notaufnahme für die Stadt mit triftigen Gründen erreichten (Verwandtschaft, Lehrstelle, Studium u. a.) oder zur Arbeit in Mangelberufen bereit waren (vgl. S. 107, Abs. 4).

<sup>23</sup> Vgl. S. 8, Anm. 4. Die Arbeit war vorher durch das Berliner Flüchtlingsgesetz zwischen der Flüchtlingsstelle beim Senator für Inneres und dem Flüchtlingsdienst beim Senator für Sozialwesen geteilt.

Durch die politische Entwicklung in der Sowjetzone schwand jedoch diese Aussicht sehr schnell. Im Mai 1952 begann dort im Zusammenhang mit der Verschärfung der internationalen Lage eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen zur weiteren Abtrennung Mitteldeutschlands vom Westen und zur Zusammenfassung seiner Kräfte im Sinne der Moskauer Politik. Die Sperrung der Grenze zur Bundesrepublik und die Räumung der Grenzzone beunruhigten die Zonenbevölkerung auf das stärkste. Dazu kamen neben der Aktivierung der gesamten Parteiarbeit die Aufstellung einer Nationalarmee und eines Arbeitsdienstes, sowie die starke Werbung für die Volkspolizei. Die Politik der Vernichtung des Großbauerntums und der Reste selbständigen gewerblichen Unternehmertums trat durch die Beschlüsse der SED-Parteikonferenz im Juli 1952 in ein neues entscheidendes Stadium. Auf allen Lebensgebieten, in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz wie auch im Leben von Kirche und Schule verschärfte sich die Gewalt Herrschaft. Alle diese Gründe verursachten eine starke Zunahme der Flucht aus dem Sowjetbereich.

Schon seit dem Beginn der Bundesnotaufnahme in Westberlin im Februar 1952 hatte sich der Flüchtlingsstrom immer mehr dorthin verlagert<sup>24</sup>. Die Furcht vor der gerüchtweise zum 1. August 1952 angekündigten Absperrung auch dieser letzten Zuflucht ließ ihn in wenigen Wochen auf das Dreifache seiner bisherigen durchschnittlichen Stärke ansteigen (auf monatlich 15 000 Flüchtlinge). Dabei war nicht nur der Umfang des Flüchtlingsstroms gewachsen — auch seine Zusammensetzung hatte sich stark verändert. Besonders hoch war seit dem Frühjahr 1952 der Anteil der Jugendlichen, die sich dem Dienst in der Nationalarmee, im Arbeitsdienst oder bei der Volkspolizei entziehen wollten<sup>25</sup>. Gleichzeitig stieg der Anteil der Ehefrauen, Kinder und alten Leute erheblich — ein Zeichen für die Unaufhaltbarkeit dieser Massenflucht, die größtenteils aus wirklicher Not geschah und zugleich lawinenartig Tausende von Auch-Flüchtlingen mitnahm. Dementspre-

<sup>24</sup> Der Anteil Westberlins am gesamten Flüchtlingsstrom aus dem Sowjetbereich hatte im Durchschnitt der ersten Jahre 39 vH betragen (1949 54 vH, 1950 31 vH, 1951 38 vH) und stieg von 38 vH im Januar 1952 auf rund 50 vH im Durchschnitt der folgenden fünf Monate, dann von 71 vH im Juli auf über 80 vH im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1952 (Jahresdurchschnitt 1952 71 vH). Im Januar 1953 stieg Westberlins Anteil noch stärker an; er lag in allen Monaten des ersten Halbjahres 1953 über 95 vH. Auch im zweiten Halbjahr 1953 lag dieser Anteil mit 75 vH noch höher als 1952.

<sup>25</sup> Der Anteil der alleinreisenden Jugendlichen unter 24 Jahren, der Ende 1952 kaum über 10 vH gelegen hatte, betrug in den Monaten Februar—April 1952 26 vH der in Westberlin gemeldeten Zonenflüchtlinge. Im Mai stieg er auf 32 vH, und auch in den folgenden Monaten (Juni—Oktober 1952) blieb er trotz der Zunahme des gesamten Flüchtlingsstromes immer über 20 vH. Im Jahr 1953 sank dieser Anteil, hauptsächlich infolge des hohen Anteils der Familienangehörigen, auf 15 vH.

chend sank in diesen Monaten der Anteil der aus rein politischen Gründen Geflüchteten<sup>26</sup>.

Vom August bis zum Jahresende 1952 blieb der Flüchtlingsstrom nach Westberlin annähernd gleich stark. Die Wintermonate brachten keinen Rückgang wie in den vorhergehenden Jahren, vielmehr stieg der Zustrom seit den Weihnachtstagen 1952 ständig weiter an und erreichte im März 1953 mit 48 700 Flüchtlingen seine bisher höchste Monatszahl. Die ursprünglich auch vom Bundesnotaufnahmeverfahren erwartete „Bremswirkung“ hat sich nicht eingestellt, oder sie ist durch verstärkten Antrieb zur Flucht überdeckt und aufgehoben worden. So stieg die Zahl der in Westberlin gemeldeten Zonenflüchtlinge von 30 000 im ersten Halbjahr 1952 auf 88 000 im zweiten Halbjahr 1952 und auf 225 000 im ersten Halbjahr 1953<sup>27</sup>.

Trotz dieser Zunahme und trotz der sozialen Veränderungen des Flüchtlingsstromes wurde die Notaufnahme seit dem Sommer 1952 von Monat zu Monat großzügiger gehandhabt, weil sonst die Belastung Westberlins mit nichtanerkannten Flüchtlingen unerträglich geworden wäre. Immer neue behelfsmäßige Lager mußten eingerichtet werden, da die beim Bund beantragten Mittel für die Errichtung eines Hauptdurchgangslagers nicht rechtzeitig gewährt wurden. Immerhin machte sich die Hilfe des Bundes und der Länder in einem wesentlich verstärkten Abflug bemerkbar. Auch wurde der Anteil der für Westberlin Aufzunehmenden im Dezember 1952 von 20 auf 10 vH, Anfang 1953 auf 4 vH aller aufgenommenen Flüchtlinge herabgesetzt.

Diese Veränderungen werden an der Entwicklung des Anteils der Aufgenommenen an der Gesamtzahl der Flüchtlinge deutlich. Im ersten Halbjahr 1952 wurden nur 16 700 Flüchtlinge aufgenommen oder als Jugendliche ohne Verfahren abgeflogen, 56 vH der Zahl der neu gemeldeten Flüchtlinge (30 000); dabei handelte es sich teilweise um nichtanerkannte Flüchtlinge aus den früheren Jahren („alte Fälle“), die nach Inkrafttreten der Bundesnotaufnahme in Westberlin die Aufnahme beantragt hatten. Ihr Anteil war aber nur gering<sup>28</sup>, so daß angenommen werden kann, daß mehr als die Hälfte der im ersten Halbjahr 1952 neu gemeldeten Flüchtlinge aufgenommen worden ist. Im

<sup>26</sup> Nach amtlicher Schätzung (Denkschrift des Senats „Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin“, S. 29) sank bei den Erwachsenen der Anteil der aus politischen Gründen Geflüchteten zwischen Frühjahr und Herbst 1952 von 35 auf 22 vH. Bei den Jugendlichen war der geschätzte Anteil mit rund einem Drittel gleich geblieben, wobei allerdings die angegebene Ablehnung des Dienstes bei der Volkspolizei u. dgl. nicht immer als der wahre Grund zur Flucht anzusehen ist.

<sup>27</sup> Vgl. hierzu und zu den folgenden Abschnitten die Zahlenübersicht der Flucht und Zuwanderung nach Westberlin S. 33—40.

<sup>28</sup> Da die Bearbeitung dieser Anträge erst im Juni 1952 begann, können im ersten Halbjahr 1952 nur wenige der 14 300 Antragsteller aufgenommen worden sein.



zweiten Halbjahr lag der Anteil der aufgenommenen Flüchtlinge schon höher. Auf 88 000 Neugemeldete kamen 62 000 Aufgenommene oder ohne Verfahren Abgeflogene (70 vH), unter denen 10 000 bis 11 000 alte Fälle“ waren (etwa 12 vH der Zahl der Neugemeldeten)<sup>29</sup>. Im ersten Halbjahr 1953 stieg der Anteil der Zahl der Aufgenommenen oder ohne Verfahren Abgeflogenen (211 000) an der Zahl der Neugemeldeten (225 000) auf 94 vH; in diesem Halbjahr lag der Anteil der „alten Fälle“ nicht mehr so hoch<sup>30</sup>. Die Zahl der im ersten Verfahren aufgenommenen oder ohne Verfahren abgeflogenen Neugemeldeten (185 000) betrug 82 vH ihrer Gesamtzahl. Die Aufnahme der Neugemeldeten erfolgte dabei durchaus nicht gleichmäßig; im ersten Vierteljahr 1953 betrug der Anteil nur 74 vH, während infolge des anhaltenden Massenzustromes im zweiten Vierteljahr 1952 bereits 91 vH ihrer Zahl im ersten Verfahren aufgenommen oder ohne Verfahren abgeflogen wurden.

Ob die mit dem starken Anwachsen des Flüchtlingsstromes seit Mitte 1952 ständig zunehmende Großzügigkeit im Bundesnotaufnahmeverfahren ihrerseits zu diesem Anwachsen beigetragen hat, ist schwer festzustellen. Jedenfalls bildete sich mit der Zeit die Erkenntnis heraus, daß der Fluchtvorgang zwangsläufig durch die politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung im Osten und Westen veranlaßt wird und daß für die Geflüchteten unter allen Umständen gesorgt werden muß. So brachte das Frühjahr 1953 endlich eine wesentliche Verstärkung der Bundeshilfe und damit eine fühlbare Erleichterung für Westberlin.

Das starke Anschwellen des Flüchtlingsstromes im Januar und Februar 1953 veranlaßte zu einer erheblichen Steigerung des Abfluges. Waren im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Monate weniger als 10 000 Flüchtlinge monatlich abgeflogen worden, so stieg diese Zahl im Februar 1953 auf 15 000 und im März 1953 auf 41 000. Sie hielt sich im Durchschnitt der vier folgenden Monate bei 35 000.

<sup>29</sup> Im ganzen Jahr 1952 wurden 11 100 alte Nichtanerkannte aus der Zeit vor der Bundesnotaufnahme nachträglich aufgenommen (16 700 Anträge), davon der größte Teil erst im zweiten Halbjahr (10 bis 11 000). Außerdem wurden einige Hundert Flüchtlinge nachträglich aufgenommen, die bereits 1952 im Notaufnahmeverfahren abgelehnt worden waren (1300 Anträge, davon 1000 aus dem zweiten Halbjahr). Sie können für dieses Jahr noch nicht zu den „alten Fällen“ gerechnet werden, sondern entsprechen den späteren „Beschwerdefällen“, bei denen die Beschwerde bald nach der Ablehnung eingelegt wurde.

<sup>30</sup> Im ersten Halbjahr 1953 wurden über 26 000 Flüchtlinge nachträglich aufgenommen (12 vH der Zahl der Neugemeldeten). Etwa 400 von ihnen waren alte Nichtanerkannte aus der Zeit vor der Bundesnotaufnahme in Westberlin. Von den übrigen nachträglich Aufgenommenen (25 700) war etwa ein Viertel schon vor mehr als einem halben Jahr im Rahmen der Bundesnotaufnahme abgelehnt worden und darum zu den „alten Fällen“ zu rechnen (etwa 3 vH der Zahl der Neugemeldeten).

In den Frühjahrsmonaten überschritt der tägliche Abflug gelegentlich schon die Zahl der täglich neugemeldeten Flüchtlinge, doch blieb die Gesamtzahl der Abflüge im ersten Halbjahr 1953 (166 000) immer noch weit hinter der Zahl der im gleichen Zeitraum Neugemeldeten (225 000) bzw. für das Bundesgebiet Aufgenommenen (197 000) zurück.

Mit dem Inkrafttreten des Bundesvertriebenengesetzes im Mai 1953 wurde das Aufnahmeverfahren wesentlich vereinfacht und beschleunigt, indem das schwierige Anerkennungsverfahren abgetrennt und in die Aufnahmeländer verlegt wurde. Im Zusammenhang damit wurde seit April 1953 eine große Zahl „alter Fälle“ durch Wiederaufnahme des Verfahrens aufgerollt<sup>31</sup>, um Westberlin von den nichtanerkannten Flüchtlingen zu entlasten. Darüber hinaus wurde daran gedacht, einen großen Teil der Nichtanerkannten ohne Verfahren ins Bundesgebiet zu übernehmen. Diese Pläne kamen jedoch nicht zur Durchführung<sup>32</sup>. Um so wichtiger wurde die Eröffnung des Hauptdurchgangslagers für Flüchtlinge in Berlin-Marienfelde, das schon im Sommer 1952 vom Westberliner Senat für notwendig gehalten wurde, aber ohne Bundeshilfe nicht eingerichtet werden konnte; die Zusammenführung aller neueintreffenden Flüchtlinge in diesem guteingerichteten Lager erleichterte ihre Anmeldung, Beratung und Betreuung.

Im Juni 1953 ließ der Flüchtlingszustrom aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet erheblich nach. Nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ durch die kommunistischen Machthaber gaben viele die beabsichtigte Flucht auf, und andere kehrten sogar aus Westberlin oder aus dem Bundesgebiet in den Sowjetbereich zurück. Nach dem Aufstand vom 17. Juni wurde Westberlin so stark abgesperrt, daß nur noch wenige besonders Gefährdete die Flucht dorthin wagten. Damit hörte die Fluchtbewegung aber keineswegs auf. Viele Flüchtlinge, die nach Verkündung des „Neuen Kurses“ (Anfang Juni) dessen Verwirklichung in Westberlin abwarten wollten, stellten nach dem 17. Juni doch den Antrag auf Notaufnahme. Nach Aufhebung der Absperrung Westberlins begann im Juli wieder der Zustrom aus Ostberlin und aus der Sowjetzone, allerdings in vermindertem Umfang und in veränderter Zusammensetzung.

Hatte das Frühjahr 1953 außer bestimmten Berufsgruppen (Bauern, Kaufleuten, Gewerbetreibenden) besonders viele Familienangehörige nach Westberlin gebracht, die den früher geflüchteten Ernährern nach-

<sup>31</sup> Im ersten Vierteljahr 1953 wurden nur 1900, im April 2500, im Mai 15 400 und im Juni 4400 derartige Anträge gestellt. Vgl. auch S. 24, Anm. 30.

<sup>32</sup> Der Grund dafür dürfte teils in der damals noch herrschenden Unklarheit über die Zahl der nichtanerkannten Flüchtlinge in Berlin, teils in der Schwierigkeit gelegen haben, Flüchtlinge ohne Notaufnahme in den Ländern des Bundesgebietes unterzubringen. Selbst die für Mangelberufe, wie Bergbau, Landarbeit u. a. ins Bundesgebiet vermittelten Nichtanerkannten mußten der Form wegen die Notaufnahme erhalten.

folgten, so stand in den Sommermonaten nach dem Juniaufstand die politisch bestimmte Flucht wieder stärker im Vordergrund. Daneben lief die Zusammenführung der Familien und die Abwanderung aus beruflichen Gründen ständig weiter, und neue Fluchtgründe entstanden im Zusammenhang mit der Westberliner Paketaktion.

Im zweiten Halbjahr 1953 meldeten sich in Westberlin 81 000 neue Flüchtlinge, und 79 000 wurden aufgenommen oder ohne Verfahren abgeflogen (98 vH), darunter 17 000 „alte Fälle“ und Beschwerdefälle<sup>33</sup>. Trotz der viel niedrigeren Zahl Neugemeldeter nahm Westberlin im zweiten Halbjahr 1953 fast ebenso viel Flüchtlinge auf wie im ersten (14 200 im ersten, 12 400 im zweiten Halbjahr). Der Anteil der für Westberlin Aufgenommenen an der Gesamtzahl der in Westberlin Aufgenommenen stieg daher von 8 vH im ersten Halbjahr auf 23 vH im dritten Vierteljahr, und er lag auch im letzten Vierteljahr mit 16 vH noch auffällig hoch. Westberlin überschritt damit wesentlich die seit Anfang 1953 vorgesehene Quote von 4 vH aller aufgenommenen Flüchtlinge. Es nahm in diesem Jahr 26 600 Flüchtlinge selbst auf (11 vH aller in Westberlin Aufgenommenen), davon 14 000 über seinen festgelegten Anteil hinaus<sup>34</sup>.

Diese auffällige Tatsache ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Die politischen Flüchtlinge, die unmittelbar nach dem Juniaufstand oder in den folgenden Monaten Westberlin aufsuchten, wollten vielfach in naher Verbindung mit ihren Angehörigen und Freunden im Sowjetbereich bleiben. Das galt besonders für die Ostberliner und für die Flüchtlinge aus den Randgebieten Berlins, die von Westberlin besonders großzügig aufgenommen wurden. Sie stellten einen hohen Anteil der für Westberlin Aufgenommenen, obgleich gerade im Monat des Aufstandes (Juni 1953) ihr Anteil an der Zahl der Neugemeldeten infolge des starken Zustroms aus der weiteren Zone niedrig lag. Dabei spielten allerdings nicht nur politische Gründe eine Rolle. Durch die Flucht nach dem 17. Juni in Bewegung gesetzt, kamen auch viele Ostberliner und Bewohner der Sowjetzone nach Westberlin, die stärker durch berufliche Hoffnungen oder persönliche Beziehungen angezogen wurden. Gerade in diesem Halbjahr waren daher Flucht und Zuwanderung nur schwer zu trennen<sup>35</sup>, zumal von der Berliner Landesvertretung bei der Aufnahme für Westberlin

<sup>33</sup> Der Anteil der „alten Fälle“ betrug mehr als die Hälfte dieser Zahl, wenn man darunter die Anträge von Flüchtlingen versteht, deren erste Meldung in Westberlin jeweils länger als ein halbes Jahr zurücklag. Etwa 2000 dieser nachträglich Aufgenommenen waren alte Nichtanerkannte aus der Zeit vor der Bundesnotaufnahme in Berlin.

<sup>34</sup> Dieser Anteil betrug 4 vH der Gesamtzahl der 1953 in Westberlin, Gießen und Uelzen aufgenommenen Flüchtlinge (315 000). Berechnet man den gleichen Anteil nur von der Zahl der 1953 in Westberlin Aufgenommenen (247 000), so wurde er mit 16 700 überschritten.

<sup>35</sup> Vgl. dazu S. 29, Abs. 2.

weiterhin stark auf die beruflichen Möglichkeiten, auf die Familienzusammenführung und auf die Berliner Herkunft der Flüchtlinge Rücksicht genommen wurde.

Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in Westberlin hat durch die Aufnahme im Jahr 1953 stark zugenommen, obgleich im zweiten Halbjahr weit mehr Flüchtlinge abgeflogen (91 000) als für das Bundesgebiet aufgenommen oder ohne Verfahren weitergeleitet wurden (67 000). Der Abflug entlastete Westberlin dafür von dem größten Teil der 43 000 in diesem Jahr nachträglich aufgenommenen, ursprünglich nichtanerkannten Flüchtlinge. Jedoch blieb das Problem der Nichtanerkannten trotzdem weiter bestehen, da diese großenteils auf die Wiederaufnahme des Verfahrens verzichteten oder auch trotz der Aufnahme für das Bundesgebiet in Westberlin bleiben wollten. Auf diesem Wege konnte der Stadt daher wenig geholfen werden. Rein rechnerisch nahm sogar die Zahl der nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin im ersten Halbjahr 1953 um 11 500 und im zweiten Halbjahr um 2300 zu. Wenn trotzdem die Zahl der Nichtanerkannten in Westberlin von ihrem Höchststand im Sommer 1953 (60 000 bis 70 000) bis zum Jahresende unter den Stand von Anfang 1953 (etwa 50 000) gesunken ist<sup>36</sup>, so hat dazu deren inoffizielle Abwanderung nach Westen, hauptsächlich durch privaten Abflug in den letzten Wochen des Jahres entscheidend beigetragen. Ein kleinerer Teil ist auch nach der Kursänderung vom Sommer 1953 in den Sowjetbereich zurückgekehrt.

Die Flucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet über Westberlin nach Westen scheint gegen Ende des Jahres 1953 zu einer gewissen Stetigkeit gekommen zu sein. Es wäre aber falsch, sich über die Möglichkeit plötzlicher neuer gewaltsamer Veränderungen hinwegzutäuschen. Auch sind für Westberlin selbst die Flüchtlingsprobleme durchaus noch nicht gelöst. Die hohe Zahl der anerkannten Flüchtlinge, die für Ende 1953 auf 75 000 bis 80 000 geschätzt werden kann, wirkt nicht weniger belastend als die kleinere Zahl nichtanerkannter Flüchtlinge, die zwar teilweise zur Eingliederung geeignet und bereit, teilweise aber auch so mittel- und hilflos sind, daß ihnen nur mit Hilfe des Bundesgebietes und der übrigen freien Welt ausreichende Lebensmöglichkeiten gegeben werden können. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß außer den Heimatvertriebenen und den anerkannten und nichtanerkannten Zonenflüchtlingen auch viele in den Nachkriegsjahren „normal“ Zugewanderte nach ihrem Schicksal und ihrer Lage zu den Flüchtlingen gehören, obgleich ihre Zahl offiziell nicht mitgerechnet wird.

---

<sup>36</sup> Schätzungen des Verfassers in Anlehnung an die Angaben der Flüchtlingsabteilung des Senats.

#### 4. Die „normale“ Zuwanderung in den Jahren der Massenflucht

Hatte schon in den ersten Nachkriegsjahren die „normale“ Zuwanderung viele inoffizielle Flüchtlinge nach Westberlin gebracht<sup>37</sup>, so blieb sie in den Jahren 1949 bis 1953 erst recht stark mit der Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet verbunden. Auch für diesen Zeitraum lassen sich Flucht und Zuwanderung nicht voneinander abgrenzen, so daß es geboten erscheint, Umfang und Eigenarten der „normalen“ Zuwanderung dieser Jahre darzustellen<sup>38</sup>.

Zunächst sei noch einmal darauf hingewiesen, daß seit 1945 die Zuwanderung nach Berlin einer besonderen Zuzugsgenehmigung bedurfte, die unbefristet (für dauernden Aufenthalt) oder befristet erteilt wurde. Während die Zahlen der polizeilichen Anmeldung, die der Wanderungs- und Umzugsstatistik zugrunde liegen<sup>39</sup>, auch viele vorübergehend in Westberlin Anwesende enthalten, geben die Zahlen der in den einzelnen Jahren erteilten Zuzugsgenehmigungen einen brauchbaren Einblick in die tatsächliche Zuwanderung<sup>40</sup>. Deren nähere Betrachtung ist um so notwendiger, als auf den ersten Blick der Wanderungs- und Umzugsgewinn Westberlins in den Jahren 1949 bis 1953 (etwa 140 000 Personen<sup>41</sup>) durch die Anwesenheit von 130 bis 140 000 Zonenflüchtlingen aus den gleichen Jahren schon nahezu erklärt scheint. Die beiden Zahlen stimmen aber nur zufällig überein. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dem Saldo von 140 000 Personen nicht nur der Zu- und Durchgang von Flüchtlingen, sondern auch eine umfangreiche Zu- und Abwanderung außerhalb des offiziellen Fluchtgeschehens.

Rechnet man von der Zahl der von 1949 bis 1953 polizeilich gemeldeten Zuzüge (über 760 000) die Zahlen der gleichzeitig offiziell ins Bundesgebiet abgeflogenen Flüchtlinge (335 000) und der in das sowjetische Besatzungsgebiet zurückkehrten<sup>42</sup> oder privat nach Westen

<sup>37</sup> Vgl. S. 14 f.

<sup>38</sup> Die Zahlenangaben dieses Abschnittes (S. 28—32) sind aus Veröffentlichungen und Materialien des Statistischen Landesamtes Berlin erarbeitet.

<sup>39</sup> Für die Jahre 1949—1953 gibt die Wanderungsstatistik 638 000 von auswärts Zugezogene an. Für die Umzüge von Ost- nach Westberlin liegen vollständige Angaben nur für die Jahre 1950—1953 vor (103 000). Für 1949 ist der Zuzug aus Ostberlin mit etwa 24 000 Personen zu schätzen. (Vgl. S. 35, Anm. 60.) Die Gesamtzahl der polizeilich gemeldeten Zuzüge betrug also in diesen Jahren annähernd 765 000.

<sup>40</sup> Zum Daueraufenthalt von Personen ohne Zuzugsgenehmigung vgl. S. 30, Abs. 3.

<sup>41</sup> Der Wanderungsgewinn Westberlins betrug in den Jahren 1949—1953 rund 50 000 Personen. Der Umzugsgewinn ist nur für die Jahre 1950—1953 bekannt (79 500 Personen). Für 1949 ist er mit etwa 10 000 Personen zu schätzen (vgl. S. 35, Anm. 60); er betrug danach für den ganzen Zeitraum annähernd 90 000 Personen.

<sup>42</sup> Von den polizeilich in Westberlin gemeldeten Flüchtlingen und Zugewanderten aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet dürften nur einige Zehntausend dorthin zurückgekehrt sein. Die Zahl der Zurückgekehrten erhöht

weitergewanderten Personen ab (zusammen schätzungsweise 100 000), so bleiben immer noch über 300 000 Personen, die die Zuzugsgenehmigung für Westberlin erhalten haben. 315 000 Personen ist in dieser Zeit die unbefristete Zuzugsgenehmigung erteilt worden<sup>43</sup>, und es kann damit gerechnet werden, daß die meisten von ihnen in Westberlin geblieben sind. In ihrer Zahl sind viele der Zugezogenen enthalten, die zunächst nur die befristete Zuzugsgenehmigung besaßen, bis diese nach mehrmaliger Erneuerung schließlich in eine unbefristete Genehmigung umgewandelt wurde. Viele der Ende 1953 in Westberlin Anwesenden mit befristeter Zuzugsgenehmigung (15 000) gehören auch zur echten Zuwanderung, da für sie mit einer späteren Erteilung der unbefristeten Genehmigung gerechnet werden kann.

Vergleicht man die Gesamtzahl (315 000) mit der Zahl der im gleichen Zeitraum offiziell an Flüchtlinge erteilten unbefristeten Zuzugsgenehmigungen (rund 70 000), so erscheint der Anteil der „normalen“ Zuwanderung an der Zunahme der Bevölkerung Westberlin überraschend groß. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß auch die Zuwanderung nach Westberlin ohne Flüchtlingsverfahren zum größeren Teil aus dem sowjetischen Machtbereich kam<sup>44</sup> und insoweit keine normale Zuwanderung war. Befanden sich unter den rund 245 000 Personen, die die unbefristete Zuzugsgenehmigung als „normal“ Zugewanderte bekommen haben, schon einige Zehntausend anerkannte und nichtanerkannte Flüchtlinge, die von der Stadt über die

sich wesentlich, wenn die Zehntausende von Flüchtlingen mitgerechnet werden, die 1949 und 1950 vom Flüchtlingsdienst sofort zur Rückkehr veranlaßt (abgewiesen) wurden und polizeilich in Westberlin noch nicht gemeldet waren.

<sup>43</sup> Die Zahlen der erteilten Zuzugsgenehmigungen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Jahre:

Jahr	Unbefristete Zuzugsgenehmigungen	Befristete Zuzugsgenehmigungen
1949	60 000 (Schätzung)	26 000 (Schätzung)
1950	76 100	25 700
1951	60 900	25 600
1952	57 100	28 100
1953	60 500	23 400
insgesamt	314 600	128 800

Für 1949 sind die Zahlen auf Grund der gestellten Anträge und im Vergleich mit den folgenden Jahren geschätzt. Für 1952 und 1953 sind die auf Grund der Notaufnahme erteilten Zuzugsgenehmigungen (9600 bzw. 26 500) den unbefristeten zugerechnet.

<sup>44</sup> Für die Jahre 1949 bis 1953 kann mit 200 bis 250 000 Personen gerechnet werden, die ohne Flüchtlingsverfahren nach Westberlin „normal“ zugezogen sind. Davon sind nur 74 000 aus dem Bundesgebiet gekommen, und von den aus dem Ausland Zugezogenen (15 000), den Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft, Internierung usw. (22 000) und den Zugezogenen unbekannter Herkunft (16 000) ist nur ein kleiner Teil der Zuwanderung aus dem Westen zuzurechnen. Über 100 000 „normal“ Zugezogene kamen in dieser Zeit aus Ostberlin, aus der Sowjetzone und aus dem weiteren Osten.

monatliche Flüchtlingsquote hinaus aufgenommen wurden<sup>45</sup>, so können auch viele der übrigen Zugewanderten aus dem sowjetischen Machtbereich den Flüchtlingen zugerechnet werden, da sie aus den gleichen Gründen nach Westen geflüchtet oder abgewandert sind wie die anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlinge. So stellen die Flüchtlinge im engeren Sinne nur etwa ein Drittel, die Flüchtlinge im weiteren Sinne dagegen einen bedeutend größeren Teil der 315 000 neuen Einwohner, denen Westberlin in den Jahren 1949 bis 1953 den Dauerzuzug gewährt hat. Von den aus dem sowjetischen Machtbereich Zugezogenen sind nur wenige aus rein persönlichen, beruflichen u. dgl. neutralen Gründen nach Westberlin gekommen. Bei den allermeisten hat der Druck der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend mitgewirkt, und bis zum „Neuen Kurs“ vom Sommer 1953 sind die Zuzugsanträge überwiegend erst nach dem Eintreffen in Westberlin gestellt worden<sup>46</sup>.

Das Bild der Zusammensetzung der in den Jahren 1949 bis 1953 neu aufgenommenen Bewohner Westberlins wäre unvollständig, wollte man die Einwohner mit befristeter Zuzugsgenehmigung und diejenigen ohne Zuzugsgenehmigung außer Acht lassen. Von der an sich kleinen Zahl der Ende 1953 in Westberlin Anwesenden mit befristeter Zuzugsgenehmigung (15 000) gehörte der größere Teil zu den nichtanerkannten oder zu den inoffiziellen Flüchtlingen, die über Studium, Ausbildung oder Berufsarbeit den Dauerzuzug zu erlangen versuchten.

Weit größer war aber die Zahl der Flüchtlinge, die sich zur gleichen Zeit ohne Zuzugsgenehmigung in Westberlin aufhielten. Ende 1953 wurden in Westberlin 85 000 polizeilich gemeldete Einwohner ohne Zuzugsgenehmigung gezählt<sup>47</sup>. Davon waren 45 bis 50 000 nichtaner-

<sup>45</sup> Sie erhielten die Zuzugsgenehmigung nicht als Flüchtlinge, sondern als Heimkehrer (auch als Nichtberliner, wenn sie nicht in ihre Heimat oder zu ihren Angehörigen im sowjetischen Machtbereich zurückkehren konnten), im Rahmen der Familienzusammenführung, als wirtschaftlich oder kulturell wichtige Personen oder zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten. (Vgl. dazu S. 18, Anm. 15). Zur „normalen“ Zuwanderung von Flüchtlingen aus Ostberlin und den Randgebieten Berlins vgl. S. 32, Abs. 2.

<sup>46</sup> Im zweiten Halbjahr 1953 war es vielen aus Ostberlin und aus der Sowjetzone Abwandernden möglich, die Zuzugsgenehmigung für Westberlin bereits vorher durch eigene Bemühung oder mit Hilfe Bekannter zu erlangen, so daß sie sich regelrecht abmelden konnten und daraufhin Möbel, Hausrat usw. mitnehmen durften.

<sup>47</sup> Die Zahl der polizeilich gemeldeten Einwohner ohne Zuzugsgenehmigung war in den Jahren 1949 und 1950 noch verhältnismäßig klein. Sie wuchs 1951 durch die große Zahl nichtanerkannter Flüchtlinge auf 90 000 an (Ende 1951), sank im ersten Halbjahr 1952 durch die Bundesnotaufnahme auf 72 000 und stieg dann durch den Massenzustrom von Flüchtlingen auf 94 000 (Ende 1952) bzw. 130 000 (März 1953) und hielt sich bis Mitte 1953 bei 120 000, um bis Ende 1953 wieder auf 85 000 abzusinken (Senator für Inneres, Stand der O.Z.-Karteien). Im starken Steigen und Sinken dieser Zahlen zeigt sich

kannte Flüchtlinge und 10 bis 20 000 auf die Aufnahme oder auf den Abflug wartende Flüchtlinge; auch unter den übrigen 20 bis 30 000 Besuchern, Reisenden und sonstigen Personen ohne Zuzugsgenehmigung waren zahlreiche inoffizielle Flüchtlinge, die in Westberlin bleiben oder von dort aus weiterwandern wollten.

Schließlich müssen auch die ohne polizeiliche Meldung Zugezogenen erwähnt werden, deren Zahl schwer zu bestimmen ist. Unter denjenigen, die sich Ende 1953 vorübergehend oder längere Zeit ohne polizeiliche Anmeldung in Westberlin aufhielten, waren viele inoffizielle Flüchtlinge, die in der Stadt selbst oder im weiteren Westen Lebensmöglichkeiten zu finden hofften. Teilweise waren sie schon aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet geflüchtet, teilweise bereiteten sie die Flucht erst vor. Umgekehrt war auch die Zahl der aus dem Bundesgebiet nach Westberlin zurückgekehrten Flüchtlinge beträchtlich. Die Gesamtzahl der Ende 1953 ohne polizeiliche Meldung in Westberlin Lebenden muß in die Zehntausende gehen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß in Westberlin in den Jahren der Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet außer der Durchwanderung von rund einer halben Million Zonenflüchtlinge<sup>48</sup> auch eine starke Fluktuation seiner eigenen Bevölkerung stattgefunden hat, an der die „normale“ Zu- und Abwanderung wesentlich beteiligt war. Von den rund 400 000 neuen Einwohnern, die sich Ende 1953 (verglichen mit Ende 1948) ständig in Westberlin aufhielten und von denen fast drei Viertel als Flüchtlinge im engeren und im weiteren Sinne angesehen werden können, ist mindestens die Hälfte „normal“ zugewandert. Umgekehrt nahm die Einwohnerschaft Westberlins auch durch „normale“ Abwanderung von 200 bis 300 000 Personen im gleichen Zeitraum stark an dieser Fluktuation teil, so daß die Gesamtkopfzahl der „normalen“ Zu- und Abwanderung dieser Zeit (600 bis 700 000) höher lag als die Zahl der durchgewanderten Zonenflüchtlinge und fast ein Drittel der Einwohnerzahl der Stadt<sup>49</sup> erreichte. Diese Zahlen erscheinen zwar immer noch bescheiden, wenn man sie mit den Wanderungszahlen der Jahrzehnte vor und nach dem Ersten Welt-

---

der hohe Anteil der offiziellen und inoffiziellen Flüchtlinge an der Gesamtzahl der Personen ohne Zuzugsgenehmigung. Zur Bedeutung dieser kaum übersehbaren Fluktuation für die Fortschreibung der Einwohnerzahl vgl. S. 35, Anm. 60, Abs. 2.

<sup>48</sup> In das Bundesgebiet und nach dem weiteren Westen sind offiziell und privat über 400 000 anerkannte und nichtanerkannte Flüchtlinge durchgewandert, in das sowjetische Besatzungsgebiet 50 bis 100 000 Flüchtlinge nach kurzem oder längerem Aufenthalt zurückgekehrt.

<sup>49</sup> Westberlin hatte Ende 1948 rund 2,1 Mill., Ende 1953 rund 2,2 Mill. Einwohner.



krieg vergleicht<sup>50</sup>, doch darf bei einem solchen Vergleich nicht vergessen werden, daß der politisch und wirtschaftlich abgeschnürten Stadt Westberlin die Voraussetzungen für einen normalen Bevölkerungsumsatz genommen sind und daß die Zu- und Durchwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg in starkem Maße von außen her bestimmt war. So gesehen gewinnt die Bevölkerungsentwicklung Westberlins durch die vorübergehende oder ständige Aufnahme von Hunderttausenden eine viel größere Bedeutung, als die Zahlen allein auszudrücken vermögen.

Die Betrachtung der „normalen“ Zuwanderung nach Westberlin im Zusammenhang mit der Massenfucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in den Jahren 1949 bis 1953 bedarf schließlich noch eines Hinweises auf die besondere Bedeutung Ostberlins und der Randgebiete Berlins für die Zuwanderung nach Westberlin. Der Umzugsgewinn Westberlins gegenüber Ostberlin war in dieser Zeit mit etwa 90 000 Personen wesentlich größer als der Wanderungsgewinn der Stadt mit 50 000 Personen. Die Zahl der ehemaligen Bewohner des Gebietes der Sowjetzone stieg in Westberlin nicht annähernd so schnell wie die Zahl der in Westberlin lebenden „Zonenflüchtlinge“<sup>51</sup> — ein Zeichen dafür, daß diese zumeist nicht aus der Sowjetzone stammten, sondern Heimatvertriebene<sup>52</sup>, Ostberliner, Randberliner und andere „alte Berliner“ waren. Ostberliner, Randberliner und „alte Berliner“ waren auch zu einem sehr großen Teil an der „normalen“ Zuwanderung nach Westberlin beteiligt, besonders nach dem Juniaufstand 1953, als Tausende von ihnen ohne Flüchtlingsverfahren aufgenommen wurden<sup>53</sup>.

<sup>50</sup> Die Zahlen der jährlich nach Berlin Zugewanderten und der jährlich von Berlin Abgewanderten lagen in der Zeit von 1900 bis zum Zweiten Weltkrieg — mit Ausnahme einzelner Kriegs- und Nachkriegsjahre — immer zwischen 200 000 und 350 000. Die entsprechenden Zahlen für den Bereich Westberlins sind um etwa ein Drittel niedriger zu veranschlagen. Rechnet man jedoch die auch damals sehr starke Umzugsbewegung innerhalb Berlins hinzu, so dürfte für jedes einzelne Jahr mit über 200 000 Zugewanderten und Zugezogenen im Bereich Westberlins gerechnet werden.

<sup>51</sup> Die Zahl der in Westberlin lebenden Personen, deren Wohnsitz 1939 im Gebiet der Sowjetzone Mitteldeutschlands lag, betrug nach einer Schätzung des Statistischen Landesamts Berlin (auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung 1950) Ende 1948 rund 55 000, Ende 1953 rund 120 000. (Vgl. Übersicht S. 34.) Sie hat sich danach von 1949 bis 1953 nur um rund 65 000 Personen erhöht, obgleich für Ende 1953 mit 130 bis 140 000 Zonenflüchtlingen und mit weiteren Zehntausenden inoffizieller Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in Westberlin zu rechnen ist.

<sup>52</sup> Die Heimatvertriebenen waren vor allem an der Massenfucht der ersten Jahre (1949 und 1950) stark beteiligt. Ihre Zahl ist in Westberlin nach einer Schätzung des Statistischen Landesamtes Berlin vor Ende 1948 bis Ende 1950 um 20 000, von Ende 1950 bis Ende 1953 nur noch um 10 000 gestiegen. Vgl. Übersicht S. 34.

<sup>53</sup> 1952 wurden in Westberlin 12 900 unbefristete Zuzugsgenehmigungen an Zugezogene aus Ostberlin ausgegeben (23 vH der Gesamtzahl). 1953 erhielten 11 400 Ostberliner die „normale“ unbefristete Zuzugsgenehmigung

### 5. Zahlenübersicht der Flucht und Zuwanderung nach Westberlin

Für die ersten Nachkriegsjahre können keine genauen Zahlenangaben über die Zuwanderung und Flucht nach Westberlin gemacht werden, doch läßt sich der Anteil einzelner Gruppen an der Gesamtzuwanderung annähernd schätzen<sup>54</sup>. Die Bevölkerung Westberlins nahm vom Mai 1945 bis Ende 1945 (nach der Lebensmittelkartenstatistik) um rund 360 000 Personen zu. Die Zunahme ging natürlich größtenteils auf die Berliner selbst zurück, die aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland als Evakuierte, Heimatvertriebene, Kriegsgefangene usw. heimkehrten. Das Gleiche gilt auch für die beiden folgenden Jahre, in denen die Bevölkerung um über 100 000 (1946) bzw. um über 50 000 Personen (1947) zunahm. Im Jahre 1947 war jedoch der Anteil der heimkehrenden Berliner nur noch wenig höher als der der auswärtigen Zuwanderer. Im Jahre 1948 dürften die Berliner bereits den kleineren Teil der von auswärts Zugezogenen gestellt haben. Dagegen war und blieb der Zuzug aus Ostberlin neben der Zuwanderung von auswärts beträchtlich, so daß auf diesem Wege weiterhin viele „alte Berliner“ nach Westberlin kamen<sup>55</sup>.

Die Zahl der Heimatvertriebenen in Westberlin, die im Mai 1945 nur 10 bis 20 000 betragen haben dürfte, nahm in den ersten Nachkriegsjahren stark zu. Ihre Zuwanderung ist statistisch nicht festgehalten worden, und ebenso ist der Umfang ihrer Weiterwanderung nach kurzem oder längerem Aufenthalt in Westberlin nicht bekannt. Wichtig ist jedenfalls der Unterschied zwischen dem Durchtransport von fast 2 Millionen Heimatvertriebener durch Berlin in den Jahren 1945/46, von denen nur ein ganz kleiner Teil in Westberlin geblieben ist<sup>56</sup>, und dem stetigen Zuzug Einzelner, durch den zwischen 1945 und 1950 der größte Teil der heute in Westberlin lebenden Heimatvertriebenen in die Stadt gekommen ist. Für die in den ersten Jahren zugezogenen Heimatvertriebenen ist anzunehmen, daß sie in der Regel in Westberlin geblieben sind, während die in den letzten Jahren mit

(34 vH der Gesamtzahl), und an der Notaufnahme für Westberlin waren die Ostberliner in diesem Jahr mit 11 000 Personen (41 vH der Gesamtzahl) beteiligt. Nimmt man für die Jahre 1949 bis 1953 den Anteil der Ostberliner an den Dauerzuzügen mit nur 20 vH der Gesamtzahl an, so haben von 1949 bis 1953 etwa 75 000 Ostberliner, d. h. mehr als die Hälfte der aus Ostberlin Zugezogenen, die unbefristete Zuzugsgenehmigung für Westberlin erhalten. Unter ihnen befanden sich nicht wenige Heimatvertriebene und ehemalige Bewohner der Sowjetzone, wie umgekehrt aus der Sowjetzone, besonders aus den Randgebieten Berlins, viele „alte Berliner“ nach Westberlin abwanderten oder flüchteten.

<sup>54</sup> Die Zahlenangaben und Schätzungen dieses Abschnittes (S. 33—40) beruhen auf Veröffentlichungen und Materialien des Statistischen Landesamtes Berlin und des Senators für Sozialwesen.

<sup>55</sup> Vgl. dazu S. 32, Abs. 2 und Übersicht S. 35.

<sup>56</sup> Vgl. dazu S. 12, Abs. 5.

dem Strom der Zonenflüchtlinge zugewanderten Heimatvertriebenen in stärkerem Maße nach Westen weitergewandert sind.

In den ersten Nachkriegsjahren sind aus dem Gebiet der Sowjetzone weniger Einheimische als Heimatvertriebene nach Westberlin zugewandert. Zur Zeit der Volkszählung 1946 lebten rund 36 000 ehemalige Bewohner des Gebietes der Sowjetzone Mitteldeutschlands in Westberlin, von denen etwa die Hälfte schon im Mai 1945 anwesend war.

Die Entwicklung der Zahlen der Heimatvertriebenen und Zugewanderten aus der Sowjetzone in Westberlin seit 1946 zeigt folgende Übersicht.

**Heimatvertriebene und Zugewanderte aus der Sowjetzone in Westberlin<sup>57</sup>  
(1946—1953)**

Zeitpunkt	Zu dem Zeitpunkt lebten in Westberlin (Zählung bzw. Schätzung)	
	Heimatvertriebene	Zugewanderte
29. 10. 1946 .....	78 559	35 825
1. 1. 1947 .....	83 000	38 000
1. 1. 1948 .....	110 000	50 000
1. 1. 1949 .....	130 000	55 000
1. 1. 1950 .....	140 000	65 000
13. 9. 1950 .....	148 389	80 432
1. 1. 1951 .....	150 000	85 000
1. 1. 1952 .....	155 000	95 000
1. 7. 1952 .....	157 000	100 000
1. 1. 1953 .....	160 000	105 000
1. 7. 1953 .....	165 000	140 000
1. 1. 1954 .....	159 000	119 000

Wie hoch der Anteil der Zonenflüchtlinge an diesen Zahlen liegt, kann nicht mit Sicherheit geschätzt werden. Jedenfalls gehört der weitaus größere Teil der Zugewanderten aus der Sowjetzone und auch ein beträchtlicher Teil der Heimatvertriebenen zu den offiziellen oder inoffiziellen Zonenflüchtlingen<sup>58</sup>.

<sup>57</sup> Schätzung des Statistischen Landesamts Berlin, der die Ergebnisse der Volkszählungen am 29. 10. 1946 und am 13. 9. 1950 zugrundeliegen. „Heimatvertriebene“ und „Zugewanderte“ sind dabei nach dem Wohnort 1939 ermittelt worden. Beide Gruppen enthalten „normal“ Zugewanderte und Zonenflüchtlinge.

<sup>58</sup> Die Schätzung dürfte nicht allzuweit von der Wirklichkeit abweichen, wenn man annimmt, daß von den rund 100 000 Personen, um die sich die

Will man die Bedeutung von Zuwanderung und Flucht nach Westberlin vergleichen, so erscheint es wichtig, die Bevölkerungsentwicklung der Stadt im ganzen zu kennen. Genaue Angaben darüber sind für die Jahre der Massenflucht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet (1949—1953) möglich.

**Die Bevölkerungsentwicklung Westberlins (1949—1953)<sup>59</sup>**

Zeitraum	Wanderungsgewinn oder -verlust (—)	Umzugsgewinn gegenüber Ostberlin	Sterbeüberschuß	Bevölkerungszunahme
Jahr 1949 .....	19 300	10 500 <sup>60</sup>	6 900	22 900 <sup>60</sup>
Jahr 1950 .....	24 000	14 300	4 600	33 700
Jahr 1951 .....	10 800	14 300	7 400	17 700
Jahr 1952 .....	11 800	13 300	10 300	14 800
Jahr 1953 .....	—15 700	37 400	10 800	10 900
1949—1953 .....	50 200	89 800 <sup>60</sup>	40 000	100 000 <sup>60</sup>

Zahl der Zugewanderten aus der Sowjetzone in Westberlin seit Kriegsende vermehrt hat, jeweils mehr als ein Viertel auf anerkannte, nichtanerkannte und inoffizielle Flüchtlinge und ein kleinerer Anteil auf wirklich normal Zugewanderte entfällt. Von den Heimatvertriebenen in Westberlin können die seit 1949 zugewanderten ebenfalls größtenteils zu den offiziellen und inoffiziellen Zonenflüchtlingen gerechnet werden, und von den früher zugewanderten gehören viele zu den inoffiziellen Flüchtlingen.

<sup>59</sup> Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin (abgerundete Zahlen). Vgl. Anm. 60.

<sup>60</sup> Der Umzugsgewinn (Differenz zwischen Zuzügen aus Ostberlin und Fortzügen dorthin) für 1949 ist vom Verfasser auf Grund der beim Statistischen Landesamt vorliegenden nicht vollständigen Umzugsangaben geschätzt worden (Schätzung: 23 500 Zuzüge, 13 000 Fortzüge). Die Abweichung vom tatsächlichen Umzugsgewinn dürfte vermutlich nur einige Hundert betragen, so daß die Summenzahlen als annähernd zutreffend anzusehen sind. Dieser Umzugsgewinn von rund 10 000 Personen wird vom Statistischen Landesamt Berlin mangels genauer Zahlen nicht berücksichtigt, so daß die Bevölkerungszunahme in den Jahren 1949 bis 1953 nur mit rund 90 000 Personen gerechnet wird. Aus dem gleichen Grunde liegt die nach der Volkszählung 1950 nachträglich errechnete (bereinigte) Bevölkerungszahl für Westberlin am 1. 1. 1949 (2,108 Mill.) wesentlich höher als die bis dahin fortgeschriebene Bevölkerungszahl (2,086 Mill.). In Wirklichkeit dürfte die Einwohnerzahl zu dieser Zeit etwa 2,098 Mill. betragen haben.

Außer dem Umzugsgewinn von 1949 müßte auch die Differenz berücksichtigt werden, die sich seit der Volkszählung 1950 zwischen Fortschreibung und tatsächlicher Zunahme der Bevölkerung ergeben hat. Beim Statistischen Landesamt Berlin wird angenommen, daß die Fortschreibung der Bevölkerungszahl in den letzten Jahren durch Unzulänglichkeiten des Meldewesens (z. B. zeitweise Nichtberücksichtigung der mit „zweitem Wohnsitz“ Gemeldeten bei der Zahl der Zuzüge; amtliche Abmeldung unbekannt Verzogener, die sich in Wirklichkeit noch in Berlin aufhalten; Aufenthalt ohne polizeiliche Anmeldung) erheblich hinter der tatsächlichen Bevölkerungszunahme Westberlins zurückgeblieben ist. Bei einer neuen Volkszählung

Den Salden der Wanderungs- und Umzugsbewegung, die in diesen Jahren immer nur wenige Zehntausend betrug, lagen Vorgänge von sehr verschiedenem Umfang zugrunde. So wuchs die Zahl der von auswärts Zugezogenen von 78 400 (1949) auf 300 500 (1953), die Zahl der aus Ostberlin Zugezogenen von 23 500 (1949)<sup>61</sup> auf 40 700 (1953). Im ganzen wurden in dieser Zeit 638 200 von auswärts Zugezogene und 588 100 nach auswärts Verzogene, sowie rund 126 000 aus Ostberlin Zugezogene<sup>62</sup> und rund 36 000 nach Ostberlin Verzogene<sup>63</sup> in Westberlin auf Grund polizeilicher Meldung gezählt. Aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet kamen 1949 etwa 68 000 oder 66 vH, 1953 etwa 320 000 oder 94 vH aller Zugezogenen<sup>64</sup>, während die Zahl und der Anteil der dorthin Fortgezogenen in diesen Jahren stark abnahmen; 1949 verzogen dorthin etwa 25 000 oder 35 vH, 1953 dagegen nur noch etwa 15 000 oder 4 vH aller Fortgezogenen. Der Zuzug aus dem Bundesgebiet und aus dem westlichen Ausland ist in diesen Jahren absolut etwa gleich hoch geblieben (jährlich 15 bis 20 000), während der Fortzug dorthin absolut und relativ stark zunahm; er stieg von etwa 47 000 Personen oder 65 vH (1949) auf etwa 300 000 Personen oder 94 vH aller Fortgezogenen (1953). Die gegensätzliche Entwicklung dieser Anteile zeigt deutlich das Vorherrschen der Flucht bei der Wanderungsbewegung der letzten Jahre.

Für das Verständnis und für die Beurteilung der Westberliner Flüchtlingsfragen sind schließlich auch die Zahlen des gesamten Flüchtlingsstromes der Jahre 1949 bis 1953 wichtig, wie sie die folgende Übersicht zeigt.

Fragt man nach dem Verbleib der 617 000 in den Jahren 1949 bis 1953 in Westberlin gemeldeten Flüchtlinge, so fällt die Antwort für die einzelnen Flüchtlingsgruppen verschieden aus.

Von 74 000 anerkannten Flüchtlingen wurden in den ersten drei Fluchtjahren nur 19 000 offiziell ausgeflogen. 1952 waren es bereits 59 000 von 78 500 aufgenommenen und 1953 stieg die Zahl auf 257 000 von 294 000 aufgenommenen Flüchtlingen. Insgesamt wurden

---

würde sich vermutlich zeigen, daß der Bevölkerungsstand um 50 bis 100 000 Personen höher ist, als bisher auf Grund der Fortschreibung gerechnet wurde. Den größten Teil dieser Mehrbevölkerung würden Flüchtlinge darstellen. (Vgl. S. 31, Abs. 2.)

<sup>61</sup> Schätzung des Verfassers. Vgl. Anm. 60.

<sup>62</sup> Desgl.

<sup>63</sup> Desgl.

<sup>64</sup> Die Aufteilung der Zugezogenen unbekannter Herkunft und der unbekannt Verzogenen auf diese und auf die folgenden Zahlen wurde vom Verfasser geschätzt. Von den Zugezogenen unbekannter Herkunft (1949: 1600; 1953: 3800) wurde der größere Teil zu den Zugezogenen aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet gerechnet, während die unbekannt Verzogenen (1949: 8700; 1953: 14 900) zum größeren Teil den nach Westen Fortgezogenen zugeordnet wurden.

**Zustrom und Aufgliederung der Zonenflüchtlinge in Westberlin (1949—1953)<sup>65</sup>**

Zeitraum	neugemeldete Zonen- flüchtlinge	im gleichen Zeitraum wurden		Differenz <sup>67</sup>
		anerkannt bzw. aufgenommen <sup>66</sup>	nicht anerkannt bzw. abgelehnt	
Jahr 1949 .....	rd. 70 000	30 063	39 768 <sup>68</sup>	169
Jahr 1950 .....	62 152	26 776	32 327 <sup>68</sup>	3 049
Jahr 1951 .....	60 975	16 808	33 944	10 223
Jahr 1952				
1. Halbjahr ....	30 160	16 664	10 576	2 920
2. Halbjahr ....	88 154	61 850	16 433	9 871
insgesamt 1952	118 314	78 514 <sup>69</sup>	27 009 <sup>69</sup>	12 791
Jahr 1953				
1. Halbjahr ....	224 712	211 203	11 447	2 062
2. Halbjahr ....	81 025	79 212	2 344	— 531
insgesamt 1953	305 737	290 415 <sup>70</sup>	13 791 <sup>70</sup>	1 531
1949—1954 .....	617 178	442 576	146 839 <sup>71</sup>	27 763
in vH .....	100	72	24	4

<sup>65</sup> Nach den Monatsberichten „Zuwandererbewegung nach Westberlin“ (Senator für Sozialwesen).

<sup>66</sup> Zu den Aufgenommenen sind auch die 62 610 alleinreisenden Jugendlichen gerechnet, die im Rahmen der Bundesnotaufnahme ohne Verfahren weitergeleitet wurden (1. und 2. Halbjahr 1952: 4285 bzw. 15 374; 1. und 2. Halbjahr 1953: 26 972 bzw. 15 979).

<sup>67</sup> Diese Differenz zwischen den Zahlen der im betreffenden Zeitraum Neugemeldeten (Sp. 2) und der im gleichen Zeitraum Anerkannten (Sp. 3) und Nichtanerkannten (Sp. 4) — im zweiten Halbjahr 1953 war die Zahl der Neugemeldeten kleiner — entspricht weitgehend dem Personenkreis, der „noch nicht oder sonstwie erledigten Fälle“. Es handelt sich dabei hauptsächlich — neben noch schwebenden Fällen — um Flüchtlinge, die die Dauerzuzugsgenehmigung vor der Verfahrensentscheidung erreichten oder die aus anderen Gründen aus dem Verfahren absprangen, so daß dieses unentschieden blieb. Ferner gehören dazu die wegen Unzuständigkeit abgewiesenen Personen, die die Zuzugsgenehmigung ohne Flüchtlingsverfahren erhalten konnten. Zu den 1949/50 ohne Verfahren Abgewiesenen vgl. aber Anm. 68.

<sup>68</sup> Von den 1949 nicht anerkannten Flüchtlingen ist der größte Teil (rd. 35 000) ohne Verfahren abgewiesen worden, von den 1950 nicht Anerkannten der kleinere Teil (schätzungsweise 10 bis 15 000). Die 45 bis 50 000 Abgewiesenen können nicht voll zu der Gesamtzahl der Westberlin belastenden Nichtanerkannten gerechnet werden, da sie zum größten Teil gleich nach der Abweisung in das sowjetische Besatzungsgebiet zurückgegangen sind. Vgl. Anm. 71.

<sup>69</sup> Über 11 000 der 78 514 im Jahr 1952 Aufgenommenen waren nichtan-

also 335 000 der 442 500 anerkannten bzw. aufgenommenen Flüchtlinge offiziell ausgeflogen, so daß mit über 100 000 Nichtausgeflogenen zu rechnen ist. Von diesen sind einige Zehntausend privat abgeflogen oder auf anderen Wegen abgewandert; vereinzelt sind sie auch ins sowjetische Besatzungsgebiet zurückgekehrt. In Westberlin lebten Ende 1953 noch schätzungsweise 75 bis 80 000 anerkannte Flüchtlinge.

Rechnet man die in den ersten beiden Fluchtjahren ohne nähere Prüfung abgewiesenen Flüchtlinge ab (45 bis 50 000), so beträgt die Zahl der im ersten Verfahren nicht anerkannten Flüchtlinge immer noch rund 140 000. Durch Anerkennung nach Wiederaufnahme des Verfahrens hat sie sich auf rund 100 000 vermindert. Von diesen 100 000 bisher nicht anerkannten Flüchtlingen ist ein erheblicher Teil privat nach Westen abgewandert, ein kleinerer Teil ins sowjetische Besatzungsgebiet zurückgegangen. Ein ebenfalls beträchtlicher Teil hat im Lauf der Jahre die Dauerzugsgenehmigung für Westberlin erreicht und ist darum eher den anerkannten Flüchtlingen zuzurechnen<sup>72</sup>. Immerhin muß für Ende 1953 noch mit annähernd 50 000 nicht anerkannten Flüchtlingen in Westberlin gerechnet werden.

Die abgesprungenen Flüchtlinge, die den Hauptanteil an der Differenz von rund 28 000 Personen haben, sind vermutlich nur zu

---

erkannte Flüchtlinge aus der Zeit vor der Bundesnotaufnahme in Berlin; sie wurden größtenteils erst im zweiten Halbjahr aufgenommen (10 bis 11 000). Die Zahl der im ersten Verfahren der Bundesnotaufnahme Abgelehnten, die nach Wiederaufnahme des Verfahrens aufgenommen wurden, ist für 1952 nur auf einige Hundert zu schätzen (1293 Anträge); dementsprechend lag die Zahl der im ersten Verfahren („brutto“) Abgelehnten etwas höher als die hier angegebene Zahl (27 009).

<sup>70</sup> 2433 der 290 415 im Jahr 1953 Aufgenommenen waren nichtanerkannte Flüchtlinge aus der Zeit vor der Bundesnotaufnahme in Berlin; sie wurden zum größeren Teil (etwa 2000) erst im zweiten Halbjahr aufgenommen. Sehr viel größer war 1953 der Anteil der nach Wiederaufnahme des Verfahrens oder im Beschwerdeverfahren Aufgenommenen mit 40 639 Personen, von denen im ersten Halbjahr 25 659 (größtenteils Beschwerdefälle) und im zweiten Halbjahr 14 980 (zum größeren Teil Wiederaufnahmefälle) aufgenommen wurden. Die Zahl der im ersten Verfahren („brutto“) Abgelehnten lag demnach 1953 weit höher als die amtlich angegebene Zahl der „netto Abgelehnten“ (13 791). Sie betrug 54 430 Personen und verminderte sich durch nachträgliche Aufnahme nur insoweit, als es sich dabei um Abgelehnte aus dem gleichen Jahr handelte. Deren genauer Anteil ist nicht festzustellen, doch dürfte er kaum mehr als die Hälfte der 40 639 nachträglich Aufgenommenen betragen, so daß mit etwa 35 000 endgültig abgelehnten Flüchtlingen aus diesem Jahr zu rechnen ist.

<sup>71</sup> Die Gesamtzahl der Nichtanerkannten ist um mehrere Zehntausend Abgewiesene zu vermindern, die Westberlin 1949/50 schnell wieder verlassen haben (vgl. Anm. 68). Dafür muß aber eine etwa gleich hohe Zahl von nachträglich aufgenommenen und daher in den Nettozahlen nicht enthaltenen Abgelehnten aus den Jahren 1952 und 1953 zugerechnet werden, die nach ihrer Ablehnung längere Zeit die Stadt belastet haben (etwa 41 000 — vgl. Anm. 69 und 70).

<sup>72</sup> Vgl. S. 105, Abs. 4.

einem kleinen Teil in das sowjetische Besatzungsgebiet zurückgekehrt. Viele konnten privat nach Westen abwandern. Der größere Teil ist jedoch vermutlich in Westberlin geblieben und hat sich, teilweise mit Erfolg, um die Zuzugsgenehmigung ohne Flüchtlingsverfahren bemüht. Zur gleichen Gruppe sind diejenigen Flüchtlinge zu rechnen, die von den Notaufnahmestellen wegen Unzuständigkeit abgewiesen wurden, da sie als Familienangehörige von Berlinern oder aus anderen Gründen die normale Zuzugsgenehmigung beantragen konnten. Die Zahl dieser abgesprungenen Flüchtlinge in Westberlin kann für Ende 1953 auf etwa 10 000 Personen geschätzt werden. Sie sind nicht zu verwechseln mit den inoffiziellen Flüchtlingen, die sich gleichzeitig ohne Meldung bei den Notaufnahmestellen (teils mit, teils ohne Zuzugsgenehmigung) in Westberlin aufhielten und deren Zahl weit höher lag.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß von rund 280 000 gemeldeten Flüchtlingen aus den Jahren 1949 bis 1953, die nicht offiziell ins Bundesgebiet abgeflogen worden sind, Ende 1953 nur noch knapp die Hälfte in Westberlin anwesend war. Deren auf 130 bis 140 000 Personen geschätzte Zahl setzte sich folgendermaßen zusammen:

- 75 000 bis 80 000 anerkannte Zonenflüchtlinge,
- 45 000 bis 50 000 nichtanerkannte Zonenflüchtlinge,
- etwa 10 000 abgesprungene Zonenflüchtlinge.

Der Anteil dieser offiziell als Zonenflüchtlinge Gemeldeten an der Westberliner Gesamtbevölkerung betrug Ende 1953 etwa 6 vH. Der Anteil der Flüchtlinge lag wesentlich höher, wenn man die mit und ohne Genehmigung zugezogenen inoffiziellen Flüchtlinge mitrechnet, möglicherweise sogar mehr als doppelt so hoch<sup>73</sup>. Rechnet man als Flüchtlinge in Westberlin nur die offiziell gemeldeten Zonenflüchtlinge und die rund 130 000 „normal“ zugewanderten Heimatvertriebenen (ebenfalls 6 vH), so betrug ihr Bevölkerungsanteil Ende 1953 rund 12 vH.

<sup>73</sup> In den ersten Nachkriegsjahren hat die Zahl der ehemaligen Bewohner der Sowjetzone (Wohnort 1939) in Westberlin um etwa 30 bis 40 000 zugenommen. Berücksichtigt man die gleichzeitige Abwanderung von Einwohnern dieses Personenkreises aus Westberlin, so kann für diese Zeit mit annähernd 50 000 „normal“ zugewanderten Bewohnern der Sowjetzone gerechnet werden. Mindestens gleich groß ist die Zahl der in diesen Jahren zugezogenen Ostberliner zu veranschlagen. Von 1949 bis 1953 sind ebenfalls über 100 000 Personen aus dem sowjetischen Machtbereich nach Westberlin „normal“ zugezogen (vgl. S. 29, Anm. 44). Es ist durchaus möglich, daß mehr als die Hälfte dieser über 200 000 nach Kriegsende „normal“ Zugezogenen inoffizielle Flüchtlinge waren. Dazu kommt die recht beträchtliche Zahl der ohne polizeiliche Anmeldung oder trotz polizeilicher Abmeldung in Westberlin Lebenden, die überwiegend aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet stammen (vgl. S. 31, Abs. 2 und S. 35, Anm. 60).



Bei Hinzurechnung der inoffiziellen Flüchtlinge erhöht sich dieser Anteil auf 15 bis 20 vH und liegt damit fast ebenso hoch wie im Bundesgebiet und in der Sowjetzone<sup>74</sup>.

---

<sup>74</sup> Der Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen im Bundesgebiet betrug 1952 16,9 vH, der der Zugewanderten aus der Sowjetzone und aus Berlin (Wohnort 1939) 3,8 vH. Der Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, der nach den Ergebnissen der Volkszählung 1946 20,8 vH betrug, dürfte 1953 nicht viel höher gelegen haben.

## Zweites Kapitel

### Die Heimatvertriebenen in Westberlin

#### 1. Zahl und Zusammensetzung der Heimatvertriebenen

##### a) Zahl

Für die Untersuchung der Fragen der Heimatvertriebenen bieten die Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen von 1946 und 1950 umfangreiches Material. Bei dessen Verwertung ist allerdings der Nachteil hinzunehmen, daß bei diesen Zählungen nicht einfach nach der Heimatvertriebeneneigenschaft, sondern nur nach dem Wohnort am 1. September 1939 gefragt worden ist<sup>1</sup>. Der so ermittelte Personenkreis deckt sich nicht ganz mit dem der Heimatvertriebenen.

Etwa ein Sechstel der 1950 ermittelten 148 389 „Wohnortvertriebenen“ ist schon vor 1945 normal nach Berlin zugewandert<sup>2</sup>. Andererseits ist eine vermutlich nicht viel kleinere Zahl von Heimatvertriebenen mitzuzählen, die 1939 noch in Berlin selbst oder im Reichsgebiet westlich der Oder und Neiße gewohnt haben und erst während des Krieges nach Osten übergesiedelt sind<sup>3</sup>. So dürfte die Zahl der wirklich Heimatvertriebenen in Westberlin im September 1950 auch über 145 000 betragen haben und demnach nicht allzu sehr von der

---

<sup>1</sup> Als Heimatvertriebene im Sinne der Volkszählung gelten alle Personen, die ihren Wohnort am 1. September 1939 in den deutschen Ostgebieten unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung, im Saarland oder im Ausland hatten und — in letzterem Falle — als Muttersprache „deutsch“ angegeben haben; für die nach dem 1. September 1939 Geborenen ist der Wohnort des Vaters, bei unehelichen Kindern und bei Kindern verwitweter oder geschiedener Frauen der Wohnort der Mutter maßgebend gewesen (Berliner Statistik 1952, Heft 3, S. 110).

<sup>2</sup> Schätzung des Statistischen Landesamtes aufgrund einer Repräsentativbefragung von 1000 „Wohnortvertriebenen“ ohne Heimatvertriebenenbescheinigung (Berliner Statistik 1952, Heft 1, S. 6).

<sup>3</sup> 17 400 Inhaber der Westberliner Bescheinigung für Heimatvertriebene (oder des westdeutschen Flüchtlingsausweises) wohnten nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 46) 1939 noch im Reichsgebiet westlich der Oder und Neiße. Da bei den übrigen Heimatvertriebenen nur 65 vH der Gesamtzahl diese Bescheinigung besaßen, kann auch hier mit einer höheren Gesamtzahl, also mit wenigstens 20 bis 25 000 Heimatvertriebenen gerechnet werden, die nicht „Wohnortvertriebene“ sind.

Heimatvertriebenenanzahl der Volkszählung abgewichen sein. Die im einzelnen durch die Volkszählung ermittelten Zahlen für die Heimatvertriebenen würden sich vermutlich auch bei einer Umrechnung auf die wirklich Vertriebenen nicht wesentlich verschieben<sup>4</sup>. Im folgenden werden daher bei allen Zahlenangaben auf Grund der Volks- und Berufszählung „Wohnortvertriebene“ mit Heimatvertriebenen gleichgesetzt.

Zwischen den Volkszählungen von 1946 und 1950 hat die so ermittelte Zahl der Heimatvertriebenen in Westberlin um fast 70 000 (von 78 559 auf 148 389) zugenommen<sup>5</sup>. Für die seit der Volkszählung im September 1950 zugewanderten oder abgewanderten Heimatvertriebenen in Westberlin fehlen genaue Zahlenunterlagen. Man kann jedoch annehmen, daß sich bei einer Vermehrung der Westberliner Bevölkerung um etwa 50 000 Personen die Zahl der Heimatvertriebenen um 10 bis 15 000 erhöht hat und daß sich Ende 1953 somit rund 160 000 Heimatvertriebene in Westberlin befanden (7,3 vH der Gesamtbevölkerung von 2,2 Millionen)<sup>6</sup>.

#### b) Zeit der Zuwanderung

Auf Grund der Volkszählungen und auf Grund der Angaben bei den Anträgen auf Heimatvertriebenenbescheinigungen läßt sich feststellen, daß 35 bis 40 vH (etwa 60 000) der Ende 1953 in Westberlin lebenden Heimatvertriebenen im Jahre 1945 oder noch früher aufgenommen wurden. In den drei folgenden Jahren (1946 bis 1948) ist ein mindestens ebenso großer Teil der Heimatvertriebenen nach Westberlin gekommen (60 bis 70 000), so daß für die letzten Jahre (1949 bis 1953), die Zeit des Flüchtlingszustroms aus dem Sowjetbereich Mitteldeutschlands, nur noch mit dem Zuzug etwa eines Fünftels ihrer Gesamtzahl (30 bis 35 000) zu rechnen ist<sup>7</sup>. 1945/46 mögen etwa 30 000 Heimatvertriebene unmittelbar aus der Heimat als Ostflüchtlinge nach Westberlin gekommen oder als Ostvertriebene vom Transport aus in West-

---

<sup>4</sup> Den etwa 25 000 „Wohnortvertriebenen“, die 1945 schon „alte Berliner“ waren, stehen unter den 20 bis 25 000 Heimatvertriebenen, die nicht „Wohnortvertriebene“ sind, auch 10 bis 15 000 „alte Berliner“ (neben 8 bis 10 000 ehemaligen Bewohnern des Gebietes der heutigen Sowjetzone und etwa 1000 ehemals im übrigen Reichsgebiet Wohnhaften) gegenüber (Schätzung auf Grund der Angaben über Nicht-Wohnortvertriebene mit Heimatvertriebenenbescheinigung, Volkszählung Westberlin 1950. Vgl. Anm. 3).

<sup>5</sup> Die auf Grund der Volkszählung 1946 ermittelte und angegebene Zahl von 81 503 Heimatvertriebenen in Westberlin ist zum Vergleich mit der entsprechenden Zahl für 1950 berichtigt worden (aus 78 559). Vgl. dazu Anhang Tab. 1, Anm. 1.

<sup>6</sup> Nach der Schätzung des Statistischen Landesamtes Berlin lebten Ende 1953 159 000 Heimatvertriebene in Westberlin.

<sup>7</sup> Vgl. die Übersicht S. 34: Heimatvertriebene und Zugewanderte aus der Sowjetzone in Westberlin (1946 bis 1953).

berlin hängengeblieben sein, und etwa gleich groß dürfte die Zahl der neuen Zonenflüchtlinge unter ihnen sein. So kann für rund 100 000 Heimatvertriebene mit „normaler“ Zuwanderung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, hauptsächlich in den ersten Nachkriegsjahren, gerechnet werden.

### c) Herkunft

Die Heimatvertriebenen in Westberlin setzen sich aus Ostdeutschen, Saarländern und Auslandsdeutschen zusammen, deren Herkunft nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 überraschend genau dem Anteil der einzelnen Herkunftsgebiete an der früheren normalen Zuwanderung entsprach<sup>8</sup>.

Lediglich der Anteil der Ostbrandenburger lag bei den Heimatvertriebenen wesentlich höher als bei den früher Zugewanderten, was aus der räumlichen Nähe ihrer Heimat zu Berlin leicht zu erklären ist. Ebenso kann der etwas stärkere Anteil der Heimatvertriebenen aus der Tschechoslowakei durch die große Zahl Sudetendeutscher in der Sowjetzone<sup>9</sup> erklärt werden, die nach dem Kriege wesentlich näher an Berlin lebten als früher in ihrem Heimatland. Sie sind wie die Ostbrandenburger in besonders starkem Maße in den letzten Jahren als Zonenflüchtlinge nach Westberlin gekommen, worauf schon die Erhöhung ihres Anteils zwischen 1946 und 1950 hinweist.

Die Heimatvertriebenen aus Danzig und aus den baltischen Staaten sind dagegen größtenteils als Großstädter auf Grund persönlicher Beziehungen noch vor Kriegsende oder bald danach zugewandert. Auch bei den Ostpreußen, den Saarländern und den Heimatvertriebenen aus dem übrigen Ausland lag der Anteil 1946 höher als 1950, was sich ebenfalls mit der stärkeren direkten Zuwanderung aus diesen Gebieten in den ersten Jahren erklären läßt. In der Sowjetzone, aus der später die meisten Heimatvertriebenen nach Westberlin kamen, lag der Bevölkerungsanteil dieser Gruppen 1946 verhältnismäßig niedrig.

Auffällig ist der wesentlich niedrigere Anteil der Heimatvertriebenen aus Polen (in seinen Vorkriegsgrenzen) gegenüber dem Anteil der aus Polen Gebürtigen. Dieser lag jedoch infolge der großen einmaligen Zuwanderung Deutscher aus den an Polen abgetretenen Gebieten nach dem Ersten Weltkrieg besonders hoch<sup>10</sup>. Tatsächlich ist aus diesen Gebieten auch nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund ver-

<sup>8</sup> Vgl. Anhang Tab. 1: Herkunft der Heimatvertriebenen in Westberlin (1946 und 1950) und Gebürtigkeit von Westberlinern aus den gleichen Gebieten (1946).

<sup>9</sup> Im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone wurden 1946 841 000 „Umsiedler“ aus der Tschechoslowakei gezählt (Bevölkerungsanteil 4,9 vH; Anteil an der Gesamtzahl der „Umsiedler“ 23,3 vH).

<sup>10</sup> Nach 1920 sind 180 000 Deutsche aus diesen Gebieten nach Berlin zugezogen, etwa zwei Drittel davon nach Westberlin.

wandtschaftlicher Beziehungen eine starke Zuwanderung Heimatvertriebener nach Westberlin erfolgt.

Um eine Vorstellung von der Stärke der Zuwanderung aus den einzelnen Gebieten zu vermitteln, sei hier auch angegeben, welchen Teil der deutschen Bevölkerung ihres Heimatgebietes (1939)<sup>11</sup> die Heimatvertriebenen in Westberlin 1950 darstellten. Relativ am meisten Heimatvertriebene waren aus Ostbrandenburg gekommen (3,6 vH seiner Bevölkerung von 1939). Dann folgten Pommern (1,7 vH), Danzig (1,3 vH), die baltischen Staaten (1,2 vH) und Ostpreußen (1,1 vH). Dazwischen standen die 1920 an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußen und Posen<sup>12</sup> mit 1 bis 2 vH der deutschen Bevölkerung von 1939. Schwächer waren die Schlesier vertreten (0,8 vH), obgleich sie absolut die stärkste Gruppe der Heimatvertriebenen in Westberlin sind. Am niedrigsten lag 1950 der Anteil der Deutschen aus der Tschechoslowakei (0,2 vH) und aus dem übrigen Ausland.

Die Heimatvertriebenen, die 1939 ihren Wohnort noch westlich der Oder und Neiße hatten, sind erst während des Krieges in die besetzten Länder gezogen, so daß die Gesamtzahl und der Anteil der Heimatvertriebenen aus dem Ausland, vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei, etwas höher liegen dürfte, als die Ergebnisse der Volkszählung angeben. In dieser (durch die Volkszählungen nicht erfaßten) Gruppe der Westberliner Heimatvertriebenen muß der Anteil der „alten Berliner“ besonders hoch liegen.

Wichtig ist bei der Herkunft, daß der größte Teil der Heimatvertriebenen aus Groß- und Mittelstädten gekommen ist<sup>13</sup>, besonders aus Breslau, Stettin und Danzig, aber auch aus den Städten des Sudetenlandes, Oberschlesiens, Posens (einschließlich Lodz/Litzmannstadt), West- und Ostpreußens und der baltischen Länder.

<sup>11</sup> Die dieser Berechnung zugrundeliegenden Zahlen der deutschen Bevölkerung in den von der Vertreibung betroffenen Gebieten sind dem Statistischen Handbuch über die Heimatvertriebenen, Wiesbaden 1953 (S. 3) entnommen.

<sup>12</sup> Die Heimatvertriebenen aus Polen stellten 1950 in Westberlin 1 vH der Deutschen in Polen vor dem Kriege (1939) dar. Nach den Mitgliederzahlen der Landsmannschaften ist anzunehmen, daß von den Heimatvertriebenen aus Polen der größere Teil aus Westpreußen und Posen gekommen ist. Wie hoch die Zahl der Heimatvertriebenen aus Ostoberschlesien, aus Mittelpolen und Ostpolen ist, läßt sich nicht ermitteln. Auch aus diesen Gebieten, besonders aus ihren Großstädten, ist eine beträchtliche Zahl Deutscher nach Westberlin gekommen; ihr Anteil an der Gesamtzahl der dortigen deutschen Bevölkerung von 1939 dürfte jedoch wesentlich niedriger liegen. Die Ostoberschlesier sind zu einem großen Teil in ihrer Heimat geblieben bzw. dorthin zurückgekehrt, und die deutschen Flüchtlinge aus dem weiteren Polen haben sich stärker auf die Sowjetzone und auf das Bundesgebiet verteilt.

<sup>13</sup> Aus diesem Grunde lagen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 die Zahlen der aus den Regierungsbezirken Breslau, Stettin und Königsberg Zugewanderten relativ besonders hoch. (Repräsentativmaterial der Volkszählung Westberlin 1950.)

d) Alter, Geschlecht, Familienstand

Die Altersgliederung der Heimatvertriebenen in Westberlin zeigte 1950 gegenüber derjenigen der Gesamtbevölkerung einige wesentliche Abweichungen<sup>14</sup>. In der folgenden Aufstellung ist zum Vergleich auch die Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen im Bundesgebiet angegeben.

**Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach Altersgruppen**  
(Westberlin und Bundesgebiet 1950<sup>15</sup>)

Personenkreis	Von 100 männlichen bzw. weiblichen Personen standen im Alter von .... Jahren							
	0 — unter 20		20 — unter 40		40 — unter 60		60 und mehr	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Gesamtbevölkerung von Westberlin .....	27,2	19,6	21,4	23,2	33,7	36,5	17,7	20,7
Heimatvertriebene in Westberlin ..	29,0	21,0	31,1	34,1	27,3	26,7	12,6	18,2
Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes ....	33,7	28,4	26,4	28,8	26,8	28,4	13,1	14,4
Heimatvertriebene im Bundesgebiet	35,6	30,3	30,2	30,7	24,6	26,5	9,6	12,5

Vergleicht man hiernach die Altersgliederung der Heimatvertriebenen in Westberlin und im Bundesgebiet, so zeigt sich, daß die jüngste Altersgruppe (unter 20 J.) in Westberlin schwächer als im Bundesgebiet vertreten war; dagegen lag der Anteil der Erwachsenen (über 20 J.) in allen Gruppen höher, vor allem bei den 20- bis 40jährigen Frauen, bei den 40- bis 60jährigen Männern und bei den über 60jährigen Männern und Frauen.

Umgekehrt zeigt sich beim Vergleich der Heimatvertriebenen mit der Gesamtbevölkerung von Westberlin, daß bei den Heimatvertriebenen gerade die jüngeren Altersgruppen (unter 20 und 20 bis 40 J.) relativ stärker als bei der Gesamtbevölkerung waren. Dies trifft vor allem für die 20- bis 40jährigen Männer und Frauen zu, die zusammen 32,9 vH aller Heimatvertriebenen darstellten, während die gleiche

<sup>14</sup> Vgl. Anhang Tab. 2: Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen. Westberlin 1950.

<sup>15</sup> Errechnet aus den Volkszählungsergebnissen (für Westberlin: Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 26—33; für das Bundesgebiet: Statistisches Jahrbuch 1952, S. 26/27).

Altersgruppe der Gesamtbevölkerung mit nur 22,4 vH der Gesamtzahl wesentlich schwächer war. Auch in der jüngsten Altersgruppe (unter 20 J.) lag der Anteil bei den Heimatvertriebenen höher, wobei die Kinder heimatvertriebener, mit Einheimischen verheirateter Frauen nicht einmal mitgerechnet sind<sup>16</sup>.

Das Übergewicht der jüngeren Altersgruppen (0 bis unter 40 J.) bei den Heimatvertriebenen trat in Westberlin (mit zusammen 57,2 vH gegenüber 45,1 vH bei der Gesamtbevölkerung) noch stärker hervor als im Bundesgebiet (63,1 vH bei den Heimatvertriebenen gegenüber 58,6 vH bei der Gesamtbevölkerung), obgleich oder gerade weil die Westberliner Bevölkerung im ganzen wesentlich älter war als die der Bundesrepublik.

**Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in den Altersgruppen**  
(Westberlin 1950)<sup>17</sup>

Altersgruppe (Lebensjahre)	Von 100 Westberlinern der Altersgruppe waren Heimatvertriebene		
	männlich	weiblich	insgesamt
0 bis unter 5 Jahre ..	8,2	8,1	8,2
5 „ „ 10 „ ..	6,6	6,8	6,7
10 „ „ 15 „ ..	6,5	6,9	6,7
15 „ „ 20 „ ..	7,7	9,3	8,5
20 „ „ 25 „	10,1	12,6	11,5
25 „ „ 30 „	11,8	14,3	13,3
30 „ „ 35 „	10,3	9,9	10,1
35 „ „ 40 „	7,7	6,7	7,1
40 „ „ 45 „	6,1	5,3	5,7
45 „ „ 50 „	5,3	5,3	5,3
50 „ „ 55 „	5,1	5,3	5,2
55 „ „ 60 „	5,0	4,8	4,9
60 „ „ 65 „	4,2	4,9	4,7
65 „ „ 70 „	3,9	5,7	4,9
70 „ „ 75 „	4,9	6,8	6,1
75 „ „ 80 „	6,7	8,1	7,6
80 und mehr Jahre ....	10,1	10,4	10,4
Insgesamt .....	6,7	7,1	6,9

<sup>16</sup> Da ein erheblicher Teil der jüngeren heimatvertriebenen Frauen mit Einheimischen (oder mit anderen Zugewanderten) verheiratet war (von den 15 000 verheirateten 20- bis 40jährigen Frauen über ein Drittel), könnten zu den 7400 0- bis 5jährigen Kindern Heimatvertriebener noch 3 bis 5000 gleichaltrige Kinder dieser Frauen zugerechnet werden. Dadurch würde sich der Anteil der jüngsten Altersgruppe noch um mindestens 2 vH erhöhen.

<sup>17</sup> Errechnet aus der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der

Die Altersgliederung der Westberliner Heimatvertriebenen erscheint demnach als Ergebnis des Bedarfs der Großstadt an jüngeren Menschen, vor allem im erwerbsfähigen Alter, die sie aus der Gesamtheit der Heimatvertriebenen mit ihrer dafür günstigen Alterszusammensetzung an sich gezogen und festgehalten hat. Das zeigt sich auch deutlich in der nebenstehenden Übersicht.

Der Bevölkerungsanteil der weiblichen Heimatvertriebenen (7,1 vH) lag im Durchschnitt etwas höher als der der männlichen (6,7 vH), was vor allem auf den besonders starken Anteil der Frauen in den Altersgruppen von 20 bis 30 Jahren zurückzuführen ist<sup>18</sup>. In der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren war der Bevölkerungsanteil der heimatvertriebenen Frauen doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Altersgruppen.

Bei den 5- bis 15jährigen Kindern der Heimatvertriebenen lag der weibliche Anteil ebenfalls etwas höher als der männliche. Vielleicht liegt der Grund dafür in den erfahrungsgemäß stärkeren männlichen Verlusten durch Treck und Transport<sup>19</sup>. Der erheblich niedrigere männliche Anteil in der Altersgruppe der 15- bis 20jährigen, für die größere Kriegsverluste noch nicht in Frage kommen, deutet jedoch auch auf berufliche und politische Gründe hin. Die Sorge um Lehrstellen und die Erinnerung an die Zurückhaltung und Verschleppung von Jungen in den Heimatgebieten mag viele Eltern bewogen haben, mit ihren Söhnen nicht in Berlin zu bleiben, sondern nach Westdeutschland weiterzuziehen.

Der Bevölkerungsanteil der weiblichen Heimatvertriebenen lag schließlich auch bei den über 60jährigen erheblich höher als der der männlichen. Hier dürfte die höhere Sterblichkeit der älteren Männer während und nach der Flucht der Hauptgrund sein, wie überhaupt die besonders hohen Kriegs- und Nachkriegsverluste der ostdeutschen Männer. Um so mehr fällt auf, daß der Bevölkerungsanteil der heimatvertriebenen Männer den Anteil der Frauen in den Altersgruppen von 20 bis 30 Jahren beinahe erreichte und in den Altersgruppen von

---

Heimatvertriebenen nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 26—33).

<sup>18</sup> Die auffällig hohe Zahl heimatvertriebener Mädchen und junger Frauen in Westberlin dürfte vor allem auf die erwähnte Zuwanderung in den Kriegsjahren (Dienstverpflichtung usw. — vgl. S. 13, Abs. 2) zurückzuführen sein. Schon bei den Ergebnissen der Volkszählung von 1946 fällt die Altersgruppe der 20- bis 30jährigen weiblichen Heimatvertriebenen in Berlin als besonders stark auf, während die anderen jüngeren Altersgruppen in Berlin 1946 relativ schwächer als im Bundesgebiet vertreten waren.

<sup>19</sup> Im Bundesgebiet ergab sich 1950 kein wesentlicher Unterschied im Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen unter 15 Jahren (männlich 17,4 vH, weiblich 17,5 vH). Wenn der Unterschied in Westberlin größer war (männlich 6,9 vH, weiblich 7,1 vH), so kann vielleicht der größere Anteil Heimatvertriebener aus dem Nordosten, also aus den Hauptkampf- und Fluchtgebieten, als ausreichende Erklärung dienen.



30 bis 45 Jahren sogar überschritt. Hier handelte es sich zweifellos um wesentlich berufsbedingte, also echte Zuwanderung.

Bei den höheren Altersgruppen der Heimatvertriebenen hat die Notaufnahme der Transportunfähigen 1945/46 stärker mitgewirkt. Das kommt in dem verhältnismäßig hohen Bevölkerungsanteil der ältesten Jahrgänge zum Ausdruck, der bei den über 75jährigen den durchschnittlichen Anteil der Heimatvertriebenen erreichte und überschritt. In den Altersheimen von Westberlin waren 1950 14,6 vH der Insassen Heimatvertriebene; ihr Anteil betrug mehr als das Doppelte des Bevölkerungsanteils der Heimatvertriebenen (6,9 vH).

Betrachtet man die Zusammensetzung der Westberliner Heimatvertriebenen besonders nach dem Geschlecht und Familienstand, so fällt der hohe Frauenanteil (59 vH) bei ihnen auf, der 1950 den an sich schon hohen Westberliner Frauenanteil (57 vH) noch überstieg<sup>20</sup>.

**Familienstand der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen**  
(Westberlin 1950)<sup>21</sup>

Personenkreis	Von 100 Personen waren							verwitwet	geschieden
	ledig	insgesamt	verheiratet				aus sonstigen Gründen		
			lebten zusammen	lebten nicht zusammen					
				aus beruflichen oder Wohnungsgründen	Partner kriegsgefangen od. vermisst				
<b>I. Sämtliche Altersgruppen</b>									
Gesamtbevölkerung									
männlich .....	38,3	54,7	52,3	0,3	0,04	2,1	4,0	3,0	
weiblich .....	34,5	42,5	38,6	0,3	1,7	1,9	17,8	5,2	
Heimatvertriebene									
männlich .....	45,0	48,1	43,4	0,6	0,2	3,9	4,7	2,2	
weiblich .....	40,1	39,6	34,9	0,4	1,7	2,6	17,4	2,9	
<b>II. Altersgruppe 20 bis unter 40 Jahre</b>									
Gesamtbevölkerung									
männlich .....	38,0	57,3	53,7	0,5	0,04	3,1	0,6	4,1	
weiblich .....	29,9	56,8	50,8	0,5	2,5	3,0	6,2	7,1	
Heimatvertriebene									
männlich .....	42,7	53,7	48,7	0,7	0,1	4,2	0,8	2,8	
weiblich .....	35,8	55,5	50,1	0,5	1,9	3,0	4,9	3,8	

<sup>20</sup> Im Bundesgebiet kamen 1950 auf 100 männliche Personen bei der Gesamtbevölkerung 113 und bei den Heimatvertriebenen 112 weibliche Personen; in Westberlin waren es bei der Gesamtbevölkerung 135 und bei den

Die Überzahl weiblicher Heimatvertriebener ging fast zur Hälfte auf die besonders starke Altersgruppe der 25- bis 30jährigen Mädchen und Frauen, zur anderen Hälfte auf die über 50jährigen Frauen zurück. Wie wichtig der hohe Anteil jüngerer heimatvertriebener Frauen für Westberlin war, zeigt nebenstehende Aufstellung.

Danach lag der Anteil der 20- bis 40jährigen verheirateten Frauen bei den Heimatvertriebenen höher als der der gleichaltrigen verheirateten Männer, obgleich die Gesamtzahl der Frauen dieser Altersgruppe im Vergleich zu den Männern besonders groß war<sup>22</sup>.

In dieser Altersgruppe lebten 1950 14 900 heimatvertriebene Frauen mit ihren Männern zusammen, während nur 9200 heimatvertriebene Männer mit ihren Frauen zusammenlebten. Da heimatvertriebene Männer zu einem kleineren Teil auch einheimische Frauen hatten, blieben mindestens 6000 von diesen 14 900 Frauen übrig, die mit Einheimischen oder anderen Nichtheimatvertriebenen verheiratet waren<sup>23</sup>. Dabei lag der Anteil der Verheirateten bei den heimatvertriebenen Frauen von 25 bis 40 Jahren höher als bei den einheimischen Frauen. In der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen stellten die heimatvertriebenen Ehefrauen 15 vH aller Westberliner Ehefrauen dar<sup>24</sup>.

Andererseits fällt der weit höhere Anteil der Ledigen bei den Heimatvertriebenen auf. Er dürfte bei den Männern auf die beruflich und wirtschaftlich schwierige Lage vor allem der Jüngeren zurückzuführen

---

Heimatvertriebenen 144 weibliche Personen. Der Unterschied war 1946 noch größer, als in der Berliner Gesamtbevölkerung 146, bei den Berliner Heimatvertriebenen 162 weibliche auf 100 männliche Personen kamen (Ergebnisse der Volkszählungen 1946 und 1950).

<sup>21</sup> Errechnet nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950. (Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 26—33.)

<sup>22</sup> Auf 100 Männer von 20 bis 40 Jahren kamen 1950 bei der Gesamtbevölkerung 147, bei den Heimatvertriebenen 157 Frauen im gleichen Alter.

<sup>23</sup> Auch wenn man das höhere durchschnittliche Lebensalter der Ehemänner berücksichtigt, ändert sich dieses Verhältnis nicht, da die Altersgruppe der 40- bis 50jährigen heimatvertriebenen Männer etwa ebenso stark war wie die der 20- bis 30jährigen. Dagegen war die ältere Gruppe bei der übrigen Bevölkerung fast doppelt so stark wie die jüngere (vgl. Anhang Tab. 2: Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen. Westberlin 1950). In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache aufschlußreich, daß die 20- bis 40jährigen heimatvertriebenen Frauen weit mehr Kinder hatten als die 25- bis 45jährigen heimatvertriebenen Männer. Aus dem Repräsentativmaterial der Volkszählung von 1950 ergibt sich, daß 69 heimatvertriebene Frauen und ebensoviel Männer in den angegebenen Altersgruppen 76 bzw. nur 59 Kinder hatten. Auch hieraus ist zu schließen, daß ein großer Teil der heimatvertriebenen Frauen mit Einheimischen verheiratet war, die sich in besserer wirtschaftlicher Lage befanden als die gleichaltrigen Heimatvertriebenen.

<sup>24</sup> Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, daß in dieser besonders starken Altersgruppe wahrscheinlich die meisten im Kriege zugewanderten ostdeutschen Mädchen und Frauen zu suchen sind, die man nur bedingt zu den Heimatvertriebenen rechnen kann (vgl. S. 13, Abs. 2).

sein<sup>25</sup>. Bei den Frauen scheint das Heiratsalter eine Rolle gespielt zu haben. Von den 15- bis 25jährigen weiblichen Heimatvertriebenen war ein wesentlich kleinerer Teil verheiratet als von den gleichaltrigen Westberlinerinnen, und durch diese starken Jahrgänge lag der Ledigenanteil bei der Gesamtzahl der weiblichen Heimatvertriebenen besonders hoch.

Daß der Anteil der Witwen bei den Heimatvertriebenen etwas niedriger lag als bei der Gesamtbevölkerung, ist auf die größere Zahl junger Ehefrauen zurückzuführen. Auffällig ist auch der geringere Teil der Geschiedenen bei den Heimatvertriebenen.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße war 1950 bei den Heimatvertriebenen mit 2,2 Personen genau die gleiche wie bei der Gesamtbevölkerung. Dabei war allerdings bei den Heimatvertriebenen die Zahl der Zweipersonenhaushalte relativ kleiner, die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen relativ höher als bei der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der in Einzelhaushalten Lebenden entsprach dem Durchschnitt der Westberliner Bevölkerung (16 vH der Gesamtzahl). Dagegen fällt auf, daß nur 87 vH der Heimatvertriebenen in Heimatvertriebenenhaushalten lebten. Die übrigen lebten größtenteils als Ehefrauen, aber auch als Hausgehilfinnen u. dgl. in Haushalten Einheimischer, zu einem kleinen Teil in Anstaltshaushalten<sup>26</sup>.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß 1950 die Zusammensetzung der Heimatvertriebenen nach Geschlecht, Familienstand und Haushaltsgröße dem Westberliner Durchschnitt nahe kam. Ihr Durchschnittsalter lag zwar wie das der Westberliner Gesamtbevölkerung höher als das der Heimatvertriebenen bzw. der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet. Ihre Altersgliederung unterschied sich jedoch von derjenigen der Gesamtbevölkerung durch die schwächere Besetzung der älteren Jahrgänge und durch den hohen Anteil der jüngeren erwerbsfähigen Jahrgänge, der weit über dem Westberliner und auch über dem Bundesdurchschnitt lag. Wie stark sich dieser Unterschied im Berufsleben auswirkte, geht aus der folgenden Aufstellung hervor.

---

<sup>25</sup> Es darf dabei nicht täuschen, daß der Anteil der Verheirateten bei den 20- bis 40jährigen heimatvertriebenen Männern nicht so tief unter dem der gleichaltrigen Westberliner lag (Differenz 3,6 vH), wie es beim Durchschnitt aller Altersgruppen der Fall war (Differenz 6,6 vH). Beim Gesamtdurchschnitt war der Unterschied nur deswegen größer, weil die Heimatvertriebenen relativ mehr Knaben und Männer unter 20 Jahren und weniger Männer über 40 Jahren hatten als die Gesamtbevölkerung.

<sup>26</sup> Vgl. dazu S. 48, Abs. 2 und S. 70, Abs. 1 (soziale Zusammensetzung der Heimatvertriebenen).

**Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Altersgruppen und Geschlecht (Berlin 1946, Westberlin 1950)<sup>27</sup>**

Personenkreis	Von 100 Erwerbspersonen des Personenkreises							
	standen im Alter von ... Jahren						waren	
	unter 35			35 und mehr			männlich	weiblich
	insgesamt	davon		insgesamt	davon			
männlich		weiblich	männlich		weiblich			
Gesamtbevölkerung Berlin 1946 ....	28	12	16	72	42	30	54	46
Heimatvertriebene Berlin 1946 ....	47	18	29	53	31	22	49	51
Gesamtbevölkerung Westberlin 1950	30	16	14	70	43	27	59	41
Heimatvertriebene Westberlin 1950	47	23	24	53	34	19	57 <sup>28</sup>	43 <sup>28</sup>

Demnach war 1950 (wie schon 1946) fast die Hälfte der heimatvertriebenen Erwerbspersonen jünger als 35 Jahre, während bei der Gesamtbevölkerung weniger als ein Drittel der Erwerbspersonen zu den Jüngeren gehörte. Daß der Frauenanteil an den Erwerbspersonen bei den Heimatvertriebenen 1946 besonders hoch lag, ist durch das Fehlen der kriegsgefangenen und zivilinternierten ostdeutschen Männer zu erklären. Durch deren Heimkehr und durch die Heirat vieler heimatvertriebener Mädchen und verwitweter Frauen ist der Unterschied zwischen heimatvertriebenen und einheimischen weiblichen Erwerbspersonen weitgehend ausgeglichen worden. Trotzdem blieb der Anteil der heimatvertriebenen Frauen 1950 etwas höher durch ihre große Zahl in der Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren.

Infolge der Stärke dieser und der nächsthöheren Altersgruppe auch bei den heimatvertriebenen Männern ist damit zu rechnen, daß der

<sup>27</sup> Für die Gesamtbevölkerung errechnet nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen 1946 und 1950 (1946: Berliner Statistik, Sonderheft 7, S. 20; 1950: Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 106/107); für die Heimatvertriebenen 1946 nach dem Manuskript der entsprechenden Tabelle für Heimatvertriebene beim Statistischen Landesamt; für die Heimatvertriebenen 1950 aus dem Repräsentativmaterial der Volkszählung beim Statistischen Landesamt.

<sup>28</sup> Nach den Ergebnissen der Volkszählung waren 1950 56 vH der heimatvertriebenen Erwerbspersonen männlich und 44 vH weiblich; das Repräsentativmaterial ergab etwas abweichend 57 vH männliche und 43 vH weibliche Erwerbspersonen.

Anteil der heimatvertriebenen Kinder an der Zahl der gleichaltrigen Westberliner Kinder mit den nächsten zehn Geburtenjahrgängen weiter stark ansteigen wird<sup>29</sup>.

#### e) Berufliche und soziale Zusammensetzung

Für die Ermittlung der erlernten und in der Heimat ausgeübten Berufe der Westberliner Heimatvertriebenen gibt es keine ausreichenden Unterlagen. Bei den Volkszählungen ist nur nach dem derzeit ausgeübten Beruf gefragt worden. Die Anträge auf Ausstellung der Heimatvertriebenenbescheinigung enthalten keine Berufsangaben; derartige Angaben könnten auch kein vollständiges Bild geben, da etwa ein Drittel der Westberliner Heimatvertriebenen — von den Jüngeren sogar mehr als die Hälfte — keine solche Bescheinigung beantragt hat. Aus dem gleichen Grunde können die Mitgliederlisten oder -karteien der Heimatkreise nicht zur Feststellung der ursprünglichen beruflichen Zusammensetzung der Heimatvertriebenen herangezogen werden. Auch hier sind die Älteren der Zahl nach weit stärker vertreten als die Jüngeren<sup>30</sup>, und der Hauptteil der Mitglieder wird von einigen wenigen Berufsgruppen gestellt<sup>31</sup>.

Wenn daher auf die direkte Ermittlung der Heimatberufe verzichtet werden muß, so geben doch die Ergebnisse der Volkszählungen indirekt einigen Aufschluß darüber. Die Berufsgliederung der Heimatvertriebenen wich nämlich 1946 und auch noch 1950 erheblich von derjenigen der Gesamtbevölkerung ab, wie es die folgende Aufstellung zeigt.

Die besonders hohe Zahl der Heimatvertriebenen in Pflanzenbau und Tierwirtschaft, in den Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflegeberufen und in den Berufen des Geistes- und Kunstlebens war zwar 1950 gegenüber 1946 zurückgegangen, doch waren diese Berufsabteilungen bei den Heimatvertriebenen immer noch wesentlich stärker als bei der Gesamtbevölkerung. In den Handels- und Verkehrs-

<sup>29</sup> In den Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen (0 bis 20 Jahre) spiegelt sich deutlich die Stärke der Altersgruppen der 30 Jahre älteren Heimatvertriebenen und Westberliner. In Berlin sind lediglich die Geburtenjahrgänge 1930—35 infolge der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot jener Zeit schwächer geblieben, als es bei dieser „Spiegelung“ zu erwarten wäre. Vgl. Anhang Tab. 2: Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen. Westberlin 1950.

<sup>30</sup> Während nach der Volkszählung 1950 die Zahl der 20- bis 40jährigen Heimatvertriebenen (33 vH der Gesamtzahl) nicht viel tiefer lag als die Zahl der über 40jährigen (43 vH), stellen die Jüngeren in den Heimatorganisationen in der Regel nur einen Bruchteil der Mitgliederzahl dar.

<sup>31</sup> Die meisten Mitglieder gehören kaufmännischen, Verwaltungs- oder Intelligenzberufen an oder sind selbständige Handwerker oder Gewerbetreibende gewesen. Die einfacheren Berufe (Industriearbeiter, Handwerker, Haushilfen u. a.), sind weit schwächer vertreten. Vgl. dazu S. 78—81 zur Bedeutung der Heimatorganisationen.

**Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Berufsabteilungen (Berlin 1946, Westberlin 1950<sup>32</sup>)**

Berufsabteilung	Zu der Berufsabteilung gehörten von 100 Erwerbspersonen			
	der Gesamtbevölkerung	der Heimatvertriebenen	der Gesamtbevölkerung	der Heimatvertriebenen
	Berlin 1946		Westberlin 1950	
Pflanzenbau und Tierwirtschaft .....	2,2	4,9	2,7	4,2
Industrielle und handwerkliche Berufe ....	40,6	38,2	37,6	38,8
Technische Berufe .....	2,8	2,9	3,7	2,8
Handels- und Verkehrsberufe .....	23,0	17,9	24,6	19,3
Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflegeberufe	9,6	17,3	8,3	14,7
Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens ...	14,2	9,6	14,8	11,2
Berufe des Geistes- und Kunstlebens .....	3,6	6,3	3,8	4,7
Unbestimmte Berufe ..	4,0	2,9	4,5	4,3
	100,0	100,0	100,0	100,0

berufen und in den Berufen des Verwaltungs- und Rechtswesens hatte sich der Abstand zu den Anteilzahlen der Gesamtbevölkerung verringert. Daß der Anteil der industriellen und handwerklichen Berufe bei den Heimatvertriebenen 1950 etwas höher lag als bei der Gesamtbevölkerung, war im wesentlichen auf den höheren Anteil der Bau-berufe zurückzuführen. Während bei der Gesamtbevölkerung der Anteil der technischen Berufe von 1946 bis 1950 stark gestiegen war<sup>33</sup>, blieb er bei den Heimatvertriebenen unverändert. Zu diesem Zurückbleiben kann die Abwanderung von heimatvertriebenen Fachkräften

<sup>32</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen (Gesamtbevölkerung 1946, Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene 1950: Berliner Statistik, Sonderhefte 7 und 25; Heimatvertriebene 1946: Tabellenmanuskript des Statistischen Landesamtes Berlin). Heimatvertriebenen-Gliederungszahlen aus dem Jahr 1946 liegen nur für Gesamtberlin vor. Da in diesem Jahr statistisch noch keine wesentlichen Unterschiede zwischen Westberlin und Gesamtberlin bestanden, erscheinen diese Zahlen mit denen von Westberlin 1950 vergleichbar. Zur Berufsgliederung der Heimatvertriebenen vgl. auch die Tabellen 3—7 im Anhang.

<sup>33</sup> Vermutlich infolge starker Zuwanderung von Angehörigen dieser Berufe aus Ostberlin und aus der Sowjetzone.

ins Bundesgebiet mitgewirkt haben, ebenso wie bei den anderen Berufsabteilungen, deren Anteil zurückgegangen ist; vielfach ist hier aber auch ein Berufswechsel als Grund anzunehmen.

Die Bedeutung der Landwirtschaft und der dazugehörigen Wirtschaftszweige, sowie des Baugewerbes und der privaten und öffentlichen Dienstleistungen im Berufsleben der Westberliner Heimatvertriebenen zeigt die folgende Aufstellung.

**Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Wirtschaftsabteilungen (Westberlin 1950<sup>34</sup>)**

Wirtschaftsabteilung	Zu der Wirtschaftsabteilung gehörten von 100 Erwerbspersonen	
	der Gesamtbevölkerung	der Heimatvertriebenen
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei .....	2,1	3,3
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft .....	1,4	1,1
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung .....	14,3	9,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) .....	15,4	14,7
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe .....	12,2	16,5
Handel, Geld- und Versicherungswesen .....	16,2	12,4
Dienstleistungen .....	10,1	11,3
Verkehrswesen .....	7,1	5,6
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse .....	19,1	23,6
— ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit .....	2,1	2,4
	100,0	100,0

Die Tatsache, daß die Heimatvertriebenen auf den eigentlich großstädtischen Wirtschaftsgebieten (Energiewirtschaft, Handel, Geld- und

<sup>34</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 20—31). Vergleichszahlen für 1946 können nicht gebracht werden, da die Wirtschaftsabteilungen bei der Volkszählung 1946 anders gegliedert waren. Vgl. auch die ausführlichere Tabelle im Anhang (Tab. 9: Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Wirtschaftsabteilungen. Westberlin 1950).

Versicherungswesen, Verkehrswesen) schwächer vertreten waren, hat ihren einfachen Grund in deren geringerem Anteil am Wirtschaftsleben der Heimatgebiete. Um so mehr ist anzunehmen, daß der größte Teil der auf diesen Wirtschaftsgebieten in Westberlin tätigen Heimatvertriebenen im eigenen Beruf arbeitete. Das gleiche gilt für die Wirtschaftsgebiete mit stärkerem Heimatvertriebenen-Anteil, wenngleich hauptsächlich hier die „Ausweichberufe“ der Heimatvertriebenen zu suchen sind.

Den hohen Anteil heimatvertriebener gelernter Kräfte am Westberliner Berufsleben zeigen die Übersichten des Heimatvertriebenen-Anteils an den Berufsgruppen<sup>35</sup> und an einzelnen wichtigen Berufsordnungen<sup>36</sup>. Danach fallen bei den männlichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen besonders die einfachen Handwerksberufe wie Maurer und Hochbaunebenberufe (Zimmerer, Dachdecker u. a.), Tischler, Schmiede, Schuhmacher, Bäcker und Fleischer auf. Bei den weiblichen Erwerbspersonen sind als gelernte Handwerksberufe mit starkem Heimatvertriebenen-Anteil nur die Wirker und Stricker zu nennen; dafür dürften in den Haushalts- und Krankenpflegeberufen viele ausgebildete weibliche Heimatvertriebene tätig gewesen sein<sup>37</sup>. Von den Intelligenzberufen sind vor allem die ärztlichen und die Volkspflegeberufe, der Richterberuf und die meisten Berufe des Geistes- und Kunstlebens zu nennen. Besonders hoch lag der Heimatvertriebenen-Anteil bei den Seelsorgeberufen.

Die Übersichten zeigen auch, daß nur diejenigen Ausweichberufe auffällig viel Heimatvertriebene beschäftigten, die ihrer mehr ländlichen Herkunft entsprachen (vor allem Gartenbau, Straßen- und Tiefbau, Bauhilfsarbeit, häusliche Dienste). In den übrigen mehr großstädtischen Ausweichberufen (einzelne un- oder angelernte Industrie- und Handwerksberufe wie Metallverbinder, Elektroleitungsbauer, Chemiewerker, gewerbliche Hilfsberufe, sowie Verkehrshelfer, Büro- und Verwaltungshelfer u. dgl.) war der Anteil der Heimatvertriebenen meistens nur gering.

<sup>35</sup> Anhang Tab. 4: Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen nach Berufsgruppen. Berlin 1946, Westberlin 1950.

<sup>36</sup> Anhang Tab. 5 und 6: Männliche und weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen. Westberlin 1950.

<sup>37</sup> Die Zahl der weiblichen Heimatvertriebenen in den verschiedenen Krankenpflegeberufen lag schon 1946 mit über 2500 (von insgesamt 22 600 heimatvertriebenen weiblichen Erwerbspersonen) auffällig hoch. Man kann daraus schließen, daß die aus der Kriegszeit in Westberlin gebliebenen ostdeutschen Mädchen und jungen Frauen zu einem sehr großen Teil Krankenhaus- und Lazarettkräfte waren, bzw. daß sie sich gleich nach Kriegsende auf diese Berufe umgestellt hatten.



Für weitgehende Übereinstimmung des zuletzt ausgeübten Berufes mit dem erlernten und in der Heimat ausgeübten Beruf spricht auch die Tatsache, daß sich 1950 die berufliche Zusammensetzung der Heimatvertriebenen aus den verschiedenen Herkunftgebieten immer noch in typischer Weise unterschied. So lag der Anteil der kaufmännischen Berufe bei den Heimatvertriebenen aus den Hauptstadt-Bezirken Breslau, Stettin und Königsberg am höchsten, der Anteil der Handwerks- und Industrieberufe bei den Heimatvertriebenen aus Gebieten ohne Großstädte im Zusammenhang damit höher. Bemerkenswert ist die große Zahl von Bauhandwerkern und Bauarbeitern aus Pommern, von Angehörigen landwirtschaftlicher Berufe aus Ostbrandenburg, von Industrie- und Handwerkskräften aus der Tschechoslowakei. Umgekehrt fällt die geringe Zahl von Industriearbeitern aus Ostoberschlesien und von Haushalts- und Krankenpflegekräften aus dem großstadtnahen Ostbrandenburg auf<sup>38</sup>.

Die Abweichungen der Berufsgliederung der Heimatvertriebenen von der Berufsgliederung der Berliner Bevölkerung deuten darauf hin, daß bei den Heimatvertriebenen neben der berufsbedingten Zuwanderung die Zuwanderung auf Grund persönlicher Verbindungen und persönlichen Strebens zur Großstadt eine bedeutende, wenn nicht sogar die wesentlichere Rolle gespielt hat. Verbindungen verwandtschaftlicher, freundschaftlicher oder auch geschäftlicher Art haben von Berlin aus überallhin nach Ostdeutschland und zum Auslandsdeutschtum bestanden, und man könnte bei der Gleichmäßigkeit der Zuwanderung von Heimatvertriebenen aus allen traditionellen Zuzugsgebieten vermuten, zu sagen, daß Berlin auch nach dem Zweiten Weltkrieg die großstadtwilligen und großstadtfähigen Kräfte aus diesen Gebieten an sich gezogen hat. Die Annahme wird durch die Feststellung bestätigt, daß der größte Teil der „normal“ zugewanderten Heimatvertriebenen in Westberlin geblieben ist.

Bei der Zuwanderung dieser Menschen aus allen Berufen und sozialen Schichten ist zu beachten, daß die Zahl der ehemals Selbständigen unter den älteren Heimatvertriebenen besonders groß ist<sup>39</sup> und daß jüngere unternehmende und strebende Kräfte in noch stärkerem Maße angezogen worden sind. Daher ist der Anteil der Rentner, Pensions- und Witwengeldempfänger bei den Heimatvertriebenen geringer geblieben als bei der Gesamtbevölkerung, während allerdings der Anteil

---

<sup>38</sup> Zur Ermittlung der Unterschiede in der beruflichen Gliederung der Heimatvertriebenen aus den einzelnen Herkunftgebieten diente Repräsentativmaterial der Volkszählung von 1950.

<sup>39</sup> Der Anteil der ehemals Selbständigen an der Mitgliederzahl der Westberliner Heimatorganisationen liegt nach einigen Stichproben zwischen 25 und 50 vH. Dabei muß allerdings die einseitige Zusammensetzung dieser Organisationen beachtet werden (vgl. S. 52, Anm. 31).

der auf öffentliche Hilfe angewiesenen Unterstützungsempfänger und Anstaltsinsassen 1950 bei ihnen höher lag<sup>40</sup>.

Im ganzen bleibt festzustellen, daß die Heimatvertriebenen ihrem Altersaufbau, ihrer Berufsgliederung und ihrer sozialen Zusammensetzung nach einen wertvollen Kräftezuwachs für Westberlin darstellen und damit als Fortsetzung der für die Großstadt lebensnotwendigen Zuwanderung anzusehen sind. Wie weit sie in Westberlin ihre Absichten und Hoffnungen verwirklichen konnten und wie weit sie sich den Notverhältnissen der Stadt fügen mußten, wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

## 2. Zur Eingliederung der Heimatvertriebenen

### a) Aufnahme und Verteilung

Berlin hat die Heimatvertriebenen trotz seiner eigenen Notlage von Anfang an bereitwillig und — als Fortsetzung der normalen Zuwanderung aus den gleichen Gebieten— wie selbstverständlich aufgenommen. Vor Kriegsende bekam jeder das Aufenthaltsrecht, der Wohnraum nachweisen konnte und der öffentlichen Unterstützung nicht zur Last fiel oder der durch Wehrdienst, Arbeitsdienst oder wehrwirtschaftlichen Einsatz in die Stadt gekommen war. Auch nach dem Inkrafttreten der Zuzugssperre (1. Oktober 1945) war es möglich, mit Hilfe der deutschen Bezirksbehörden die Zuzugsgenehmigung der Alliierten zu erlangen. Die Heimatvertriebenen, die so noch zu Zehntausenden nach Berlin eingesickert sind, haben größtenteils Unterkunft bei Verwandten oder Freunden gefunden<sup>41</sup>. Doch auch die zunächst in Lagern Untergebrachten haben sich verhältnismäßig schnell über das ganze Stadtgebiet verteilt. 1948 gab es keine Flüchtlingslager mehr in Berlin, nachdem die letzten in Altersheime umgewandelt worden waren.

In den ersten Monaten der alliierten Verwaltung<sup>42</sup> erfolgte die Zuwanderung in die einzelnen Sektoren Berlins noch sehr unterschied-

---

<sup>40</sup> Vgl. dazu S. 70, Abs. 1 und Anhang Tab. 8: Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der sozialen Stellung. Westberlin 1950.

<sup>41</sup> Für das Mitwirken persönlicher Verbindungen bei der Zuwanderung von Heimatvertriebenen spricht die Tatsache, daß selbst ein weitgehend zerstörter Stadtteil wie der Bezirk Mitte anfangs viele Heimatvertriebene aufgenommen hatte. In diesem Bezirk war noch 1946 der Bevölkerungsanteil der aus Ostdeutschland und Osteuropa gebürtigen Einwohner am höchsten. Ähnliches gilt für die in Westberlin zentral gelegenen Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf, in denen der Anteil der Ostgebürtigkeit und der Heimatvertriebenenanteil besonders hoch lagen. Andererseits hat sich 1946 auch ein besonders starker Anteil der Heimatvertriebenen aus einzelnen Herkunftsgebieten in den Bezirken Berlins gezeigt, die in der Himmelsrichtung ihrer Heimat liegen.

<sup>42</sup> Seit dem 1. Juli 1945 (vorher unterstand ganz Berlin der sowjetischen Kommandantur).

lich. Im britischen und auch im sowjetischen Sektor war die Aufnahme verhältnismäßig leicht zu erlangen, während im amerikanischen und im französischen Sektor zeitweise sogar an eine Ausweisung der Heimatvertriebenen gedacht wurde. Das änderte sich aber schnell, vor allem im amerikanischen Sektor auf Grund der politischen Umstellung. Zum Wiederaufbau dieses Stadtteils wurden Fachkräfte gebraucht und als solche gerade auch Heimatvertriebene mit ihren Familien herangezogen und untergebracht<sup>43</sup>. Schon Ende 1946 hatte seine Bevölkerung dadurch den zweitgrößten Heimatvertriebenen-Anteil<sup>44</sup>.

Die größtenteils selbsttätige Verteilung der Heimatvertriebenen hatte den Erfolg, daß deren Anteil sich dem sozialen und wirtschaftlichen Charakter der 20 Berliner Stadtbezirke frühzeitig anglich. Der starke Wohnraumverlust einzelner Bezirke<sup>45</sup> hat dabei keinen erkennbaren Einfluß ausgeübt. Die Verteilung von 1946 ist in den zwölf Westberliner Bezirken auch 1950 annähernd erhalten geblieben, obgleich sich inzwischen der Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in Westberlin nahezu verdoppelt hat<sup>46</sup>. Den stärksten Anteil zeigten 1950 die wohlhabenderen Bezirke Westberlins mit ihren geräumigen Miethäusern oder Villen<sup>47</sup>. Es folgten die Außenbezirke mit Garten- und Laubenkolonien<sup>48</sup>. Schwach war dagegen der Anteil in den Arbeiterwohnbezirken<sup>49</sup>.

Diese Verteilung, nach der die Heimatvertriebenen in den teuren Wohngebieten am stärksten, in den billigen am schwächsten vertreten waren, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Häuser und Villen der wohlhabenden Bezirke tatsächlich noch Räume abgeben konnten, zumal viele Bewohner gerade dieser Bezirke nach dem Kriege abwesend waren. In den Garten- und Laubenkolonien sind besonders die kinderreichen Familien Heimatvertriebener untergekommen, die in der Innenstadt keine Aufnahme fanden.

<sup>43</sup> So z. B. durch ein Abkommen mit der sowjetischen Kommandantur aus dem überbelegten Bezirk Mitte.

<sup>44</sup> Dieser betrug nach der Volkszählung vom Oktober 1946 im britischen Sektor 5,1 vH, im amerikanischen 3,6 vH, im sowjetischen 3,2 vH, im französischen 3,0 vH; in Westberlin betrug er 3,9 vH und in Gesamt-Berlin 3,6 vH.

<sup>45</sup> Tiergarten, Wilmersdorf und Steglitz hatten durch den Krieg über 50 vH, Schöneberg, Kreuzberg und Charlottenburg fast 50 vH ihres Wohnraumes verloren.

<sup>46</sup> Von 3,9 vH (1946) auf 6,9 vH (1950).

<sup>47</sup> Zehlendorf (10,8 vH), Wilmersdorf (9,85 vH), Charlottenburg (9,15 vH), Schöneberg (6,9 vH).

<sup>48</sup> Spandau (7,8 vH), Tempelhof (7,6 vH), Steglitz (7,4 vH), Reinickendorf (6,8 vH).

<sup>49</sup> Tiergarten (6,25 vH), das nach der fast vollständigen Zerstörung seines Südteils dazu zu rechnen ist; Kreuzberg (5,35 vH), Neukölln (4,9 vH), Wedding (4,75 vH).

### b) Stellung im Erwerbsleben, Beruf und soziale Stellung

Zur Zeit der Volkszählung im Oktober 1946 war die Stellung der Heimatvertriebenen im Erwerbsleben noch wesentlich ungünstiger als die der einheimischen Berliner, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht.

#### Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der Stellung im Erwerbsleben (Berlin 1946)<sup>50</sup>

Bevölkerungsgruppe	Anteil der Bevölkerungsgruppe in vH der Gesamtzahl					
	Gesamtbevölkerung			Heimatvertriebene		
	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt
Erwerbstätige .....	62,4	34,2	45,6	57,0	34,8	43,3
Arbeitslose .....	4,5	5,0	4,8	6,4	5,2	5,7
Erwerbspersonen insgesamt .....	66,9	39,2	50,4	63,4	40,0	49,0
Angehörige ohne Hauptberuf .....	18,7	35,5	28,8	18,3	30,0	25,5
Erwerbspersonen und Angehörige ohne Hauptberuf .....	85,6	74,7	79,2	81,7	70,0	74,5
Selbständige Berufslose .....	9,0	18,7	14,7	11,5	22,8	18,4
Angehörige ohne Hauptberuf .....	5,4	6,6	6,1	6,8	7,2	7,1
Selbständige Berufslose und Angehörige ohne Hauptberuf .....	14,4	25,3	20,8	18,3	30,0	25,5
Insgesamt .....	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Nur 74,5 vH der Heimatvertriebenen zählten zu den Erwerbspersonen und deren Angehörigen ohne Hauptberuf, von der Gesamtbevölkerung dagegen 79,2 vH. Dementsprechend lag bei den Heimatvertriebenen der Anteil der selbständigen Berufslosen und ihrer Angehörigen ohne Hauptberuf mit 25,5 vH weit höher als bei der Gesamtbevölkerung mit 20,8 vH.

Diese ungünstige Stellung der Heimatvertriebenen im Erwerbsleben hing damit zusammen, daß ihren Familien in stärkerem Maße als den

<sup>50</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1946 (Gesamtbevölkerung: Berliner Statistik, Sonderheft 7, S. 78/79; Heimatvertriebene: Tabellenmanuskript des Statistischen Landesamtes Berlin).

Berliner Familien der Ernährer fehlte. Daher lag die Zahl der Unterstützungsempfänger und der selbständigen Hausfrauen ohne Angabe einer Erwerbsquelle bei den Heimatvertriebenen relativ höher als bei der Gesamtbevölkerung<sup>51</sup>. Dieser Feststellung gegenüber erscheint es paradox, daß der Männeranteil bei den Heimatvertriebenen in den Altersgruppen von 25 bis unter 55 Jahren höher lag als bei der Gesamtbevölkerung<sup>52</sup>. Der Widerspruch läßt sich nur so erklären, daß die männlichen Heimatvertriebenen in Berlin zu einem großen Teil Heimkehrer waren, deren Angehörige in der Sowjetzone lebten<sup>53</sup>, die also nicht zu den Heimatvertriebenenfamilien in Berlin gehörten.

Waren demnach die jüngeren und mittleren Altersgruppen bei den männlichen und die jüngeren Altersgruppen bei den weiblichen Heimatvertriebenen besonders stark, so fällt die ungünstige Stellung der Heimatvertriebenen im Erwerbsleben 1946 um so mehr auf. Daß der Anteil der weiblichen Heimatvertriebenen an der Erwerbstätigkeit etwas höher lag als der der Berlinerinnen, lag vor allem an ihrer großen Zahl in der jüngsten arbeitsfähigen Altersgruppe (15 bis unter 25 Jahre), in der der Anteil am Erwerbsleben ebenso groß war wie bei den gleichaltrigen Mädchen und Frauen der Gesamtbevölkerung (73 vH). Die heimatvertriebenen Frauen mittleren Alters (25 bis unter 45 Jahre) waren sogar stärker am Erwerbsleben beteiligt als die Berlinerinnen (57,5 vH gegenüber 56 vH), während der Anteil der 45- bis 55jährigen Frauen etwas niedriger (49 vH gegen 50 vH), der Anteil der älteren Frauen erheblich niedriger lag (15 vH gegenüber 22 vH). Der niedrigere Anteil der heimatvertriebenen Männer an der Erwerbstätigkeit (57,0 vH gegenüber 62,4 vH) war vor allem durch den

<sup>51</sup> 12,1 vH der Berliner Gesamtbevölkerung gehörten 1946 zu den Rentnern, Pensionären, Altenteilern und Witwengeldempfängern (einschl. Angehörige ohne Hauptberuf) und 8,5 vH zu den Unterstützungsempfängern, selbständigen Hausfrauen, Anstalts- und Lagerinsassen; entsprechende Zahlen für die Heimatvertriebenen sind nicht ermittelt worden, doch gehörte die Mehrzahl ihrer selbständigen Berufslosen zweifellos zu der zweiten Gruppe.

<sup>52</sup> Der männliche Anteil an der Gesamtzahl lag 1946 bei den Heimatvertriebenen mit 38,2 vH noch tiefer als bei der Berliner Bevölkerung. Diese Tatsache ist jedoch nur auf die zahlenmäßige Schwäche der jüngsten (0 bis unter 15 Jahre) und der ältesten (55 Jahre und älter) Jahrgänge zurückzuführen. Bei den 40- bis 55jährigen Heimatvertriebenen lag der Männeranteil um 1 vH höher als bei den gleichaltrigen Berlinern. Bei den 30- bis 40jährigen Heimatvertriebenen lag er um 4 vH höher. Bei den 25- bis 30jährigen hätte der Unterschied noch mehr betragen als die ermittelten 2 vH, und auch bei den 15- bis 25jährigen wäre der Männeranteil höher als bei den Berlinern gewesen, wenn nicht die Zahl der gleichaltrigen weiblichen Heimatvertriebenen durch die Tausende von ostdeutschen Mädchen und jungen Frauen außergewöhnlich groß gewesen wäre, die durch Kriegsdienstverpflichtung nach Berlin gekommen und dort geblieben waren.

<sup>53</sup> Diese Heimkehrer wollten vielfach nicht in die Zone übersiedeln, zumal wenn sie aus sowjetischer Gefangenschaft kamen. Vgl. dazu S. 15, Abs. 2.

geringeren Anteil älterer Männer (55 Jahre und älter) am Erwerbsleben verursacht (60 vH gegenüber 72 vH). Aber auch in der Altersgruppe mit den meisten Heimkehrern (25 bis unter 35 Jahre) hatten die Heimatvertriebenen relativ weniger männliche Erwerbspersonen als die Gesamtbevölkerung (92 vH gegenüber 94 vH). In den übrigen Altersgruppen lagen die Anteile etwa gleich hoch.

Von öffentlicher Seite ist der Gesamtheit der Heimatvertriebenen in Berlin in den ersten Nachkriegsjahren bei ihrem Bemühen um berufliche und soziale Eingliederung kaum geholfen worden. Es gab für sie keine besondere Berufsberatung, Umschulung oder Arbeitsvermittlung und keine steuerlichen Erleichterungen oder andere finanzielle Hilfen<sup>54</sup>. Dafür war die Notlage der Gesamtbevölkerung zu groß, und die Heimatvertriebenen galten als Berliner Bürger, die sich im wesentlichen selbst helfen mußten und für die nur im Falle äußerster Not die öffentliche Fürsorge eintrat. Dementsprechend hing das persönliche Schicksal der Heimatvertriebenen und ihrer Angehörigen wesentlich von der Tüchtigkeit, der Umstellungsfähigkeit und vor allem von der Zähigkeit ab, mit der jeder Einzelne es zu meistern versuchte.

Dieses Bemühen hatte im Lauf der Jahre Erfolg. Während 1946 die Männer bei den Heimatvertriebenen noch nicht einmal die Hälfte der Erwerbspersonen ausmachten (49,5 vH gegenüber 54 vH bei der Gesamtbevölkerung), stieg ihr Anteil bis zur Volkszählung im September 1950 auf 56 vH (bei der Gesamtbevölkerung 58 vH). Darin kam nicht nur die Zunahme ihrer Zahl durch die Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft und Internierung zum Ausdruck, durch die der männliche Anteil an der Gesamtzahl von 38,2 vH auf 41 vH anstieg (bei der Gesamtbevölkerung von 40,6 auf 42,5 vH). Vor allem hatten viele heimatvertriebene Familien ihren Ernährer wiedergefunden, so daß der Anteil der Angehörigen von Erwerbspersonen von 25,5 vH der Gesamtzahl der Heimatvertriebenen auf 33,2 vH anstieg und der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen und der selbständigen Berufslosen dementsprechend sank; bei der Gesamtbevölkerung war in der gleichen Zeit der Anteil der Angehörigen von Erwerbspersonen nur von 28,8 vH auf 32,5 vH der Gesamtzahl gestiegen.

Die folgende Übersicht zeigt, daß 1950 die Stellung der Heimatvertriebenen im Erwerbsleben annähernd mit der der Gesamtbevölkerung übereinstimmte.

Der Anteil der Angehörigen ohne Hauptberuf lag jedoch bei den Heimatvertriebenen infolge des Überwiegens ihrer jüngeren Alters-

---

<sup>54</sup> Zu den Erleichterungen und Hilfen in den letzten Jahren vgl. S. 79, Abs. 3.

**Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der Stellung im Erwerbsleben (Westberlin 1950)<sup>55</sup>**

Bevölkerungsgruppe	Anteil der Bevölkerungsgruppe in vH der Gesamtzahl					
	Gesamtbevölkerung			Heimatvertriebene		
	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt
Erwerbstätige .....	52,8	24,0	36,2	52,8	25,4	36,6
Arbeitslose .....	11,4	10,0	10,6	12,2	9,9	10,8
Erwerbspersonen insgesamt .....	64,2	34,0	46,8	65,0	35,3	47,4
Angehörige ohne Hauptberuf .....	20,6	41,2	32,5	21,2	41,4	33,2
Erwerbspersonen und Angehörige ohne Hauptberuf .....	84,8	75,2	79,3	86,2	76,7	80,6
Selbständige Berufslose .....	12,8	18,8	16,2	11,3	18,5	15,5
Angehörige ohne Hauptberuf .....	2,4	6,0	4,5	2,5	4,8	3,9
Selbständige Berufslose und Angehörige ohne Hauptberuf .....	15,2	24,8	20,7	13,8	23,3	19,4
Insgesamt .....	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

gruppen<sup>56</sup> höher als bei der Gesamtbevölkerung. Der höhere Arbeitslosenanteil der männlichen Heimatvertriebenen war dagegen durch die Arbeitslosigkeit vieler älterer Heimatvertriebener verursacht, was auch in dem höheren Anteil von Angehörigen Arbeitsloser bei den Heimatvertriebenen deutlich wird (6,9 vH gegenüber 6,3 vH). Umgekehrt spiegelte sich der geringere Anteil heimatvertriebener selbständiger Berufsloser (Rentner, Unterstützungsempfänger u. a.)<sup>57</sup> im geringeren Anteil ihrer weiblichen Angehörigen ohne Hauptberuf.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Zahlen von 1946, so erscheint die Stellung der Heimatvertriebenen im Erwerbsleben der Stadt

<sup>55</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Gesamtbevölkerung: Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 102/103; Heimatvertriebene: Tabellenmanuskript beim Statistischen Landesamt Berlin).

<sup>56</sup> Bei den Westberlinern stellten die 35- bis 65jährigen die weitaus stärksten Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter dar, bei den Heimatvertriebenen die 20- bis 50jährigen. Vgl. S. 45—48 und Anhang Tab. 2: Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen. Westberlin 1950.

<sup>57</sup> Dieser geringere Anteil ist auch auf die günstigere Altersgliederung der Heimatvertriebenen zurückzuführen.

wesentlich gebessert, und man könnte daraufhin annehmen, daß ihre Eingliederung 1950 schon — im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten Westberlins — vollzogen war. Doch muß die Erwerbstätigkeit der Heimatvertriebenen auch von den Berufen und von der sozialen Stellung her noch einmal genauer betrachtet werden.

Zur Untersuchung der beruflichen Eingliederung der Heimatvertriebenen wäre es wichtig festzustellen, welchen Anteil die Arbeit im Heimatberuf, der echte Berufswechsel und die berufsfremde Arbeit hatten, und zwar jeweils in den verschiedenen Berufskreisen und Altersgruppen der männlichen und weiblichen Heimatvertriebenen. Es wurde schon bei der Darstellung der beruflichen Zusammensetzung der Heimatvertriebenen<sup>58</sup> darauf hingewiesen, daß es dafür keine ausreichenden Unterlagen gibt. Man muß sich daher angesichts des hohen Anteils von Fachberufen an den Berufen der Westberliner Heimatvertriebenen mit dem allgemeinen Eindruck begnügen, daß der größere Teil von ihnen 1950 wieder im erlernten Beruf oder in berufnaher Tätigkeit arbeitete bzw. sich ganz auf einen neuen Beruf umgestellt hatte<sup>59</sup>. Zur Frage nach der berufsfremden Arbeit, vor allem in den typischen Ausweichberufen, ergibt die nähere Betrachtung der Berufsgliederung der Berliner Heimatvertriebenen in den Jahren 1946 und 1950<sup>60</sup> einige wichtige Hinweise.

---

<sup>58</sup> S. 52, Abs. 2.

<sup>59</sup> Zur Berufsgliederung der Westberliner Heimatvertriebenen 1946 und 1950 vgl. die Tabellen im Anhang. Tab. 3: Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsgruppen und nach Altersgruppen. Berlin 1946; Tab. 4: Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen nach Berufsgruppen. Westberlin 1950; Tab. 5 und 6: Männliche und weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen. Westberlin 1950.

Im Statistischen Taschenbuch über die Heimatvertriebenen (S. 100 bis 102) sind Mindestzahlen der auf einzelnen Lebensgebieten in Westberlin beschäftigten Heimatvertriebenen angegeben, die bei der Arbeitsstättenzählung 1950 unter großen Schwierigkeiten ermittelt worden sind. Der wirkliche Anteil lag wesentlich höher und betrug oft das Vielfache. Das gilt auch für die an gleicher Stelle angegebenen Zahlen der in der Westberliner Industrie beschäftigten Heimatvertriebenen (vgl. dazu S. 73, Anm. 82), dagegen nicht für die Zahlen der im öffentlichen Dienst beschäftigten Heimatvertriebenen (vgl. dazu S. 68, Anm. 70). Einen besseren Überblick geben die Zahlen der Volkszählung, in der die Heimatvertriebenen nach dem Wohnort 1939 gezählt wurden. Vgl. dazu Anhang Tab. 9: Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Wirtschaftsabteilungen. Westberlin 1950.

<sup>60</sup> Die Zahlenangaben der folgenden sechs Absätze (Ausweichberufe) sind errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen 1946 und 1950. Gesamtbevölkerung 1946: Berliner Statistik, Sonderheft 7, S. 21 bis 40; Heimatvertriebene 1946: Tabellenmanuskript des Statistischen Landesamtes Berlin; Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene 1950: Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 156 bis 165).



1946 entsprach der Anteil der Heimatvertriebenen an den männlichen Erwerbspersonen im Durchschnitt der Berufe, die hauptsächlich als Ausweichberufe in Frage kommen, genau ihrem Anteil an der Gesamtzahl der männlichen Erwerbspersonen (3,3 vH). Dabei zeigten sich aber große Unterschiede bei den einzelnen Berufen. Relativ am meisten heimatvertriebene Männer waren in den landwirtschaftlichen und in den Gartenbauberufen tätig (Anteil 16,4 bzw. 6,1 vH), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß darunter besonders in der Landwirtschaft viele gelernte Kräfte waren. Auch als Straßen- und Tiefbauer, als Baustättenarbeiter und als Berufstätige ohne nähere Berufsangabe waren die heimatvertriebenen Männer überdurchschnittlich stark vertreten (überall rd. 4 vH). Dagegen war ihr Anteil bei den Transportarbeitern auffällig gering (0,6 vH), und er lag auch bei den Warenlagerarbeitern (2,3 vH), bei den Büroboten und Amtsgehilfen (2,5 vH) und bei den Büro- und Verwaltungshelfern (2,1 vH) unter dem Durchschnitt. Die zahlenmäßig wichtigsten Ausweichberufe waren 1946 für heimatvertriebene Männer die des Bauwesens, während in den bequemeren großstädtischen Ausweichberufen die Einheimischen stärker vertreten waren.

1950 hatte der Anteil der Heimatvertriebenen an den männlichen Erwerbspersonen in den genannten Ausweich- und Hilfsberufen stark zugenommen. Er lag mit durchschnittlich 8,9 vH wesentlich über dem Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtzahl der männlichen Erwerbspersonen (6,8 vH). Relativ am schwächsten war die Zunahme bei den Gartenbauberufen (auf 9,4 vH), da die Zahl der darin Beschäftigten im Rahmen der städtischen Notstandsarbeit allgemein stark angewachsen war und so auch für die arbeitslosen Einheimischen an Bedeutung zugenommen hatte. Stärker gestiegen war der Anteil der heimatvertriebenen Männer bei den Straßen- und Tiefbauern, den Baustättenarbeitern und den Berufstätigen ohne nähere Berufsangabe (auf überall rd. 10 vH). Bei den übrigen Ausweichberufen, besonders bei den Transportarbeitern, war ihr Anteil am stärksten gestiegen, hatte aber immer noch nicht den durchschnittlichen Anteil der Heimatvertriebenen an den männlichen Erwerbspersonen erreicht.

Daß 1950 relativ mehr heimatvertriebene als einheimische Männer in Ausweichberufen arbeiteten, während die Zahl 1946 relativ gleich hoch gelegen hatte, ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der heimatvertriebenen Männer seit 1946 durch die Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft und Internierung stärker zugenommen hat als die der Berliner. Viele von diesen Heimkehrern waren noch 1950 gezwungen, berufsfremd vor allem im Bauwesen zu arbeiten. Sie hatten aber auch zu den typisch großstädtischen Ausweichberufen stärker als 1946 Zugang gefunden.

Bei den weiblichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen hat zwischen 1946 und 1950 eine Verschiebung im entgegengesetzten Sinn stattgefunden. 1946 betrug ihr Anteil an den weiblichen Erwerbspersonen bei den Berufen, die als Ausweichberufe hauptsächlich in Frage kommen, durchschnittlich 4,7 vH und lag damit über dem durchschnittlichen Heimatvertriebenen-Anteil der weiblichen Erwerbspersonen (4,0 vH). Für die Ausweichberufe mit dem stärksten Anteil weiblicher Heimatvertriebener: die Haushaltshelfer (10,8 vH)<sup>61</sup>, die landwirtschaftlichen (11,3 vH) und die Gartenbauberufe (7,8 vH) ist anzunehmen, daß zu ihnen auch viele gelernte Kräfte gehörten. Etwa durchschnittlich war der Anteil der weiblichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen bei den Berufstätigen ohne nähere Berufsangabe (4,3), bei den Landverkehrsberufen (4,1), bei den Chemiewerkern (3,8 vH), bei den Baustättenarbeiterinnen (3,6 vH) und den Transportarbeiterinnen (3,7 vH). Weit unter dem Durchschnitt lag der Anteil bei verschiedenen anderen Ausweichberufen wie den Raumreinigern (3,2 vH), den Warenlagerarbeitern (2,9 vH), den Büro- und Verwaltungshelfern (2,9 vH) und den ungelerten Metallberufen (2,4 vH).

Von ihrem relativ hohen durchschnittlichen Anteil an den genannten Berufen im Jahre 1946 sind die weiblichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen 1950 zu einem genau durchschnittlichen Anteil gelangt, der ihrem Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Erwerbspersonen entspricht (7,4 vH). Auch sie hatten die geringste Zunahme bei den Gartenbauberufen (auf 9,3 vH), während sich bei fast allen anderen Ausweichberufen ihr Anteil 1950 annähernd verdoppelt hatte. Nur bei den Raumreinigern war er etwas stärker gestiegen (auf 7,6 vH).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß 1950 der Anteil der in Ausweichberufen Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen nur bei den heimatvertriebenen Männern höher lag als bei der Gesamtbevölkerung. Diese Abweichung um etwa 4 vH der Gesamtzahl der männlichen Erwerbspersonen<sup>62</sup> ist vor allem auf die große Zahl der Heimatvertriebenen in den Straßen- und Tiefbauberufen und bei den Baustättenarbeitern zurückzuführen. 1946 hatten zu diesen Berufen nur 35 vH der in Bauberufen gemeldeten heimatvertriebenen Männer gehört (Gesamtbevölkerung 46 vH); 1950 waren

<sup>61</sup> Der Anteil der weiblichen Heimatvertriebenen an diesem Beruf lag 1946 bei der Altersgruppe der 15- bis 25jährigen mit 19,3 vH noch weit höher. Dabei ist aber die Stärke dieser Altersgruppe zu beachten, deren Anteil an der entsprechenden Gruppe der Gesamtbevölkerung 7,6 vH betrug (Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen 3,9 vH).

<sup>62</sup> Rund 20 vH der männlichen Erwerbspersonen gehörten 1950 bei den Heimatvertriebenen zu den angeführten Ausweichberufen gegenüber 16 vH bei der Gesamtbevölkerung.

es 48 vH (Gesamtbevölkerung 51 vH), obgleich auch die Zahl der Bau-facharbeiter stark zugenommen hatte<sup>63</sup>.

Dieser starke Anstieg der Zahl der in Ausweichberufen beschäftigten heimatvertriebenen Männer dürfte auch damit zusammenhängen, daß sich die Westberliner Wirtschaft von den primitiven Produktionsverhältnissen der ersten Nachkriegsjahre wieder in jährlich steigendem Maße auf Spezialproduktion umgestellt hat und dafür vor allem ihre alten Fachleute brauchte. Wer von den Heimatvertriebenen wenig genug war, fand Anschluß an diese Umstellung und damit vielfach einen neuen Beruf. Viele der älteren Männer dagegen, die sich in ihrem alten Beruf nicht durchsetzen konnten und denen die Umstellung zu schwer fiel, mußten als Baustättenarbeiter oder in anderen Ausweichberufen arbeiten<sup>64</sup>.

Eine ähnliche Notlage ergab sich für die jüngsten Heimatvertriebenen im erwerbsfähigen Alter, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung aus der Heimat gekommen waren, in Berlin keine Lehrstelle gefunden hatten und sich aus Geldgründen keine Ausbildung mehr leisten konnten. Für sie blieben nur die Ausweichberufe übrig, von denen sie aus eigener Kraft schwer den Übergang zu gelernten Berufen finden konnten. Ausweichberufe waren für sie vor allem unge-lernete industrielle und kaufmännische Berufe, in den letzten Jahren auch die Notstandsarbeiten im Gartenbau. Dagegen war ihr Anteil an den Bauberufen nur gering, von denen sie durch die Schwere der Arbeit, den Mangel an Berufskleidung und andere innere und äußere Gründe abgehalten wurden. Überhaupt zeigt sich, daß bei den jüngeren Heimatvertriebenen schon 1946 eine deutliche Verlagerung von den Elementarberufen zu den großstädtischen Berufen hin stattgefunden hatte. Allein die unter 25jährigen männlichen Erwerbspersonen stellten in den meisten Metall- und Elektrikerberufen über ein Drittel der männlichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen, obgleich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen nur 17,5 vH betrug<sup>65</sup>. In den Bauberufen wie in allen einfachen und schweren

---

<sup>63</sup> Der Anteil der heimatvertriebenen Männer an den Straßen- und Tiefbauern und den Baustättenarbeitern stieg von 3,9 vH (1946) auf 10,2 vH (1950), ihr Anteil an den übrigen Bauberufen von 6,1 vH auf 11,3 vH. Ostdeutsche Bau-facharbeiter sind seit 1945 von großen Berliner Bau-firmen, die früher ihre Niederlassungen in allen Provinzen Ostdeutschlands hatten, gesucht und gefördert worden und haben als Angehörige von „Mangelberufen“ die Zuzugsgenehmigung für Westberlin erhalten.

<sup>64</sup> In diesem Zusammenhang ist der Vergleich der Altersgliederung von Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebenen in einzelnen Berufsgruppen aufschlußreich. Vgl. dazu Anhang Tab.3: Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsgruppen und nach Altersgruppen. Berlin 1946.

<sup>65</sup> Vgl. Anm. 64. Eine entsprechende Aufstellung ließ sich aus dem Material der Volkszählung 1950 nicht erarbeiten. Doch zeigt die Auswertung des

Handwerksberufen, aber auch in Berufen mit längerer Lehrzeit arbeiteten nur wenig Jüngere. Am stärksten waren diese als Verkäufer, Drogisten, Büroboten, Amtsgehilfen und Kellner vertreten, noch stärker als in den wenigen einfachen Berufen, an denen sie auch höheren Anteil hatten (Landarbeiter, Melker, Sattler, Bäcker).

Der Drang zu bestimmten großstädtischen Berufen fällt noch mehr bei den unter 25jährigen weiblichen Heimatvertriebenen auf, die neben der Arbeit als Verkäuferin, Hausgehilfin oder Krankenschwester auch eine ganze Reihe anderer Berufe bevorzugt zu haben scheinen, die ein besonderes Maß von Geschick, Intelligenz und Verantwortung erfordern. Schon 1946 war die Zahl der Chemielaborantinnen, der medizinisch-technischen Sonderfachkräfte, der Sprechstundenhilfen, der nachschaffenden Zeichnerinnen, der Kellnerinnen, Telefonistinnen, Drogistinnen, Putzmacherinnen und Friseurinnen bei ihnen verhältnismäßig groß, wenn sie auch nicht annähernd den hohen Heimatvertriebenen-Anteil der Haushilfe- und Krankenpflegeberufe erreichten.

Für die mittleren und höheren Altersgruppen der Heimatvertriebenen sind für 1946 so auffällige Verschiebungen in der Berufsgliederung nicht festzustellen. Erwähnenswert ist nur der hohe Anteil der 25- bis 35jährigen männlichen Heimatvertriebenen an allen Berufen, die eine Verwertung der technischen Erfahrungen aus dem Wehrdienst erlaubten<sup>66</sup>. Es ist aber anzunehmen, daß es sich dabei größtenteils erst um eine vorläufige Beschäftigung gehandelt hat, von der aus die Heimatvertriebenen nach Arbeit in ihrem eigentlichen Beruf suchten. Ihr Anteil lag 1946 in den Berufen des öffentlichen und privaten Lebens, zu denen ihnen als zunächst noch Ortsfremden der Zugang erschwert war<sup>67</sup>, noch erheblich unter dem Durchschnitt; dagegen kam er 1950 dem Durchschnitt schon nahe, besonders bei den weiblichen Heimatvertriebenen<sup>68</sup>.

Der Anteil der kaufmännischen Berufe an der Gesamtzahl der weiblichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen war zwischen 1946 und 1950 von 9,6 vH auf 13,8 vH gestiegen; ebenso hatte der Anteil der in der Elektroindustrie tätigen heimatvertriebenen Mädchen und Frauen stark zugenommen. Auch als Reinmachefrauen, Hauswarte u. dgl. hatten viele ältere Frauen Arbeit gefunden, und als haushalt-

---

Repräsentativmaterials von 1950 das gleiche Ergebnis: stärkerer Anteil der jüngeren Heimatvertriebenen an den Metall- und Elektrikerberufen, der älteren an den Bauberufen.

<sup>66</sup> Kraftfahrzeughandwerker, Mechaniker, Elektro- und Rundfunkmechaniker.

<sup>67</sup> Kaufmännische Berufe, Verwaltungs- und Büroberufe, Verkehrsberufe, Dienst- und Wachberufe u. a.

<sup>68</sup> Vgl. dazu Anhang Tab. 5 und Tab. 6: Männliche bzw. weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen. Westberlin 1950.

führende Kräfte hatten sie ihren Vorsprung vor den Berlinerinnen trotz der starken Einschränkung dieses Berufes nach der Währungsreform behauptet<sup>69</sup>. Daß sie als Schneiderinnen und Näherinnen nicht den durchschnittlichen Bevölkerungsanteil erreicht haben, dürfte an der zahlenmäßigen Bedeutung und an den besonders hohen Anforderungen dieses Berufes gerade in Berlin liegen.

Auffällig ist schließlich noch die starke Abnahme des Anteils der Bildungs- und Forschungsberufe und der künstlerischen Berufe an der Gesamtzahl der heimatvertriebenen Erwerbspersonen seit 1946, da dieser Anteil bei der Gesamtbevölkerung nur wenig gesunken ist. Vermutlich hat besonders in diesen Berufen das Fremdsein in Berlin und die damit verbundene schwierige Lage viele Heimatvertriebene zum Berufswechsel oder zur Weiterwanderung veranlaßt. Das gleiche gilt für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in Berlin von Anfang an wenig Aussicht auf Arbeit in ihrem Beruf hatten und bei denen der Heimatvertriebenen-Anteil 1950 dementsprechend niedrig lag (rd. 4 vH)<sup>70</sup>. Der Rückgang der Verkehrsberufe ist hauptsächlich auf die weitgehende Abtrennung Westberlins vom Eisenbahnbetrieb der Sowjetzone zurückzuführen und ist bei den Heimatvertriebenen im gleichen Maß wie bei der Gesamtbevölkerung erfolgt.

Im ganzen ist festzustellen, daß die meisten Westberliner Heimatvertriebenen sich im Laufe der Zeit zum eigenen Beruf oder zu einem neuen Beruf durchgearbeitet haben — ausgenommen die ältesten und die jüngsten Jahrgänge, die stärker in Ausweichberufen zu finden sind. Trotz der schwierigen Gesamtlage der Stadt und aller ihrer Einwohner haben tüchtige und strebsame Heimatvertriebene in der Regel Arbeit gefunden, sofern sie sich den gegebenen Möglichkeiten anpaßten. Auf diese Weise hat sich eine gewisse Siebung vollzogen. Ein Teil der Heimatvertriebenen ist beruflich gestrandet und gehört zu den vielen Arbeitslosen, Hilfsarbeitern, Notstandsarbeitern und Unterstützungsempfängern Westberlins. Der

<sup>69</sup> Als haushaltführende Kräfte wurden 1946 2,6 vH, 1950 1,5 vH der weiblichen heimatvertriebenen Erwerbspersonen gezählt (Gesamtbevölkerung 1,4 vH bzw. 0,8 vH).

<sup>70</sup> Im Statistischen Taschenbuch über die Heimatvertriebenen (S. 101 f.) wird für Westberlin ein weit höherer Anteil Heimatvertriebener im öffentlichen Dienst (7 vH), insbesondere wiederverwendeter verdrängter Angehöriger des öffentlichen Dienstes (11 vH) angegeben. Dieser hohe Anteil ist dadurch zu erklären, daß bei der betreffenden Sondererhebung alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Heimatvertriebene gerechnet worden sind, die nach dem 1. September 1939 ihren Wohnsitz ostwärts der Oder und Neiße oder im Ausland hatten. Bei diesen handelte es sich größtenteils um Berliner, die während des Krieges nach Osten versetzt, dann vertrieben und nach ihrer Rückkehr wieder in die Berliner Verwaltung eingestellt worden sind (vgl. S. 44, Abs. 3).

größere Teil ist beruflich eingegliedert — oft unter Verzicht auf den früheren beruflichen Rahmen, vielfach aber auch schon mit beachtlichem beruflichem Erfolg.

Gilt dies für die heimatvertriebenen Männer in vielen Einzelfällen, so kann man den gleichen Erfolg für die heimatvertriebenen Frauen fast allgemein feststellen. Sie haben an den meisten gehobenen Berufen hohen Anteil<sup>71</sup>, sind auch in vielen einfachen verantwortungsvollen Berufen überdurchschnittlich stark vertreten<sup>72</sup> und haben besonders im Beruf der Hausfrau eine für das Großstadtleben mit seinen Nöten und Gefahren entscheidend wichtige Aufgabe gefunden. Daher kann man sagen, daß die Aufnahme der Heimatvertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg in starkem Maße dem natürlichen Bedarf der Großstadt an überwiegend weiblicher Zuwanderung gerecht geworden ist.

Es wurde schon angedeutet, daß die berufliche Eingliederung der Westberliner Heimatvertriebenen vielfach mit dem Verzicht auf den früheren beruflichen Rahmen erkaufte worden war. Viele Fachleute arbeiteten wohl in ihrem Beruf, aber an untergeordneter Stelle, so daß sie sich ausgenützt und unbefriedigt fühlten. Ihnen fehlte die Selbständigkeit und Freiheit, die sie von der Heimat her in lebhafter Erinnerung hatten.

Der Vergleich von Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebenen nach der sozialen Stellung<sup>73</sup> zeigt diesen Mangel deutlich, der zwar nicht das gleiche Ausmaß erreichte wie die Not der ehemals Selbständigen im Bundesgebiet oder in der Sowjetzone, doch auch hier für viele die stärkste Behinderung der Eingliederung darstellte. Der Arbeiteranteil lag 1950 bei den Heimatvertriebenen mit 47,5 vH weit höher als bei der Gesamtbevölkerung von Westberlin mit 41,6 vH, obgleich er bei ihnen der Herkunft nach zweifellos geringer war. Der Anteil der Angestellten entsprach etwa dem Westberliner Durchschnitt. Daß der Anteil der selbständigen Berufslosen bei den Heimat-

---

<sup>71</sup> Ärztinnen, Heilbehandler und andere medizinische Berufe; Fürsorgeinstellen; Erziehungs-, Bildungs-, Lehr- und Seelsorgeberufe.

<sup>72</sup> Warenkaufleute, haushaltführende Berufe, Speisenzubereiter, Gaststättengehilfen, Polizeiangehörige. Auch bei den Handwerks- und Industrierberufen fällt auf, daß die weiblichen Heimatvertriebenen mehr in den feineren Berufen zu finden sind (Metallfeinbauer, Metalloberflächenveredler, Elektroleitungs- und -maschinenbauer, Chemiefachwerker und -sonderfachwerker, Warensortierer und -aufseher). Vgl. S. 67, Abs. 2 und Anhang Tab. 61: Weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen. Westberlin 1950.

<sup>73</sup> Die Zahlenangaben in den folgenden Absätzen (soziale Stellung) sind errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950. (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 20 bis 31 und S. 156 bis 165.) Vgl. Anhang Tab. 8: Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der sozialen Stellung. Westberlin 1950.

vertriebenen niedriger lag als bei den Einheimischen, ist nur auf die relativ geringe Zahl von Rentnern, Altenteilern, Pensionären u. dgl. zurückzuführen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger, der von Verwandten oder Bekannten mitversorgten alten Leute<sup>74</sup>, sowie der Zöglinge und Insassen verschiedener Anstalten (besonders Altersheime) lag dagegen bei den Heimatvertriebenen verhältnismäßig hoch.

Der hohe Anteil Heimatvertriebener an der Zahl der nicht in ihrer Familie lebenden Schüler und Studierenden (13 vH) ist auf den höheren Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in der Sowjetzone zurückzuführen, in der etwa 30 vH der Westberliner Studenten und ein ähnlich hoher Anteil der Mittel- und Oberschüler beheimatet sind. So gesehen, erscheint der Anteil der Heimatvertriebenen an den Schülern und Studenten von außerhalb sogar sehr niedrig; als Erklärung dafür kann die schlechtere materielle Lage vieler Heimatvertriebenenfamilien in der Sowjetzone im Zusammenhang mit der Unzulänglichkeit der Grundschulausbildung in der Zeit der Flucht und in der ersten Nachkriegszeit dienen. Auch der Anteil der Westberliner Heimatvertriebenen an den Schülern der Mittel- und Oberschulen und an den Studenten dürfte im Durchschnitt unter ihrem Bevölkerungsanteil liegen<sup>75</sup>.

Der größte Unterschied in der sozialen Gliederung zeigte sich 1950 bei den Selbständigen. Von den Heimatvertriebenen gehörten 1950 nur 5,7 vH zu den selbständigen Erwerbspersonen und ihren Angehörigen ohne Hauptberuf gegenüber 9,2 vH bei der Gesamtbevölkerung. Ebenso lag der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen mit 0,4 vH bei den Heimatvertriebenen weit tiefer als bei der Gesamtbevölkerung mit 0,8 vH. Der Anteil der 3808 heimatvertriebenen Selbständigen an den Selbständigen der Gesamtbevölkerung betrug 1950 3,6 vH und lag damit weit unter dem allgemeinen Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen (6,9 vH). Bei den Alleinschaffenden lag er etwas höher, niedriger dagegen bei den Betriebsinhabern, vor allem bei den Inhabern von Mittel- und Großbetrieben. Auffällig ist, daß der Anteil der Heimatvertriebenen an der Zahl der Selbständigen erheblich steigt, wenn die Angehörigen ohne Hauptberuf mitgerech-

---

<sup>74</sup> „Personen außerhalb des erwerbsfähigen Alters ohne Angabe einer Erwerbsquelle.“

<sup>75</sup> Die Angaben im Statistischen Taschenbuch über die Heimatvertriebenen (S. 99) über den Anteil der Heimatvertriebenen an Schülern und Studierenden in Westberlin sind Mindestzahlen. Der wirkliche Anteil lag in den betreffenden Jahren höher, besonders bei den Schülern. Beachtenswert erscheint, daß der Anteil der Heimatvertriebenen (WS 1952/53) an allen Berliner Hochschulen 10 vH und mehr betrug mit Ausnahme der Technischen Universität, an der er nur 8 vH erreichte. Wesentlich höher lag er an der Hochschule für Politik (17 vH).

net werden (auf 4,3 vH). Mit anderen Worten: unter den selbständigen Heimatvertriebenen befanden sich viele mit größeren Familien<sup>76</sup>.

Auch die Berufsgliederung der heimatvertriebenen Selbständigen gibt Einblick in die Schwierigkeiten der Existenzgründung in Westberlin. Die Berufsgruppen, in denen 1950 die Zahl der heimatvertriebenen Erwerbspersonen relativ hoch lag, zeigten auch einen entsprechend hohen Anteil heimatvertriebener Selbständiger (Steingewinner und -verarbeiter, Bauberufe, Holzberufe, Lederberufe, Gesundheitsdienstberufe, Bildungs- und Forschungsberufe), sofern nicht das Selbständigmachen erheblichen Kapitalbesitz voraussetzte (landwirtschaftliche und Gartenbauberufe, Nahrungs- und Genußmittelhersteller)<sup>77</sup> oder durch die Art der Berufe ausgeschlossen (hauswirtschaftliche Berufe, Volkspfleger, Seelsorger) oder eingeschränkt war (Erziehungs- und Lehrberufe). Über dem Durchschnitt lag der Anteil der heimatvertriebenen Selbständigen auch bei den Verkehrsberufen (Fuhrherr, Kraftfahrer, Binnenschiffer), für die zwei getretete Pferde oder ein Fahrzeug oft als Kapital für die Existenzgründung ausreichen mußten.

In vielen typischen Berliner Berufen (z. B. Metallberufe, Textilberufe, graphische Berufe) waren die Heimatvertriebenen natürlich auch als Selbständige schwächer vertreten. Um so mehr fällt auf, daß die heimatvertriebenen selbständigen Elektriker<sup>78</sup> immerhin den durchschnittlichen Anteil der heimatvertriebenen Selbständigen erreichten. Auch hier dürfte — neben der Anziehungskraft der Stadt gerade für die Intelligenz solcher Berufe — der verhältnismäßig geringe Kapitalaufwand für die Existenzgründung eine wesentliche Rolle gespielt haben. Viele dieser Selbständigen haben gewissermaßen nur mit einem Schraubenzieher angefangen. Ähnliches gilt für die kaufmännischen Berufe, in denen der Anteil der Heimatvertriebenen an den Selbständigen sogar höher lag als ihr Anteil an den Erwerbspersonen. Auch hier muß man sich den „selbständigen Kaufmann“ vielfach noch als Straßenhändler vorstellen, der sich über den selbstgebauten Kiosk, den Ruinenladen o. dgl. erst allmählich zu einer

<sup>76</sup> Auf 100 selbständige Heimatvertriebene kamen 1950 124, auf 100 Selbständige der Gesamtbevölkerung nur 87 Angehörige ohne Hauptberuf. Dagegen war das Verhältnis bei der Gesamtzahl der Erwerbspersonen für Heimatvertriebene und Gesamtbevölkerung gleich (100 : 70).

<sup>77</sup> Bei den Gaststättenberufen lag der Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen ohnehin schon unter dem Durchschnitt; dementsprechend war 1950 der Bevölkerungsanteil der heimatvertriebenen Gaststätteninhaber gering, obgleich gerade aus diesen Berufen viele ehemals selbständige Heimatvertriebene mit beruflichen Hoffnungen nach Berlin gekommen sind.

<sup>78</sup> Von 1263 selbständigen Elektrikern in Westberlin waren 1950 44 Heimatvertriebene. Bei den Chemikern lag der Anteil der Heimatvertriebenen noch höher, doch ist deren absolute Zahl (6) für sichere Vergleiche zu klein.



normalen Geschäftseinrichtung hochzuarbeiten versucht hat. Auch in einigen Intelligenzberufen, bei denen die Existenzgründung keinen größeren Kapitalbesitz erfordert (Ingenieure und Techniker, Rechts- und Sicherheitswahrer, künstlerische Berufe) erreichten die Heimatvertriebenen wenigstens ihren durchschnittlichen Anteil an den Selbständigen (3,6 vH). Als Industrielle erreichten die Heimatvertriebenen diesen Anteil nicht.

Der Anteil der Heimatvertriebenen-Betriebe an den Industriebetrieben in Westberlin betrug Ende 1951 nur 3,2 vH; Ende 1953 war er auf 3,6 vH gestiegen<sup>79</sup>. Nur in der Textilindustrie waren 1951 Zahl (20) und Anteil (12 vH) der Heimatvertriebenen-Betriebe beträchtlich; daneben waren der Zahl nach nur Elektrotechnik (15) und Lebensmittelindustrie (20) nennenswert, während der Anteil bei einigen kleineren Industriezweigen höher lag (Steine und Erden 8 vH, Musikinstrumente und Spielwaren usw. 7 vH, Sägewerke und Holzbearbeitung 14 vH, Schuhfabrikation 13 vH). 1953 waren keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Stärkere Zunahmen waren nur bei der Lebensmittelindustrie (von 17 auf 26 Betriebe) und bei der Spielwarenindustrie (von 5 auf 12 Betriebe) festzustellen. Das Bild der Heimatvertriebenen-Industrie in Westberlin spiegelt damit trotz ihrer kleinen Zahlen deutlich die wichtigsten Zweige der Heimatindustrie wider. Dabei handelt es sich bei ihren Betrieben nicht nur um Ersatz- oder Neugründungen, sondern auch um übernommene Betriebe.

Im ganzen ist festzustellen, daß der Stand der Eingliederung für die ehemals Selbständigen unter den Heimatvertriebenen bis heute noch am wenigsten befriedigend ist und daß sie in keiner einzigen Berufsgruppe auch nur annähernd den durchschnittlichen Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen (7,0 vH) oder an der Gesamtzahl der Westberliner Bevölkerung erreicht haben. Daß sich ihr Anteil auch nach der Währungsreform 1948 nicht vermindert hat<sup>80</sup>, kann man immerhin als Zeichen für die Zähigkeit ansehen, mit der sie die einmal geschaffene bescheidene Existenz verteidigt und fortgeführt haben.

Nennenswerte Hilfen sind dabei von öffentlicher Seite in den ersten sechs Jahren nach dem Kriege nicht geleistet worden. Erst seit 1951 ist (mit Hilfe des Bundesgebietes) eine Kreditaktion für Heimat-

<sup>79</sup> Zahlenangaben auf Grund der Sondererhebungen des Statistischen Landesamtes im November 1951 (Berliner Statistik 1952, Heft 6, S. 313 bis 315 „Die Industrie in Westberlin“) und im September 1953.

<sup>80</sup> Nach der Volkszählung 1946 betrug der Anteil der Selbständigen an den Heimatvertriebenen in Berlin (mit Angehörigen ohne Hauptberuf) 6,2 vH. Da hierbei jedoch auch die erwerbslosen ehemals Selbständigen mitgerechnet waren, die 1950 als Rentner, Unterstützungsempfänger u. dgl. geführt wurden, ist diese Anteilzahl so stark herabzusetzen, daß sie zweifellos unter der Anteilzahl von 1950 liegt (5,7 vH).

vertriebene und Flüchtlinge im Gange, die vielen Einzelnen schon fühlbare Hilfe gebracht hat<sup>81</sup>, ohne doch die allgemeine Notlage der Selbständigen oder nach Selbständigkeit Strebenden behoben zu haben. Unter den Kreditnehmern sind viele besonders Tüchtige, die sich berufliche Anerkennung als wichtigste Kreditgrundlage erarbeitet haben. Andererseits war es aber auch vielen tüchtigen Heimatvertriebenen bisher nicht möglich, ohne eigenes Kapital und ohne Rückhalt an kapitalkräftigen Bekannten die hohe Schwelle zur Kreditwürdigkeit und damit zur Selbständigkeit zu überschreiten.

Die erforderliche Tatkraft und Zähigkeit zum Wiederaufbau oder zur Neugründung einer selbständigen Existenz haben hauptsächlich Heimatvertriebene mittleren Alters aufgebracht. So haben sich z. B. viele früher selbständige Ärzte durch jahrelangen Dienst in abhängiger Stellung wieder zur Selbständigkeit emporgearbeitet.

Einzelne Heimatvertriebene haben auch als Betriebsführer oder als Mitarbeiter in leitenden Stellungen für die Einstellung von Landsleuten und anderen Heimatvertriebenen sorgen können. So gibt es vereinzelt Betriebe, die man als richtige Vertriebenenbetriebe bezeichnen kann<sup>82</sup>. Viele ältere ehemals Selbständige haben die Kraft nicht mehr aufgebracht und sind Angestellte oder auch Arbeiter geworden, sofern sie nicht ganz auf Erwerbstätigkeit verzichteten und von Sozialunterstützung lebten.

Beruflich und sozial benachteiligt waren aber auch die jüngeren Heimatvertriebenen, denen die Ausbildung im erstrebten Beruf oder der Ausbildungsabschluß durch den Krieg vorenthalten worden ist und die nach dem Kriege als Heimatvertriebene keine besondere Förderung erfahren haben. Das Ausbildungsdarlehen im Rahmen des Lastenausgleichs kam für sie ihres Alters wegen zu spät, bzw. ein Kredit kam für sie überhaupt nicht in Frage, da sie persönlich keinen Vermögensverlust für den Lastenausgleich anzumelden hatten.

---

<sup>81</sup> Nach dem Jahresbericht des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen vom 6. Juni 1953 sind von 1951 bis 1953 über 3000 Kreditanträge Heimatvertriebener eingereicht worden, von denen nur ein kleiner Teil (826 Anträge) berücksichtigt werden konnte. Der Landeskreditausschuß achtete bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit darauf, „daß nur die rentabelsten Unternehmen, bzw. die Unternehmen, bei denen die Aussicht auf eine größere Rentabilität gegeben war, zum Zuge kamen“.

<sup>82</sup> Bestimmte Betriebe ließen sich nicht ermitteln, doch gibt das Statistische Taschenbuch über die Heimatvertriebenen dazu einen Hinweis (S. 100). Der Anteil der Heimatvertriebenen an den Beschäftigten in größeren Heimatvertriebenen-Industriebetrieben wird mit 10,3 vH angegeben. Diese Zahl ist als Mindestzahl anzusehen, da auch bei der betreffenden Industrienerhebung im November 1951 die wirklichen Zahlen der beschäftigten Heimatvertriebenen überall wesentlich höher lagen. So kann für einzelne Heimatvertriebenen-Industriebetriebe sicher mit einem Heimatvertriebenenanteil an der Belegschaft von 20 bis 50 vH gerechnet werden.

## c) Verhältnis zur täglichen Umwelt

Wichtig für die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Berlin war ihre stillschweigende Anerkennung als Mitbürger vonseiten der einheimischen Bevölkerung. Diese stammte großenteils aus den gleichen Heimatgebieten<sup>83</sup> und sah daher die Heimatvertriebenen nicht als Fremde an. Es gab allerdings auch in Berlin Leute, die sich durch die „Ostflüchtlinge“ in ihrer Ordnung gestört fühlten — aber das waren Ausnahmen. Im allgemeinen hatte der Berliner selbst in den Kriegsjahren und danach so viel Schweres erlebt und so viel verloren, daß er die Not der Heimatvertriebenen verstand<sup>84</sup>. Er machte Platz und half, wo er es für nötig hielt.

Diese Einschränkung ist wichtig. Soweit es sich um seine eigenen Verwandten oder Freunde handelte, fühlte der einzelne Berliner sich zuständig. Ein „Flüchtlingsproblem“ für die Gesamtheit der Berliner gab es dagegen in den ersten Nachkriegsjahren nicht. Die Heimatvertriebenen, die in Transporten nach Berlin kamen, wurden in der Regel nach Westdeutschland weitergeleitet. In der Zeit ihres Lageraufenthalts fielen sie in der Öffentlichkeit nicht auf. Die meisten Heimatvertriebenen, die in Berlin bleiben wollten, kamen aber gar nicht erst in die Lager, sondern fanden private Unterkunft bei ihren Verwandten oder deren Bekannten. Wer keine derartigen Verbindungen besaß, war auf seine eigene Umsicht und Energie angewiesen, wenn er in der Stadt Fuß fassen wollte. Wem das nicht gelang, wählte gewöhnlich den Weg des geringsten Widerstandes und ließ sich nach Westdeutschland weiterbefördern.

In den ersten Wochen und Monaten blieben die Heimatvertriebenen gewöhnlich in sehr beengten Verhältnissen bei ihren Verwandten oder Bekannten wohnen, bis sie mit deren Hilfe ein eigenes Zimmer oder eine eigene Wohnung gefunden hatten. Auch beim Umzug, bei der Instandsetzung der Wohnung und bei der Einrichtung des Haushalts wurde geholfen, und die Verbindung blieb zumeist weiterhin erhalten, da die neue Unterkunft gewöhnlich in der Nähe der ersten lag.

Im Lauf der Jahre sind viele Heimatvertriebene in Westberlin zu einer eigenen Wohnung gekommen. Fast zwei Drittel von ihnen wohnten 1950 als Inhaber oder Angehörige, etwa ein Viertel als

<sup>83</sup> Rund ein Viertel der Berliner Bevölkerung von 1946 war in Ostdeutschland und Osteuropa geboren und auch ein großer Teil der übrigen Bevölkerung hatte dort seine Vorfahren.

<sup>84</sup> Viele im Kriege evakuierte oder geflüchtete Berliner kamen in den ersten Nachkriegsjahren zurück und fanden ihre Wohnungen zerstört oder besetzt. Andere verloren erst in diesen Jahren durch Beschlagnahme vonseiten der Besatzungsmächte ihre Häuser oder Wohnungen. So waren viele Berliner selbst „Flüchtlinge“.

Untermieter in Normalwohnungen<sup>85</sup>. Etwa ein Zehntel von ihnen lebte in Notwohnungen, Anstalten und Massenunterkünften, wobei zu berücksichtigen ist, daß als Notwohnungen auch die vielen Berliner Wohnlauben und Gartenhäuser mit ihren teilweise ganz normalen Wohnverhältnissen gelten, in denen besonders die kinderreichen Heimatvertriebenenfamilien untergekommen sind<sup>86</sup>.

Ungünstiger stellen sich die Raumverhältnisse und die Kochmöglichkeiten für die Heimatvertriebenen dar, zumindest in den Wohnungen, deren Inhaber Heimatvertriebene waren. Von deren Normalwohnungen verfügten 59 vH nur über einen halben oder ganzen Raum (übrige Bevölkerung 29 vH); nur 29 vH der Wohnungen hatte eine eigene Küche (übrige Bevölkerung 57 vH), 55 vH (36 vH) teilten die Kochgelegenheit mit anderen Benutzern, und 4 vH (2 vH) hatten eine behelfsmäßige Kochgelegenheit. In den Wohnungen Einheimischer, in denen der größere Teil der normalwohnenden Heimatvertriebenen lebte, müssen diese Verhältnisse günstiger gewesen sein, und auch die große Zahl einräumiger Wohnungen erscheint angesichts des hohen Anteils alleinstehender lediger Personen unter den Heimatvertriebenen nicht außergewöhnlich. Im ganzen gesehen war jedenfalls die Wohnungslage der Heimatvertriebenen in Westberlin 1950 wesentlich günstiger als im Bundesgebiet<sup>87</sup>, und sie war auch nicht viel schlechter als die Lage der einheimischen Berliner Bevölkerung.

Wohnungseinrichtung, Hausrat und Kleidung sind bei vielen Heimatvertriebenen noch bescheiden, ja unzulänglich geblieben. Andere haben es durch Sparsamkeit und Geschick schon zu einer ausreichenden und befriedigenden Einrichtung gebracht. In diesen Unterschieden spiegelt sich deutlich das bisherige berufliche und soziale Schicksal.

Auch für die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen war die Verbindung mit Verwandten entscheidend wichtig. Durch deren

---

<sup>85</sup> Bei der Volkszählung 1950 wurden als Wohnungen und Unterkünfte von Heimatvertriebenen nur diejenigen gezählt, deren Inhaber Heimatvertriebene waren. In diesen wohnten 38 000 Heimatvertriebene (25 vH der Gesamtzahl). Unberücksichtigt blieben die Wohnungen von rund 60 000 Heimatvertriebenen (40 vH der Gesamtzahl), deren Inhaber Einheimische (oder andere Zugewanderte) waren und die daher größtenteils als Normalwohnungen zu rechnen sind.

<sup>86</sup> Jeder elfte Heimatvertriebene und auch jeder Fünfzehnte der übrigen Bevölkerung Westberlins lebte 1950 in einer Notwohnung.

<sup>87</sup> Im Bundesgebiet lebten 1950 die Heimatvertriebenen etwa zu einem Drittel als Inhaber oder Angehörige in Normalwohnungen (27 vH in eigenen Wohnungen, dazu vermutlich der größte Teil der 8 vH, die als Familien- oder Haushaltsangehörige von Einheimischen untergebracht waren); mehr als die Hälfte wohnte in Untermiete und rund ein Zehntel in Notwohnungen, Massenunterkünften u. dgl. 54 vH der Normalwohnungen Heimatvertriebener hatten nur einen halben oder ganzen Raum, 28 vH eine eigene Küche, 11 vH eine gemeinsame und 51 vH eine behelfsmäßige Kochgelegenheit.

Nachbarn, Kollegen und Freunde erweiterte sich der Bekanntenkreis schnell. Man kam ins Gespräch, man half im Haushalt oder fuhr gemeinsam nach Kartoffeln aufs Land und lernte sich dabei näher kennen. Wer auf diese Weise Anschluß an das Berliner Leben gefunden hatte, wurde auch bald auf diese oder jene Gelegenheitsarbeit hingewiesen<sup>88</sup>. Griff er dann zu und hielt die Arbeit bei der Entrümmern, auf Güterbahnhöfen oder beim Straßenbau durch, so wurde ihm auch weitergeholfen, und er konnte sich mit der Zeit zu einer festen Anstellung hocharbeiten.

Ohne persönliche Verbindung und Fürsprache Arbeit zu finden, war wesentlich schwerer. Suchten sich schon die kleineren Betriebe ihre Mitarbeiter möglichst im Bekanntenkreis, so hielten sich die Großbetriebe der Berliner Wirtschaft bei ihrem zunächst noch niedrigen Beschäftigungsgrad erst recht an ihren Stamm alter Mitarbeiter<sup>89</sup>. Ebenso schwer war es, ohne „Beziehungen“ eine Anstellung bei der Stadt- oder Bezirksverwaltung oder bei den städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben zu erreichen. Der berufliche Fortschritt setzte den persönlichen Anschluß an andere Berliner Berufstätige voraus.

Die meisten Heimatvertriebenen, vor allem die jüngeren unter ihnen, haben diesen Anschluß im Lauf der Jahre gefunden. Sie sind Berliner geworden, deren Ansichten und Lebensweise weitgehend mit denen der einheimischen Bevölkerung übereinstimmen. Ein „Flüchtlingsbewußtsein“ im Sinne sozialer Zurücksetzung besteht bei ihnen nicht und dementsprechend auch kein Verlangen nach einem Zusammenschluß der Heimatvertriebenen zur Vertretung besonderer Rechte und Forderungen. Wie die Berliner sehen sie die eigene Arbeit und Leistung für wichtiger an, nachdem sie in den ersten Nachkriegsjahren ganz auf sich allein gestellt waren.

Der nächste Lebenskreis der meisten Heimatvertriebenen besteht daher keineswegs nur aus ostdeutschen Schicksalsgefährten, sondern zu einem großen Teil aus Berlinern<sup>90</sup>. Sie nehmen wie diese an Sportveranstaltungen teil, gehen ins Kino, lesen die gleichen Tages-

---

<sup>88</sup> Daß die Gelegenheitsarbeit im Wohnbezirk im Gegensatz zur Spezialarbeit in bestimmten Betrieben und Bezirken bei den Heimatvertriebenen 1950 noch eine größere Rolle spielte als bei den Einheimischen, geht aus den „Pendler“-Zahlen hervor. Von den Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung „pendelten“ 47,3 vH zur Arbeit nach einem anderen Bezirk, von den heimatvertriebenen Erwerbspersonen dagegen nur 42,5 vH.

<sup>89</sup> Hierbei war allerdings auch für Heimatvertriebene der Zugang möglich, sofern sie schon in der Heimat bei Außenstellen der Betriebe mitgearbeitet hatten. Ebenso wurden Heimatvertriebene in stärkerem Maße von Betrieben eingestellt, in deren Führung Heimatvertriebene tätig waren.

<sup>90</sup> Es wurde schon erwähnt, daß viele Berliner heimatvertriebene Ehefrauen haben (S. 49, Abs. 3 und Anm. 23). Umgekehrt dürfte auch der Anteil heimatvertriebener Männer, die Berlinerinnen geheiratet haben, nicht klein sein.

zeitungen. Sie gehören Berufsorganisationen, Beschädigtenverbänden, Sportvereinen u. dgl. an und fallen in diesen als Heimatvertriebene überhaupt nicht auf. Auch das kirchliche Leben hat für die Mehrzahl der Heimatvertriebenen in Berlin nicht mehr die gleiche Bedeutung wie früher in der Heimat.

Die Kinder der Heimatvertriebenen sind in der Regel durch das ständige Zusammensein mit einheimischen Kindern in Schule, Berufsarbeit und Freizeit schon „waschechte Berliner“ geworden. Damit sind sie auch allen Gefährdungen der Nachkriegsjugend in der Großstadt ausgesetzt, und oft fühlen sich die Eltern diesen Erscheinungen gegenüber machtlos. Immerhin zeigt sich gerade hier bei einzelnen ostdeutschen Jugendlichen ein starkes Selbstbewußtsein gegenüber großstädtischer Denkweise und Lebensart.

Neben den sozial eingegliederten gibt es auch Heimatvertriebene, die sich in Berlin nicht zu Hause fühlen und ein abgeschlossenes Dasein führen. Es sind namentlich ältere oder alleinstehende Personen, denen die Umstellung auf das angespannte Berliner Berufsleben nicht gelungen ist oder die sich aus inneren Gründen mit dem Großstadt-Leben nicht abfinden können. Soweit sie noch das Verlangen nach Verbindung mit anderen Menschen haben, zieht es sie zu den alten Bekannten aus der Heimat, die sie besuchen oder zu sich einladen oder bei den monatlichen Heimatkreistreffen wiedersehen. Trotzdem fallen diese Heimatvertriebenen dem Berliner nicht als „Flüchtlinge“ auf, da auch viele Einheimische so zurückgezogen leben. Dagegen fühlen sie selbst sich vielfach zurückgesetzt und von der Umwelt nicht verstanden.

#### d) Verhältnis zum öffentlichen Leben

Da den Heimatvertriebenen in Berlin bis 1949 von alliierter Seite ein Zusammenschluß in eigenen Organisationen verboten war, konnte sich kein tätiges Gemeinschaftsbewußtsein unter ihnen ausbilden. Wohl gab es Ansätze dazu, etwa im Suchdienst oder im Rahmen der kirchlichen Arbeit — aber sie blieben auf eine kleine Zahl von Heimatvertriebenen beschränkt. Die meisten von ihnen gewöhnten sich daran, allein mit ihrem Schicksal fertig zu werden und sich ein eigenes Bild von dessen Ursachen und vom Fortgang des Lebens in Berlin, in Deutschland und in der weiteren Welt zu machen.

Wenn trotz vieler Enttäuschungen und trotz aller Kritik am öffentlichen und privaten Leben der Großstadt die Einstellung der meisten Heimatvertriebenen zu Berlin eine bejahende ist, so liegt das an der Erfahrung der Nachkriegsjahre, daß sich in dieser Stadt letzten Endes doch immer der Sinn für das politisch, wirtschaftlich und sozial Notwendige durchgesetzt hat. Es liegt auch an dem Eindruck, den die sachliche Arbeit vieler Einzelner im öffentlichen Leben und die Lei-

stungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft, besonders der großen Industriebetriebe, auf sie gemacht haben. Im Vertrauen darauf trägt auch der eingegliederte Heimatvertriebene durch Mitarbeit in seinem Beruf bewußt oder unbewußt zur Neuordnung der Lebensverhältnisse bei.

Infolge dieser sachlichen Einstellung zu Berlin tritt das Bewußtsein der verlorenen Heimat bei den eingegliederten Heimatvertriebenen stark zurück. Damit ist nicht gesagt, daß sie ihrer Heimat gegenüber gleichgültig geworden sind. Der Gedanke an eine Rückkehr dorthin liegt nur für sie außerhalb der gegenwärtigen Wirklichkeit. Ältere Leute meinen auch, daß sie für eine Rückkehr schon zu alt sind, und oft trifft man auf entschiedene Abwehr gegenüber dem Gedanken, noch einmal die Ungewißheit des Grenzlandlebens auf sich zu nehmen. Von den Jüngsten denken nur noch wenige an die alte Heimat. Es gibt aber auch unter ihnen wie unter den Erwachsenen stärkere Persönlichkeiten, die sich über Rückkehr und Wiederaufbau Gedanken machen.

Im Zusammenhang mit der Einstellung der Westberliner Heimatvertriebenen zu Berlin und zu ihrer alten Heimat muß auch die Wirksamkeit und Bedeutung der Heimatorganisationen betrachtet werden. Bei dem geschilderten Vorgang der Einbürgerung der meisten Heimatvertriebenen erscheint es verständlich, daß diese sehr zurückhaltend blieben, als die Alliierten 1949 das Verbot der Heimatorganisationen lockerten und nun verschiedene derartige Organisationen entstanden.

Die neugegründeten Landsmannschaften gingen hauptsächlich auf alte Berliner Heimatvereine zurück, die nach dem Kriege wie in früheren Jahrzehnten heimattreue Schlesier, Danziger, Ost- und Westpreußen und andere Ostdeutsche lose zusammengehalten hatten. Als größere Organisationen zugelassen wurden, versuchte man, alle Heimatvertriebenen aus den einzelnen Herkunftgebieten zusammenzufassen, um mit vereinter Kraft die gemeinsamen Nöte und Forderungen anzumelden. Dieses Vorhaben gelang aber nicht, da sich die Mehrzahl der Heimatvertriebenen an den Organisationen nicht beteiligte oder doch nach den ersten Zusammenkünften zurückzog. Dafür gab es mehrere Gründe.

Neben den aus der alten Vereinsarbeit hervorgegangenen Landsmannschaften schossen zahlreiche andere Interessenverbände, Landsmannschaften und ähnliche Organisationen aus dem Boden, durch deren laute Agitation und Werbung besonders ältere Heimatvertriebene gefangen wurden. Die Ziele dieser Organisationen waren undurchsichtig, und es handelte sich vielfach um Gründungen geltungsbedürftiger oder geschäftstüchtiger Unternehmer, die bald in Streit

miteinander und mit den Landsmannschaften gerieten. Nach etwa zwei Jahren (1950/51) verstummte zwar dieser Streit in der Öffentlichkeit, doch blieben die eigenwilligen Organisationen größtenteils am Leben und führten ihr Schattendasein noch längere Zeit fort.

Auch in den eigentlichen Landsmannschaften litt die Arbeit von Anfang an unter dem Mangel an führenden Kräften. Einige wenige vorwiegend ältere Persönlichkeiten leisteten die gesamte Arbeit der Werbung und Zusammenführung, Beratung und Vertretung der Heimatvertriebenen im Rahmen der Heimatkreisgruppen und Landsmannschaften. Selbst bei dieser Arbeit kam es zu persönlichen Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten, so daß viele Heimatvertriebene sich abgestoßen fühlten. Sie blieben den Heimatkreisgruppen aber auch fern, weil ihnen deren Einstellung zu romantisch-rückwärtsschauend und mit den Gegebenheiten des Berliner Lebens nicht vereinbar erschien. Aus dem gleichen skeptischen Sinn heraus blieben sie zurückhaltend, als sich 1950 vor den Westberliner Wahlen die politischen Parteien plötzlich in Großveranstaltungen für die Belange der Heimatvertriebenen einsetzten. Die meisten von ihnen lehnten diese Formen der Werbung und öffentlichen Kundgebung ab, von denen sie keinen wirklichen Erfolg erwarteten<sup>91</sup>.

Mehr Beachtung und Anerkennung fand im Lauf der Jahre der Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen, der Anfang 1950 als Dachorganisation der meisten Landsmannschaften zu arbeiten begonnen hat. Durch ihn sind die wichtigsten Anliegen der Heimatvertriebenen im Lauf der Zeit mit Erfolg beim Berliner Senat und bei den Bundesbehörden vertreten worden. So wurde die Ausgabe von Heimatvertriebenenbescheinigungen durch die Bezirksamter (unter Mitwirkung des Landesverbandes in Zweifelsfällen) erreicht, die als Unterlagen für die gleichfalls durchgesetzte Lohnsteuerermäßigung und für die Fahrpreisermäßigungen in Westberlin und im Bundesgebiet anerkannt wurden. Eine ganze Reihe anderer finanzieller Erleichterungen und Hilfen wurden erreicht<sup>92</sup> und der Landesverband als Gutachterstelle für Kredite an Heimatvertriebene<sup>93</sup> bestimmt.

<sup>91</sup> In diesem Zusammenhang erscheint erwähnenswert, daß auch die für die Heimatvertriebenen im Bundesgebiet wichtige Partei, der BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, seit 1953 Gesamtdeutscher Block BHE), als Westberliner Partei bei den Heimatvertriebenen fast gar keine Anerkennung gefunden hat.

<sup>92</sup> So erreichte der Landesverband den Erlaß der Rückzahlung gewährter Sozialunterstützung für Heimatvertriebene unter gewissen Bedingungen, den Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener in Westberlin, die Westberliner Hausrathilfe für ältere unbemittelte Heimatvertriebene.

<sup>93</sup> Existenzaufbau- und Betriebsmittelkredite, die seit 1952 mit Hilfe der Vertriebenenbank an heimatvertriebene Selbständige gewährt wurden, bzw. Eingliederungsdarlehen im Rahmen des Lastenausgleichs.



Durch diese praktische Arbeit, für die die Mitwirkung einzelner Heimatvertriebener im Abgeordnetenhaus und in der Verwaltung Westberlins wichtig war, ist der Landesverband bei den Heimatvertriebenen als ihre berufene Vertretung bekannt geworden. Die Betreuer und Delegierten der Kreisgruppen geben die wichtigsten Angelegenheiten der Mitglieder an ihn weiter. Darüber hinaus besteht durch die Einrichtung von Beratungs- und Geschäftsstellen der einzelnen Landsmannschaften und des Landesverbandes selbst in dem mit Bundeshilfe eingerichteten „Haus der ostdeutschen Heimat“ eine ständige Verbindung mit den nichtorganisierten Heimatvertriebenen Westberlins, Ostberlins und der Sowjetzone. So hat sich in Westberlin schon früher als im Bundesgebiet eine einzige öffentlich anerkannte Vertretung aller Heimatvertriebenen herausgebildet, die künftig auch Sitz und Stimme im Vertriebenenbeirat der Senatsabteilung für Sozialwesen haben soll. Der Landesverband hat nach und nach erreicht, daß die Fragen der Heimatvertriebenen bis zu den untersten Verwaltungsstellen herab mit mehr Verständnis als in den ersten Jahren behandelt werden und daß umgekehrt die Anliegen einzelner Heimatvertriebener durch die Beratung und Vertretung von seiten der Landsmannschaften mit geringerem Aufwand und größerem Erfolg bei den Amtsstellen vorgebracht werden.

Die Arbeit des Landesverbandes und der Landsmannschaften besteht demnach vorwiegend in der Beratung, Betreuung und Vertretung der Heimatvertriebenen. Versuche einer strafferen Zusammenfassung zu allgemeiner Mitarbeit und gegenseitiger Hilfe haben in einzelnen Landsmannschaften und Kreisgruppen zu bescheidenen Erfolgen geführt<sup>94</sup>. Die Mitgliederzahl beträgt überall nur einen Bruchteil der durch die Volkszählung 1950 für die einzelnen Herkunftgebiete ermittelten Heimatvertriebenenanzahl. Die Festveranstaltungen, Vortrags- und Ausspracheabende<sup>95</sup> werden besonders von jüngeren Heimatvertriebenen nur schwach besucht. Die Kultur- und Jugendarbeit der Landsmannschaften findet wenig Widerhall, und auch die monatlich erscheinende Zeitung des Landesverbandes und der Landsmannschaften wird verhältnismäßig wenig gelesen. Die ganze Arbeit leidet darunter, daß viele eingegliederte Heimatvertriebene, die den anderen helfen könnten, von den eigenen Sorgen und Fragen zu stark festgehalten werden. Da sie sich kaum beteiligen, setzen sich außer den erwerbs-

<sup>94</sup> So wird in einzelnen Landsmannschaften auf offene Arbeitsstellen hingewiesen. Der Versuch, ein Branchenverzeichnis aller selbständigen Heimatvertriebenen zwecks gegenseitiger Förderung zustande zu bringen, blieb ohne den erhofften Erfolg.

<sup>95</sup> Der Landesverband veranstaltete z. B. Vorträge und Aussprachen über Fragen des öffentlichen Lebens (Heimatvertriebene und Verwaltung, Berliner Wohnungswerk und Bausparkassen, Lastenausgleichsfragen u. dgl.).

losen freiwilligen Mitarbeitern nur einige wenige überlastete Berufstätige für die Gesamtheit der Heimatvertriebenen ein. So kann bei aller wichtigen Hilfe in Einzelfällen von einer wirksamen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen in Berlin nicht gesprochen werden. Der durch die Not der ersten Nachkriegsjahre veranlaßte Vorgang selbsttätiger Eingliederung hat die nachträgliche Bildung einer solchen Gemeinschaft verhindert.

Es ist verständlich, daß angesichts der Schwierigkeiten und Probleme des gegenwärtigen Berliner Lebens an eine bewußte Zusammenfassung und Ausbildung der Kräfte der Heimatvertriebenen für eine künftige Wiederbesiedlung der Heimatgebiete kaum zu denken ist. Doch darf man annehmen, daß gerade die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Westberlin ein Vorgang ist, durch den unbewußt auf Grund der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausnahmestellung der Stadt wertvolle Kräfte für diese künftige Aufgabe ausgebildet werden.

## Drittes Kapitel

### Die Zonenflüchtlinge in Westberlin

#### 1. Zahl und Zusammensetzung der Zonenflüchtlinge

##### a) Zahl

Die Gesamtzahl der in Westberlin lebenden offiziell gemeldeten Zonenflüchtlinge ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Ende 1949 dürften von den im Lauf des Jahres anerkannten und nichtanerkannten und von den ohne nähere Prüfung abgewiesenen Flüchtlingen noch 25 bis 30 000 in Westberlin gewesen sein, und zwar hauptsächlich Anerkannte. Für Ende 1950 ist mit einer Gesamtzahl von 50 bis 60 000 zu rechnen, wobei der Anteil der Nichtanerkannten (einige Monate nach Inkrafttreten des Berliner Flüchtlingsgesetzes) schon ein Viertel oder ein Drittel betragen haben kann. Ende 1951 stellten die nichtanerkannten Flüchtlinge schon ungefähr die Hälfte der 90 bis 100 000 Flüchtlinge in Westberlin, und für Ende 1952 ist bei einer Gesamtzahl von etwa 120 000 anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlingen mit dem gleichen Anteil zu rechnen. Bis Mitte 1953 blieb dieses Verhältnis ungefähr gleich, so daß für diesen Zeitpunkt mit je 65 bis 70 000 anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlingen in Westberlin zu rechnen ist. Danach stieg die Zahl der Anerkannten bis Ende 1953 auf 75 bis 80 000<sup>1</sup>, während die der Nichtanerkannten unter 50 000 sank<sup>2</sup>. Daneben ist für den gleichen Zeitpunkt mit etwa 10 000 abgesprungenen Flüchtlingen aus den Jahren 1951 bis 1953 zu rechnen. So lag die Gesamtzahl der offiziell gemeldeten Zonenflüchtlinge in

<sup>1</sup> Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in Westberlin ist nicht mit Sicherheit zu ermitteln. Sie betrug Ende 1953 nach Schätzung des Statistischen Landesamtes 75 000. Dazu sind einige Tausend auf den Abflug ins Bundesgebiet wartende Anerkannte zu rechnen. Als „Anerkannte“ werden vom Verfasser auch diejenigen Flüchtlinge gerechnet, die seit Mai 1953 die Notaufnahme ohne Anerkennungsverfahren erhalten haben.

<sup>2</sup> Die Zahl der nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin wurde vom Senat für Ende 1953 auf etwa 37 000 geschätzt (25 000 in offener Fürsorge oder in Lagern Unterstützte und etwa halb soviel von Verwandten und Freunden Unterhaltene). Bei dieser Schätzung wurde die Zahl der Nichtanerkannten mit befristeter oder unbefristeter Zuzugsgenehmigung nicht berücksichtigt, die im Lauf der Jahre auf mindestens 10 000 angewachsen sein dürfte.

Westberlin Ende 1953 bei 130 bis 140 000. Sie enthält nicht die große Zahl inoffizieller Flüchtlinge, die sich zur gleichen Zeit mit oder ohne Zuzugsgenehmigung in der Stadt aufhielten<sup>3</sup>.

#### b) Herkunft

Den größten Anteil an den in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlingen haben die „alten Berliner“, die vor allem aus Ostberlin<sup>4</sup>, aber auch aus den Randgebieten der Stadt und aus der weiteren Sowjetzone nach Westberlin gekommen sind. Sie dürften etwa die Hälfte der aus den ersten Fluchtjahren (1949 bis 1951) in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge darstellen. Ihr Anteil an den Flüchtlingen aus dem Jahr 1952 und aus dem ersten Halbjahr 1953 lag Ende 1953 noch niedriger, nahm aber durch die Weiterwanderung der nichteinzugliedern- den ortsfremden Flüchtlinge allmählich zu. Im zweiten Halbjahr 1953 — nach dem Juniaufstand, der in Ostberlin begonnen hatte — war der Anteil der Ostberliner an der Zahl der für Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge noch wesentlich höher als bisher (5500 von insgesamt 12 600). Außerdem erhielten gleichzeitig viele geflüchtete Ostberliner die „normale“ Zuzugsgenehmigung für Westberlin (4200 gegenüber 5000 „normal“ Zugezogenen aus der Sowjetzone). Ähnliches gilt für die „Randberliner“. Auch unter den aufgenommenen und abgelehnten Flüchtlingen aus der weiteren Zone waren wie immer viele „alte Berliner“, so daß diese Ende 1953 wahrscheinlich schon die Hälfte der aus dem zweiten Halbjahr in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge erreichten oder überschritten.

Allgemein läßt sich sagen, daß Westberlin in den Jahren der Massenflucht hauptsächlich großstadtgewohnte und -geeignete Zuwanderer, vor allem seine eigenen ehemaligen Bewohner angezogen und festgehalten hat. Aber auch die übrigen in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge kamen oder stammten zu einem großen Teil aus Mittel- und Großstädten. Das gilt insbesondere für die Heimatvertriebenen, die in den ersten beiden Fluchtjahren (1949 und 1950) noch einen recht hohen Anteil an den Zonenflüchtlingen stellten, der über ihrem Bevölkerungsanteil in der Sowjetzone lag. Bei ihnen dürfte es sich vielfach — ähnlich wie bei den „alten Berlinern“ — noch um eine Fortsetzung der natürlichen Zuwanderung gehandelt haben<sup>5</sup>, auch wenn regelrechte Fluchtgründe vorlagen.

<sup>3</sup> Vgl. dazu S. 39, Abs. 3 und Anm. 73.

<sup>4</sup> Es erscheint unlogisch, bei den Ostberlinern von „Zonenflüchtlingen“ zu sprechen. Das Bleiben in Westberlin wird hier aber als Teil des Fluchtvorganges aus dem gesamten Sowjetbereich angesehen; zu diesem gehört Ostberlin wesentlich als Hauptstadt der Sowjetzone.

<sup>5</sup> Vgl. dazu S. 44, Abs. 4 und Anm. 13.

Seit 1951 ist der Anteil der einheimischen Bevölkerung der Sowjetzone am Flüchtlingsstrom und damit auch an den in Westberlin gebliebenen anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlingen gestiegen. Relativ am meisten Einheimische sind aus dem Berlin nahegelegenen und mit seiner Bevölkerung durch viele persönliche Beziehungen verbundenen Land Brandenburg in Westberlin geblieben. Kleiner ist der Anteil der Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Am wenigsten Flüchtlinge sind aus dem weiter entfernten Thüringen in Westberlin geblieben.

Von den Ausländern, die als Flüchtlinge aus dem Sowjetbereich gekommen sind, haben die meisten die Weiterwanderung nach Westen dem für sie zu gefährlichen Aufenthalt in Westberlin vorgezogen. Immerhin sind einzelne von ihnen dageblieben, die persönliche Verbindungen zu Westberlinern hatten. Sie sind nicht zu verwechseln mit der wesentlich größeren Zahl solcher Ausländer, die in Westberlin von Schwarzhandel, Schmuggel u. dgl. leben und die vielfach auch erst in den Nachkriegsjahren legal oder illegal zugewandert sind.

#### c) Zeit der Zuwanderung

Von den 75 bis 80 000 in Westberlin gebliebenen anerkannten Zonenflüchtlingen sind schätzungsweise mehr als 30 000 schon 1949 und 1950 in die Stadt gekommen, und nicht viel kleiner ist die Zahl der anerkannten Flüchtlinge aus den Jahren 1951 und 1952. Diese Zahlen erscheinen zu hoch im Vergleich mit der von den Alliierten festgesetzten Höchstzahl der unbefristeten Zuzugsgenehmigungen für politische Flüchtlinge in den Jahren 1949 bis 1951 (jährlich 9000) und mit der Zahl der 1953 für Westberlin Aufgenommenen (10 000). Es darf aber nicht vergessen werden, daß besonders in den ersten beiden Fluchtjahren viele Tausende von Flüchtlingen die „normale“ Zuzugsgenehmigung erhalten haben und daß ein Teil von ihnen erst nach Jahren des „illegalen“ Aufenthalts die Zuzugsgenehmigung erhielt<sup>6</sup>. Seit dem Inkrafttreten der Bundesnotaufnahme in Westberlin (4. Februar 1952) erhielten die für Westberlin Aufgenommenen zwar die unbefristete Zuzugsgenehmigung ohne längere Wartezeit, doch wurden viele schon 1952 gemeldete Flüchtlinge erst im folgenden Jahr aufgenommen. So bleibt für anerkannte Flüchtlinge, die erst 1953 nach Westberlin gekommen und in der Stadt geblieben sind, nur eine Zahl von 15 bis 20 000.

Anders verteilt sich die Zahl der schätzungsweise 45 bis 50 000 nicht-  
anerkannten Zonenflüchtlinge nach der Zeit ihrer Ankunft in West-

<sup>6</sup> Anfang 1952 befanden sich in Westberlin noch 13 000 nach Berliner Bestimmungen anerkannte Zonenflüchtlinge, die auf die Zuzugsgenehmigung warteten. Nach Aufhebung der jährlichen Begrenzung verminderte sich diese Zahl im Lauf des Jahres auf 1000.

berlin. Je weiter das Ankunftsjahr zurückliegt, desto kleiner ist die Zahl der Gebliebenen. Für Ende 1953 kann nur noch mit wenigen Tausenden oder sogar nur Hunderten Nichtanerkannter aus den Jahren 1949 und 1950, mit höchstens 20 000 aus den Jahren 1951 und 1952 und mit 25 bis 30 000 aus dem Jahr 1953 gerechnet werden. Die Nichtanerkannten aus den ersten Jahren waren durch Abwanderung, nachträgliche Anerkennung oder „normalen“ Zuzug<sup>7</sup> weitgehend geschwunden, und der größte Teil der Ende 1953 noch anwesenden Nichtanerkannten war schon in der Zeit der Bundesnotaufnahme nach Westberlin gekommen.

Von den schätzungsweise 10 000 abgesprungenen Flüchtlingen, die sich Ende 1953 in Westberlin aufhielten, dürften in den ersten drei Fluchtjahren 1 bis 2000 nach Westberlin gekommen sein; für die beiden letzten Jahre wird ihre Zahl infolge der höheren Flüchtlingszahlen etwas höher liegen. Ähnlich verteilt sich die weit größere Zahl der inoffiziellen Flüchtlinge aus den Jahren der Massenflucht, die Ende 1953 noch in Westberlin waren; die Zahl der inoffiziellen Zonenflüchtlinge aus den ersten Nachkriegsjahren geht ebenfalls in die Zehntausende<sup>8</sup>.

#### d) Alter, Geschlecht, Familienstand

Für die Ermittlung von Alter, Geschlecht und Familienstand der in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge gibt es bisher keine ausreichenden Unterlagen. Die Zusammensetzung der in Westberlin gemeldeten Flüchtlinge ist zwar für die ersten Jahre und für die Zeit der Bundesnotaufnahme auf Grund der Registrierung ermittelt worden. Sie hat sich jedoch im Lauf der Jahre bei den in Westberlin Gebliebenen durch die verschieden starke Rück- und Weiterwanderung in den einzelnen Altersgruppen wesentlich verschoben.

Der Vergleich der Altersgliederung der 1949/50 registrierten männlichen und weiblichen Zonenflüchtlinge mit der Altersgliederung aller von 1939 bis 1950 aus dem Gebiet der Sowjetzone nach Westberlin Zugewanderten<sup>9</sup> ergibt immerhin einige wichtige Erkenntnisse. Trotz

<sup>7</sup> Die „normale“ Zuzugsgenehmigung haben auch Tausende von Nichtanerkannten im Lauf der letzten Jahre erhalten (vgl. S. 105 f.). Ihre Zahl ist nicht zu ermitteln, doch liegt die Zahl der Ende 1953 in Westberlin lebenden Nichtanerkannten mit unbefristeter oder befristeter Zuzugsgenehmigung möglicherweise weit höher als vom Verfasser geschätzt (10 000).

<sup>8</sup> Zur Schätzung der Zahl der inoffiziellen Flüchtlinge in Westberlin vgl. S. 39, Anm. 73.

<sup>9</sup> Vgl. Anhang Tab. 10: Altersgliederung der Sowjetzonenbevölkerung (1950), der in Westberlin gemeldeten Zonenflüchtlinge (1949/50, 1952, 1953) und verschiedener Personenkreise der Bevölkerung Westberlins (1950). Beim Vergleich der Sowjetzonenbevölkerung mit den Zonenflüchtlingen ist zu beachten, daß die registrierten Zonenflüchtlinge teilweise Ostberliner waren, durch die sich ihre Gliederung nach Alter und Geschlecht jedoch nicht wesentlich verschoben haben dürfte.

des besonders hohen Anteils der 15- bis 24jährigen an der Flucht aus dem Sowjetbereich war ihr Anteil an der Gesamtzahl der nach Westberlin Zugewanderten nur gering. Sie sind größtenteils nach Westen weitergewandert oder in den Sowjetbereich zurückgekehrt. Dagegen lag der Anteil der 25- bis 45jährigen an der Gesamtzuwanderung ebenso wie an der Flucht aus dem Sowjetbereich sehr hoch. Es ist daher anzunehmen, daß 1950 dieser Altersgruppe der größte Teil der aus den ersten Fluchtjahren in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge angehörte.

Auffällig ist der geringe weibliche Anteil an den Flüchtlingen in den ersten Fluchtjahren. Er lag mit 35 vH weit unter dem weiblichen Anteil an den seit 1939 aus dem Gebiet der Sowjetzone nach Westberlin Zugewanderten (58 vH). Damit ist der weibliche Anteil an den in Westberlin gebliebenen Flüchtlingen von 1949/50 noch nicht bekannt. Es ist gut möglich<sup>10</sup>, daß der Anteil der Frauen und Kinder hier höher lag als beim gesamten Flüchtlingsstrom dieser Jahre; in der Stadt sind damals hauptsächlich diejenigen Flüchtlinge geblieben, die auf Grund persönlicher Beziehungen und beruflicher Möglichkeiten mit ihrer Eingliederung rechnen konnten und daher ihre Familie von vornherein mitbrachten oder nachholten. Auch kann der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen hier größer gewesen sein als beim gesamten Flüchtlingsstrom, da die Anerkennung beruflich wertvoller Kräfte durch den Flüchtlingsdienst verhältnismäßig großzügig gehandhabt wurde.

Bei den in Westberlin gebliebenen Flüchtlingen aus der Zeit des Westberliner Flüchtlingsgesetzes<sup>11</sup> hat sich die Zusammensetzung geändert. Der Anteil der männlichen Flüchtlinge mittleren und höheren Alters dürfte bei ihnen gestiegen sein, da die Anerkennung in dieser Zeit von der aktiven politischen Haltung und Tätigkeit im Sowjetbereich abhängig war. Der Anteil der Familienangehörigen ist bei den Flüchtlingen aus diesem Jahr vermutlich stark zurückgegangen, besonders bei den anerkannten<sup>12</sup>. Aber auch bei den in Westberlin gebliebenen nichtanerkannten Flüchtlingen von 1951 scheint der Anteil der Ledigen, Verwitweten, Geschiedenen und Getrenntlebenden sehr hoch zu liegen.

---

<sup>10</sup> Die Annahmen dieses und des folgenden Absatzes beruhen auf den Ergebnissen der Stichprobebefragung des Verfassers (vgl. S. 9, Anm. 6).

<sup>11</sup> Vom 11. Oktober 1950 bis zum 3. Februar 1952.

<sup>12</sup> Von den vom Verfasser befragten (vgl. Anm. 10) 24 Flüchtlingen aus dem Fluchtjahr 1949 lebten die 13 verheirateten mit ihren Familienangehörigen zusammen; acht waren ledig und drei verwitwet oder geschieden. Von den 24 befragten Flüchtlingen aus dem Fluchtjahr 1951 hatten nur sechs ihre Familie bei sich (darunter vier „alte Berliner“ und ein Potsdamer), während zehn verwitwet oder geschieden waren oder getrennt lebten.

Auch bei den seit Februar 1952 im Rahmen der Bundesnotaufnahme für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen war die Zahl der Familienangehörigen verhältnismäßig klein. Sie stieg zwar mit dem seit Mitte 1952 ständig wachsenden Anteil der Ehefrauen und Kinder am Flüchtlingsstrom<sup>13</sup>, blieb aber weit unter dem Anteil der Familienangehörigen der für Westdeutschland aufgenommenen Flüchtlinge<sup>14</sup>. Ursache dafür war die vom Durchschnitt des Flüchtlingsstromes stark abweichende Zusammensetzung der für Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge nach Alter und Familienstand.

Im August 1952<sup>15</sup> lag der Anteil der mitgeführten Kinder bei den für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen mit etwa 27 vH der Gesamtzahl tiefer als bei den für das Bundesgebiet Aufgenommenen (etwa 37 vH). Bei den Hauptflüchtlingen<sup>16</sup> lag für Westberlin der Anteil der 15- bis 25jährigen mit etwa 6 vH viel tiefer (Bundesgebiet 13 vH)<sup>17</sup>, der Anteil der 25- bis 45jährigen ungefähr gleich hoch (etwa 51 vH gegenüber 53 vH), der Anteil der 45- bis 65jährigen höher (etwa 37 vH gegenüber 31 vH). Am stärksten überwog bei den für Westberlin Aufgenommenen der Anteil der höchsten Altersgruppe von 65 und mehr Jahren (etwa 6 vH gegenüber 3 vH). Zu dem Übergewicht der höheren Altersgruppen bei der Aufnahme für Westberlin haben vor allem berufliche Gründe und politische oder persönliche Beziehungen, zu der besonders starken Aufnahme der ältesten Flücht-

<sup>13</sup> Der weibliche Anteil am Flüchtlingsstrom nach Westberlin lag im Februar 1952 mit 38 vH noch kaum höher als in den ersten Fluchtjahren mit 35 vH. Im August 1952 betrug er schon 46 vH und im Februar 1953 überstieg er mit 51 vH zum ersten Mal den männlichen Anteil. In den folgenden Monaten erreichte er zeitweise annähernd den weiblichen Anteil an der normalen Zuwanderung aus dem Gebiet der Sowjetzone (58 vH). Im zweiten Halbjahr 1953 lag er infolge des Rückgangs der Flüchtlingszahl und infolge des höheren Anteils politischer Flüchtlinge wieder bei 45 vH. — Auch der Anteil der Kinder stieg von 16 vH Anfang 1952 auf 26 vH des gesamten Flüchtlingsstromes im Januar 1953; im Durchschnitt des Jahres 1953 lag er bei 23 vH.

<sup>14</sup> Nach Angaben der Außenstelle Berlin des Instituts für Raumforschung (auf Grund der Auswertung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Westberlin) lag im August 1952 die Zahl der Angehörigen im Verhältnis zu den aufgenommenen Flüchtlingen für Westberlin mit 76 : 100 erheblich tiefer als für das Bundesgebiet mit 120 : 100. Die alleinreisenden Jugendlichen, die größtenteils ohne Verfahren in das Bundesgebiet abgeflogen wurden, sind hierbei nicht mitgerechnet.

<sup>15</sup> Die hier und in den folgenden Absätzen angegebenen Anteilzahlen für einzelne Monate des Jahres 1952 sind Annäherungswerte, ermittelt durch Auswertung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens beim Institut für Raumforschung, Außenstelle Berlin.

<sup>16</sup> Als Hauptflüchtlinge werden die Antragsteller im Aufnahmeverfahren im Gegensatz zu den mitgeführten Familienangehörigen bezeichnet.

<sup>17</sup> Rechnet man die ohne Verfahren abgeflogenen Jugendlichen mit, so erhöht sich der Anteil dieser Altersgruppe bei den für das Bundesgebiet Aufgenommenen noch wesentlich.



linge vor allem Verwandtschaft in Berlin und Krankheit oder Flugunfähigkeit beigetragen.

Die Altersgliederung allein erklärt noch nicht die geringe Zahl der Familienangehörigen bei den für Westberlin Aufgenommenen. Bei dem stärkeren Anteil der mittleren Altersgruppen und bei dem besonders hohen weiblichen Anteil (über 50 vH) an der Zahl der im August 1952 für Westberlin Aufgenommenen hätte auch die Zahl der Ehefrauen und Kinder höher liegen müssen — wenn es sich in diesen Altersgruppen vorwiegend um Eheleute in normalen Familienverhältnissen gehandelt hätte. Doch lag der Anteil der Verheirateten an der Zahl der Hauptflüchtlinge<sup>18</sup> bei den für Westberlin Aufgenommenen im August 1952 weit tiefer als bei den für das Bundesgebiet Aufgenommenen (etwa 57 vH gegenüber 72 vH). Weit höher lag dagegen der Anteil der Ledigen (etwa 24 vH gegenüber 15 vH), der Geschiedenen (etwa 8 vH gegenüber 5 vH) und der Verwitweten (etwa 11 vH gegenüber 8 vH).

Die Ledigen waren durchaus nicht nur Jugendliche, sondern zum größeren Teil alleinstehende Erwerbspersonen mittleren und höheren Alters<sup>19</sup>, sowie Rentner und Unterstützungsempfänger. Der hohe Anteil Geschiedener, der im September 1952 bei den männlichen Aufgenommenen noch höher als bei den weiblichen lag, deutet ebenfalls auf ein bewußtes Streben alleinstehender Flüchtlinge zur Großstadt hin — will man nicht umgekehrt die Herkunft der meisten für Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge aus Ostberlin, Leipzig und anderen Großstädten als Erklärung für diesen hohen Anteil annehmen<sup>20</sup>. Für den ständigen Zug Geschiedener zur Großstadt und nach Westen hin spricht, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der aufgenommenen und abgelehnten Hauptflüchtlinge (ohne alleinreisende Jugendliche) schon Anfang 1952 mit etwa 8 vH ebenso hoch lag wie im August 1952 und damit den Bevölkerungsanteil der Geschiedenen in der Sowjetzone weit überschritt, während der Anteil der Verwitweten erst durch die Massenflucht seit dem Sommer 1952 zu einer vergleichbaren Höhe anstieg (von 5 vH im Februar 1952 auf 9 vH im August und September 1952)<sup>21</sup>. Die Witwen, die mit ihren Kindern seit der „Torschluß-

<sup>18</sup> Zur Ermittlung der Familienstand-Zahlen vgl. S. 87, Anm. 15.

<sup>19</sup> Es ist denkbar, daß Alleinstehende sich im Sowjetbereich stärker im politischen Abwehrkampf betätigen können als Familienväter und daß gerade diese politisch Aktivsten stärkere Beziehungen zu Berlin als zum Bundesgebiet haben.

<sup>20</sup> Bei der Flucht aus dem Sowjetbereich wirken in Stadt und Land persönliche Gründe wie Familienzerrüttung und Familientrennung stark mit (vgl. S. 17, Abs. 3). Am stärksten dürfte dies immer noch in den Großstädten der Fall sein.

<sup>21</sup> Der etwas niedrigere Anteil der Geschiedenen im Sommer 1952 erscheint immer noch relativ hoch, wenn man beachtet, daß der Bevölkerungsanteil der Verwitweten in den Herkunftgebieten weit größer als der der Ge-

panik“ Ende Juli 1952 in viel größerer Zahl als vorher nach Westberlin kamen, waren wirklich notgedrungen aus der Zone geflüchtet, während für einen Teil der Geschiedenen das Streben nach Westberlin oder nach Westdeutschland wesentlich gewesen sein dürfte.

Betrag im Sommer 1952 der weibliche Anteil an der Gesamtzahl schon bei den für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen über 50 vH, so lag er bei den nicht anerkannten Flüchtlingen noch höher (etwa 57 vH im August 1952). Ursache dafür war vor allem die große Zahl geschiedener und verwitweter Frauen. Der Anteil der Geschiedenen war bei den nichtanerkannten Flüchtlingen seit Anfang 1952 beträchtlich gestiegen (von 10 vH der Hauptflüchtlinge im Februar auf 14 vH im August), jedoch nicht so stark wie der Anteil der Verwitweten (von 5 vH im Februar auf 12 vH im August). Jedenfalls war und blieb seit dem Sommer 1952 die Zusammensetzung der nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin gekennzeichnet durch die große Zahl alleinstehender Frauen, die meistens Kinder bei sich hatten. Zu ihnen sind auch die Ehefrauen zu rechnen, deren Männer nicht mehr aus der Zone flüchten konnten oder schon vor ihnen nach Westdeutschland geflüchtet waren. Im September 1952 betrug der Anteil der getrennten, geschiedenen und verwitweten Eheleute an der Gesamtzahl der nichtanerkannten Hauptflüchtlinge 58 vH, während 18 vH ledig waren und nur 24 vH ihre Ehepartner bei sich hatten<sup>22</sup>. Durch die Zurechnung der alleinstehenden Frauen zu den „Einkommensträgern“ erscheint die Zahl der Hauptflüchtlinge im Verhältnis zu den Familienangehörigen bei den nichtanerkannten Flüchtlingen besonders hoch. In Wirklichkeit waren die meisten nichtanerkannten Flüchtlinge als getrennt lebende oder verlassene Familienangehörige ganz auf öffentliche Unterstützung angewiesen, vielfach auch dann, wenn ihnen im Berufungsverfahren doch noch die Aufnahme gewährt wurde<sup>23</sup>.

---

schiedenen ist. Familienstand-Zahlen für die Bevölkerung der Sowjetzone 1950 sind nicht bekannt. In Westberlin selbst, das als Großstadt eine besonders große Zahl von Geschiedenen zählt, betrug 1950 der Bevölkerungsanteil der Geschiedenen 4,3 vH, der der Verwitweten 11,9 vH. Bei den Westberliner Heimatvertriebenen betrug 1950 der Anteil der Geschiedenen nur 2,6 vH, der der Verwitweten 12,2 vH der Gesamtzahl.

<sup>22</sup> Von den anerkannten Hauptflüchtlingen waren im September 1952 43 vH alleinstehend und 27 vH ledig, während 30 vH ihre Ehepartner bei sich hatten. Nach R. Wanstrat „Strukturanalyse der politisch nicht anerkannten Flüchtlinge in West-Berlin“, Teil I „Die Lagerinsassen“ S. 6 u. 9, waren im Frühjahr 1952 von den in Lagern lebenden nichtanerkannten Flüchtlingen nur 41 vH alleinstehend und 17 vH ledig; 42 vH hatten ihre Ehepartner bei sich im Lager oder in einer privaten Unterkunft in Westberlin.

<sup>23</sup> Zur Not der mit ihren Kindern „sitzengebliebenen“ Frauen in Westberlin, denen für ihre Flucht keine zwingenden Gründe zugebilligt worden sind, vgl. R. Wanstrat a.a.O. S. 6 Abs. 2.

Mit der weiteren Verstärkung des Flüchtlingsstroms seit Ende 1952 trat wieder eine Veränderung in der Zusammensetzung der Zonenflüchtlinge in Westberlin ein. Das zeigte sich bei den für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen im weiteren Anwachsen des Anteils älterer Jahrgänge, aber auch in einem erhöhten Anteil lediger Jugendlicher — beides auf Kosten der bisher stärksten Altersgruppe der 25 bis 45jährigen. Die Altersgliederung der Anfang Mai 1953 für Westberlin aufgenommenen Hauptflüchtlinge hatte sich schon stark der Altersgliederung der Westberliner Erwerbspersonen angeglichen<sup>24</sup>. Diese Veränderung dürfte im wesentlichen auf die Tätigkeit des Berliner Landesvertreters im Rahmen der Bundesnotaufnahme zurückzuführen sein, der sich angesichts des hohen Anteils älterer Jahrgänge an der bisherigen Aufnahme für Westberlin um eine Auswahl jüngerer Kräfte im Sinne der natürlichen Zuwanderung bemühen mußte. Dafür spricht, daß auch die Zahl der mitgebrachten Familienangehörigen, die im September 1952 von Berlin aus gesehen noch relativ hoch lag, Anfang März 1953 den Westberliner Verhältnissen annähernd entsprach<sup>25</sup>.

Da viele anerkannte Flüchtlinge aus den ersten Fluchtjahren, die keine ausreichende Existenzmöglichkeit finden konnten, Westberlin verlassen haben, und da in den späteren Jahren die Anerkennung oder Notaufnahme für Westberlin nur auf Grund festgelegter politischer, beruflicher oder persönlicher Bedingungen erteilt wurde, hat eine gewisse Auswahl stattgefunden, die sich in Alter, Geschlecht und Familienstand der anerkannten Flüchtlinge spiegelt. Während diese Auswahl in den ersten Fluchtjahren derjenigen der normalen Zuwanderung und der Heimatvertriebenen zuwanderung nahekam, war für die letzten Jahre der hohe Anteil älterer und alleinstehender Personen kennzeichnend. Erst im Frühjahr 1953 setzte sich die für Berlin natürliche Zuwanderung namentlich jüngerer Erwerbspersonen infolge der zunehmenden Erweichung des Notaufnahmeverfahrens wieder stärker durch.

Bei den nichtanerkannten Flüchtlingen, die größtenteils gezwungenermaßen in Westberlin geblieben sind, kann von einer bewußten Auswahl nach Alter, Geschlecht und Familienstand keine Rede sein.

---

<sup>24</sup> Die Altersgliederung der für Westberlin in der ersten Maiwoche 1953 aufgenommenen Hauptflüchtlinge (ausgezählt auf Grund der Tageslisten des Bundesnotaufnahmeverfahrens) entsprach weitgehend der der Westberliner Erwerbspersonen nach der Volks- und Berufszählung von 1950. Der an sich geringere Anteil der höchsten Altersgruppe (65 Jahre und älter) bei den Westberliner Erwerbspersonen vergrößert sich wesentlich, wenn auch bei ihnen die Rentner und Unterstützungsempfänger (wie bei den Hauptflüchtlingen) mitgerechnet werden.

<sup>25</sup> Auf 100 aufgenommene Hauptflüchtlinge kamen Anfang Mai 1953 64 Angehörige (im September 1952 79); 100 Westberliner Erwerbspersonen bzw. selbständige Berufslose (Rentner usw.) hatten 1950 59 Angehörige ohne Hauptberuf.

Höchstens kann von einer unbewußten Auslese im umgekehrten Sinne insofern gesprochen werden, als jüngere aktive Menschen vielfach eher den Absprung nach Westen aus eigener Kraft gefunden haben als die älteren Flüchtlinge. Dementsprechend ist die Zusammensetzung der nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin durch einen hohen Anteil von alleinstehenden Frauen und älteren erwerbsbeschränkten oder gar nicht erwerbsfähigen Personen bestimmt.

Die abgesprungenen und die „normal“ zugewanderten inoffiziellen Flüchtlinge in Westberlin sind größtenteils der natürlichen Zuwanderung zuzurechnen, während unter den inoffiziellen Flüchtlingen ohne Zuzugsgenehmigung der Anteil der „alten Leute“ auch hoch liegen dürfte.

#### e) Berufliche und soziale Zusammensetzung

Die Ermittlung der beruflichen und sozialen Zusammensetzung bereitet bei den in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlingen ähnliche Schwierigkeiten wie die Ermittlung von Altersgliederung und Familienstand. Für die ersten Fluchtjahre ist die Berufsgliederung nicht einmal bei den in Westberlin gemeldeten Flüchtlingen bekannt. Die von amtlicher Seite veröffentlichte Übersicht der Flüchtlingsbewegung nach Westberlin enthält für die Zeit vor 1952 verwertbare Angaben nur über die soziale Stellung vor der Flucht<sup>26</sup>. Der Vergleich dieser Zahlen mit entsprechenden Zahlen der letzten beiden Jahre ist aufschlußreich.

**Veränderungen der sozialen Gliederung der Zonenflüchtlinge  
(Westberlin 1950—1953)<sup>27</sup>**

Personenkreis	Zu dem Personenkreis gehörten von 100 in Westberlin neugemeldeten Flüchtlingen <sup>28</sup> im Zeitraum			
	Okt. 1950— Dez. 1951	Januar 1952	Febr. 1952— Jan. 1953	Februar 1953
Selbständige <sup>29</sup> ...	13	15	18	21
Angestellte <sup>30</sup> ....	32	32	19	16
Arbeiter .....	34	33	26	23
Hausfrauen <sup>31</sup> ....	19	19	30	31
Schüler <sup>32</sup> .....	2	1	4	4
Rentner .....	—	—	3	5
	100	100	100	100

<sup>26</sup> In der statistischen Veröffentlichung des Senators für Sozialwesen „Die Flüchtlingsbewegung nach Westberlin bis Ende Januar 1952“ (seit Mitte 1952 als „Zuwandererbewegung nach Westberlin“ laufend fortgesetzt) wurden

Die Aufstellung zeigt, daß der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Flüchtlinge stetig zugenommen hat, während der Anteil der Hausfrauen, Schüler und Rentner erst seit 1952 stark gestiegen ist. Dafür haben die Anteile der Arbeiter und besonders der Angestellten stark abgenommen. Der Anteil der Angestellten am Flüchtlingsstrom lag aber immer über ihrem Bevölkerungsanteil im Sowjetbereich, während der Anteil der Arbeiter immer darunter lag und der Anteil der Selbständigen deren Bevölkerungsanteil erst 1952 überschritten hat<sup>33</sup>. Der Anteil der Hausfrauen und der Rentner entsprach seit Mitte 1952 ungefähr ihrem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil.

Wichtig ist nun festzustellen, wie sich die soziale Gliederung bei den für Westberlin und für das Bundesgebiet aufgenommenen (= anerkannten) und bei den abgelehnten (= nichtanerkannten) Flüchtlingen unterschied. Die Abweichungen in den verschiedenen Flüchtlingsgruppen innerhalb eines Monats zeigt die folgende Aufstellung.

Bei den für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen lag der Anteil der Angestellten im August 1952 wie immer sehr hoch, obgleich er innerhalb des gesamten Flüchtlingsstromes im Lauf der Zeit stark zurückgegangen war. Die Anteile der Selbständigen, der Arbeiter und der Hausfrauen lagen bei den für Westberlin Aufgenommenen nied-

---

bis zum Februar 1953 in der Übersicht „Berufstätigkeit der neuzugewanderten Personen“ folgende soziale Gruppen unterschieden: Arbeiter; Angestellte im öffentlichen Dienst und sonstige Angestellte; Intellektuelle, Landwirte und sonstige Selbständige; Hausfrauen; Schüler (Studenten); Rentner. Die ohne Verfahren abgeflogenen alleinreisenden Jugendlichen wurden gesondert als „Jugendliche ohne Berufsangabe“ geführt.

<sup>27</sup> Errechnet aus den Berichten des Senators für Sozialwesen (vgl. Anm. 26). Für spätere Zeitpunkte läßt sich diese Gliederung nicht mehr ermitteln, doch enthält die seit 1952 in den Berichten des Senators für Sozialwesen enthaltene Statistik der Flüchtlingsberufe auch Angaben über die soziale Stellung; aus diesen geht hervor, daß im zweiten Halbjahr 1953 der Anteil der Selbständigen (einschl. Angehörige ohne Hauptberuf) stark absank (auf 4 vH im Juli, 8 vH im Dezember 1953), während der Anteil der Arbeiter stark anstieg (auf 57 vH im Juli, 51 vH im Dezember 1953). Die Anteile der Angestellten, Hausfrauen, Schüler und Rentner blieben im Lauf des Jahres annähernd gleich hoch.

<sup>28</sup> Bei den Sachbearbeitern des Anerkennungsverfahrens neugemeldete Hauptflüchtlinge mit Angehörigen (ohne Kinder unter 14 Jahren). Die ohne Verfahren abgeflogenen alleinreisenden Jugendlichen sind nicht mitgerechnet.

<sup>29</sup> Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

<sup>30</sup> „Beamte“ gibt es im Sowjetbereich offiziell nicht.

<sup>31</sup> Alleinstehende Hausfrauen und Ehefrauen.

<sup>32</sup> Auch Studenten, Fachschüler u. dgl.

<sup>33</sup> Der starke Anstieg des Anteils der Selbständigen seit 1952 ist vor allem auf die Bauernflucht aus der Sowjetzone zurückzuführen. Mehr als die Hälfte der von Anfang 1952 bis Mitte 1953 geflüchteten Selbständigen waren Bauern oder Neusiedler. Im zweiten Halbjahr 1953 sank dieser Anteil infolge des „Neuen Kurses“ in der Sowjetzone stark ab.

**Unterschiede der sozialen Gliederung einzelner Flüchtlingsgruppen**  
(Westberlin August 1952)<sup>34</sup>

Personenkreis	Zu dem Personenkreis gehörten von 100 Hauptflüchtlingen der Flüchtlingsgruppe				
	Aufgenommene und Abgelehnte insgesamt	Aufgenommene insgesamt	für das Bundesgebiet Aufgenommene	für Westberlin Aufgenommene	Abgelehnte
Selbständige . . . .	19	21	22	18	15
Angestellte . . . . .	34	35	34	40	32
Arbeiter . . . . .	22	20	21	19	27
Hausfrauen <sup>35</sup> . . . .	18	17	18	10	19
Schüler . . . . .	2	2	—	5	—
Rentner . . . . .	5	5	5	8	7
	100	100	100	100	100

riger als bei der Gesamtzahl der Aufgenommenen. Höher lag dagegen für Westberlin der Anteil der Schüler (Studenten)<sup>36</sup> und der Anteil der Rentner.

Für die in Westberlin gebliebenen anerkannten Flüchtlinge aus den ersten Fluchtjahren war die soziale Gliederung ohne eine besondere Erhebung nicht festzustellen. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch unter ihnen verhältnismäßig mehr ehemals Selbständige und Angestellte als Arbeiter waren.

Im Frühjahr 1953 nahm der Anteil der Selbständigen an den für Westberlin Aufgenommenen ebenso wie am gesamten Flüchtlingsstrom zu. Auch der Anteil der Arbeiter stieg infolge stärkerer Aufnahmebereitschaft einzelner Wirtschaftsgebiete (Bauwesen, Bekleidungs-gewerbe u. a.), während die Anteile der Angestellten und der Hausfrauen abnehmen. Die Gruppe der Angestellten blieb aber immer noch die stärkste<sup>37</sup>. Auch bei den abgelehnten Flüchtlingen lag im

<sup>34</sup> Die in dieser Aufstellung angegebenen Zahlen sind Annäherungswerte, ermittelt durch Auswertung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens im Monat August 1952 (Institut für Raumpforschung, Außenstelle Berlin). Gezählt sind hier nur die Hauptflüchtlinge (ohne Angehörige), die das Bundesnotaufnahmeverfahren durchlaufen haben. Zu den einzelnen Personenkreisen vgl. die Anmerkungen zur Aufstellung S. 91 (Anm. 29, 30, 32) und die folgende Anmerkung 35.

<sup>35</sup> Als Hausfrauen sind hier nur die alleinstehenden Hausfrauen gerechnet (Hauptflüchtlinge), nicht die als Angehörige geführten Ehefrauen.

<sup>36</sup> Bei den für das Bundesgebiet Aufgenommenen lag er knapp unter 0,5 vH.

<sup>37</sup> Die Angaben dieses Absatzes beruhen auf der Auszählung der Tageslisten der für Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge aus der ersten Maiwoche 1953 beim Landesvertreter Westberlins im Bundesnotaufnahmeverfahren.

August 1952 der Anteil der Angestellten etwas höher als der der Arbeiter, während im Februar 1952 und demnach vermutlich in den vorhergehenden Jahren der Arbeiteranteil höher lag. Die Anteile der Selbständigen und der Rentner lagen bei den Nichtanerkannten fast ebenso hoch wie bei den für Westberlin Aufgenommenen. Der Hausfrauenanteil lag bei den Nichtanerkannten<sup>38</sup> weit höher, während der Anteil der Studenten und Schüler bei ihnen verschwindend klein war.

Wie sich die soziale Zusammensetzung der nichtanerkannten Flüchtlinge durch die inoffizielle Weiterwanderung bzw. durch Rückwanderung verändert hat, ist schwer festzustellen. Einen Hinweis gibt die Tatsache, daß im Frühjahr 1952 die Anteile der vor der Flucht Selbständigen und der Arbeiter bei den nichtanerkannten Flüchtlingen in Westberliner Lagern erheblich höher lagen als bei der Gesamtzahl der nichtanerkannten Flüchtlinge. Da anzunehmen ist, daß die privat untergekommenen nichtanerkannten Flüchtlinge in weit stärkerem Maße die Absicht hatten, in Westberlin zu bleiben als die Lagerinsassen, dürfte sich mit deren allmählicher Abwanderung der Anteil der ehemals Selbständigen und der Arbeiteranteil verringert haben<sup>39</sup>. So ist sicher auch bei den in Westberlin gebliebenen nichtanerkannten Flüchtlingen die Gruppe der früheren Angestellten die weitaus größte.

Die berufliche Gliederung läßt sich, wie schon erwähnt wurde, für die Flüchtlinge aus den ersten Fluchtjahren nicht ermitteln. Man könnte zwar die Berufsangaben in der Flüchtlingskartei der ersten Jahre auswerten, aber diese Angaben sind ungenau und unvollständig, und es wäre für die Fragen der Eingliederung in jedem einzelnen Fall nachzuprüfen, ob der betreffende Flüchtling überhaupt noch in Westberlin lebt. Auch über die Arbeitsämter ist die Zahl und die Berufsgliederung der in Westberlin eingewiesenen unselbständigen Flüchtlings-Erwerbspersonen nicht zu ermitteln, da sie dort nach ihrer Einweisung als Berliner Bürger ohne irgendeinen Flüchtlingsvermerk geführt wurden. So kann für die in Westberlin gebliebenen Zonenflüchtlinge aus den ersten Fluchtjahren nur ganz allgemein festgestellt werden, daß bei ihnen die kaufmännischen Berufe und die Berufe

<sup>38</sup> Es handelte sich dabei nur um alleinstehende Hausfrauen (Hauptflüchtlinge). Der Anteil der mit ihren Männern in Westberlin lebenden Ehefrauen an der Gesamtzahl der nichtanerkannten Flüchtlinge lag im Gegensatz dazu sehr niedrig, im August 1952 nur wenig höher als der Anteil der alleinstehenden Frauen. Insgesamt war der Frauenanteil bei den Nichtanerkannten im August 1952 etwas größer als bei den für Westberlin Aufgenommenen.

<sup>39</sup> Unter den nichtanerkannten ehemals Selbständigen in Westberliner Flüchtlingslagern (21 vH der Gesamtzahl) befanden sich im Frühjahr 1952 sehr viele „Neusiedler“, die als ehemalige Arbeiter weniger Beziehungen zu Berlin hatten als die Angehörigen von kaufmännischen, Verwaltungs- und Intelligenzberufen und die daher weiter nach Westen strebten. Vgl. dazu R. Wanstrat, a.a.O. S. 17 bis 18.

des öffentlichen Dienstes einen auffällig starken Anteil hatten. Auch Handwerker und Industriearbeiter scheinen in geringem Maße in Westberlin geblieben zu sein, soweit persönliche Gründe wie Krankheit, Einheirat, verwandtschaftliche Beziehungen u. dgl. sie festgehalten haben<sup>40</sup>.

Für die Zeit der Bundesnotaufnahme in Westberlin ist die berufliche Gliederung wenigstens für die Gesamtzahl der gemeldeten Flüchtlinge bekannt. Für einzelne Monate des Jahres 1952 gibt die Auszählung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens durch die Außenstelle Berlin des Institutes für Raumforschung auch Einblick in die Zusammensetzung der für Westberlin aufgenommenen und der (zunächst in Westberlin gebliebenen) abgelehnten Flüchtlinge.

Die Berufsgliederung der Erwerbspersonen der für Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge (im August 1952)<sup>41</sup> zeigt, daß mehr als die Hälfte von ihnen vor der Flucht gehobenen Berufen angehörte. In diesen Berufen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen bei den Flüchtlingen durchweg wesentlich höher lag als bei der Bevölkerung von Westberlin, waren die Flüchtlinge fast ausschließlich Selbständige und Angestellte. Auffällig groß war die Zahl der bisher selbständigen Landwirte und Gastwirte, aber auch in den meisten anderen Berufen (z. B. Ingenieure, Rechtsanwälte, Wissenschaftler und Künstler) — selbst in denen mit einem verhältnismäßig kleinen Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (z. B. industrielle, handwerkliche und Verkehrsberufe) — lag der Anteil der Selbständigen über dem Westberliner Durchschnitt. Lediglich bei den kaufmännischen Berufen lag er darunter, aber nur weil die Zahl der kaufmännischen Angestellten unter den Flüchtlingen besonders groß war. Bei den Berufen mit verhältnismäßig niedrigem Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ist zu beachten, daß sämtliche Flüchtlinge mit hauswirtschaftlichen Berufen Angestellte waren und vor der Flucht größtenteils der Berufsordnung „haushaltführende Berufe“ angehört hatten, so daß deren Anteil in Wirklichkeit auch über

<sup>40</sup> Von 24 vom Verfasser befragten (zur Stichprobebefragung vgl. S. 9, Anm. 6) anerkannten Flüchtlingen aus dem Fluchtjahr 1949 gehörten die meisten vor der Flucht kaufmännischen Berufen (9) und Berufen des öffentlichen Dienstes (8) an, vorwiegend als Angestellte (15). Auch von den 24 befragten anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlingen aus dem Fluchtjahr 1951 (8 bzw. 16) gehörten die meisten (6 bzw. 10) vor der Flucht kaufmännischen Berufen oder Berufen des öffentlichen Dienstes an, davon 5 als selbständige Kaufleute (3 bzw. 2), die übrigen als Angestellte (3 bzw. 8). Von 5 Handwerker (1 bzw. 4) wollten 4 nach Westen weiterwandern.

<sup>41</sup> Vgl. Anhang Tab. 11: Gliederung der im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Zonenflüchtlinge nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf im Vergleich mit der Berufsgliederung der Bevölkerung von Westberlin (1950).



dem Westberliner Durchschnitt lag. Daß im Gegensatz dazu die Zahl der Haushaltsgehilfen, die zumeist als Arbeiter gelten, unter den aufgenommenen Flüchtlingen nur klein war, dürfte auf den starken Rückgang dieses Berufes im Sowjetbereich, vor allem aber auf seine geringere politische Belastung zurückzuführen sein.

Der gleiche Grund kann als Erklärung für den verhältnismäßig geringen Anteil der Arbeiter am Flüchtlingsstrom dienen, will man nicht bei der Aufnahme für Westberlin auch die zahlreichen Verbindungen und die größere Mobilität der Selbständigen und Angestellten als Grund für deren überwiegenden Anteil annehmen. Von allen Arbeiterberufen kamen im August 1952 nur die Metallberufe bei den für Westberlin aufgenommenen Flüchtlingen dem Westberliner Durchschnitt nahe, vermutlich infolge ihres starken Anteils in Ostberlin und in der Sowjetzone. Die Zunahme des Anteils der Bauberufe und der Bekleidungsberufe im Frühjahr 1953 auf Grund erhöhten Bedarfs der Westberliner Wirtschaft wurde schon erwähnt. Der verhältnismäßig hohe Anteil der Arbeiter mit unbestimmtem Beruf an den für Westberlin Aufgenommenen, der über ihrem Anteil am gesamten Flüchtlingsstrom lag, dürfte im Gegensatz dazu vielfach durch persönliche Verbindungen zu erklären sein, da etwa die Hälfte dieser Arbeiter aus Ostberlin oder aus der Nähe von Berlin stammte.

Der Vergleich des Anteils der einzelnen Berufsabteilungen an der Gesamtzahl der Erwerbsspersonen bei den einzelnen Flüchtlingsgruppen<sup>42</sup> im August 1952 gibt weiteren Einblick in die mit dem Aufnahmeverfahren verbundenen sozialen Auswahlvorgänge. Bei den für Westberlin Aufgenommenen lag nicht nur der Anteil der Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf höher als bei den für das Bundesgebiet Aufgenommenen. Relativ stärker waren bei ihnen besonders die Berufsabteilungen der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege und des Verwaltungs- und Rechtswesens. Der etwas höhere Anteil der technischen Berufe, der Handels- und Verkehrsberufe und der Berufe des Geistes- und Kunstlebens ist nur auf den erheblich niedrigeren Anteil der Berufe des Pflanzenbaus und der Viehwirtschaft sowie der industriellen und handwerklichen Berufe zurückzuführen.

Bei den nicht anerkannten Flüchtlingen lag der Anteil der industriellen und handwerklichen Berufe und der Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf weit höher, dagegen der Anteil der landwirtschaftlichen Berufe niedriger, der Anteil der technischen Berufe und der Berufe des öffentlichen und privaten Dienstes weit niedriger als

<sup>42</sup> Vgl. Anhang Tab. 12: Berufsgliederung der im August 1952 in Westberlin aufgenommenen oder abgelehnten Zonenflüchtlinge nach Berufsabteilungen im Vergleich mit der Bevölkerung des Sowjetbereichs (1946) und Westberlins (1950).

bei den Aufgenommenen. Die Tatsache, daß im Frühjahr 1953 nach einer Berufserhebung der Westberliner Bezirksämter<sup>43</sup> unter den in offener oder geschlossener Fürsorge unterstützten nichtanerkannten Flüchtlingen die technischen, kaufmännischen und Verwaltungsberufe erheblich schwächer vertreten waren, als nach der Berufsgliederung der Abgelehnten anzunehmen war, deutet darauf hin, daß die nichtanerkannten Angehörigen dieser Berufe leichter als die übrigen Nichtanerkannten den Absprung nach Westen oder auf irgendeinem Wege den Zugang zum Westberliner Berufsleben gefunden haben.

Auf den hohen Anteil selbständiger Berufsloser, besonders alleinstehender, auf Unterstützung angewiesener Frauen mit Kindern, an den nichtanerkannten Flüchtlingen wurde schon hingewiesen<sup>44</sup>. Daneben sind die aus irgendwelchen Gründen als Nichtanerkannte in Westberlin gebliebenen Jugendlichen zu erwähnen, deren Zahl zwar gering ist, die aber als alleinstehende Arbeitslose sozial besonders gefährdet sind.

So ernst die Gefährdung aller nichtanerkannten Flüchtlinge durch ihre Notlage zu nehmen ist, so entschieden muß der stellenweise herrschenden Meinung entgegengetreten werden, daß es sich bei den Flüchtlingen größtenteils um asoziale und kriminelle Elemente handelt. Diese spielen zahlenmäßig im Flüchtlingsstrom nur eine geringe Rolle; größer ist ihr Anteil an der ganz illegalen Zuwanderung ohne Anmeldung bei den Flüchtlingsstellen und bei der Polizei.

Die meisten Erscheinungen sozial bedenklichen Verhaltens der Flüchtlinge sind auf die unglückliche Lage, nicht auf das Wesen dieser Menschen zurückzuführen. Um so beachtlicher ist, daß viele von ihnen trotz der äußeren und inneren Not „in Ordnung“ geblieben sind und den Mut zum Durchhalten und die Hoffnung auf die Rückkehr in gesunde Lebensverhältnisse nicht verloren haben. Die damit angedeuteten Unterschiede in Eingliederungsenergie und Eingliederungserfolg der Flüchtlinge werden im nächsten Abschnitt eingehender dargestellt.

## 2. Zur Eingliederung der Zonenflüchtlinge

### a) Aufnahme, Verteilung, Unterkunft

Die Eingliederung der Zonenflüchtlinge in Westberlin<sup>45</sup> war von Anfang an stark durch die Art der Aufnahme und Unterbringung mitbestimmt. Es war wesentlich, ob die Flüchtlinge in Lagern mehr oder

<sup>43</sup> Die Ergebnisse dieser Ende 1952 von Bundesseite veranlaßten Berufserhebung zum Zweck der Arbeitsvermittlung auch nichtanerkannter Flüchtlinge aus Westberlin ins Bundesgebiet waren im Frühjahr 1953 im ganzen noch nicht greifbar, so daß hier nur Ergebnisse aus drei Bezirken Westberlins verglichen wurden.

<sup>44</sup> S. 89, Abs. 2.

<sup>45</sup> Die Zahlenangaben zur Eingliederung der Zonenflüchtlinge sind — so

weniger abgeschlossen lebten oder ob sie in Privatquartieren verstreut am Leben der Gesamtbevölkerung teilnahmen.

In den ersten beiden Fluchtjahren, als die Anerkennung verhältnismäßig einfach und großzügig gehandhabt wurde, blieben hauptsächlich diejenigen Flüchtlinge in Westberlin, die in der Stadt berufliche Aussichten und persönliche Verbindungen hatten. Da dies größtenteils Ostberliner, andere „alte Berliner“ und Heimatvertriebene waren, fanden sie in der Regel schnell private Unterkunft mit Hilfe von Verwandten oder Bekannten. Aber auch diejenigen anerkannten und nichtanerkannten Flüchtlinge, die nicht in Westberlin bleiben wollten, jedoch lange Zeit auf die Zuzugsgenehmigung für Westdeutschland oder auf die Abreise ins Ausland warten mußten, zogen vielfach aus den Lagern in Privatquartiere. Im Sommer 1950 lebten von 30 bis 40 000 in Westberlin anwesenden anerkannten Flüchtlingen<sup>46</sup> nur 4000 in Lagern. Auch von der in dieser Zeit noch sehr geringen Zahl nichtanerkannter Flüchtlinge<sup>47</sup> wohnte der größere Teil privat.

Erst mit dem starken Anwachsen der Zahl der nichtanerkannten Flüchtlinge nach dem Inkrafttreten des Berliner Flüchtlingsgesetzes (Oktober 1950) nahm die Zahl und Bedeutung der Lager zu<sup>48</sup>. Der größere Teil der Nichtanerkannten hatte keine Beziehungen zu Berlin und wollte nach Westen weiter. Daher nahm ihr Anteil an der Gesamtzahl der in Lagern untergebrachten Flüchtlinge, der im Sommer 1950 erst ein Sechstel betragen hatte, seit dem Herbst ständig zu. Nach einem Jahr erreichte und überstieg er schon den Anteil der anerkannten Flüchtlinge, und Anfang 1952 lag er doppelt so hoch. Mit der Erleichterung der Anerkennung durch das Bundesnotaufnahmeverfahren stieg wieder der Anteil der anerkannten Flüchtlinge an den Lagerinsassen. Doch handelte es sich bei diesen größtenteils um Flüchtlinge, die für das Bundesgebiet aufgenommen waren und in den sogenannten Durchgangslagern auf den Abflug nach Westen warteten. In den Durchgangslagern wurden auch die neuankommenden Flüchtlinge bis zur Entscheidung ihres Aufnahmeantrags unter-

---

weit keine andere Quelle angegeben ist — den Monatsberichten „Zuwandererbewegung nach Westberlin“ und „Statistischer Bericht der Senatsverwaltung für Sozialwesen“ entnommen bzw. daraus errechnet.

<sup>46</sup> Offiziell wurde Ende 1950 mit 52 000 anerkannten Flüchtlingen in Westberlin gerechnet. Von dieser Zahl sind die inoffiziell nach Westen weitergewanderten Flüchtlinge abzurechnen.

<sup>47</sup> Es können nur wenige Tausend gewesen sein, da die Zahl der öffentlich unterstützten nichtanerkannten Flüchtlinge Ende September 1950 noch unter 2000 lag (etwa 800 in Lagern, 950 in offener Fürsorge).

<sup>48</sup> Im Jahr 1949 waren für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Westberliner Lagern etatmäßig 780 000 DM vorgesehen, 1950 schon 3,4 Mill. DM. 1951 wuchs diese Zahl weiter an auf 4,3 Mill. DM und wurde in Wirklichkeit noch weit überschritten.

gebracht, während die Abgelehnten den sogenannten Stammlagern zugeführt oder als Privatwohnende den einzelnen Stadtbezirken zugewiesen wurden. In den Zeiten stärksten Zustroms konnte diese Einteilung allerdings nicht immer eingehalten werden. Neuangekommene mußten in den Lagern der „alten“ Flüchtlinge untergebracht und diese teilweise zum Aufsuchen privater Wohnräume veranlaßt werden<sup>49</sup>.

Die Durchgangslager waren Massenzimmer in Fabrikgebäuden, Bunkern und Hallen mit allen ihren Schattenseiten. Die Familien mußten oft getrennt untergebracht werden. Die Einrichtung war notdürftig und der Betrieb bei dem ständigen Wechsel der Flüchtlinge notgedrungen unpersönlich. Erst im Frühjahr 1953 haben sich diese Verhältnisse durch die Eröffnung des mit Bundeshilfe eingerichteten Hauptdurchgangslagers wesentlich gebessert.

Anders war es von vornherein in den Stammlagern, wo sich im Lauf der Jahre auch geordnetere häusliche Verhältnisse herausgebildet haben. Sie sind in Baracken oder in Fabrikverwaltungsgebäuden u. dgl. untergebracht, in denen die Ehepaare oder Familien eigene Wohnräume, stellenweise auch eigene Küchen haben. Gewöhnlich verfügen die Lager über Werkräume, Aufenthalts- und Leseräume und vereinzelt auch über eine eigene Schule. Einrichtung und Betrieb der Lager sind weitgehend von der Initiative der jeweiligen Lagerleitung und ihres aus den Flüchtlingen ausgewählten und herangebildeten Stammpersonals bestimmt. Stammlager werden ausschließlich von Fachkräften des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen geleitet, während die Durchgangslager teilweise der städtischen Verwaltung unterstehen.

Infolge der starken Zunahme des Flüchtlingsstromes und damit der Zahl der auf die Entscheidung im Aufnahmeverfahren und auf den Abflug Wartenden wuchs seit Mitte 1952 die Zahl der Flüchtlingslager und -heime stark an<sup>50</sup>. Trotzdem hat der größte Teil der in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge immer privat gewohnt. Von den öffentlich versorgten<sup>51</sup> anerkannten Flüchtlingen lebte Ende 1951 nur

---

<sup>49</sup> Das Mieten privater Wohnräume wurde den Flüchtlingen dabei durch Bürgschaftserklärungen der Bezirks-Sozialämter für die Zahlung der Miete erleichtert.

<sup>50</sup> Bis Ende 1951 war die Zahl der Flüchtlingslager und -heime auf über 40 gestiegen. Im ersten Halbjahr 1952 blieb sie etwa gleich; seit August 1952 stieg sie ständig an und erreichte im März 1953 mit 92 Lagern ihren höchsten Stand, der erst im zweiten Halbjahr wieder auf 71 absank. Die Kapazität der Lager war von Ende 1951 bis Mitte 1953 auf das Siebenfache angewachsen (auf über 50 000 Personen im Juni 1953).

<sup>51</sup> Nur die Zahl der Lagerinsassen und der in offener Fürsorge Unterstützten ist bekannt, während die Zahl der aus eigener Erwerbstätigkeit, von Arbeitslosenunterstützung oder aus sonstigen Quellen lebenden Flüchtlinge nicht angegeben werden kann.

ein Zwölftel, Ende 1952 ein noch kleinerer Teil in Lagern<sup>52</sup>. Auch von den öffentlich versorgten nichtanerkannten Flüchtlingen lebte Ende 1951 wie Ende 1952 nur etwa ein Fünftel in Lagern<sup>53</sup>. Der starke Anstieg der Gesamtzahl der nichtanerkannten Flüchtlinge in den letzten Jahren wirkte sich vor allem in der Zunahme der privat Wohnenden aus. Im September 1950 betrug die Zahl der in offener Fürsorge unterstützten, also privat wohnenden nichtanerkannten Flüchtlinge nur ein Zwölftel der Zahl der anerkannten Flüchtlinge in gleicher Lage; Ende 1951 dagegen lag sie dreimal so hoch, Ende 1952 doppelt so hoch<sup>54</sup>.

Die Wohnverhältnisse waren 1953 bei den privat untergekommenen Flüchtlingen sehr verschieden<sup>55</sup>. Bei den zumeist anerkannten Flüchtlingen aus den ersten Fluchtjahren entsprachen sie schon einigermaßen den Wohnverhältnissen der Westberliner Bevölkerung. Anders stand es mit den Flüchtlingen aus dem Fluchtjahr 1951. Ihre ungünstigere soziale Zusammensetzung — Überwiegen der nichtanerkannten Flüchtlinge, damit hoher Anteil der Alleinstehenden, Getrenntlebenden und Geschiedenen, sowie der Arbeitslosen und beruflich Gescheiterten — spiegelte sich deutlich in ihren Wohnverhältnissen. Nur wenige — hauptsächlich alte Berliner — hatten eine eigene Wohnung. Die meisten wohnten als Untermieter in Privatwohnungen oder als Mieter in Heimen verschiedener Art<sup>56</sup> — hauptsächlich in den Außenbezirken mit vielen Flüchtlingslagern und in den Innenbezirken, in denen für die Flüchtlinge wichtige Zentralbehörden ihren Sitz hatten oder die durch verständnisvolle Arbeit ihrer Sozialämter anziehend wirkten<sup>57</sup>.

Die Flüchtlinge aus den Fluchtjahren 1952 und 1953 hatten sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit ihrer Ankunft noch nicht in dem gleichen Maße wie die früher Gekommenen privat einquartieren können, befanden sich also noch zu einem größeren Teil in Lagern. Immerhin dürften mit der Zeit die in diesen beiden Jahren hauptsächlich nach den Gesichtspunkten der Berliner Herkunft, der Familienzusammenführung und der beruflichen Möglichkeiten in Westberlin aufgenommenen Flüchtlinge leichter private Unterkunft finden als die Flüchtlinge von 1951, deren Auswahl — den Anerkennungsgrund-

<sup>52</sup> Ohne Einrechnung der auf den Abflug wartenden für Westdeutschland aufgenommenen Flüchtlinge.

<sup>53</sup> Ohne Einrechnung der noch im Verfahren stehenden Flüchtlinge lebten 1951 4000, Ende 1952 5800 nichtanerkannte Flüchtlinge in Lagern.

<sup>54</sup> Ende 1951 wurden 5700 anerkannte und 17 200 nichtanerkannte Flüchtlinge (Hauptflüchtlinge mit Angehörigen) in offener Fürsorge unterstützt. Ende 1952 waren es 11 000 anerkannte und 22 400 nichtanerkannte Flüchtlinge (darunter einige Tausend noch im Verfahren stehende Flüchtlinge).

<sup>55</sup> Die Angaben dieses und der beiden folgenden Absätze beruhen auf den Ergebnissen der Stichprobe-Befragung des Verfassers.

<sup>56</sup> Ledigenheime, Jugendheime, kirchliche Heime u. a.

<sup>57</sup> Vgl. S. 109, Abs. 3.

sätzen entsprechend — hauptsächlich nach politischen Gesichtspunkten geschehen ist.

Festzuhalten bleibt, daß bei den in Westberlin gebliebenen Flüchtlingen die Zahl der privat Wohnenden gegenüber den Lagerinsassen weit überwog. Größtenteils war das Erlangen einer eigenen Wohnung auf Beziehungen zu Berlinern zurückzuführen. Am leichtesten hatten es dabei alte Berliner sowie Brandenburger, Heimatvertriebene und Großstädter aus dem Gebiet der Sowjetzone, die auch über verwandtschaftliche, berufliche, geschäftliche oder politische Beziehungen verfügten. Aus den Lagern sind vor allem diejenigen Einzelpersonen und Familien in Privatquartiere gezogen, die sich um die Eingliederung in Westberlin bemühen wollten. Aber auch die meisten anderen Flüchtlinge, die erst infolge der Überfüllung der Lager „in die Stadt“ gekommen und damit wieder zu Selbständigkeit und Selbsttätigkeit veranlaßt worden sind, nahmen unbewußt am Vorgang der Eingliederung teil. Das gilt für die nichtanerkannten Flüchtlinge ebenso wie für die anerkannten.

Schließlich sind auch hier wieder die abgesprungenen und die inoffiziellen Flüchtlinge zu nennen, die sich um den Zuzug nach Westberlin oder nach Westdeutschland außerhalb des Flüchtlingsverfahrens bemüht hatten oder noch bemühten. Auch sie wohnten privat in der Stadt — größtenteils bei Verwandten oder Bekannten — und nahmen damit unmittelbar am Westberliner Leben teil.

#### b) Zur wirtschaftlichen Eingliederung der anerkannten Flüchtlinge

Von den schätzungsweise 65 bis 70 000 anerkannten Flüchtlingen<sup>58</sup>, die Mitte 1953 ständig in Westberlin lebten, waren mehr als die Hälfte Hauptflüchtlinge. Diese waren jedoch vielfach nicht in der Lage, ihre Angehörigen aus eigener Kraft zu versorgen. Rechnet man die Unterstützungsempfänger<sup>59</sup>, die Rentner, die von Kindern oder

<sup>58</sup> Hauptflüchtlinge mit Angehörigen.

<sup>59</sup> Sozialunterstützung erhielten Ende 1952 nach den Statistischen Berichten des Senators für Sozialwesen 11 000 anerkannte Flüchtlinge in Westberlin (6000 Hauptunterstützte), also etwa 18 vH der Gesamtzahl. Vermutlich lag dieser Anteil noch höher, da seit Mitte 1952 auch die Zahl der sozialunterstützten Kriegsbeschädigten und Heimatvertriebenen auffällig gestiegen war, was nur durch die Mitzählung von Flüchtlingen in diesen Personengruppen zu erklären ist. Bei der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil der Sozialunterstützungsempfänger Ende 1952 7,7 vH. Ende Februar 1953 war die Zahl der in offener Fürsorge unterstützten anerkannten Flüchtlinge auf 16 200 gestiegen (8100 Hauptunterstützte), also auf über ein Viertel der Gesamtzahl. Dieser Anstieg dürfte hauptsächlich durch den zunehmenden Anteil ehemals Selbständiger am Flüchtlingsstrom zu erklären sein, denen keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde. Mitte 1953 wurden immer noch 14 300 anerkannte Flüchtlinge in offener Fürsorge unterstützt (7900 Hauptunterstützte); am Ende des Jahres war die Zahl auf 12 100 gesunken (7200 Hauptunterstützte).

Verwandten Unterhaltenen, die größtenteils von Stipendien lebenden Studenten und neben diesen mehr als 10 000 selbständigen Berufslosen die vermutlich nicht viel kleinere Zahl von Arbeitslosen ab, so bleiben höchstens 15 bis 20 000 wirklich Erwerbstätige übrig. Es war also nur ein kleiner Teil der anerkannten Flüchtlinge in Arbeit, und selbst von diesen waren viele beruflich noch nicht eingegliedert.

Diese Feststellung bedarf einer Einschränkung. Sie traf für die Flüchtlinge aus den ersten beiden Fluchtjahren nicht mehr zu, die — ähnlich den Westberliner Heimatvertriebenen — größtenteils schon Arbeit im eigenen Beruf, berufsnahe Arbeit oder einen neuen Beruf gefunden hatten. In den Jahren 1949 und 1950 waren alle Flüchtlinge zur Arbeit verpflichtet, obgleich die Arbeitslosigkeit in Westberlin infolge von Währungsreform und Blockade schon sehr groß war. Sie mußten sich regelmäßig bei den Arbeitsämtern melden oder erhielten von den Lagern aus Arbeit zugewiesen. Es wurde sogar daran gedacht, die Enttrümmerung Westberlins mit Hilfe der Flüchtlinge in großem Maßstab durchzuführen<sup>60</sup>. Nur wer keine Arbeit fand und auch kein Vermögen und keine unterhaltspflichtigen Verwandten in der Stadt hatte, wurde öffentlich unterstützt. So waren die Flüchtlinge der ersten Jahre zur Arbeitsuche angehalten, und sie hatten mit der Zeit auch Erfolg. Die Wege und Mittel dazu waren sehr verschieden.

Es wurde schon erwähnt<sup>61</sup>, daß die aus den ersten Jahren in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge zum allergrößten Teil alte Berliner oder Heimatvertriebene waren. Am leichtesten fiel es den zahlreichen Ost- und Randberlinern, in Westberlin wieder Arbeit in ihrem Beruf zu finden. Für Einzelne, die bisher schon ihren Arbeitsplatz in Westberlin hatten, handelte es sich überhaupt nur um einen Wohnungswechsel. Aber auch wer in Ostberlin in öffentlichen Diensten gestanden hatte und seiner politischen Einstellung wegen geflüchtet war, fand in der Regel bei einer entsprechenden Stelle in Westberlin wieder Arbeit<sup>62</sup>. Das gleiche gilt für die Ostberliner Angestellten und Arbeiter, die in früheren Jahren bei Westberliner Firmen oder bei deren Haupt- oder Nebenbetrieben in Ostberlin gearbeitet hatten. Die Verbindung mit der alten Firma, die auch nach der Abtrennung Westberlins gewöhnlich fortbestanden hatte oder durch Bekannte bei der Firma leicht wiederherzustellen war, verhalf diesen Flüchtlingen wieder zu einer Anstellung. Wer keine derartigen Verbindungen hatte, fand doch allmählich durch die Bekanntschaft mit einzelnen Westberlinern Anschluß an das Berufsleben der Stadt.

<sup>60</sup> Dieser Plan scheiterte an den damit verbundenen Kosten und rechtlichen Schwierigkeiten.

<sup>61</sup> S. 83, Abs. 2 und 3.

<sup>62</sup> Das gilt besonders für Angestellte der Regierungs- und Verwaltungsstellen, der Polizei und der städtischen Verkehrs-, Versicherungs- und Versorgungsbetriebe.

Den vielen Heimatvertriebenen und den wenigen Mitteldeutschen, die als Zonenflüchtlinge aus den Jahren 1949 und 1950 in Westberlin geblieben sind, hat ebenfalls vor allem die Arbeitsvermittlung durch Verwandte und Bekannte geholfen. Teilweise haben sie aber auch aus eigener Kraft oder mit Hilfe der Arbeitsämter Arbeit gefunden.

Die meisten Kaufleute, Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe, die aus den ersten Fluchtjahren in Westberlin blieben, waren alte Berliner. Sie kamen teils aus Ostberlin, teils aus der Sowjetzone, wohin sie erst während des Krieges gezogen waren. Sie alle hatten in der Regel schon vor der Flucht zahlreiche geschäftliche, berufliche und persönliche Verbindungen nach Westberlin, und vielfach konnten sie ihre Absetzung dorthin gründlich vorbereiten. Auf jeden Fall war es für sie leichter, sich wieder selbständig zu machen, Kredite zu erhalten und sich einzurichten als für alle ortsfremden Flüchtlinge. Vereinzelte konnten sich sogar bisher Unselbständige als „alte Berliner“ selbständig machen.

Während also die anerkannten Flüchtlinge aus den ersten beiden Fluchtjahren weitgehend eingegliedert waren oder andernfalls Westberlin verlassen hatten, stand es 1953 mit den 1951 und später gekommenen Flüchtlingen wesentlich schlechter. Zwar gab es auch unter ihnen alte Berliner, die sich auf Grund von Verbindungen aller Art beruflich durchsetzen konnten. Größer war aber bei ihnen der Anteil der Flüchtlinge aus Ostberlin und aus der Sowjetzone, die als ausgesprochen „politische“ Flüchtlinge wirtschaftlich noch keinen genügenden Rückhalt in Westberlin gefunden hatten. Sie lebten zu einem großen Teil von Arbeitslosen- oder Sozialunterstützung oder waren in Ausweichberufen, als Gelegenheits- oder Notstandsarbeiter tätig. Die Weiterwanderung war ihnen bis Anfang 1952 durch die Nichtanerkennung des Berliner Verfahrens im Bundesgebiet erschwert, und auch nach dem Inkrafttreten der Bundesnotaufnahme in Westberlin scheuten sie das nochmalige Verfahren. Trotzdem ist anzunehmen, daß ein Teil dieser nichteingegliederten anerkannten Flüchtlinge Westberlin im Lauf der Zeit mit oder ohne Notaufnahmeverfahren verlassen hat.

Im Lauf des Jahres 1952 war man bei der Bundesnotaufnahme zu der Erkenntnis gekommen, daß bei der Annahme von notaufgenommenen Flüchtlingen für Westberlin vor allem eine berufliche Auswahl getroffen werden muß. Seitdem wurden durch den Berliner Landesvertreter hauptsächlich solche Flüchtlinge angenommen, die nach Westberlin heiraten wollten, die Mangelberufen angehörten oder die einen für sie freistehenden Arbeitsplatz nachweisen konnten. Durch diese Regelung, mit der die Notaufnahme den Bedürfnissen der natürlichen



Zuwanderung gerecht zu werden versuchte, ließ die Berufsnot der anerkannten Flüchtlinge in Westberlin allmählich nach.

In diesem Zusammenhang erscheint die Frage wichtig, ob die berufliche Eingliederung der Flüchtlinge auch durch positive Maßnahmen oder Erleichterungen von öffentlicher Seite gefördert worden ist. Dazu ist festzustellen, daß die Stadt bisher mit Rücksicht auf ihre eigene wirtschaftliche Notlage keinerlei derartige Hilfe für die Gesamtheit der Flüchtlinge leisten konnte. Wohl sind vereinzelt auf Grund persönlicher Einsicht und Einwirkung von Beamten und Angestellten Flüchtlinge oder Betriebe mit Flüchtlings-Arbeitskräften gefördert worden. Eine öffentliche Werbung dafür ist jedoch niemals durchgeführt worden; das Landesarbeitsamt hatte im Gegenteil die Aufgabe, in erster Linie für die Westberliner Arbeitslosen zu sorgen. So blieb die Hilfe für anerkannte Flüchtlinge auf die Beratung und Vermittlung im Einzelfall beschränkt, in dem sie als Berliner Bürger und nicht mehr als Flüchtlinge galten.

Auch die Westberliner Flüchtlingsbetriebe haben für die berufliche Eingliederung der anerkannten Flüchtlinge keine entscheidende Bedeutung gewonnen, obgleich ihre Zahl und Größe im Vergleich mit den Heimatvertriebenen-Betrieben schon 1950 beträchtlich war<sup>63</sup> und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren durch Kredithilfe von öffentlicher Seite zugenommen hat<sup>64</sup>. Wichtig ist dabei vor allem der starke Anteil der Industriebetriebe bei den aus dem Sowjetbereich Zugewanderten<sup>65</sup>. Im November 1951 standen 176 Heimatvertriebenen-Betrieben 531 Zugewanderten-Betriebe in Westberlin gegenüber. Deren wirtschaftliche Bedeutung geht aus ihrem hohen

---

<sup>63</sup> Das genaue Zahlenverhältnis zwischen Heimatvertriebenen-Betrieben und Flüchtlingsbetrieben läßt sich nicht angeben, da bei entsprechenden Erhebungen bisher nur nach dem Wohnort 1939, nicht nach der Flüchtlingseigenschaft der Betriebsinhaber oder der Hauptaktionäre gefragt worden ist. Unterstellt man aber auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Gefährdung des Unternehmertums im Sowjetbereich schon in den ersten Nachkriegsjahren, daß die meisten seit 1945 in Westberlin von Zugewanderten aus dem Sowjetbereich Mitteldeutschlands gegründeten Betriebe tatsächlich Flüchtlingsbetriebe sind, so zeigt sich, daß diese die Heimatvertriebenen-Betriebe an Zahl und Bedeutung übertreffen. 1950 lag nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung die Zahl der seit 1945 gegründeten Ersatzarbeitsstätten bei den ehemaligen Bewohnern der Sowjetzone und Ostberlins noch etwas niedriger als bei den Heimatvertriebenen. Inzwischen dürfte sie schon beträchtlich höher liegen.

<sup>64</sup> Vgl. dazu S. 73, Anm. 81 (Kredithilfe für Heimatvertriebene in Westberlin). Die bis Ende 1952 vom Landeskreditausschuß für anerkannte politische Flüchtlinge genehmigte Kreditsumme (1,66 Mill. DM) lag, gemessen am Bevölkerungsanteil, relativ erheblich höher als die für Heimatvertriebene genehmigte Summe (3,34 Mill. DM).

<sup>65</sup> Zahlenangaben auf Grund der Sondererhebungen des Statistischen Landesamtes im November 1951 (Berliner Statistik 1952, Heft 6, S. 313 bis 315, „Die Industrie in Westberlin“) und im September 1953.

Anteil an der Gesamtzahl der Westberliner Industriebetriebe, wie auch an den Betrieben einiger wichtiger Industriezweige hervor. In diesen überschritt er den an sich schon hohen durchschnittlichen Anteil (9,6 vH) teilweise noch erheblich<sup>66</sup>. Im September 1953 hatte sich die Zahl der Zugewanderten-Betriebe um 37 vH auf 726 erhöht, während die Zahl der Heimatvertriebenen-Betriebe nur um 16 vH auf 203 gestiegen war.

Daß diese Betriebe verhältnismäßig wenig Flüchtlinge beschäftigten, hat mehrere Gründe. Viele und gerade die größten dieser Betriebe waren aus Ostberlin nach Westberlin verlagert worden und fanden hier genügend geeignete Arbeitskräfte, vielfach ihre eigenen ehemaligen Mitarbeiter. Betriebe von Zonenflüchtlingen versuchten wohl Fachkräfte aus der Zone nachzuziehen; diese kamen aber gewöhnlich als „wirtschaftlich wichtige Personen“ auf dem Wege des normalen Zuzugs nach Westberlin. Die eigentlichen Flüchtlinge entsprachen ihrer beruflichen und sozialen Zusammensetzung nach nicht dem Arbeitskräftebedarf dieser Betriebe. Einzelne Flüchtlinge haben wohl durch die Arbeitsämter oder durch persönliche Beziehungen Arbeit in geeigneten Flüchtlingsbetrieben gefunden, und sicher gibt es auch einzelne kleinere Flüchtlingsbetriebe, die überwiegend mit Flüchtlingen arbeiten. Eine planmäßige Zusammenarbeit der Flüchtlinge wie etwa in den Flüchtlingsindustrieräumen des Bundesgebietes gibt es aber in Westberlin nicht.

### c) Zur wirtschaftlichen Eingliederung von nicht anerkannten Flüchtlingen

Bei den annähernd 50 000 nicht anerkannten Flüchtlingen, die sich Ende 1953 in Westberlin aufhielten, kann eigentlich unter den bisherigen rechtlichen Voraussetzungen mit einer wirtschaftlichen Eingliederung gar nicht gerechnet werden, da ihnen durch die Flüchtlingsgesetzgebung das Recht auf Arbeit grundsätzlich entzogen worden ist. Ein Teil von ihnen hat trotzdem Möglichkeiten der Mitarbeit im normalen Berufsleben der Stadt gefunden. Ihre Zahl kann für Ende 1953 auf vielleicht ein Fünftel der in Westberlin lebenden nicht anerkannten Flüchtlinge (einschließlich Familienangehörige) geschätzt werden<sup>67</sup>. Dabei müssen mehrere Gruppen unterschieden werden.

Zunächst sind die Angehörigen vorwiegend gehobener Berufe (Selbständige, Beamte oder höhere Angestellte) zu nennen, die trotz ihrer

<sup>66</sup> Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren 11,3 vH; Glasindustrie 20,4 vH; Kunststoffverarbeitung 18,1 vH; Pharmazeutik 13,4 vH; Schuhindustrie 15,6 vH; Textilindustrie 21,7 vH; Bekleidungsindustrie 15,2 vH. Zum Vergleich mit der Heimatvertriebenen-Industrie in Westberlin siehe S. 72, Abs. 2 und S. 73, Anm. 82.

<sup>67</sup> Vgl. S. 82, Anm. 2 und S. 85, Anm. 7.

Nichtanerkennung die normale *Zuzugsgenehmigung* für Westberlin — meistens als alte Berliner — erhalten haben; ebenso haben nichtanerkannte industrielle und handwerkliche Fachleute auf Grund ihres Berufes die Einbürgerung erreicht („kulturell und wirtschaftlich wichtige Personen“). Zu der gleichen Gruppe könnte man auch diejenigen zählen, die die Zuzugsgenehmigung schon während des Anerkennungs- oder Aufnahmeverfahrens erlangt haben, so daß das Verfahren abgebrochen wurde; sie gelten aber nicht als Nichtanerkannte (Abgelehnte), sondern gehören zu den „sonstwie erledigten Fällen“. Umgekehrt haben vereinzelt auch normal Zugezogene nachträglich die Flüchtlingsanerkennung beantragt, um Flüchtlingskredite erhalten zu können. Sie sind im Falle der Ablehnung als nichtanerkannte Flüchtlinge gezählt worden, obgleich sie längst Westberliner Bürger waren. Auch die meisten dieser „normal“ Zugezogenen haben es in den ersten Jahren beruflich schwer gehabt, konnten es aber im Lauf der Zeit zu einer festen Stellung im Wirtschafts- und Berufsleben der Stadt bringen, so daß sie eher den anerkannten als den nichtanerkannten Flüchtlingen zuzurechnen sind.

Eine zweite ähnliche, aber wesentlich schlechter gestellte Gruppe sind die nichtanerkannten Flüchtlinge, die sich eine *Gewerbe-genehmigung* verschafft haben. Das Recht auf selbständige Arbeit darf den nichtanerkannten Flüchtlingen in Westberlin nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht vorenthalten werden, da sie damit den Arbeitsmarkt nicht belasten und möglicherweise sogar neue Arbeitsplätze schaffen. Die Verwirklichung dieses Rechtes ist aber in vielen Fällen auf Widerstand bei den einheimischen Berufsverbänden gestoßen, die angesichts der wirtschaftlichen Notlage Westberlins verständlicherweise in jedem neuzugelassenen Handwerker, Kaufmann, Fuhrunternehmer usw. einen unerwünschten Konkurrenten sahen. Auch die Verwaltungsstellen der meisten Stadtbezirke haben nur ungern den Gewerbeanträgen nichtanerkannter Flüchtlinge zugestimmt, da sie gewöhnlich in der Hoffnung gestellt wurden, auf diesem Wege letzten Endes die Dauerzuzugsgenehmigung zu erreichen<sup>66</sup>. Trotz dieser Widerstände haben sich diejenigen, die genügend Mut, Energie und Zähigkeit hatten, mit der Zeit durchgesetzt. Ihre Gewerbe bestehen allerdings — ähnlich wie bei den selbständigen Heimatvertriebenen — häufig nur aus einem „Einmannbetrieb“ oder einem Familienbetrieb. An ein Hocharbeiten ist dabei kaum zu

---

<sup>66</sup> Den Umweg, über eine Gewerbeanmeldung Eingang in das Westberliner Berufsleben zu finden, haben z. B. auch Betriebskaufleute benutzt, denen als nichtanerkannten Flüchtlingen die durch eine Westberliner Firma beantragte Arbeitsgenehmigung verweigert worden war und die daraufhin mit einem Gewerbebeschein als „selbständige“ Reisende, Vertreter u. dgl. für die gleiche Firma arbeiteten.

denken, wenn nicht nachträglich die Flüchtlingsanerkennung oder die normale Zugangsgenehmigung erteilt und damit das schwerste Hindernis für die Erlangung von Krediten beseitigt wird.

Die dritte Gruppe erwerbstätiger nichtanerkannter Flüchtlinge sind diejenigen mit befristeter Arbeitsgenehmigung<sup>69</sup>. Diese kann vom Landesarbeitsamt erteilt werden, wenn der Flüchtling selbst eine freie Arbeitsstelle durch eine Bescheinigung oder Anforderung des betreffenden Arbeitgebers nachweist (Arbeitsplatzbescheinigung). Die Entscheidung des Landesarbeitsamts hängt davon ab, ob arbeitslose Berliner (einschließlich Heimatvertriebene und anerkannte Flüchtlinge) an der betreffenden Stelle eingesetzt werden können. So werden diese Anträge häufig zur großen Erbitterung der nichtanerkannten Flüchtlinge abgewiesen, die sich um den Nachweis der Stellen bemüht haben.

Für Mangelberufe wird dagegen in der Regel eine befristete Arbeitsgenehmigung erteilt. Sie ist auf die betreffende Arbeitsstelle beschränkt und muß vor Ablauf der Frist und für jede andere Arbeitsstelle neu beantragt werden. Erst nach längerer zufriedenstellender Arbeit — vielfach erst nach Jahren — wird eine unbefristete Arbeitsgenehmigung erteilt und damit der Dauerzuzug ermöglicht<sup>70</sup>. So hat sich allmählich ein sozialer Auslesevorgang eingespielt, bei dem außer der beruflichen Tüchtigkeit auch die persönliche Beweglichkeit und Zähigkeit entscheidend sind. Das Hocharbeiten ist für die nichtanerkannten Flüchtlinge immer wieder mit schweren Enttäuschungen und Rückschlägen verbunden, zumal wenn es sich um saisonbedingte Arbeiten handelt. Als Arbeitslose haben sie kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Sie sind wieder auf Sozialunterstützung angewiesen, und das Suchen und Kämpfen um den Arbeitsplatz beginnt von neuem. „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit“ — diese angesichts der Westberliner Arbeitsmarktlage reichlich optimistische Auffassung ermutigt die Unentwegten, während der größere Teil der Nichtanerkannten verbittert feststellt: „Ich könnte sofort Arbeit bekommen, aber ich darf ja nicht arbeiten.“

Bemerkenswert ist, daß zu den Mangelberufen (Landarbeiter, Melker, Bau- und Baunebenberufe, Metallspezialberufe, Glasschleifer, Weber, Wirker, Bäcker, Fleischer usw., Krankenschwestern) teilweise auch solche gerechnet werden, die eine besonders hohe Zahl von Arbeitslosen in Westberlin aufweisen (z. B. Transportarbeiter, Haus-

<sup>69</sup> Mit dieser ist die befristete Zugangsgenehmigung verbunden.

<sup>70</sup> Diese Regelung hat sich als notwendig erwiesen, da in der ersten Zeit vielfach Flüchtlinge oder andere Zugewanderte „Gefälligkeitsbescheinigungen“ vorgelegt haben, um auf Grund der erteilten Arbeitsgenehmigung die Zugangsgenehmigung für Westberlin zu erhalten und dann das Scheinarbeitsverhältnis wieder zu lösen.

gehilffinnen). Für die Arbeit in diesen und anderen schweren Berufen werden nichtanerkannte Flüchtlinge oft unmittelbar aus den Lagern angefordert. Sie selbst melden sich dazu, auch wenn sie ganz anderen Berufen angehören, nur um sich aus dem Zustand der Untätigkeit und Mittellosigkeit herauszuarbeiten.

Der größere Teil der nichtanerkannten Flüchtlinge mit befristeter Arbeitsgenehmigung dürfte immerhin Arbeit im Beruf oder berufsnahe Arbeit gefunden haben. Das gilt besonders für die Angehörigen von Intelligenzberufen und für Kaufleute, die sich auf Grund schon bestehender Beziehungen zu Westberlinern trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit in ihren Berufen durchgesetzt haben. Wie erfolgreich das Drängen zum Beruf auch bei den Angehörigen von Mangelberufen trotz aller Erschwerungen gewesen ist, zeigten die Ergebnisse der von Bundesseite veranlaßten Berufserhebung unter den öffentlich versorgten nichtanerkannten Flüchtlingen in Westberlin. Von über 15 000 hierbei registrierten Erwerbspersonen konnten im Lauf eines halben Jahres nur 339 Angehörige von Mangelberufen innerhalb Berlins und ins Bundesgebiet vermittelt werden<sup>71</sup> — ein Zeichen dafür, daß die meisten Angehörigen dieser Berufe schon vorher aus eigener Kraft den Anschluß an das Westberliner Berufsleben oder den Absprung nach Westen gefunden hatten.

#### d) Zur Lage der übrigen nichtanerkannten Flüchtlinge

So wichtig es ist, daß die nichtanerkannten Flüchtlinge mit Dauerzuzugsgenehmigung großenteils eingegliedert und die mit Gewerbe- oder Arbeitsgenehmigung wenigstens auf dem Wege zur Eingliederung sind, darf doch nicht vergessen werden, daß diese Gruppen zusammen nur einen Bruchteil der Nichtanerkannten in Westberlin darstellen. Andererseits wäre es verkehrt, anzunehmen, daß alle übrigen nichtanerkannten Flüchtlinge beschäftigungslos sind. Die meisten von ihnen gehen irgendeiner Arbeit nach, da ihnen sonst das monate- oder jahrelange Warten unerträglich wäre. Aber diese Arbeiten liegen zu meist nur am Rande des eigentlichen Berufslebens der Stadt, zu dem ihnen der Zugang verwehrt ist. Auch unter diesen beschäftigten Arbeitslosen sind mehrere Gruppen zu unterscheiden.

Etwa zwei Drittel der nichtanerkannten Flüchtlinge ohne Zuzugsgenehmigung erhalten Sozialunterstützung oder sind in Lagern untergebracht. Beide Formen der Versorgung bieten nur einen bescheidenen und im Grunde unzureichenden Unterhalt, der außerdem noch mit der Verpflichtung zu späterer Rückzahlung der aufgewandten Mittel belastet ist. Aus diesem Grunde wird den Flüchtlingen mit der so-

<sup>71</sup> Angaben der Flüchtlingsabteilung des Senats (April 1953).

nannten Pflichtarbeit die Möglichkeit gegeben, zusätzlich etwas Bargeld zu verdienen und sich — was wichtiger, aber den Beteiligten nicht immer bewußt ist — für die Zeit dieser Arbeit von der Geldschuld dem Staat gegenüber zu entlasten.

Die Pflichtarbeit geschieht von den Lagern aus am häufigsten im Masseneinsatz durch die Bezirksgartenbauämter zu Erdarbeiten und einfachen Anlage- und Pflegearbeiten. Sie dauert täglich vier Stunden oder dreimal wöchentlich acht Stunden und bringt in der Woche ein Taschengeld von 3 Mark ein. Die Flüchtlinge leisten vielfach nur ungerne diese Arbeit in unzulänglicher Kleidung<sup>72</sup> und oft bei schlechtem Wetter. Sie sind darum froh, wenn ihnen auch andere Einsatzmöglichkeiten für die Pflichtarbeit geboten werden.

In einzelnen Westberliner Bezirken werden alle in Lagern untergebrachten und viele der privat wohnenden arbeitsfähigen nicht-anerkannten Flüchtlinge zu Hilfsarbeiten im Verwaltungsbetrieb, in Krankenhäusern oder Heimen herangezogen. Alle diese Arbeiten, die wesentlich mehr Spielraum für einen Einsatz nach Beruf und Begabung bieten als die Gartenarbeit oder im Winter das Schneeschippen, werden gut und gern geleistet; die Verwaltungsstellen der Bezirke fordern immer wieder Pflichtarbeiter zu ihrer eigenen Entlastung an, und die Flüchtlinge selbst sind froh, solange ihnen die Möglichkeit persönlicher Arbeit gegeben ist. Die Aussicht auf eine Anstellung oder auf eine dauerhafte Beschäftigung besteht dabei jedoch nicht; vielfach muß die vertraut gewordene Arbeit nach einem Vierteljahr wieder aufgegeben und anderen Flüchtlingen abgetreten werden.

Es gibt auch noch eine andere Form der Pflichtarbeit. Sozialunterstützte arbeitsfähige Frauen werden nach sechs Monaten Unterstützung aufgefordert, eine Arbeitsstelle als Haushilfe o. dgl. anzunehmen, die vom Arbeitsamt vermittelt wird oder selbständig zu suchen ist. Solche und ähnliche Arbeitsverpflichtungen dürfen nicht ausgeschlagen werden, da sonst die Unterstützung auf den Strafsatz herabgesetzt wird.

Wichtig als Beschäftigung für die Flüchtlinge ist auch die Mitarbeit im Lager, sei es bei der Instandsetzung und Einrichtung der Gebäude, in der Verwaltungs- und Versorgungsarbeit, in den Werkstuben, in der Betreuung der Kinder oder der Alten und Kranken. Auch diese Arbeiten können den Flüchtlingen Befriedigung und Auftrieb geben, zumal wenn die Lagerleitung Sinn dafür hat und die erforderlichen Mittel zu beschaffen weiß. Von einzelnen solchen Lagern aus haben Flüchtlinge als „Fachkräfte“ bei der Einrichtung neuer Lager wesentlich mitgewirkt.

Auch eine Art „Arbeitsdienst“ muß in diesem Zusammen-

---

<sup>72</sup> Arbeitskleidung wird teilweise von den Sozialämtern gestellt.

hang genannt werden, der in den ersten Fluchtjahren für männliche jugendliche Flüchtlinge von öffentlicher Seite her eingerichtet worden ist. Er war in eigenen Lagern zusammengefaßt und wurde hauptsächlich zur Forstarbeit eingesetzt. Die Einrichtung hat jedoch aus finanziellen und anderen Gründen nicht die erhoffte Bedeutung erlangt. Sie konnte die fehlende Berufsausbildung nicht ersetzen und den Jugendlichen auch keine anderen Möglichkeiten für ihr berufliches Fortkommen bieten.

Eine letzte Möglichkeit „legaler“ Arbeit bietet für privat Wohnende die Mithilfe im Haushalt, für deren Entlohnung bei der Berechnung der Sozialunterstützung ein kleiner Freibetrag von 10 Mark vorgesehen ist. Was darüber hinaus verdient wird, muß von der Unterstützung abgezogen werden. Verständlicherweise wird von vielen Flüchtlingen versucht, diesen Abzug durch Nichtangeben der Arbeit zu umgehen. Ähnlich verhält es sich mit kleinen Gelegenheitsarbeiten (Handarbeiten, Gartenarbeiten, Haus- und Handwerks-hilfe), durch die sich besonders privat wohnende Flüchtlinge zusätzlich Geld verdienen. Aber auch von den Lagern aus wird den Flüchtlingen dabei verhältnismäßig freie Hand gelassen. Hilfsarbeiten solcher Art werden dort untereinander vermittelt und „vererbt“.

Von der Mithilfe im Haushalt und von Gelegenheitsarbeiten leben vermutlich auch viele der nichtanerkannten Flüchtlinge, die bei Verwandten oder Bekannten wohnen und die Sozialunterstützung nicht in Anspruch nehmen. Diese Gruppe dürfte noch größer sein als die der offiziell berufstätigen nichtanerkannten Flüchtlinge. Besonders bei den Älteren von ihnen kann auf Grund des Mitlebens und Mitarbeitens im häuslichen Bereich mit weitgehender Eingliederung gerechnet werden, ohne daß sie den Westberliner Arbeitsmarkt belasten.

Außer den Mitarbeitern im häuslichen Leben müssen vor allem die Hausfrauen selbst als arbeitende Flüchtlinge genannt werden, obgleich sie — zumal wenn sie alleinstehend sind und Kinder zu versorgen haben — am wenigsten in der Lage sind, zusätzlich Geld zu verdienen. Die Art ihrer Haushaltsführung ist weit von den normalen Westberliner Verhältnissen entfernt. Für einen selbständigen Haushalt fehlen in den meisten Lagern die Voraussetzungen, in den Privatwohnungen die Mittel für die notwendige Einrichtung. Der Geldmangel bewirkt, daß ein großer Teil des Tages für die Instandhaltung von Kleidung, Schuhwerk u. dgl. verbraucht wird. Bis 1952 war vielfach der Einkauf in Ostberlin in Verbindung mit Geldumtausch, Wartezeiten und langen Fußwegen eine der Hauptarbeiten der Flüchtlingshausfrauen. Seit diese Möglichkeit fortgefallen ist, sind die Geldmittel noch viel knapper geworden; Gesundheitszustand und Lebensstandard gerade der Familien ohne männlichen Ernährer sind daher

meistens besonders schlecht. Es gibt natürlich auch Flüchtlinge, denen das Versorgtwerden im Lager oder bei Verwandten bequemer erscheint, ohne daß sie sich Arbeit und Sorgen solcher Art machen. Die Zahl dieser ganz Untätigen dürfte aber nur sehr klein sein.

Die Gelegenheitsarbeiten im häuslichen Bereich liegen schon an der Grenze zu dem für die nichtanerkannten Flüchtlinge wichtigsten Bereich: der eigentlichen Schwarzarbeit. Die meisten erwerbsfähigen nichtanerkannten Flüchtlinge suchen ständig nach Arbeit, auch wenn sie Sozialunterstützung erhalten. Sie wissen, daß sie sich mit jeder heimlich aufgenommenen Arbeit strafbar machen, da sie verpflichtet sind, dem Sozialamt „jede Veränderung ihrer familiären und sonstigen Verhältnisse anzugeben“. Die Not und die Überzeugung vom eigenen Recht auf Arbeit sind jedoch stärker, und so nehmen sie jede sich bietende Arbeit, oft unter schlechtesten Bedingungen, an.

Wo bietet sich nun solche Arbeit für nichtanerkannte Flüchtlinge? Große und bekannte Firmen kommen dafür nicht in Frage, da sie vom Gewerbeaufsichtsdienst genau überwacht werden und in den ersten Fluchtjahren teilweise hohe Bußen für die Beschäftigung von nichtanerkannten Flüchtlingen ohne Arbeitsgenehmigung zahlen mußten. Dagegen arbeiten einzelne kleinere Firmen, z. B. Abriß- oder Transportfirmen mit ihren ständig wechselnden Arbeitsplätzen, mit nichtanerkannten Flüchtlingen. Diese werden für einen Tag oder für einige Stunden angenommen, arbeiten unversichert auf eigene Gefahr und erhalten am Ende ein paar Mark, die nicht durch die Bücher gehen. Anwärter für diese Arbeiten sind zu den bekannten Verladezeiten — vor allem nachts an den Bahnhofs- und Hafenanlagen — zur Stelle, oder sie werden durch eingespielte Nachrichtenverbindungen aus den Lagern und Wohnungen herbeigeholt.

Neben der „gewerbsmäßigen Gelegenheitsarbeit“ gibt es auch festere „Arbeitsverhältnisse“. So helfen nichtanerkannte Flüchtlinge vielfach regelmäßig beim Aufbau und Betrieb von Marktständen, beim Straßenverkauf von Weihnachtsbäumen u. dgl., als Nacht- oder Früharbeiter in Bäckereien, Fleischereien und Melkereien, als Boten und Handlanger bei Hauswarten, bei Handwerkern oder bei Kaufleuten — überall da, wo es für die Arbeitgeber schwer oder gar nicht möglich ist, einheimische Kräfte für die betreffende Arbeit zu bekommen. Es handelt sich also um Arbeiten, die entweder besonders anstrengend, schmutzig oder gefährlich sind, zu ungewöhnlicher Tageszeit oder ungewöhnlich lange geleistet werden müssen, oder die zu schlecht bezahlt werden<sup>73</sup>.

<sup>73</sup> Oft kann der Arbeitgeber nur ein geringes Entgelt zahlen, wenn er seinen eigenen Betrieb erhalten will. Das traf z. B. für die Westberliner Bäcker und Friseure zu, solange ein großer Teil der Westberliner in Ostberlin einkaufte bzw. sich dort bedienen ließ.



Die wenigsten Schwarzarbeiter können in ihrem Beruf arbeiten, denn es handelt sich hauptsächlich um ungelernete und untergeordnete Tätigkeiten, die von Menschen ganz verschiedener Berufe ausgeführt werden. Unter ihnen sind Angehörige gehobener Berufe, Angestellte und Arbeiter, die sich mit dem Dasein als Nichtanerkannte mindestens vorläufig abgefunden haben. Während jüngere und unternehmende Kräfte sich um die Arbeitsgenehmigung für Westberlin oder um die Absetzung nach Westen bemühen, bleiben als Schwarzarbeiter auf die Dauer vor allem die Schwerfälligen und Unselbständigen übrig, denen nur mit durchgreifenden Maßnahmen von oben her geholfen werden kann. Vorläufig läßt die Stadt die Schwarzarbeit im kleinen Rahmen hingehen, da sie den nichtanerkannten Flüchtlingen aus eigener Kraft beruflich nicht helfen kann. Es wird wohl in Einzelfällen durchgegriffen, soweit sie durch Zufall bekannt werden. Eine planmäßige Aufdeckung und Bestrafung dieser schwer faßbaren „Arbeitsverhältnisse“ würde die aufzuwendenden Mittel nicht lohnen. So nimmt man eine mittelbare Belastung des Arbeitsmarktes durch die Schwarzarbeiter weiterhin in Kauf.

Eine weitere wichtige Beschäftigung der nichtanerkannten Flüchtlinge war in den ersten Fluchtjahren der S c h w a r z h a n d e l. Dieser beruhte auf der Ausnutzung des Währungsgefälles zwischen West- und Ostberlin. Er blühte bis zum Beginn des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Westberlin, solange sich viele nichtanerkannte Flüchtlinge im „Schwebezustand“ zwischen Westberlin und dem Sowjetbereich halten konnten. Seit dem Februar 1952 mußten alle Zonenflüchtlinge ihre Ost-Personalausweise bei der Anmeldung zum Notaufnahmeverfahren abgeben, womit ihnen der Übergang in den Sowjetbereich und der Aufenthalt dort wesentlich erschwert wurde.

Auch das Schrottsammeln in den Ruinen von West- und Ostberlin und der Handel mit Schrott, Buntmetallen u. dgl. ist in den letzten Jahren als Erwerbsquelle der nichtanerkannten Flüchtlinge stark zurückgegangen. So sind als wirklich u n l a u t e r e E r w e r b s q u e l l e n fast nur noch die Tätigkeiten auf der Ebene des Kriminellen und Asozialen übrig geblieben. Was mit den Flüchtlingen auf dieser dunklen Ebene im Untergrund des Berliner Lebens geschieht, ist der traurigste Teil der „Eingliederung“. Zahlenmäßig ist dabei der Anteil der Flüchtlinge nicht auffallend groß<sup>74</sup>, doch muß die Auswirkung dieser Vorgänge mit allen Erscheinungen moralischer Zersetzung und politischer Gefährdung gerade im Hinblick auf die nichtanerkannten Flüchtlinge in Westberlin sehr ernst genommen werden.

---

<sup>74</sup> Der Anteil der Flüchtlinge an den Kriminalfällen vor Gericht wird als „normal“, d. h. ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend, angesehen. Dagegen liegt ihr Anteil an kleineren Vergehen, wie Taschendiebstahl und Betrug aller Art verständlicherweise sehr hoch.

Wichtig ist für alle Gruppen der nichtanerkannten Flüchtlinge ohne Arbeits- und Zuzugsgenehmigung, daß der jahrelange Aufenthalt in Westberlin sie, gewollt oder ungewollt, stark mit der Stadt verbunden hat. Schon der Besitz eines Zimmers oder einer Wohnung und einzelner geschenkter oder billig erworbener Möbelstücke bedeutet ein starkes Band. Wenn dazu noch Arbeitsmöglichkeiten und andere persönliche Verbindungen kommen, geben nichtanerkannte Flüchtlinge den Aufenthalt in Westberlin ungern auf. Aus diesem Grunde hat 1953 nur ein Bruchteil der länger in der Stadt wohnhaften Nichtanerkannten die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt; die meisten wollten lieber nichtanerkannt in Westberlin bleiben als für das Bundesgebiet aufgenommen werden. Viele ins Bundesgebiet Abgeflogene sind sogar aus dem Bundesgebiet nach Westberlin zurückgekommen, weil sie sich hier freier und nicht so als Flüchtlinge behandelt fühlten wie in den westdeutschen Durchgangslagern.

#### e) Zur Lage der abgesprungenen und der inoffiziellen Flüchtlinge

Die aus dem Flüchtlingsverfahren abgesprungenen Flüchtlinge haben, soweit sie in Westberlin geblieben sind, in der Regel die Zuzugsgenehmigung auf andere Weise erlangt, oder sie konnten bei Verwandten oder Bekannten ähnlich wie viele Nichtanerkannte eine Lebensmöglichkeit finden. Vielfach ist die Abhängigkeit und Beschränktheit eines solchen Daseins einfach nur deswegen in Kauf genommen worden, um den Widerwärtigkeiten des Lagerlebens und des Flüchtlingsverfahrens zu entgehen — meistens allerdings in der Hoffnung, letzten Endes auch ohne Anerkennung die Zuzugsgenehmigung und damit den Zugang zu den Lebensmöglichkeiten Westberlins zu erreichen.

Die inoffiziellen Flüchtlinge haben den Weg über die Flüchtlingsstellen von vornherein vermieden. Soweit sie schon vor der Abwanderung nach Westberlin oder bald nach der Ankunft die Zuzugsgenehmigung bekommen haben, sind sie ähnlich wie die meisten anerkannten Flüchtlinge der natürlichen Zuwanderung zuzurechnen und sind im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten Westberlins eingegliedert. Daneben gibt es aber auch Tausende oder sogar Zehntausende von „Besuchern“ und „Personen mit zweitem Wohnsitz“, die sich teilweise ohne polizeiliche Anmeldung, jedenfalls aber ohne Zuzugsgenehmigung monate- und jahrelang bei Verwandten oder Bekannten oder in sehr dürftigen eigenen Lebens- und Wohnverhältnissen in Westberlin aufhalten. Ähnlich wie die meisten nichtanerkannten Flüchtlinge versuchen sie, im Lauf der Zeit die Zuzugsgenehmigung für Westberlin zu erreichen oder auf privatem Weg nach Westen weiterzukommen.

Glückt ihnen das nicht, so melden sie sich schließlich doch bei der Polizei, um Sozialunterstützung beantragen zu können, oder sie versuchen es noch nachträglich mit der Bundesnotaufnahme. Auch für diese Gruppe gilt, daß der Aufenthalt in Westberlin sie von Monat zu Monat stärker an die Stadt bindet.

#### f) Verhältnis zur täglichen Umwelt

Die Frage nach dem sozialen Zustand der Flüchtlinge, nach ihrem Verhältnis zueinander und zur Bevölkerung von Westberlin läßt sich für die Flüchtlinge als Gesamtheit nicht beantworten. Dafür sind die Unterschiede zu groß, die sich aus der verschiedenen Zeit der Aufnahme, aus der verschiedenen Herkunft und aus der Tatsache der Anerkennung oder Nichtanerkennung ergeben. Der Hauptunterschied ist jedoch mit der Art der Unterbringung gegeben: mit dem Aufenthalt im Lager — in der Welt der Flüchtlinge — oder in Privatquartieren — in der Wirklichkeit der Stadt Westberlin.

Das Leben in den Durchgangslagern ist durch das dauernde Kommen und Gehen und durch den ständigen Wechsel der Insassen sehr unruhig und zugleich massenhaft und unpersönlich<sup>75</sup>. Die gegenseitige Fremdheit und das Mißtrauen der Umwelt gegenüber sind in Erinnerung an das Leben im Sowjetbereich noch vorherrschend. Für die Masse der Flüchtlinge in den Durchgangslagern ist ein seelischer Zustand kennzeichnend, den man als „passives Flüchtlingsbewußtsein“ bezeichnen könnte: als das Gefühl vergangenen und gegenwärtig erlittenen Unrechts, demgegenüber sich der Einzelne — eben als „Flüchtling“ — machtlos fühlt. Dabei haben die meisten neugekommenen Flüchtlinge das Bedürfnis, sich auszusprechen, ihre angestaute Not und Erbitterung aus der Zeit vor der Flucht und ihre Enttäuschung über das Flüchtlingsdasein im freien Westen mitzuteilen. Das geschieht auch — im Lager selbst im Gespräch mit dem Strohsack-Nachbarn, in der Stadt in den Wartestunden vor irgendwelchen Amtstüren — immer unter Flüchtlingen, unter Schicksalsgefährten. Von den übrigen Menschen, denen sie auf der Straße oder in den Verkehrsmitteln begegnen, fühlen sie sich durch einen tiefen Graben des Nichtverstehens getrennt; Verständnis und Antwort auf die sie bewegenden Fragen glauben sie am allerwenigsten bei den amtlichen

---

<sup>75</sup> Diese Kennzeichnung des Lebens in den Durchgangslagern trifft grundsätzlich auch noch nach der Eröffnung des Hauptdurchgangslagers zu. Dort erfolgen zwar gleich am ersten Tag die wichtigsten Anmeldungen und Untersuchungen. Danach werden die Flüchtlinge aber in die kleineren Durchgangslager eingewiesen, die überall in der Stadt verstreut liegen. Von diesen haben sie im Zusammenhang mit dem Notaufnahmeverfahren fast täglich weite Fahrten und Fußwege zu machen.

Stellen zu finden, die ihnen nach ihrer Meinung den Weg in die Freiheit erschweren oder versperren wollen.

Von diesem Zustand der Verbitterung und Enttäuschung in den ersten Wochen kann eine geistige und soziale Eingliederung der Flüchtlinge nicht erwartet werden. Er führt aber auch nicht zu gemeinsamer Aktivität der Flüchtlinge. Offene Auflehnung gegen die Lagerleitung oder gegen die Sachbearbeiter des Flüchtlingsverfahrens geschieht nur selten. Dafür ist die Vereinzelung und die Müdigkeit der Flüchtlinge zu groß, und dabei wirkt auch die Zurückhaltung und allmähliche Umstellung der schon länger Anwesenden mit. Bei diesen löst sich vielfach mit der wachsenden Hoffnung auf Anerkennung und durch die Beschäftigung mit weiteren Plänen das passive Flüchtlingsbewußtsein. Wenn nach einigen Wochen die Entscheidung gefallen ist, sind die Anerkannten nur noch auf den Abflug oder auf das künftige Leben in Westberlin eingestellt. Für die Nichtanerkannten treten ebenfalls wesentliche Veränderungen ein, auch wenn sie weiterhin in Lagern leben.

Anders als die Flüchtlinge in den Durchgangslagern, deren Atmosphäre durch den immer neuen Zuzug aus dem Sowjetbereich und durch die stärkere Abtrennung von der Außenwelt<sup>76</sup> bestimmt ist, leben die Insassen der Stammlager schon gewissermaßen „in Berlin“. Was in dem unruhigen Betrieb der Durchgangslager nur vereinzelt möglich ist, geschieht hier in der Regel: es entsteht ein Vertrauensverhältnis zwischen den Flüchtlingen und ihrer Lagerleitung, und es bildet sich eine Art Lebensgemeinschaft. Damit ist der erste wichtige Schritt zur sozialen Eingliederung getan. Denken und Stimmung der Flüchtlinge sind nicht mehr vorwiegend von den Erlebnissen im Sowjetbereich, bei der Flucht und beim Anerkennungsverfahren bestimmt. Der Einzelne fühlt sich nicht mehr ganz unverstanden und machtlos. Die besseren Wohnverhältnisse und die größere Ruhe im Stammlager lassen vielmehr ein neues Gefühl der Geborgenheit entstehen.

Die Sorge für die Flüchtlinge geschieht dabei auch in den Stammlagern keineswegs sanft. Aus den großenteils traurigen Erfahrungen der ersten Jahre hat sich eine humorvoll-kräftige Umgangsart herausgebildet, mit der den Flüchtlingen selbst am besten gedient ist. Nur

---

<sup>76</sup> Der Eintritt in die Durchgangslager wird genau kontrolliert; Besucher werden nicht eingelassen, sondern müssen am Eingang warten. Auch der bauliche Charakter dieser „Lager“, die größtenteils in bunkerähnlichen Hallen und Hochhäusern oder in richtigen Bunkern untergebracht sind, gibt das Gefühl des Abgesperrtseins. Der Nachteil vielstöckiger Gebäude ohne räumlichen Mittelpunkt im Gegensatz zu den besser übersehbaren Lagern in räumlich aufgegliederten Verwaltungsgebäuden oder in Baracken zeigt sich auch in einzelnen Stammlagern.

so ist es möglich, bei ihnen das passive Flüchtlingsbewußtsein und die damit verbundenen Schwächen allmählich zu überwinden und durch eigene Verantwortung und Initiative zu ersetzen. Die Bedeutung des Mithelfens im Lager und der Pflichtarbeit vom Lager aus wurde schon erwähnt<sup>77</sup>. Daneben ist die Wegweisung und Beratung in allen Fragen der praktischen Eingliederung<sup>78</sup> wichtig, die den Flüchtlingen in den ersten Wochen meist gefehlt hat. Durch das dauernde Zusammenleben, durch die Mitverantwortung und Mitwirkung der Flüchtlinge an der Gestaltung des Lagerlebens<sup>79</sup> und durch die ständige Mithilfe von fürsorglichen, kirchlichen und Schulkräften ist es möglich, die einzelnen Flüchtlinge kennenzulernen, zu fördern und — wo es notwendig ist — sozial zu erziehen. Schwieriger und noch wichtiger als die Erziehung zur Einordnung und Rücksichtnahme ist dabei die Erziehung zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung<sup>80</sup>, denn es sind ja hauptsächlich die berlinfremden unselbständigen und irgendwie gehemmten Flüchtlinge, die in den Stammlagern übrig bleiben. Sie brauchen Anleitung und Beratung, um mit dem Leben unter neuen Verhältnissen fertig zu werden<sup>81</sup>.

Während die Selbsthilfe der Flüchtlinge in den Lagern hauptsächlich in der Vermittlung von Gelegenheits- und Schwarzarbeit besteht, hat man in gut geleiteten Stammlagern erreicht, daß alle nach dem Berliner Flüchtlingsgesetz Nichtanerkannten die Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Bundesnotaufnahmegesetz beantragten, um so den Anschluß an das Westberliner Berufsleben oder die Weiterwanderung nach Westen zu erreichen. So haben viele Flüchtlinge die Stammlager mit der Hoffnung verlassen, sich wieder ein eigenes Leben einrichten zu können. Umgekehrt wurde darauf geachtet, daß sich Nicht-erkannte, die als selbständige Gewerbetreibende oder als Angehörige von Mangelberufen Arbeit fanden, privat einquartierten. Auch diejenigen, die mehr aus Bequemlichkeit als aus Not in den Lagern bleiben wollten, hat man wegen der immer steigenden Zahl neu

<sup>77</sup> S. 109.

<sup>78</sup> Fragen der Gewerbebegenehmigung, der befristeten Arbeits- und Zugzugenehmigung, Wohnungsfragen, Schul- und Ausbildungsfragen usw.

<sup>79</sup> In einzelnen Lagern besteht ein sogenannter Lagerausschuß, der die Wünsche, Fragen und Beschwerden der Flüchtlinge zur Lagerleitung bringt und an der Verbesserung der Lagerverhältnisse entsprechend mitarbeitet.

<sup>80</sup> So hat man in einzelnen Lagern jeder Flüchtlingsfamilie eine eigene Küche eingerichtet und läßt sie mit dem für ihre Versorgung verfügbaren Geld allein wirtschaften.

<sup>81</sup> Die Wichtigkeit dieser praktischen Sozialforschung und Sozialpädagogik in den Lagern ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt, obgleich sie — wenn ernsthaft an die Eingliederung aller Flüchtlinge in Westberlin oder im Bundesgebiet gedacht wird — zuverlässigere Erkenntnisse und Ergebnisse bringt als das zwangsläufig mehr formale Anerkennungsverfahren.

unterzubringender Flüchtlinge allmählich zur Übersiedlung in Privatquartiere veranlaßt. Dabei ist anzunehmen, daß die aus den Stammlagern Entlassenen für die selbsttätige Eingliederung in Westberlin vielfach besser vorbereitet und beraten waren als andere Flüchtlinge, die von vornherein ihren Weg aus eigener Kraft zu gehen versucht haben.

Trotzdem fällt den Flüchtlingen, die ohne Verbindung mit Verwandten oder Freunden privat in Westberlin wohnen, die soziale Eingliederung zunächst schwer — gleich, ob es sich um anerkannte oder nichtanerkannte Flüchtlinge handelt. Dabei kann man nicht sagen, daß der Berliner den Flüchtling als Nachbarn oder Berufskollegen grundsätzlich ablehnt oder geringschätzt. In der Regel läßt er ihn gelten wie jeden anderen, aber er kümmert sich auch nicht um ihn — es sei denn, daß er ihm irgendwie auffällt. So hängt es stark von der persönlichen Art des Flüchtlings oder seiner Angehörigen ab, ob jemand in der häuslichen oder beruflichen Umgebung im guten Sinne auf ihn aufmerksam wird und ob aus einer solchen Bekanntschaft mit der Zeit eine festere freundschaftliche Verbindung entsteht. Nur in diesem Fall wird dem ortsfremden Flüchtling das Einleben in der Stadt durch die allmähliche Erweiterung seines Lebenskreises möglich — andernfalls bleibt er in seiner Zurückgezogenheit nach Jahren noch Flüchtling. Wer sich aber beruflich durchgesetzt hat, findet letzten Endes auch sozialen Anschluß.

Am leichtesten ist natürlich die soziale Eingliederung für die alten Berliner aus Ostberlin und aus der Sowjetzone, die sich in Westberlin großenteils gar nicht als Flüchtlinge, sondern wie zu Hause fühlen. Auch wer von den Heimatvertriebenen und von den übrigen Zonenflüchtlingen der ersten Fluchtjahre Verwandte oder Freunde in Westberlin hatte, fand mit deren Hilfe leichter Anschluß an das berufliche und soziale Leben der Stadt. Die Fremdheit in Westberlin und das leicht damit verbundene Gefühl der Zurücksetzung als Flüchtling blieb ihm dadurch erspart.

Das Problem des Flüchtlingsdaseins als Massenerscheinung ist erst Ende 1950 brennend geworden, als sich die große Zahl nicht-anerkannter Flüchtlinge ohne Arbeitsgenehmigung in Westberlin anzusammeln begann und als durch die wesentlich politisch bestimmte Anerkennung auch viele anerkannte Flüchtlinge ohne berufliche Aussichten in der Stadt blieben. Am schlechtesten steht es daher mit denjenigen Flüchtlingen aus den letzten Jahren, die ohne die Erfahrungen und Verbindungen des Lagerlebens und ohne sozialen Anschluß irgendwo in der Stadt leben und vielfach aus Verzweiflung auf schiefe Wege geraten oder ihrem Leben ein Ende machen.

## g) Verhältnis zum öffentlichen Leben

Die Mehrzahl der Zonenflüchtlinge in Westberlin steht kritisch zu allem, was öffentlich im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung geschieht. Nur wenige, die selbst im öffentlichen Dienst stehen oder auf andere Art die großen Schwierigkeiten der Flüchtlingsarbeit kennengelernt haben, urteilen darüber objektiver.

Die meisten Flüchtlinge sind der Ansicht, daß die von den Anerkennungs- oder Aufnahmekommissionen geleistete Arbeit in jeder Hinsicht unzulänglich sei. Man wirft ihren Mitgliedern Formalismus, Unkenntnis der Verhältnisse im Sowjetbereich und menschliche Verständnislosigkeit vor, man hält ihre Entscheidungen für parteipolitisch beeinflusst, ja man wittert dahinter sogar persönliche Bestechung und Begünstigung<sup>82</sup>. So wenig diese Beurteilung dem aufreibenden und ehrlich geleisteten Dienst vieler Sachbearbeiter gerecht wird, ist sie doch bezeichnend für die Ablehnung, mit der das ganze Flüchtlingsverfahren von den Betroffenen beurteilt wird. Dieses Gefühl ist bestimmend, obgleich die Notwendigkeit einer genauen Überprüfung aller Flüchtlinge durchaus bejaht wird.

Ähnlich kritisch wie die Flüchtlingsarbeit der Bundes- und Senatsbehörden wird die damit zusammenhängende Arbeit der Bezirksämter und der verschiedenen politisch bestimmten Kampf- und Arbeitsgruppen von der Mehrzahl der Flüchtlinge beurteilt. Man sieht in der Neben- und Gegeneinanderarbeit vieler Stellen des öffentlichen Lebens die Ursache für deren Verständnislosigkeit gegenüber der Flüchtlingsnot. Vor allem wirft man den verantwortlichen Stellen vor, die Flüchtlinge in den ersten Jahren — als es sich erst um eine verhältnismäßig kleine Zahl handelte — ungenügend unterrichtet, beraten und versorgt zu haben. Die „alten“ Flüchtlinge stellen verbittert fest, „welche Leute heute anerkannt werden“ und mit welchen Mitteln ihnen geholfen wird. Aber auch die meisten „neuen“ Flüchtlinge sind am Ende des wochenlangen aufreibenden Verfahrens voller Ablehnung und Bitterkeit.

So erklärt sich, daß viele Flüchtlinge nach dem Verfahren die Berührung mit den Behördenstellen möglichst vermeiden. Stellen, an denen sie einmal Verständnislosigkeit und Kränkungen erlebt haben, suchen

---

<sup>82</sup> Interessant ist, daß sich dieses ablehnende Urteil, das schon in der Zeit des Westberliner Flüchtlingsgesetzes entstand, auch gegenüber den Kommissionen des Bundesnotaufnahmeverfahrens erhalten hat, obgleich bei diesen der Anteil der Ablehnungen von Monat zu Monat abgesunken ist. Der Grund dafür dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß die Zusammensetzung der Kommissionen nur von amtlicher Seite (ohne Beteiligung der Flüchtlingsorganisationen) bestimmt wird. Die Mitwirkung der Westberliner politischen Parteien gibt den Flüchtlingen nicht das Bewußtsein, selbst dabei vertreten zu sein, und so fehlt die innere Verbindung und das Vertrauen zu den Sachbearbeitern.

sie nicht wieder auf. Lieber versuchen sie ohne öffentliche Hilfe auszukommen<sup>83</sup>. Andererseits bemerken die Flüchtlinge oft nicht, daß ihnen an einzelnen Arbeitsstellen wirklich geholfen wird und daß die Arbeit solcher Stellen bei dem oft ungedulden und gedankenlosen Andrang der Wartenden auch Dank und Achtung verdient. Die Erinnerung an derartige Hilfe von öffentlicher Seite geht leicht in dem kritischen Gesamturteil unter.

Es ist bei der Unzufriedenheit und Notlage der meisten Flüchtlinge kein Wunder, daß im Lauf der Zeit verschiedene Flüchtlingsorganisationen entstanden sind. Als ihre Hauptaufgaben verkünden sie die Beratung und Vertretung der Mitglieder in allen mit dem Flüchtlingsdasein zusammenhängenden Fragen und die Anmeldung der Forderungen der Flüchtlinge gegenüber der Allgemeinheit. Zulauf finden diese Organisationen fast nur bei den „neuen“ Flüchtlingen in den ersten Wochen und Monaten ihres Aufenthaltes in Westberlin. Im Lauf des Verfahrens werden sie oft von der Tätigkeit ihrer Organisation enttäuscht und gewinnen den Eindruck, daß man es mehr auf ihre Mitgliedsbeiträge als auf wirkliche Hilfe abgesehen hat. Sie ziehen sich zurück und nehmen an den Veranstaltungen nicht mehr teil und bleiben danach auch jeder anderen Organisation gegenüber skeptisch. Immerhin genügt der Einfluß solcher Organisationen in der Form leidenschaftlicher Reden, Forderungen und Entschlüsse, um in das Verhältnis der Flüchtlinge zum öffentlichen Leben eine nutzlose Hochspannung zu bringen.

Andererseits gibt es kleinere Flüchtlingsorganisationen, deren Arbeit ernsthafter und mit weniger äußerem Aufwand geleistet wird, so daß sie von öffentlicher Seite als Vertretung der Flüchtlinge anerkannt werden. Sie werden zur Beurteilung von Flüchtlingen in Zweifelsfällen, zur Begutachtung von Flüchtlings-Kreditträgen und zur Klärung wichtiger allgemeiner Flüchtlingsfragen herangezogen und tragen so zur Herausbildung einer einheitlichen Auffassung und zur Zusammenfassung der Kräfte im Interesse der Flüchtlinge bei.

Von ähnlicher Wichtigkeit sind einzelne Organisationen der Westberliner Bürgerschaft, die aus eigenem Antrieb durch ihr Wirken in der Öffentlichkeit und durch ihren Einfluß bei den Behörden mehr Verständnis und damit wesentliche Erleichterungen für die Flüchtlinge durch gesetzliche Regelungen, gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen erreichen. Das Wirken dieser Organisationen ist zwar der Mehrzahl der Flüchtlinge noch nicht bekannt, dürfte aber im Lauf der Zeit für sie wichtig werden.

---

<sup>83</sup> Vielleicht ist die Tatsache, daß ein ziemlich bedeutender Teil der nicht-erkannten Flüchtlinge in Westberlin bei Verwandten ohne Sozialunterstützung lebt, hauptsächlich auf diese ablehnende Haltung zurückzuführen.



Bekannter ist den Flüchtlingen das Wirken der Hilfsorganisationen, angefangen vom Deutschen Roten Kreuz, das den größten Teil der Flüchtlingslager leitet und versorgt. Die kirchlichen und karitativen Organisationen, die vor allem den Flüchtlingen in Lagern, aber auch den privat wohnenden Flüchtlingen mit der Verteilung von Kleiderspenden u. dgl. helfen, sind sogar stark überlaufen. Sie haben sich deshalb bemüht, mit der Zeit untereinander eine gewisse Arbeitsteilung und Übersicht zu erreichen.

Wesentlich für alle im Interesse der Zonenflüchtlinge geleistete Arbeit ist — ähnlich wie bei den Heimatvertriebenen — das aktive Flüchtlingsbewußtsein einer kleinen Zahl verantwortlich denkender ehemaliger Flüchtlinge, die die Unterstützung gleichgesinnter Menschen in Westberlin und auch in der weiteren Welt finden. Ihnen ist vor allem zu verdanken, daß bei den Ämtern, bei den Parteien und in der weiteren Öffentlichkeit der Sinn für die Lage und das Recht der Zonenflüchtlinge zunimmt. Die Zusammenfassung aller Westberliner Flüchtlingsfragen in einer einzigen Dienststelle beim Senator für Sozialwesen hat diese Entwicklung in den letzten beiden Jahren nachhaltig verstärkt, so daß mit der Zeit auch ein deutlicher Fortschritt im Vorgang der Eingliederung der Zonenflüchtlinge zu erwarten ist.

Fragt man abschließend noch einmal nach dem gegenwärtigen Stand der Eingliederung der Zonenflüchtlinge in Westberlin, so können einige bemerkenswerte Tatsachen hervorgehoben werden.

Die „alten Berliner“ sind weitgehend eingegliedert. Unter den übrigen Flüchtlingen sind diejenigen auf dem Wege zur Eingliederung, die durch persönliche Beziehungen oder durch berufliche Tüchtigkeit festen Anschluß an das Leben der Stadt gefunden haben. Die Schwächeren können erst nach einer wesentlichen Besserung der Lage Westberlins mit öffentlicher Hilfe und Anleitung eingegliedert werden, während sie alleinstehend scheitern.

Die Notlage Westberlins und die Ungewißheit seiner Zukunft hat einen großen Teil der aufgenommenen und beherbergten Flüchtlinge nach Westen ausgegliedert. Trotzdem hat die Stadt auch in einem weitgehend unbewußten Auslesevorgang beruflich und politisch wertvolle Kräfte an sich gezogen und festgehalten, mit deren Hilfe sie aus dem Fluchtgeschehen und seinen Auswirkungen Wichtiges für ihre künftigen Aufgaben als Hauptstadt Deutschlands lernen kann.

## Viertes Kapitel

### **Die Bedeutung der Eingliederung der Flüchtlinge für Westberlin**

Die Tatsache, daß Westberlin nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner eigenen Notlage und trotz der aus diesem Grunde verhängten Zuzugssperre Hunderttausende von Flüchtlingen aufgenommen und diese zu einem sehr großen Teil eingegliedert hat, ist erstaunlich und kann nicht allein mit der Herkunft der Flüchtlinge aus den alten Hauptzuwanderungsgebieten der Stadt und aus Ostberlin erklärt werden. Gewiß haben die bestehenden persönlichen Beziehungen zu Westberlinern bei diesen Vorgängen eine wichtige Rolle gespielt, und gewiß ist das Hängenbleiben vieler Zonenflüchtlinge in Westberlin zunächst einfach durch die räumliche Lage der Stadt und durch die Schwierigkeiten der Weiterwanderung nach Westen verursacht. Doch ist damit noch nicht erklärt, warum Zehntausende von nichtanerkannten Flüchtlingen von der Wiederaufnahme des Verfahrens keinen Gebrauch gemacht haben und, statt sich aufnehmen und abfliegen zu lassen, lieber in Westberlin geblieben sind, oder warum Tausende von aufgenommenen Flüchtlingen aus dem Bundesgebiet nach Westberlin zurückgekommen sind. Es muß also noch stärkere Gründe geben, die die Flüchtlinge in die Stadt gezogen und dort festgehalten haben.

Einerseits braucht Westberlin wie jede Großstadt die Zuwanderung namentlich jüngerer Menschen, und so erscheint die Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen und der aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet Zugewanderten oder Geflüchteten zunächst als Fortsetzung der natürlichen Zuwanderungsbewegung. Von der Bedeutung dieser Zuwanderung zeugt die Tatsache, daß die Zahl der in das Berufsleben der Stadt eingegliederten Flüchtlinge aller Art nicht viel kleiner ist als die Zahl der Westberliner Arbeitslosen; die Flüchtlinge stellen ein Sechstel oder ein Fünftel der Westberliner Erwerbspersonen dar und haben teilweise Einheimische verdrängt, vor allem aber die vielen Arbeitsplätze ausgefüllt, für die in der Großstadtbevölkerung schwer Kräfte zu finden sind.

So wichtig die Auffrischung und Auffüllung der arbeitenden Bevölkerung der Großstadt ist, genügt aber auch sie nicht als Erklärung für das Bleiben einer so großen Zahl von Flüchtlingen in Westberlin, für die in der Bundesrepublik vielfach bessere Lebensmöglichkeiten gegeben sind. Entscheidend ist die Bedeutung, die Westberlins räumliche und geistige Lage für die aus der drohenden Welt des Ostens Geflüchteten hat. Die Möglichkeit, mit Verwandten und Freunden im sowjetischen Besatzungsgebiet weiterhin in Verbindung zu bleiben, hat viele Flüchtlinge in der Stadt festgehalten. Wichtig ist auch die Großstadteigenschaft Westberlins, die Möglichkeit, unbeachtet als Mensch unter Menschen zu leben, ohne daß mit Fingern auf den Flüchtling gezeigt wird. Am wichtigsten ist aber für die Flüchtlinge namentlich der letzten Jahre jene Weltoffenheit im Denken und Handeln, die sich in der alten Reichshauptstadt nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten und weiter entwickelt hat. Von ihr erwarten viele Flüchtlinge nicht nur die Möglichkeit persönlicher Eingliederung; sie erwarten vor allem Hilfe in ihrer geistigen Auseinandersetzung mit dem vom Osten her drohenden Geschehen, Hilfe insbesondere für die Menschen draußen im sowjetischen Machtbereich. Aus diesem Grunde klammern sie sich — vielfach unbewußt — an die Stadt Westberlin, in der sie den wichtigsten Raum der Auseinandersetzung mit dem Osten sehen.

In dieser Erwartung fühlen sich die Flüchtlinge zwar vielfach enttäuscht, vor allem durch das Flüchtlingsverfahren mit seinen aufreibenden, niederdrückenden und verbitternden Erlebnissen— aber sie empfinden doch, daß die Bevölkerung Westberlins trotz ihrer eigenen schweren Lage und auch gerade deswegen Sinn und Verständnis für die Not der Flüchtlinge und der Zonenbevölkerung hat. Wichtig für die Erhaltung und Verstärkung dieser Teilnahme ist das Wirken vieler einzelner Westberliner, die selbst früher als Heimatvertriebene, Flüchtlinge oder Ausgebombte ähnliche Not erlebt haben und deren aufopferndes Wirken das Bewußtsein der immer noch ungelösten Nöte und Probleme wachhält. Die sozialen Notstände der Stadt: Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, Jugendgefährdung und Überarbeitung der Frauen, überhaupt das Leben eines großen Teiles der Bevölkerung weit unter dem für normal gehaltenen Lebensstandard werden durch die Flüchtlinge in ihrem Zusammenhang mit der Lage der Stadt und mit dem politischen Gesamtgeschehen gesehen. So führt die Notlage Westberlins nicht zur politischen Abstumpfung, sondern verlangt immer neue Auseinandersetzung und Bemühung. Beispiele sozialen Denkens und Handelns gerade von Seiten der Flüchtlinge, aber auch von Seiten Einheimischer für die Flüchtlinge weisen den Weg zur Entstehung einer sozialen Lebenswirklichkeit, die allein die vom Osten

her im Zeichen eines unwahren Sozialismus drohenden Gefahren überwinden kann.

So kann man die Flüchtlinge in Westberlin dem Strom vergleichen, der eine Mühle ständig in Bewegung hält. Diese Bewegung hat den Sinn, das soziale Wissen und Handeln der Stadt so stark zu entwickeln, daß sie von Jahr zu Jahr wirksamer mit den Flüchtlingsproblemen zugleich ihre eigenen sozialen Probleme zu lösen vermag und damit das Vorbild einer Entwicklung gibt, die in ganz Deutschland notwendig ist. Wichtig dafür ist die materielle Hilfe der freien Welt, die der Bevölkerung Westberlins diese Aufgabe wesentlich erleichtern kann. Entscheidend aber ist das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung in allen Kreisen der Bevölkerung — nicht nur für den Lebensbereich der eigenen Stadt, sondern weit darüber hinaus für das umgebende Mitteldeutschland und für ganz Mitteleuropa. Diese Verantwortung erfordert aber auch, daß besonders die Möglichkeiten gemeinschaftlicher Ordnung und Leistung allgemein bewußt werden, die in der Tradition der Stadt Berlin, im Erbe der ostdeutschen Landschaften wie auch in den Erfahrungen der Menschen beschlossen liegen, die in den letzten Jahren bewußt am geistigen Ringen im Sowjetbereich und in der Flüchtlingswelt teilgenommen haben. Es gilt also, das Mitdenken und Mithandeln all der Menschen zu erreichen, die vom Schicksal der letzten Jahrzehnte erschüttert und zur Erkenntnis der echten Grundlagen sozialen Lebens gebracht worden sind. So können gerade die Flüchtlinge einen bedeutsamen Beitrag zu der Aufgabe leisten, die Westberlin stellvertretend für ganz Deutschland mit dem Gesicht nach Osten zu erfüllen hat.

## Fünftes Kapitel

### **Sonderstellung und gesamtdeutsche Aufgabe Westberlins im Rahmen des Flüchtlingsproblems**

Von

Dr. Karl C. Thalheim  
ord. Prof. an der Freien Universität Berlin

Wie die von Dr. H. J. von Koerber in den vorhergehenden Kapiteln gegebene genaue Analyse zeigt, ist das Flüchtlingsproblem in Westberlin wesentlich anders gelagert als in der westdeutschen Bundesrepublik. In Westdeutschland bewirkte der Zustrom von über 8 Mill. Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, der sich zum größten Teil in den Jahren 1945 und 1946 abspielte, einen bevölkerungsmäßigen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel von einer Schwere und Plötzlichkeit, wie er selten von einem Volke erlebt worden ist, zumal sich die Massen dieser entwurzelten, heimat-, eigentums- und existenzlos gewordenen Menschen in ein Land ergossen, das damals selbst nahe an der Grenze des wirtschaftlichen Unterganges stand. Wie unerhört schwierig dieser Absorptionsprozeß war, zeigt sich daran, daß er bis heute weder materiell noch seelisch abgeschlossen ist. Demgegenüber lassen sich die Aufgaben, die durch den Zustrom der Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet für die Bundesrepublik entstehen — wenn auch ihr Gewicht keineswegs unterschätzt werden soll — vergleichsweise viel leichter lösen. Denn einmal haben diese an der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands einen viel geringeren Anteil als die Heimatvertriebenen, zum anderen setzte ihr Zustrom in großem Stile erst ein, als die ersten schlimmen Nachkriegsjahre bereits vorüber waren und in der Bundesrepublik ein wirtschaftliches Wachstum begonnen hatte, das ihre wirtschaftliche Absorption erheblich erleichterte.

Genau umgekehrt war es in Berlin: der erste Zustrom der Heimatvertriebenen aus dem Osten hielt sich in Grenzen und blieb in Formen, die seine Eingliederung trotz der natürlich auch in Berlin ganz besonders großen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegszeit verhältnismäßig geräuschlos ermöglichten. Das lag einmal an den Sperrmaß-

nahmen, die in der ersten Zeit der eigentlichen großen Massenvertreibung den Flüchtlingsstrom an Berlin vorbei oder höchstens durch Berlin hindurch leiteten, aber nur einer verhältnismäßig kleinen Zahl die Möglichkeit gaben, ganz in der durch den Kriegsausgang furchtbar schwer getroffenen alten Reichshauptstadt zu bleiben. Es lag zweitens daran — und gerade das hat H. J. v. Koerber sehr schön herausgearbeitet —, daß dieser Zustrom aus den deutschen Ostgebieten, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen und zeitlich massiert, eigentlich nur eine Fortsetzung jener Binnenwanderungsvorgänge darstellte, die das Bevölkerungswachstum der Reichshauptstadt Jahrzehnte hindurch bestimmten. Denn wenn die gesamtdeutschen Funktionen Berlins auch seit der Gründung des Bismarckreiches in wachsendem Maße Menschen aus allen Teilen dieses Reiches anzogen, so kam doch der größte Teil der Zuwanderung aus den preußischen Ostprovinzen.

Infolgedessen bestanden zwischen der Bevölkerung Berlins und den Menschen des deutschen Ostens verwandtschaftliche und freundschaftliche Bande in Fülle; sie haben einem großen Teile der Heimatvertriebenen aus dem Osten zuerst das Sichzurechtfinden, dann das Wiederfußfassen, die berufliche, wirtschaftliche und soziale Eingliederung wesentlich erleichtert. Das ist, wie H. J. v. Koerber feststellt, die entscheidende Ursache dafür, daß es in bezug auf die Heimatvertriebenen aus dem Osten ein eigentliches Flüchtlingsproblem in Westberlin kaum noch gibt.

Das Problem der Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet — zu dem auch der Berliner Ostsektor mit etwa einem Drittel Anteil an der gegenwärtigen Gesamtzahl der Berliner Bevölkerung gehört — hat dagegen Westberlin vor Aufgaben gestellt, die mit den sehr beschränkten Mitteln dieser Insel der westlichen Welt hinter dem Eisernen Vorhang schlechterdings nicht lösbar waren und sind. Die Tatsachen dieser Zuwanderung sind in den vorhergehenden Kapiteln dieses Buches von H. J. v. Koerber mit dem Maximum an Exaktheit dargestellt worden, das bei den oft recht unvollkommenen statistischen Grundlagen überhaupt erreicht werden kann. Schon die nüchternen Zahlen lassen die ungeheure innere Dramatik dieses Prozesses wenigstens ahnen, dem im heutigen Europa Gleichartiges nicht an die Seite gestellt werden kann. Denn wie auch immer die Ursachen der Flucht im einzelnen liegen mögen und wieviel menschliches Geröll, wieviel Flugsand auch immer dabei sein mag: dieser Strom der Flüchtenden, der sich nun schon durch mehr als ein Jahrfünt nach Berlin ergießt und immer wieder einmal zu Sturzfluten anwächst, ist die unmittelbare Folge der Sowjetisierung Mitteldeutschlands, die sich hier seit Kriegsende zuerst langsam, dann immer rascher und intensiver vollzogen hat. Die jeweils verfolgten Hauptziele dieses Sowjetisierungs-

prozesses sind an der beruflichen und sozialen Zusammensetzung der Flüchtenden, seine jeweilige Intensität an ihrer Zahl deutlich ablesbar. Infolgedessen hat der am 9. Juni 1953 verkündete „Neue Kurs“, der nur eine taktische Wendung, aber nicht eine grundsätzliche Veränderung der in der Sowjetzone betriebenen Politik darstellt, den Flüchtlingsstrom zwar abebben, keineswegs aber versiegen lassen.

Während alle anderen nach dem Kriege zu sowjetischem Einflußgebiet gewordenen europäischen Länder gegenüber der nichtsovjetschen Welt allmählich so hermetisch abgeriegelt worden sind, daß eine Flucht nur Einzelnen noch gelingt, lagen und liegen die Dinge für die von der Sowjetunion besetzten Teile Deutschlands wesentlich anders. Der Verkehr zwischen der Ost- und der Westhälfte Deutschlands ist in der ganzen Nachkriegszeit legal oder illegal immer möglich gewesen — entweder direkt über die heutige Zonengrenze oder aber über Westberlin. Die jeweiligen Anteilssätze der direkt in die Bundesrepublik oder nach Westberlin Flüchtenden sprechen in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Die seit Mai 1952 ergriffenen Maßnahmen zur rigorosen Sperre der Zonengrenze in Verbindung mit der gerade in dieser Zeit sehr verschärften Sowjetisierung ließen den Strom nach Westberlin zu einer Sturmflut werden, die alle Dämme zerbrach. Wenn im Monat der stärksten Flucht, dem März 1953, fast 49 000 Flüchtlinge in Westberlin eintrafen — das entspricht der Vorkriegsbevölkerung von Weimar oder Cottbus! —, so zeigt allein schon eine solche Zahl das Übermaß menschlichen Leidens und die Schwere der Schicksale, die es einzig erklären können, daß in dieser Höchstzeit der Bewegung an manchen Tagen mehrere Tausende dem Verbleiben in der Sowjetzone oder in Ostberlin den Sprung in eine völlig ungewisse Zukunft vorzogen. Die Zahlen zeigen aber auch das ungeheure Ausmaß der fürsorgerischen, administrativen und finanziellen Aufgaben, die allein schon die erste Unterbringung und Versorgung der Flüchtenden, ihre Registrierung und Überprüfung sowie die Beschaffung der erforderlichen Mittel stellten.

Indem Westberlin auf Grund seiner Insellage in dieser Zeit schärfster Zonengrenzsperre der einzige Zufluchtsort für alle diejenigen Bewohner des sowjetischen Besatzungsgebietes wurde, für die das herrschende System Gefahr an Leib und Leben bedeutete oder denen der Sowjetisierungsprozeß die Grundlagen ihrer Existenz nahm oder die dem herrschenden Druck nicht mehr gewachsen waren, stand es stellvertretend für die ganze Westhälfte Deutschlands. Je mehr aber der Strom der Flüchtlinge anwuchs, desto unmöglicher wurde es, ihre Aufnahme, Versorgung und Unterbringung allein dieser ohnehin hart um ihre Existenz ringenden Stadt aufzubürden. Nur der zuerst zögernd einsetzenden, dann aber rasch ausgebauten Hilfe der west-

deutschen Bundesrepublik ist es zu verdanken, daß der Strom allmählich in geordnete Bahnen geleitet wurde und wenigstens ein ansehnlicher Teil der Flüchtlinge neue Lebensmöglichkeiten finden konnte.

Seitdem die Bundesrepublik einen großen Teil der neu eintreffenden Flüchtlinge übernimmt, ist Berlin für diesen Teil nur noch Durchgangsplatz und damit entscheidend entlastet. Nicht gelöst freilich wurde bis zu dem Zeitpunkt, in dem diese Zeilen geschrieben werden, das Schicksal des in Westberlin verbliebenen Restes der „nichtanerkannten“ Flüchtlinge. Sicherlich ist der menschliche „Flugsand“ an dieser Kategorie besonders stark beteiligt (wenn es auch den Tatsachen keineswegs entspräche, wollte man sie in ihrer Gesamtheit dazu rechnen). Es geht aber auf die Dauer nicht an, daß mit diesen Menschen eine echte „Pariagruppe“ bestehen bleibt, die außerhalb der Gesellschaftsordnung steht und der außer dem Recht auf physische Existenz und dem Mindestmaß an Subsistenzmitteln kein anderes bürgerliches Recht zuerkannt wird. Bei diesen Menschen, besonders soweit sie in Lagern leben, handelt es sich um einen Grenzfall menschlichen Elends, mit dem wenig anderes verglichen werden kann. Nachdem für die Behandlung und Unterbringung der neuen Flüchtlinge feste und einigermaßen erträgliche Formen gefunden worden sind und deren Zahl seit dem Frühsommer 1953 erheblich zurückgegangen ist — teils wegen der Abnahme der Flüchtlingszahl in ganzen, teils deshalb, weil der Anteil der direkten Abwanderung in die Bundesrepublik wieder erheblich gewachsen ist —, bildet die Lösung dieser Frage mit dem Ziele der Beseitigung der Pariaexistenz der „Nichtanerkannten“ die wichtigste Aufgabe, die, soweit es sich um Westberlin handelt, im Flüchtlingswesen noch offen geblieben ist. —

Von der Gruppe der „Nichtanerkannten“ abgesehen, ist die Bevölkerung Westberlins durch die legal hier verbliebenen Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet insgesamt um weit über 100 000 Menschen gewachsen (vgl. S. 29 f.). Die Aufnahme und Eingliederung einer so großen Menschenzahl war ein hartes Problem für eine Stadt, deren Wirtschaftslage durch die Demontage ihrer Industriekapazität in Höhe von etwa vier Fünfteln, durch den Verlust aller ihrer früheren Dienstleistungsfunktionen für ganz Deutschland, durch die Abschneidung von ihrem geographischen Hinterland im heutigen sowjetischen Besatzungsgebiet und durch eine ganze Anzahl anderer Ursachen gegenüber der Vorkriegszeit katastrophal verschlechtert worden war<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Zu dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel Berlins und seinen Ursachen vgl. Th a l h e i m, Karl C.: „Berlin — Herausforderung und Antwort einer Hauptstadt“ in dem vom Institut für Raumforschung Bonn herausgegebenen Sammelwerk „Die unzerstörbare Stadt. Die raumpolitische Lage und Bedeutung Berlins“ (Köln und Berlin 1953), S. 11 bis 46.



Wie katastrophal, das zeigte sich erst nach der Aufhebung der sowjetischen Blockade im Mai 1949 — vor allem im Wachstum der Arbeitslosigkeit, die weit über den Stand in Westdeutschland (selbst in den Teilen mit der stärksten strukturellen Flüchtlingsarbeitslosigkeit) anstieg und im Februar 1950 mit 309 000 ihr Maximum erreichte. Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß unter solchen Umständen die zusätzliche Aufnahme vieler Zehntausende, die nicht nur die nötigste Fristung ihrer physischen Existenz, sondern auch einen neuen Arbeitsplatz und damit eine sinnvolle Wiedereingliederung in das Gesellschaftsgefüge suchten, die Schwierigkeiten erheblich vergrößern mußte.

Die zahlreichen Hilfsmaßnahmen, die seit 1950 für den Wiederaufbau der Westberliner Wirtschaft ergriffen und mit beträchtlichen Mitteln der USA und der Bundesrepublik finanziert wurden, haben bedeutende Erfolge erzielt. Allein in den Jahren 1950 bis 1953 ist die Zahl der in Westberlin Beschäftigten um etwa 168 000 gewachsen. Viel geringer war jedoch der Rückgang der Arbeitslosigkeit, die im Juni 1954 erstmalig auf 200 000 absank, damit aber im Verhältnis zur Bevölkerungszahl noch immer weit über dem westdeutschen Stande lag. Trotz des Zugangs geburtenreicher Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt und trotz des erheblichen Rückganges der Zahl der in Ostberlin arbeitenden „Sektorengänger“ hätte sich die Westberliner Arbeitslosenzahl viel stärker verringern müssen, wenn die Reservearmee der Arbeitssuchenden nicht durch den Flüchtlingszustrom aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet immer von neuem aufgefüllt worden wäre. Wenn von vornherein für die Aufteilung der Flüchtlinge zwischen Westberlin und der Bundesrepublik der gleiche Schlüssel gegolten hätte wie heute, dann wären mehrere Zehntausende von Arbeitssuchenden zusätzlich nach Westdeutschland gekommen; die Arbeitslosigkeit wäre in Westberlin *r e l a t i v* erheblich rascher gesunken, der Niveauunterschied hätte sich verringert, die positiven Wirkungen der Hilfsmaßnahmen für Westberlin wären früher und deutlicher sichtbar geworden. Es erscheint notwendig, dies zu betonen, weil in Westdeutschland nicht selten der Erfolg der Hilfsmaßnahmen einseitig und infolgedessen unzureichend an dem nur langsamen Rückgang der Westberliner Arbeitslosenzahl gemessen wird, ohne daß dabei die Wirkungen des Flüchtlingszustroms auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Nun wäre es freilich unrichtig, diese Wirkungen nur negativ, als zusätzliche Belastung anzusehen. Wenn es schon im allgemeinen falsch ist, Arbeitsmarktprobleme lediglich quantitativ zu betrachten, so gilt das erst recht für die Bedeutung der Sowjetzonenflüchtlinge als Arbeitskräfte; das trifft in nicht geringerem Maße auch für die Rolle dieser Flüchtlinge in der Bundesrepublik zu. Ein ansehnlicher Teil der in Westberlin gebliebenen Flüchtlinge stellt durch seine beruflichen

Fähigkeiten einen begrüßenswerten Zuwachs für das Westberliner Arbeitskräftepotential dar; denn trotz der noch immer sehr hohen Gesamtzahl der Arbeitslosen ist in einer Anzahl von Berufskategorien die Reserve bereits verschwunden oder sehr beträchtlich zusammengeschrumpft, und zwar gerade in solchen Bereichen, die für den Weg der Stadt zur „Viability“ von besonderer Bedeutung sind. In erster Linie gilt das von der Industrie, deren Wieder- und Neuaufbau, solange Berlin seine alten Dienstleistungsfunktionen als deutsche Hauptstadt noch nicht wiedergewonnen hat, seine bei weitem wichtigste wirtschaftliche Basis bleiben muß<sup>2</sup>. Dieser Aufbau nun ist durch die Flüchtlingszuwanderung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet erheblich gefördert worden: sowohl Unternehmerinitiative als auch hochwertige Arbeitskraft ist auf diesem Wege der Stadt in einem Umfange zugewachsen, wie das ohne die Fluchtbewegung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet nicht möglich gewesen wäre.

Einen besonders großen Anteil haben dabei die standortsmäßigen Umschichtungen innerhalb der Stadt selbst, aus dem sowjetisch besetzten Ostsektor — dessen Wirtschaft schon frühzeitig der Sowjetisierung unterworfen wurde — in die Westsektoren. Das bedeutete mindestens „Flucht“ der Betriebe, vielfach auch Flucht der Inhaber oder Leiter (falls diese nicht vorher schon in den Westsektoren gewohnt hatten), z. T. auch der Arbeitskräfte. Auf diese Weise ist die berühmte Berliner Bekleidungsindustrie, die vorher zum großen Teil im Ostsektor gesessen hatte, heute ganz überwiegend Bestandteil der Westberliner Wirtschaft geworden, und infolgedessen ist die Bekleidungsindustrie der einzige Westberliner Industriezweig, deren Produktionsindex in Westberlin bereits weit über den Stand von 1936 hinausgewachsen ist.

Nicht ganz vereinzelt sind die Fälle, in denen Unternehmer ihren im Ostsektor demontierten Betrieb in Westberlin wieder aufgebaut haben — auch dies, unter den heutigen Verhältnissen gesehen, eine Art von „Flucht“, die diesen Charakter freilich (im Gegensatz zu den direkt aus der sowjetischen Besatzungszone zugewanderten Betrieben) nur solange behalten wird, als der heutige unnatürliche Zustand der Spaltung der Stadt andauert.

Durch die Unternehmer, die unmittelbar aus der Sowjetzone geflüchtet sind und in Westberlin neue Betriebe aufgebaut haben, ist die Westberliner Industriestruktur bereichert worden. Einige früher

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Bedingungen und Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaft Westberlins in den kommenden Jahren. (Ergebnisse einer Enquête). Berlin 1951. — *Thalheim*, Karl C.: Die Wirtschaft Berlins zwischen West und Ost. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Neue Folge. Bd. 4: Verhandlungen auf der Sondertagung in Berlin, 18. und 19. April 1952. S. 16 bis 31.

hier überhaupt nicht vorhandene Industriezweige sind erst durch diese Zuwanderung in Westberlin heimisch geworden, so etwa die Strumpf-industrie, die Herstellung von Drahtziehmaschinen, von Strickmaschi-nennadeln, die Fabrikation von Thermometern, Glasinstrumenten, Christbaumschmuck. Erheblichen Zuwachs erfuhr die Produktion von Textilmaschinen, Maschinen für die Lebens- und Genußmittelindustrie sowie von Materialprüfmaschinen und -geräten. Das Produktions-programm der früher sehr bedeutenden, durch die Demontage von 1945 zunächst fast vernichteten Werkzeugmaschinenindustrie wurde durch einige Spezialfertigungen ergänzt. Die Bedeutung dieses Bei-trags der Flüchtlingsunternehmen zu Wertschöpfung und Arbeitsplatz-kapazität der Westberliner Wirtschaft darf nicht unterschätzt werden.

Für die Eigenart des Flüchtlingsproblems in Westberlin ist es kenn-zeichnend, daß die Zahl der von Heimatvertriebenen errichteten Be-triebe (und auch ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung) weit geringer ist als die der Betriebe von Flüchtlingen aus dem sowjetischen Be-satzungsgebiet. Dies zeigt die folgende Übersicht nach dem Stande vom November 1951.

**Industriezweige mit stärkerem Anteil der Heimatvertriebenen-  
und Zugewandertenbetriebe  
(November 1951)<sup>3</sup>**

**I. Heimatvertriebenen - Betriebe**

Industriezweig	absolute Zahl der Betriebe	in vH der Westberliner Betriebe
Betriebe insgesamt .....	176	3,2
darunter:		
Industrie der Steine und Erden ..	8	8,3
Fahrzeugbau .....	5	5,6
Elektrotechnik .....	15	3,6
Feinmechanik, Optik .....	5	3,0
Musikinstrumenten- und Spiel- warenindustrie usw. ....	4	7,4
Pharmazeutische Industrie .....	5	2,8
Allgemeine Chemie .....	7	3,6
Sägewerke und Holzbearbeitung .	3	14,3
Papiererzeugung u. -verarbeitung	9	4,3
Schuhfabrikation .....	4	12,5
Textilindustrie .....	20	12,4
Lebensmittelindustrie .....	17	4,2
Spiritusindustrie .....	5	3,4

<sup>3</sup> Berliner Statistik, Juni 1952, S. 314 ff. Zu beachten ist dabei, daß nicht alle nach dem Wohnort 1939 ermittelten „Heimatvertriebenen“ und „Zuge-wanderten“ mit Flüchtlingen gleichzusetzen sind.

## II. Zugewanderten - Betriebe

Industriezweig	absolute Zahl der Betriebe	in vH der Westberliner Betriebe
Betriebe insgesamt .....	531	9,6
darunter:		
Maschinenbau .....	37	8,2
Elektrotechnik .....	34	8,2
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie .....	47	11,3
Pharmazeutische Industrie .....	24	13,4
Kosmetische Industrie .....	7	10,4
Allgemeine Chemie .....	17	8,9
Glasindustrie .....	9	20,4
Papierherzeugung u. -verarbeitung	17	8,2
Kunststoffverarbeitung .....	15	18,1
Lederherarbeitung .....	8	8,3
Schuhherfabrikation .....	5	15,6
Textilindustrie .....	35	21,8
Bekleidungsindustrie .....	131	15,2
Lebensmittelindustrie .....	33	8,2

Zahl und Bedeutung der Zugewanderten-Betriebe befinden sich in raschem Anstieg. Vom Herbst 1951 bis zum Herbst 1953<sup>4</sup> nahmen sie weit stärker zu als die Heimatvertriebenen-Betriebe, wie folgende Zahlen zeigen.

Zeitpunkt	Heimatvertriebenen-Betriebe		Zugewanderten-Betriebe	
	abs. Zahl	vH der Westberliner Industriebetriebe	abs. Zahl	vH der Westberliner Industriebetriebe
Herbst 1951	176	3,2	531	9,6
Herbst 1953	203	3,6	726	12,9

Der erheblich geringere Anteil der Heimatvertriebenen an den Betriebsgründungen ist wohl durch deren Mittellosigkeit nach der Vertreibung wesentlich mit verursacht worden. Hingegen dürften die Zugewanderten eher über den Start erleichternde Geldmittel (und persönliche Verbindungen) verfügt, auch die Möglichkeit gehabt haben, Teile ihrer Betriebseinrichtung — oder wenigstens ihre Fabrikationsverfahren, Zeichnungen, Konstruktionsunterlagen usw. — sowie wichtige Mitarbeiter mitzubringen oder nachzuholen. Manche der so ent-

<sup>4</sup> Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin.

standenen Betriebe haben sich bereits eine beachtliche Stellung im Westberliner Wirtschaftsleben zu erringen vermocht.

Dieser positive Beitrag der Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, in geringerem Umfange auch der Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau der Westberliner Wirtschaft darf gegenüber der schweren Last, die der Zustrom der Flüchtlinge für Berlin bedeutete, nicht übersehen werden. Ohne jeden Zweifel aber ist, im ganzen gesehen, die Last doch bei weitem größer als der Kraftzuwachs. Der Flüchtlingsstrom aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet ist ein gesamtdeutsches Schicksal; Westberlin jedoch trägt von diesem Schicksal auf seinen ohne eigene Schuld heute schwach gewordenen Schultern einen weit größeren Teil, als ihm nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential zukäme. Daran wird sich schwerlich etwas ändern, solange der heutige unnatürliche Zustand der Zerreißung Deutschlands anhält und der Sowjetisierungsprozeß in Mitteldeutschland fortschreitet. Diese dergestalt durch die gesamtdeutsche Situation verursachte Sonderbelastung Westberlins aber ist einer der Gründe, die der alten Reichshauptstadt den moralischen Anspruch auf die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der stärkeren Bundesrepublik Westdeutschland geben.

## **Anhang**

### **Quellen**

#### **1. Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Berlin**

Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939 (nach den Ergebnissen der Volkszählung 1946). In: Berliner Statistik, Jg. 1949, Heft 7/8, S. 161 ff.

Die Wanderungen als Spiegelbild des politischen Geschehens. In: Berliner Statistik, Jg. 1949, Heft 12, S. 291 ff.

Repräsentative Vorauswertung der Berliner Volks- und Berufszählung 1950. In: Berliner Statistik, Jg. 1951, Heft 3, S. 59 ff.

Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 (nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950). In: Berliner Statistik, Jg. 1952, Heft 1, S. 4 ff.

Nach dem Jahre 1944 gegründete Arbeitsstätten in Westberlin. In: Berliner Statistik, Jg. 1952, Heft 3, S. 140 ff.

Die Industrie in Westberlin (Abschnitt: Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe). In: Berliner Statistik, Jg. 1952, Heft 6, S. 314 f.

Die Wohnbevölkerung nach ihrer wirtschaftlichen Gliederung. In: Berliner Statistik, Jg. 1952, Heft 9, S. 425 ff.

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung in Westberlin am 13. September 1950 = Berliner Statistik, Sonderhefte 18 und 25 (1952).

#### **2. Sonstige Veröffentlichungen**

Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 für Groß-Berlin = Berliner Statistik, Sonderhefte 6 (1948) und 7 (1949).

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Band IV. Hrsg. vom Statist. Zentralamt der Dt. Wirtsch.-Kommission, Berlin 1949.

Die Bevölkerungsbilanz der sowjetischen Besatzungszone 1939—1949 (Nachtrag: Die Volkszählung 1950). Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Hrsg. vom Bundesmin. f. gesamttdt. Fragen. Bonn 1951.

Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin. Hrsg. vom Statist. Bundesamt, Wiesbaden 1953.

Jahresberichte des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen (1951/52 und 1952/53).

Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin. Denkschrift des Senats von Berlin. Februar 1953.

R. Wanstrat: Strukturanalyse der politisch nicht anerkannten Flüchtlinge in Westberlin (Teil I: Die Lagerinsassen, Teil II: Die außerhalb der Lager lebenden Zugewanderten). Berlin 1953.

### 3. Sonstige statistische Unterlagen und unveröffentlichte Berichte

Statistisches Landesamt Berlin: Repräsentativmaterial der Volks- und Berufszählung 1950 in Westberlin.

Statistisches Landesamt Berlin: Heimatvertriebenen-Tabellen aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen.

Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Sozialwesen: Bericht an die Alliierte Kommandantur Berlin über Wirkungskreis und Tätigkeit der Flüchtlingsfürsorgestelle. Februar 1949.

Senator für Sozialwesen: Zuwandererbewegung nach Westberlin (Monatsberichte), bzw. (bis Mitte 1952) Flüchtlingsbewegung nach West-Berlin.

Senator für Sozialwesen: Statistische Berichte der Senatsverwaltung für Sozialwesen (Monatsberichte).

Senator für Sozialwesen: Bericht über die Zahl der nichtanerkannten bzw. „illegalen“ Flüchtlinge in Berlin. Juni 1953.

Senator für Inneres: Monatsberichte über den Stand der O.Z.-Karteien der Westberliner Bezirke.

Senator für Inneres: Bericht über den Stand der O.Z.-Karteien der Westberliner Bezirke am 24. 1. 1953 mit Angaben über Raum und Zeit der Herkunft der Einwohner Westberlins ohne Zuzugsgenehmigung (O.Z.).

Zusammenstellungen der Ergebnisse des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin für die Jahre 1952 und 1953.

Ergebnisse der Auswertung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin durch das Institut für Raumforschung, Außenstelle Berlin.

## Flüchtlingsbegriffe

### 1. Flüchtlings - Sammelbegriffe

**Flüchtlinge** im weiteren Sinne: Personen, die im Zusammenhang mit Kriegsende und Nachkriegsentwicklung ihre Heimat oder ihren Wohnsitz verlassen mußten oder nicht dorthin zurückkehren konnten (Heimatvertriebene und Zonenflüchtlinge).

**Heimatvertriebene:** Ostflüchtlinge, Ostvertriebene, Ostheimkehrer aus den deutschen Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße und aus Ost- und Südosteuropa, sowie entsprechende Personen aus dem Saargebiet und aus dem übrigen Ausland. Dieser Begriff deckt sich nicht ganz mit dem statistischen Begriff „Heimatvertriebene“. (Zu diesem Begriff der Wohnortvertriebenen vgl. S. 41, Anm. 1).

**Zonenflüchtlinge:** offizielle (anerkannte, nichtanerkannte, abgewiesene, abgesprungene) und inoffizielle Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet (Sowjetbereich) Mitteldeutschlands, d. h. aus der Sowjetzone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin (Ostberlin).

### 2. Einzelne Flüchtlingsgruppen

#### a) Heimatvertriebene

**Ostflüchtlinge:** Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa und aus Ostdeutschland, die in den letzten Kriegsjahren und nach Kriegsende vor der eigentlichen Vertreibung geflüchtet sind.

**Ostvertriebene:** Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa und aus Ostdeutschland, die seit Mitte 1945 ihre Heimat im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz verlassen mußten.

**Ostheimkehrer:** Deutsche aus Ost- und Südosteuropa und aus Ostdeutschland, die nach ihrer Entlassung aus Kriegsgefangenschaft oder Zivildinternierung nicht in ihre Heimatgebiete zurückkehren konnten.

#### b) Zonenflüchtlinge

##### Anerkannte Flüchtlinge:

Seit Ende 1948 bis Oktober 1950 registrierte und zunächst dadurch, später durch eine zusätzliche Ermessensentscheidung des betr. Sachbearbeiters anerkannte (seit dem Frühjahr 1950 zunehmend als „politisch“ anerkannte) Flüchtlinge;

seit Oktober 1950 bis zum 1. Februar 1952 nach dem Berliner Flüchtlingsgesetz anerkannte „politische Flüchtlinge“;

seit dem 4. Februar 1952 nach dem Bundesnotaufnahmegesetz bzw. seit Mai 1953 nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommene Flüchtlinge.

##### Nicht anerkannte Flüchtlinge:

seit Ende 1948 bis Oktober 1950 ohne Registrierung abgewiesene oder trotz Registrierung nicht anerkannte Flüchtlinge;

seit Oktober 1950 bis zum 1. Februar 1952 nach dem Berliner Flüchtlingsgesetz nicht anerkannte Flüchtlinge;

seit dem 4. Februar 1952 nach dem Bundesnotaufnahmegesetz bzw. seit Mai 1953 nach dem Bundesvertriebenengesetz abgelehnte Flüchtlinge („illegale Zuwanderer“).



**Abgesprungene Flüchtlinge:**

seit Ende 1948 Geflüchtete, die als Flüchtlinge gemeldet, jedoch dem Flüchtlingsverfahren ferngeblieben sind.

**Inoffizielle Flüchtlinge:**

in den ersten Nachkriegsjahren normal Zugewanderte mit Zuzugsgenehmigung, bei deren Absetzung aus dem Sowjetbereich politische Gründe bestimmend waren;

seit Ende 1948 normal Zugewanderte mit Zuzugsgenehmigung, bei deren Absetzung aus dem Sowjetbereich politische Gründe bestimmend waren, die sich aber nicht als Flüchtlinge gemeldet und kein Verfahren durchlaufen haben;

seit Ende 1948 Geflüchtete ohne Zuzugsgenehmigung, die nicht als Flüchtlinge gemeldet sind und kein Verfahren durchlaufen haben.

**3. Ergänzende Begriffe**

**Hauptflüchtlinge:** Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren — im Gegensatz zu den mitgeflüchteten Familienangehörigen.

**Nachträglich Aufgenommene:**

im Bundesnotaufnahmeverfahren aufgenommene Flüchtlinge, die nach den Westberliner Flüchtlingsbestimmungen oder nach dem Westberliner Flüchtlingsgesetz nicht anerkannt worden waren und die Notaufnahme neu beantragt hatten;

im Bundesnotaufnahmeverfahren aufgenommene Flüchtlinge, die nach dem gleichen Verfahren zunächst abgelehnt worden waren und später die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen konnten;

im Bundesnotaufnahmeverfahren aufgenommene Flüchtlinge, die nach dem gleichen Verfahren zunächst abgelehnt worden waren und daraufhin Beschwerde eingelegt hatten.

**Normal Zugewanderte:**

Zugewanderte aus der Kriegszeit und aus den ersten Nachkriegswochen, als eine Zuzugsgenehmigung noch nicht erforderlich war;

Zugewanderte mit einer ohne Flüchtlingsanerkennung erlangten Zuzugsgenehmigung, die seit 1945 für Berlin bzw. Westberlin auf Grund bestimmter beruflicher oder sozialer Voraussetzungen erteilt wurde.

**Alte Berliner:**

Personen, die schon vor 1945 bzw. nach dem Kriege seit Jahren in West- oder Ostberlin oder in Vororten von Berlin (Randberliner) gelebt und infolgedessen stärkere persönliche Beziehungen zur Stadt gewonnen hatten.

**Tabellen**

- Tab. 1 Herkunft der Heimatvertriebenen in Westberlin (1946 und 1950) und Gebürtigkeit von Westberlinern aus den gleichen Gebieten (1946).
- Tab. 2 Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen (Westberlin 1950).
- Tab. 3 Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsgruppen und nach Altersgruppen (Berlin 1946).
- Tab. 4 Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen nach Berufsgruppen (Berlin 1946, Westberlin 1950).
- Tab. 5 Männliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen (Westberlin 1950).
- Tab. 6 Weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen (Westberlin 1950).
- Tab. 7 Männliche und weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Berufsabteilungen und nach der Stellung im Beruf (Westberlin 1950).
- Tab. 8 Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der sozialen Stellung (Westberlin 1950).
- Tab. 9 Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Wirtschaftsabteilungen (Westberlin 1950).
- Tab. 10 Altersgliederung der Sowjetzonenbevölkerung (1950), der in Westberlin gemeldeten Zonenflüchtlinge (1949/50, 1952, 1953) und verschiedener Personenkreise der Bevölkerung von Westberlin (1950).
- Tab. 11 Gliederung der im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Zonenflüchtlinge nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf im Vergleich mit der Berufsgliederung der Bevölkerung von Westberlin (1950).
- Tab. 12 Berufsgliederung der im August 1952 in Westberlin aufgenommenen oder abgelehnten Zonenflüchtlinge nach Berufsabteilungen im Vergleich mit der Berufsgliederung der Bevölkerung des Sowjetbereichs (1946) und Westberlins (1950).

Tabelle 1

**Herkunft der Heimatvertriebenen in Westberlin (1946 und 1950)<sup>1</sup>  
und  
Gebürtigkeit von Westberlinern aus den gleichen Gebieten (1946)<sup>2</sup>**

Gebiet	In dem Gebiet hatten ihren Wohnsitz am 1. 9. 1939 von den Westberliner Heimatvertriebenen des Jahres				In dem Gebiet hatten ihren Geburtsort von den in den gleichen Gebieten geborenen Westberlinern des Jahres 1946	
	1946		1950		abs.	vH
	abs.	vH	abs.	vH		
Ostpreußen . . . . .	16 800	21,4	28 294	19,05	128 964	23,2
Pommern ostw. der Oder .	16 324	20,8	31 706	21,4	114 691	20,6
Brandenburg ostw. der Oder/Neiße . . . .	9 416	12,0	21 735	14,6	32 307	5,8
Schlesien (und Sachsen) ostw. der Neiße	19 061	24,3	36 637	24,7	138 637	25,0
Saarland . . . . .	250	0,3	372	0,25	1 651	0,3
Dt. Ostgebiete unter poln.-sowjet. Verw. und Saarland . . . . .	61 851	78,8	118 744	80,0	416 250	74,9
Danzig . . . . .	3 265	4,2	5 249	3,55	10 495	1,9
Polen . . . . .	5 167	6,5	9 918	6,7	89 819	16,1
Tschechoslowakei	2 614	3,3	5 775	3,9	11 209	2,0
Baltische Staaten .	1 505	1,9	2 267	1,5	5 114	0,9
Übriges Ausland .	4 157	5,3	6 436	4,35	23 245	4,2
Ausland insges. . .	16 708	21,2	29 645	20,0	139 882	25,1
zusammen . . . . .	78 559	100,0	148 389	100,0	556 132	100,0

<sup>1</sup> Die Zahlen für 1946 sind aus den Ergebnissen der Volkszählung 1946 (Berliner Statistik, Sonderheft 6, S. 56–59), die Zahlen für 1950 aus den Ergebnissen der Volkszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 46/47) errechnet bzw. entnommen. Die für 1946 errechnete Gesamtzahl von 78 559 Heimatvertriebenen in Westberlin weicht von der offiziell angegebenen Zahl (81 503) ab, da zum Vergleich mit den Zahlen von 1950 die seit 1939 aus dem Saarland Zugezogenen (250) hinzugerechnet und die seit 1939 aus dem Ausland Zugezogenen mit nichtdeutscher Muttersprache (3194) abgerechnet werden mußten.

<sup>2</sup> Die Angaben sind aus den Ergebnissen der Volkszählung 1946 (Berliner Statistik, Sonderheft 6, S. 54/55) errechnet.

Tabelle 2  
**Altersgliederung der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen**  
 (Westberlin 1950)<sup>1</sup>

Altersgruppe (in Jahren)	Zu der Altersgruppe gehörten											
	von der männlichen		von den weiblichen		von den Heim-		von den					
	Gesamt- bevölkerung abs. in vH	Heimat- vertriebenen abs. in vH	Gesamt- bevölkerung abs. in vH	Heimat- vertriebenen abs. in vH	Gesamt- bevölkerung abs. in vH	Heimat- vertriebenen abs. in vH	Gesamt- bevölkerung abs. in vH	Heimat- vertriebenen abs. in vH				
0 bis unter 5 ..	46 433	5,1	3 785	6,4	44 379	3,6	3 603	4,1	90 812	4,2	7 388	5,0
5 ..	72 984	8,0	4 828	7,9	70 657	5,7	4 832	5,5	143 641	6,7	9 660	6,5
10 ..	74 283	8,2	4 832	7,9	72 798	5,9	4 991	5,7	147 081	6,8	9 823	6,6
15 ..	53 874	5,9	4 142	6,8	54 006	4,4	5 031	5,7	107 880	5,0	9 173	6,2
20 ..	49 966	5,5	5 072	8,3	58 170	4,7	7 362	8,4	108 136	5,0	12 434	8,4
25 ..	42 873	4,7	5 057	8,3	68 709	5,6	9 796	11,2	111 582	5,2	14 853	10,0
30 ..	38 353	4,2	3 972	6,5	61 078	4,9	6 042	6,9	99 431	4,6	10 014	6,7
35 ..	63 888	7,0	4 897	8,0	99 152	8,0	6 651	7,6	163 040	7,6	11 548	7,6
40 ..	82 595	9,1	5 053	8,3	119 456	9,7	6 386	7,3	202 051	9,4	11 439	7,7
45 ..	87 512	9,6	4 608	7,6	113 932	9,2	6 091	6,9	201 444	9,4	10 699	7,3
50 ..	74 201	8,1	3 779	6,2	111 719	9,1	5 867	6,7	185 920	8,8	9 646	6,5
55 ..	63 061	6,9	3 140	5,2	105 228	8,5	5 083	5,8	168 289	7,8	8 223	5,5
60 ..	59 549	6,5	2 506	4,1	92 602	7,5	4 571	5,2	152 151	7,1	7 077	4,8
65 ..	47 596	5,2	1 870	3,1	69 423	5,6	3 922	4,5	117 019	5,5	5 792	3,9
70 ..	32 467	3,6	1 595	2,6	50 988	4,1	3 471	4,0	83 455	3,9	5 066	3,4
75 ..	15 345	1,7	1 026	1,7	27 619	2,2	2 235	2,6	42 964	2,0	3 271	2,2
80 und mehr .....	6 524	0,7	661	1,1	15 552	1,3	1 622	1,9	22 046	1,0	2 283	1,5
insgesamt	911 504	100,0	60 833	100,0	1 235 448	100,0	87 556	100,0	2 146 952	100,0	148 389	100,0

<sup>1</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volkszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 26—33).

Tabelle 3

**Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen  
nach den wichtigsten Berufsgruppen und nach Altersgruppen  
(Berlin 1946)<sup>1</sup>**

Berufsgruppe	Erwerbs- personen	Zu der Berufsgruppe gehörten von 100 Erwerbspersonen						Von 100 Erwerbspersonen der Berufsgruppe gehörten zu der Altersgruppe von . . . . Jahren								
		a) Gesamt- bevölkerung	b) Heimat- vertriebene	aller Alters- grup- pen	der Altersgruppe von . . . . Jahren						unter 25	25 bis un- ter 35	35 bis un- ter 45	45 bis un- ter 55	55 bis un- ter 65	65 und mehr
					un- ter 25	25 bis un- ter 35	35 bis un- ter 45	45 bis un- ter 55	55 bis un- ter 65	65 und mehr						
Landwirtschaftl. und Gartenbauberufe ..	a)	31 747	2,0	2,3	1,7	1,9	1,9	2,0	2,7	15,7	12,4	24,6	23,2	16,9	7,2	
	b)	2 695	4,6	4,2	3,4	4,3	5,1	5,7	11,2	22,9	15,5	20,0	20,8	12,9	7,9	
Bauberufe .....	a)	149 419	9,3	7,2	6,4	9,0	10,0	11,8	12,2	10,6	9,8	24,9	26,4	21,4	6,9	
	b)	6 977	11,9	7,4	8,2	14,0	15,8	17,7	17,4	15,7	14,6	24,9	24,7	15,4	4,7	
Metallarbeiter und zugehörige Berufe	a)	157 936	9,8	13,1	9,2	10,1	8,8	9,5	7,9	18,1	13,3	26,4	21,7	16,2	4,3	
	b)	4 038	6,9	8,4	6,7	6,9	5,9	6,0	5,0	30,9	20,6	21,2	15,9	9,0	2,4	
Elektriker .....	a)	41 717	2,6	4,1	2,5	2,8	2,4	1,9	1,2	21,6	13,7	27,5	22,6	12,2	2,4	
	b)	1 131	1,9	2,9	2,0	1,6	1,6	1,0	0,7	21,6	13,7	27,5	22,6	12,2	2,4	
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	a)	33 370	2,1	1,9	1,5	1,8	1,7	2,8	4,5	12,8	10,2	22,8	19,5	23,2	11,5	
	b)	1 344	2,3	1,6	2,0	2,7	2,4	3,3	3,3	18,0	18,2	25,0	19,2	14,9	4,7	
Textilarbeiter .....	a)	115 246	7,2	8,0	7,8	7,1	6,4	6,8	8,3	15,2	15,4	25,5	21,6	16,1	6,2	
	b)	3 724	6,4	6,2	6,5	6,6	6,3	6,0	6,4	24,6	21,9	22,1	18,4	9,7	3,3	
Nahrungs- und Ge- nußmittelarbeiter..	a)	42 180	2,6	2,5	2,8	2,8	2,6	2,6	2,3	12,8	15,1	26,9	23,9	16,7	4,6	
	b)	2 139	3,6	3,9	4,0	3,8	3,4	2,5	3,5	27,2	23,2	22,0	17,5	17,0	3,1	
Hilfsberufe der Stoff- erzeugung und -verarbeitung ....	a)	41 801	2,6	2,4	2,4	2,7	2,8	2,6	2,3	12,4	13,0	26,9	26,1	16,9	4,7	
	b)	1 068	1,8	2,0	1,8	1,9	1,8	1,7	1,2	27,9	20,6	21,9	18,1	9,5	2,0	
Kaufmännische Berufe .....	a)	213 136	13,3	10,4	13,5	13,2	14,0	13,6	16,2	10,7	14,5	25,4	25,6	17,3	6,5	
	b)	5 688	9,7	9,5	10,0	10,3	9,7	8,7	9,2	24,7	21,9	22,6	18,6	9,3	2,9	
Verkehrspersonal ..	a)	139 131	8,7	7,5	8,1	9,4	9,4	8,8	5,8	11,8	13,4	27,8	26,2	17,3	3,5	
	b)	4 182	7,1	6,6	7,3	7,1	7,3	8,3	5,9	23,4	21,6	21,1	19,1	12,1	2,7	
Hauswirtschaftliche Berufe .....	a)	46 501	2,9	6,5	3,2	2,6	2,7	2,3	1,8	22,3	15,9	22,6	22,3	13,6	3,3	
	b)	4 624	7,9	13,5	6,8	5,5	6,0	6,0	4,3	43,5	18,2	14,7	14,0	7,8	1,8	
Reinigungsarbeiter ..	a)	51 148	3,2	1,5	2,4	3,3	4,0	4,1	2,7	6,2	10,5	26,8	30,5	21,7	4,3	
	b)	1 522	2,6	2,0	2,5	2,9	3,2	2,7	1,4	19,8	20,7	23,9	23,1	10,8	1,7	
Gesundheitsdienst- u. Körperpflegeberufe	a)	53 791	3,3	4,7	4,6	2,8	2,9	2,7	3,0	19,0	19,4	22,0	21,4	13,4	4,8	
	b)	3 915	6,7	8,6	8,8	5,4	4,5	4,6	5,1	32,6	27,9	17,3	12,5	7,2	2,5	
Verwaltungs- und Büroberufe .....	a)	155 101	9,7	12,8	12,6	9,1	9,5	7,4	4,6	18,2	18,6	24,0	23,8	12,9	2,5	
	b)	3 937	6,7	7,7	8,7	6,3	5,8	4,2	2,9	28,9	27,4	19,9	15,9	6,5	1,4	
Dienst- und Wach- personal .....	a)	46 849	2,9	0,5	1,9	2,9	3,5	4,2	5,1	2,4	9,0	25,5	29,4	24,4	9,3	
	b)	969	2,7	0,6	1,5	1,8	2,2	2,6	2,9	9,8	19,8	23,4	24,7	16,5	5,8	
Erziehungs- u. Lehr- berufe, Seelsorger	a)	23 493	1,5	1,7	1,7	1,1	1,3	1,6	2,4	15,4	16,3	19,8	20,8	19,1	8,6	
	b)	1 600	2,7	1,9	2,4	2,8	3,0	3,9	5,2	17,5	19,1	22,0	20,5	14,7	6,2	
Summe dieser Berufsgruppen ..	a)	1 342 566	83,7	87,1	82,3	82,6	83,9	84,7	83,0	13,9	14,0	25,3	24,4	17,2	5,2	
	b)	49 554	84,5	87,0	82,6	83,9	84,0	84,9	85,6	26,0	21,0	21,0	18,5	10,3	3,2	
Summe aller Berufsgruppen ..	a)	1 606 871	100	100	100	100	100	100	100	13,7	14,3	25,6	24,3	16,9	5,2	
	b)	58 608	100	100	100	100	100	100	100	25,3	21,2	21,3	18,6	10,3	3,3	

<sup>1</sup> Errechnet bzw. entnommen aus den Ergebnissen der Volkszählung 1946 (Gesamtbevölkerung: Berliner Statistik, Sonderheft 7, S. 21—40; Heimatvertriebene: handschriftliche Tabellen beim Statist. Landesamt Berlin).

Tabelle 4

**Anteil der Heimatvertriebenen an den Erwerbspersonen nach Berufsgruppen**  
(Berlin 1946, Westberlin 1950)<sup>1</sup>

Berufsgruppe	Von 100 Erwerbspersonen der Berufsgruppe waren Heimatvertriebene					
	Berlin 1946			Westberlin 1950		
	Anteil überdurchschnittlich	Anteil etwa durchschnittlich	Anteil unterdurchschnittlich	Anteil überdurchschnittlich	Anteil etwa durchschnittlich	Anteil unterdurchschnittlich
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer .....	8,6	—	—	10,5	—	—
Forst-, Jagd- u. Fischereiberufe	6,3	—	—	17,4	—	—
Mithelf. Familienangehörige in der Wirtschaftsabt. Land- u. Forstwirtschaft .....	—	—	2,3	—	—	5,8
Bergmännische Berufe .....	10,2	—	—	20,2	—	—
Steingewinner u. -verarbeiter, Keramiker .....	4,2	—	—	8,7	—	—
Glasmacher .....	—	—	3,3	8,1	—	—
Bauberufe .....	4,7	—	—	10,2	—	—
Metallerzeuger u. -verarbeiter	—	—	2,6	—	—	5,1
Elektriker .....	—	—	2,7	—	—	5,6
Chemiewerker u. Kunststoffverarbeiter .....	—	—	3,1	—	—	5,9
Holzverarbeiter und zugeh. Berufe .....	4,0	—	—	9,7	—	—
Papierhersteller u. -verarbeiter	—	—	1,8	—	—	3,5
Graphische Berufe .....	—	—	1,8	—	—	3,4
Textilhersteller u. -verarbeiter	—	—	3,2	—	6,5	—
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter .....	—	3,8	—	7,8	—	—
Nahrungs- und Genußmittelhersteller .....	5,0	—	—	9,4	—	—
Gewerbliche Hilfsberufe .....	—	—	2,6	—	—	5,8

<sup>1</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählungen 1946 und 1950 (für Berlin 1946: Berliner Statistik, Sonderheft 7, S. 21–40, und Heimatvertriebenen-Tabellen beim Statistischen Landesamt; für Westberlin 1950: Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 108–155 und Heimatvertriebenen-Tabellen beim Statistischen Landesamt).

Berufsgruppe	Von 100 Erwerbepersonen der Berufsgruppe waren Heimatvertriebene					
	Berlin 1946			Westberlin 1950		
	Anteil überdurchschnittlich	Anteil etwa durchschnittlich	Anteil unterdurchschnittlich	Anteil überdurchschnittlich	Anteil etwa durchschnittlich	Anteil unterdurchschnittlich
Ingenieure und Techniker ....	—	3,4	—	—	—	4,5
Technische Sonderfachkräfte .	4,3	—	—	—	7,1	—
Maschinen u. zugehör. Berufe	4,2	—	—	—	7,3	—
Kaufmännische Berufe .....	—	—	2,7	—	—	5,4
Verkehrsberufe .....	—	—	3,0	—	—	5,8
Gaststättenberufe .....	—	3,9	—	—	—	5,7
Hauswirtschaftliche Berufe ..	9,9	—	—	18,7	—	—
Reinigungsberufe .....	—	—	3,0	—	7,2	—
Gesundheitsdienst- u. Körperpflegeberufe .....	7,3	—	—	12,1	—	—
Volkspflegeberufe .....	6,0	—	—	11,3	—	—
Verwaltungs- und Büroberufe	—	—	2,5	—	—	4,9
Rechts- und Sicherheitswahrer	—	—	2,8	—	7,0	—
Dienst- und Wachberufe .....	—	—	2,1	—	—	5,9
Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger .....	6,8	—	—	11,1	—	—
Bildungs- u. Forschungsberufe	10,2	—	—	7,7	—	—
Künstlerische Berufe .....	4,1	—	—	—	—	5,2
Berufstätige ohne nähere Berufsangabe .....	4,3	—	—	9,3	—	—
Berufstätige mit noch nicht bestimmtem Beruf .....	7,8	—	—	9,3	—	—
Schulentlassene .....	—	—	—	—	7,0	—
Mithelf. Familienangehörige außerhalb d. Wirtschaftsabt. Land- und Forstwirtschaft .	—	—	1,4	—	—	3,8
Durchschnitt aller Berufsgruppen .....	3,65			7,0		

Tabelle 5

**Männliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen**  
(Westberlin 1950)<sup>1</sup>

Berufsordnung	Zahl der männlichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den männl. Erwerbspers. der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Landwirtschaftl. Berufe	1 220	261	21,4	—	—
Tierzüchter und zugehörige Berufe .....	737	88	11,9	—	—
Gartenbauberufe .....	12 961	1 215	9,4	—	—
Forstberufe .....	983	176	17,9	—	—
Natursteingewinner und -verarbeiter .....	652	85	13,0	—	—
Maurer .....	15 254	2 056	13,5	—	—
Betonbauer .....	1 163	104	8,9	—	—
Hochbaunebenberufe ..	9 531	1 324	13,9	—	—
Straßenbauer .....	2 276	231	10,1	—	—
Tiefbauer .....	3 531	359	10,2	—	—
Bauausstatter .....	13 817	1 065	7,7	—	—
Baustättenarbeiter .....	35 275	3 609	10,2	—	—
Formgießer .....	2 174	146	—	6,7	—
Schmiede .....	1 988	226	11,4	—	—
Metallspanabnehmer ...	9 047	231	—	—	2,6
Metallverbinder .....	2 081	139	—	6,7	—
Metallwerkzeugmacher .	5 060	95	—	—	1,9
Schlosser .....	26 966	1 585	—	—	5,9
Klempner und Installateure .....	11 660	684	—	—	5,9
Grobmechaniker .....	12 522	676	—	—	5,4
Metallfeinbauer .....	5 563	267	—	—	4,8
Elektroleitungsbauer ...	14 711	924	—	6,3	—
Elektromaschinen- und Apparatebauer .....	4 594	218	—	—	4,9
Chemiefachwerker .....	2 143	109	—	—	5,1
Chemiesonderfachwerker	775	41	—	—	5,3

<sup>1</sup> Entnommen bzw. errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 156—165).



Berufsordnung	Zahl der männlichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den männl. Erwerbspers. der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Holzaufbereiter .....	1 043	105	10,0	—	—
Tischler .....	13 591	1 412	10,4	—	—
Holzfahrzeugbauer ....	1 046	81	7,7	—	—
Holzoberflächenveredler.	579	31	—	—	5,4
Papierverarbeiter .....	1 482	50	—	—	3,4
Nachschaffende Zeichner	1 891	75	—	—	4,0
Lichtbildner .....	1 514	56	—	—	3,7
Druckstockhersteller ...	3 089	84	—	—	2,7
Drucker .....	2 668	67	—	—	2,5
Schneider und Näher ..	8 365	477	—	—	5,7
Polsterer, Dekorateure .	1 685	87	—	—	5,2
Textilreiniger .....	552	35	—	6,3	—
Sattler und verwandte Berufe .....	1 252	78	—	6,2	—
Schuhhersteller .....	3 775	372	9,9	—	—
Mehl- und Nahrungsmittelhersteller .....	332	63	19,0	—	—
Backwarenhersteller ...	9 319	812	8,7	—	—
Süßwarenhersteller ....	479	43	9,0	—	—
Milch- und Fettverarbeiter .....	366	39	10,6	—	—
Fleischer .....	4 452	448	10,1	—	—
Speisenzubereiter .....	1 463	129	8,8	—	—
Getränkerebereiter .....	903	76	8,4	—	—
Warenlagerarbeiter ....	8 667	537	—	6,2	—
Ingenieure der Bodenerschließung .....	631	68	10,8	—	—
Ingenieure der Energieumwandlung .....	8 094	237	—	—	2,9
Ingenieure der Stoffumwandlung .....	1 517	66	—	—	4,4
Ingenieure des Konstruktionswesens ....	10 719	614	—	—	5,7
Ingenieur u. Techniker ohne Angabe einer Fachrichtung .....	3 509	104	—	—	2,9

noch Tabelle 5

Berufsordnung	Zahl der männlichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den männl. Erwerbspers. der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Praktisch-technische Sonderfachkräfte ....	877	51	—	—	5,8
Maschinen an Kraftmaschinen .....	1 330	73	—	—	5,5
Lokomotivführer .....	1 075	99	9,2	—	—
Maschinen an Arbeitsmaschinen .....	991	93	9,4	—	—
Maschinenwärter, Maschinenhelfer und Heizer .....	3 870	312	8,1	—	—
Betriebskaufleute .....	46 447	2 166	—	—	4,7
Warenkaufleute .....	13 554	859	—	6,3	—
Rechnungskaufleute ...	8 304	387	—	—	4,7
Kaufm. Angestellte ohne näh. Berufsangabe ...	8 466	551	—	6,5	—
Sonderfachkaufleute ...	12 693	473	—	—	3,7
Vermittler .....	1 413	44	—	—	3,1
Kaufmännische Hilfsberufe .....	2 081	115	—	—	5,5
Landverkehrsberufe ...	32 671	1 673	—	—	5,1
Wasserverkehrsberufe ..	518	154	29,6	—	—
Nachrichtenverkehrsberufe .....	4 465	190	—	—	4,3
Verkehrshelfer .....	18 393	1 229	—	6,7	—
Gastwirte .....	3 580	153	—	—	4,3
Gaststättengehilfen ....	3 682	215	—	—	5,8
Bauten- und Straßenreiniger .....	2 542	120	—	—	4,7
Ärzte .....	3 448	366	10,6	—	—
Zahnärzte .....	631	35	—	—	5,6
Tierärzte .....	124	17	13,7	—	—
Sonstige Heilbehandler .	1 229	66	—	—	5,4
Apotheker .....	757	65	8,6	—	—
Heilbehandlungsbeistände .....	1 681	151	9,0	—	—
Körperpfleger .....	3 855	200	—	—	5,2

10 Koerber, Flüchtlinge

Berufsordnung	Zahl der männlichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den männl. Erwerbspers. der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Fürsorger und Betreuer	348	31	8,9	—	—
Verwaltungsbeamte und -angestellte .....	31 155	1 591	—	—	5,1
Büro- und Verwaltungshelfer .....	4 651	246	—	—	5,3
Rechtsfinder .....	829	71	8,6	—	—
Rechtsbeistände .....	1 236	69	—	—	5,6
Wirtschaftssachverständige .....	3 479	140	—	—	4,0
Polizeibeamte und -angestellte .....	13 042	1 132	8,7	—	—
Sonstige Sicherheitswahrer .....	1 296	40	—	—	3,1
Dienst- und Wachberufe	11 411	743	—	6,5	—
Lehrberufe .....	6 979	653	9,4	—	—
Seelsorgeberufe .....	979	163	16,7	—	—
Bildungsberufe .....	2 904	229	7,9	—	—
Forschungsberufe .....	902	61	—	6,7	—
Bildende Künstler .....	1 545	69	—	—	4,5
Darstellende Künstler ..	2 737	136	—	—	5,0
Musiker .....	3 839	191	—	—	5,0
Berufstätige ohne nähere Berufsangabe .....	7 996	797	10,0	—	—
Schulentlassene Arbeitslose .....	4 947	339	—	6,8	—
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft .....	631	35	—	—	5,5
<b>Summe aller Berufsordnungen .....</b>	<b>584 414</b>	<b>39 525</b>		<b>6,8</b>	

Tabelle 6

**Weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach den wichtigsten Berufsordnungen  
(Westberlin 1950)<sup>1</sup>**

Berufsordnung	Zahl der weiblichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den weibl. Erwerbspersonen der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Landwirtsch. Berufe ...	958	217	22,6	—	—
Gartenbauberufe .....	9 643	894	9,3	—	—
Forstberufe .....	309	48	15,5	—	—
Baustättenarbeiter .....	12 969	913	—	7,0	—
Blechverformer .....	1 712	84	—	—	4,9
Metallspanabnehmer ...	3 866	187	—	—	4,8
Metallverbinder .....	2 687	102	—	—	3,8
Grobmechaniker .....	2 717	107	—	—	3,9
Metallfeinbauer .....	605	39	—	—	6,4
Metalloberflächenveredler .....	721	42	—	—	5,8
Elektroleitungsbauer ...	927	53	—	—	5,7
Elektromaschinen- und Apparatebauer .....	10 537	537	—	—	5,1
Chemiefachwerker .....	2 837	191	—	—	6,7
Chemiesonderfachwerker .....	518	37	—	7,1	—
Papierverarbeiter .....	3 537	126	—	—	3,6
Nachschaffende Zeichner	1 464	68	—	—	4,6
Lichtbildner .....	1 295	64	—	—	4,9
Spinner .....	350	52	14,9	—	—
Weber .....	362	50	13,8	—	—
Wirker und Stricker ...	2 169	210	9,7	—	—

<sup>1</sup> Entnommen bzw. errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 156—165).

Berufsordnung	Zahl der weiblichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den weibl. Erwerbspersonen der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Sticker .....	707	38	—	—	5,4
Schneider und Näher ..	32 295	2 080	—	—	6,4
Hutmacher .....	2 053	115	—	—	5,6
Textilreiniger .....	2 849	177	—	—	6,2
Schuhhersteller .....	827	80	9,7	—	—
Fellverarbeiter .....	935	52	—	—	5,6
Speisenzubereiter .....	7 196	769	10,7	—	—
Süßwarenhersteller ....	1 130	52	—	—	4,6
Warensortierer, -nachseher .....	771	50	—	—	6,5
Warenaufmacher .....	963	37	—	—	3,8
Warenlagerarbeiter ....	10 071	575	—	—	5,7
Medizinisch-technische Sonderfachkräfte ....	1 738	151	8,7	—	—
Betriebskaufleute .....	16 850	517	—	—	3,1
Warenkaufleute .....	29 098	2 330	—	8,0	—
Rechnungskaufleute ....	10 452	472	—	—	4,5
Kaufm. Angest. ohne näh. Berufsangabe ...	5 692	357	—	—	6,3
Sonderfachkaufleute ..	4 452	197	—	—	4,4
Kaufm. Hilfsberufe ....	3 663	373	10,2	—	—
Landverkehrsberufe ...	2 457	181	—	7,4	—
Nachrichtenverkehrsberufe .....	5 468	268	—	—	4,9
Verkehrshelfer .....	4 942	270	—	—	5,5
Gastwirte .....	2 261	64	—	—	2,8
Gaststättengehilfen ....	4 462	358	—	8,0	—
Haushaltführende Berufe .....	3 544	467	13,1	—	—
Haushaltshelfer .....	18 036	3 562	19,8	—	—
Hausrat- und Raumreiniger .....	19 718	1 504	—	7,6	—

noch Tabelle 6

Berufsordnung	Zahl der weiblichen Erwerbspersonen in der Berufsordnung		Anteil der Heimatvertriebenen an den weibl. Erwerbspersonen der Berufsordnung (in vH)		
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	über dem Durchschnitt	etwa durchschnittlich	unter dem Durchschnitt
Ärzte .....	1 075	75	—	7,2	—
Sonstige Heilbehandler .	348	33	9,5	—	—
Apotheker .....	559	55	9,8	—	—
Heilbehandlungs- beistände .....	16 517	2 932	17,7	—	—
Körperpfleger .....	4 849	312	—	—	6,4
Fürsorger, Betreuer ...	1 681	198	11,8	—	—
Verwaltungsbeamte und -angestellte .....	17 871	899	—	—	5,0
Büro- und Verwaltungshelfer .....	46 739	2 119	—	—	4,5
Polizeibeamte und -angestellte .....	408	41	10,0	—	—
Dienst- und Wachberufe (Hauswarte usw.) ....	13 761	738	—	—	5,4
Erziehungsberufe .....	2 530	292	11,5	—	—
Lehrberufe .....	7 510	690	9,2	—	—
Seelsorgeberufe .....	883	287	32,5	—	—
Bildungsberufe .....	2 284	193	8,5	—	—
Bildende Künstler .....	727	33	—	—	4,5
Darstellende Künstler ..	3 254	184	—	—	5,7
Berufstätige ohne nähere Berufsangabe .....	9 415	829	8,8	—	—
Schulentlassene Arbeitslose .....	6 271	444	—	7,1	—
Mithelfende Familienangehörige außerh. der Wirtschaftsabt. Land- u. Forstwirtschaft ....	15 901	592	—	—	3,7
<b>Summe aller Berufsordnungen</b>	<b>420 086</b>	<b>30 892</b>	<b>7,4</b>		

Tabelle 7  
Männliche und weibliche Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen nach Berufsabteilungen und nach der Stellung im Beruf (Westberlin 1950)<sup>1</sup>

Berufsabteilung	Stellung im Beruf	Gesamtbevölkerung					Heimatvertriebene					Bevölkerungs- Anteil in vH <sup>2</sup>
		männlich abs.	weiblich abs.	insgesamt abs.	männlich vH	weiblich vH	männlich abs.	weiblich abs.	insgesamt abs.	männlich vH	weiblich vH	
Pflanzenbau und Tierwirtschaft...	Selbständige ....	1 452	629	2 081	0,2	54	16	70	0,1			
	mitH. Fam.-Ang. Abhängige .....	38	287	325	0,0	3	16	19	0,0			
	insgesamt	14 480	10 458	24 938	2,5	1 692	1 161	2 853	4,1			
Industr. u. hand- werkli. Berufe ..	Selbständige ....	15 970	11 374	27 344	2,7	1 749	1 183	2 942	4,2			
	Abhängige .....	23 852	4 037	27 889	2,8	820	115	935	1,4			
	insgesamt	236 281	113 753	350 034	34,8	19 065	7 290	26 355	37,4			
Technische Be- rufe .....	Selbständige ....	260 113	117 790	377 903	37,6	19 885	7 405	27 290	38,8			
	Abhängige .....	3 371	28	3 399	0,3	116	2	118	0,2			
	insgesamt	30 753	3 231	33 984	3,4	1 646	223	1 869	2,6			
Handels- u. Ver- kehrsberufe ..	Selbständige ....	34 134	3 259	37 393	3,7	1 762	225	1 987	2,8			
	Abhängige .....	40 122	16 646	56 768	5,7	1 588	452	2 040	2,9			
	insgesamt	116 304	73 638	189 942	18,9	6 627	4 951	11 578	16,4			
Haush.-, Gesund- heits- u. Volks- pflegeberufe ..	Selbständige ....	156 424	26,8	90 284	21,5	246 710	24,6	8 215	20,8			
	Abhängige .....	6 062	2 388	8 450	0,9	74 647	7,4	835	0,9			
	insgesamt	15 967	2,7	67 130	16,0	83 097	8,3	1 124	2,8			
Berufe des Ver- waltungswesens ..	Selbständige ....	3 148	560	3 708	0,4	113	11	124	0,2			
	Abhängige .....	64 592	79 716	144 308	14,4	3 949	3 836	7 785	11,0			
	insgesamt	67 740	11,6	80 276	19,1	146 016	14,8	4 062	10,3			
Berufe des Gel- stes- und Kunst- lebens .....	Selbständige ....	2 327	1 290	3 617	0,3	92	42	134	0,2			
	Abhängige .....	17 913	16 990	34 903	3,5	1 447	1 705	3 152	4,5			
	insgesamt	20 240	3,5	18 280	4,4	38 520	3,8	1 539	3,9			
Unbestimmte Be- rufe .....	mitH. Fam.-Ang. Abhängige .....	631	15 901	16 532	1,6	35	1 154	592	0,9			
	insgesamt	13 133	15 792	28 925	2,9	1 154	1 288	2 442	3,4			
Berufsabteilung 1-9 .....	Selbständige ....	80 334	25 578	105 912	10,5	3 072	736	3 808	5,4			
	mitH. Fam.-Ang. Abhängige .....	508 411	376 320	884 731	87,8	36 415	608	646	0,9			
	insgesamt	584 414	100,0	420 086	100,0	1 004 500	100,0	39 525	100,0	30 892	100,0	7,0

<sup>1</sup> Entnommen bzw. errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Gesamtbevölkerung: Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 106; Heimatvertriebene: Tabellen-Handschriften beim Statistischen Landesamt Berlin).  
<sup>2</sup> Anteil der Heimatvertriebenen an den Westberliner Erwerbspersonen der Berufsabteilung.

Tabelle 8

**Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene nach der sozialen Stellung  
(Westberlin 1950)<sup>1</sup>**

Personenkreis (einschl. Angehörige ohne Hauptberuf)	Von 100 Personen gehörten zu dem Personenkreis		Von 100 Pers. der Ges.-Bev. waren Heimat- vertriebene
	Gesamt- bevölkerung	Heimat- vertriebene	
Selbständige			
in landwirtschaftl. Betrieben ....	0,02	0,03	7,7
in nichtlandwirtsch. Betrieben			
Alleinschaffende .....	3,9	2,6	4,6
Betriebe m. 2— 4 Beschäftigten	3,6	2,2	4,3
"      "      5— 9      "	1,0	0,6	4,0
"      "      10—49      "	0,6	0,26	3,1
"      "      50 u. mehr      "	0,09	0,04	3,3
insgesamt Selbständige .....	9,2	5,7	4,3
Mithelfende Familienangehörige ...	0,8	0,4	3,8
Beamte <sup>2</sup> .....	0,01	0,01	9,3
Angestellte .....	27,7	27,0	6,7
Arbeiter .....	41,6	47,5	7,9
Erwerbspersonen mit Angehörigen ohne Hauptberuf .....	79,3	80,6	7,0
Altenteiler, vom eigenen Vermögen lebende Rentner .....	0,4	0,2	4,1
Beamte im Ruhestand .....	1,4	0,8	3,9
Sozialversicherungs- und Witwen- geldempfänger .....	15,1	12,7	5,8
Unterstützungsempfänger .....	2,1	2,9	9,6
Selbständ. Hausfrauen ohne Angabe einer Erwerbsquelle .....	0,5	0,5	7,0
Personen außerhalb d. erwerbsfähigen Alters ohne Angabe einer Erwerbs- quelle .....	0,01	0,04	23,1
nicht in ihrer Familie lebende Schü- ler, Studierende u. dgl. <sup>3</sup> .....	0,4	0,7	13,1
Zöglinge und Insassen verschiedener Anstalten .....	0,8	1,6	13,1
Selbständige Berufslose mit Angehörigen ohne Hauptberuf	20,7	19,4	6,5
insgesamt	100,0	100,0	6,9

<sup>1</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volkszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 25. Gesamtbevölkerung S. 24/25; Heimatvertriebene S. 30/31).

<sup>2</sup> Zur Zeit der Volkszählung 1950 gab es noch keine Westberliner Beamten. Es muß sich demnach — abgesehen von einigen Bundesbeamten in Berlin — vor allem um Angehörige ehemaliger Beamten handeln, worauf die unverhältnismäßig hohe Zahl von Angehörigen ohne Hauptberuf hinweist (Gesamtbevölkerung 19 Beamte und 163 berufslose Angehörige von Beamten; Heimatvertriebene: 1 Beamter, 16 berufslose Angehörige von Beamten).

<sup>3</sup> Zur scheinbar hohen Zahl heimatvertriebener Schüler und Studenten, die ohne Familie in Westberlin leben, vgl. S. 70 Abs. 2.



Tabelle 9

**Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung und der Heimatvertriebenen  
nach Wirtschaftsabteilungen  
(Westberlin 1950)<sup>1</sup>**

Wirtschaftsabteilung	Erwerbspersonen		von 100 Erwerbspersonen gehörten zu der Wirtschaftsabteilung		von 100 Berufszugehörigen <sup>2</sup> gehörten zu der Wirtschaftsabteilung	
	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei .....	20 836	2 333	2,1	3,3	1,9	3,1
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden, Energiewirtschaft .....	14 511	777	1,4	1,1	1,8	1,4
Eisen- und Metallherzeugung u. -verarbeitung	143 634	6 358	14,3	9,0	15,2	9,8
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarb.) .....	154 266	10 354	15,4	14,7	14,4	13,9
Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe .....	122 697	11 631	12,2	16,5	13,3	18,1
Handel, Geld u. Versicherungswesen .....	162 985	8 736	16,2	12,4	15,5	12,4
Dienstleistungen .....	101 111	7 948	10,1	11,3	8,5	9,0
Verkehrswesen .....	71 732	3 965	7,1	5,6	8,3	7,0
Öffentl. Dienst u. Dienstleistungen im öff. Interesse .....	192 100	16 601	19,1	23,6	19,6	23,4
— ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit —	20 628	1 714	2,1	2,4	1,5	1,9
<b>Erwerbspersonen insges.</b>	<b>1 004 500</b>	<b>70 417</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
davon arbeitslos .....	227 184	16 085	22,6	22,8	21,3	22,0

<sup>1</sup> Entnommen bzw. errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950 (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 20—24 und S. 26—30).

<sup>2</sup> Erwerbspersonen und Angehörige ohne Hauptberuf.

Tabelle 10

**Altersgliederung der Sowjetzonenbevölkerung (1950)<sup>1</sup>  
der in Westberlin gemeldeten Zonenflüchtlinge (1949/50, 1952, 1953)<sup>2</sup>  
und verschiedener Personenkreise der Bevölkerung von Westberlin (1950)<sup>3</sup>**

Personenkreis a männliche Personen b weibliche Personen	von 100 Personen des Personenkreises standen im Alter von . . . . Jahren					ins- gesamt
	unter 15	15 unter 25	25 bis unter 45	45 bis unter 65	65 und mehr	
Bevölkerung der Sowjetzone 1950 <sup>1</sup> . . . . . a	12	17		11	4	44
b	12	23		15	6	56
In Westberlin gemeldete Zonenflüchtlinge <sup>2</sup>						
in d. Jahren 1949/50 a	7	21	24	12	1	65
b	7	9	13	5	1	35
im 1. Halbjahr 1952 . a	8	24	18	11	1	62
b	8	10	14	6	0	38
im 2. Halbjahr 1952 . a	12	19	13	9	1	54
b	11	11	15	8	1	46
im 1. Halbjahr 1953 . a	12	13	13	10	1	49
b	12	11	17	10	1	51
im 2. Halbjahr 1953 . a	13	18	16	8	1	56
b	11	11	15	6	1	44
Bevölkerung von Westberlin 1950 <sup>3</sup>						
Seit 1939 a. d. Gebiet der Sowjetzone Zugewanderte . . . . . a	8	7	18	8	1	42
b	12	6	22	12	6	58
Heimatvertriebene . a	9	6	13	9	4	41
b	9	8	19	15	8	59
Gesamtbevölkerung. a	9	5	11	13	5	43
b	9	5	16	20	7	57

<sup>1</sup> Die Zahlenangaben sind geschätzt unter Zugrundelegung von Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, die jedoch von einer etwas abweichenden Altersgliederung ausgehen.

<sup>2</sup> Errechnet nach den Berichten des Senators für Sozialwesen (für 1948/49: Die Flüchtlingsbewegung nach West-Berlin bis Ende Januar 1952; für 1952 und 1953: Zuwandererbewegung nach West-Berlin). In den Zahlen für 1953 sind auch die „Wieder-aufnahmefälle“ enthalten (in früheren Jahren abgelehnte Flüchtlinge); durch die sich aber die Altersgliederung nicht wesentlich verschoben haben dürfte. Die in den Berichten für die drei jüngeren Altersgruppen etwas abweichende Altersbestimmung (unter 14, 14 bis unter 24, 24 bis unter 45 Jahre) ist durch geschätzte Umrechnung berücksichtigt worden.

<sup>3</sup> Ergebnisse der Volkszählung 1950 (für die aus dem Gebiet der Sowjetzone Zugewanderten: Repräsentativmaterial; für Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene: Berliner Statistik, Sonderheft 18, S. 26—33).

Tabelle 11

**Gliederung der im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Zonenflüchtlinge nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf<sup>1</sup>  
im Vergleich mit der Berufsgliederung der Bevölkerung von Westberlin (1950)<sup>2</sup>**

Berufsgruppe(n)	Von 100 Erwerbspersonen gehörten zu der (den) Berufsgruppe(n)		Von den im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Flüchtlings-Erwerbspersonen gehörten zu der (den) Berufsgruppe(n) abs. Zahl			
	Bevölkerung von Westberlin 1950	für Westberlin aufgenommen. Flüchtlinge Aug. 1952	Selbständige	Ange-stellte	Ar-beiter	ins-gesamt

I. Berufe mit hohem Anteil der Flüchtlinge

Ackerbauer u. a. Berufe des Pflanzenbaues u. d. Tierwirtschaft <sup>3</sup> .....	2,7	8	13	3	2	18
Ingenieure u. Techniker	2,5	3	3	4	—	7
Technische Sonderfachkräfte .....	0,4	2	—	5	—	5
Kaufmännische Berufe .	16,3	23	11	40	—	51
Gaststättenberufe .....	1,4	3	5	1	—	6
Gesundheitsdienst- und Körperpflegeberufe, Volkspflegeberufe ....	3,8	6	3	9	—	12
Rechts- und Sicherheitswahrer .....	2,2	5	3	7	—	10
Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger ...	1,9	3	—	7	—	7
Bildungs-, Forschungs- u. künstler. Berufe ..	1,9	4	3	6	—	9
Verschiedene kleine Gruppen ohne bestimmte Berufsangabe <sup>4</sup>	4,5	9	—	—	19	19
<b>zusammen</b>	<b>37,6</b>	<b>66</b>	<b>41</b>	<b>82</b>	<b>21</b>	<b>144</b>

<sup>1</sup> Erwerbspersonen der im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Zonenflüchtlinge (Hauptflüchtlinge). Die für die Flüchtlinge angegebenen Zahlen sind Annäherungswerte, vom Verfasser ermittelt durch Auswertung der Unterlagen des

noch Tabelle 11

Berufsgruppe(n)	Von 100 Erwerbspersonen gehörten zu der (den) Berufsgruppe(n)		Von den im August 1952 für Westberlin aufgenommenen Flüchtlings-Erwerbspersonen gehörten zu der (den) Berufsgruppe(n) abs. Zahl			
	Bevölkerung von Westberlin 1950	für Westberlin aufgenommen. Flüchtlinge Aug. 1952	Selbstständige	Ange-stellte	Arbeiter	insgesamt

## II. Berufe mit durchschnittlichem Anteil der Flüchtlinge

Verwaltungs- und Büroberufe .....	10,0	10	—	21	1	22
-----------------------------------	------	----	---	----	---	----

## III. Berufe mit niedrigem Anteil der Flüchtlinge

Metallerzeugung u. -verarbeitung .....	9,3	8	1	2	15	18
Textilherstellung u. -verarbeitung .....	5,2	2	2	1	2	5
Übrige industrielle und handwerkliche Berufe ...	23,2	5	3	2	6	11
Verkehrsberufe .....	6,9	5	3	2	5	10
Hauswirtsch. und Reinigungsberufe .....	4,5	3	—	6	—	6
Sonstige kleine Berufsgruppen <sup>5</sup> .....	3,3	1	—	—	3	3
zusammen	52,4	24	9	13	31	53
Summe aller Berufsgruppen	100,0	100	50	116	53	219
in vH	—	—	23	53	24	100

Bundesnotaufnahmeverfahrens beim Institut für Raumforschung, Außenstelle Berlin. Ausgezählt wurden die Angaben über den zuletzt ausgeübten Beruf.

<sup>2</sup> Errechnet aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 106).

<sup>3</sup> Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer; Forst-, Jagd- und Fischereiberufe; mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabt. Land- und Forstwirtschaft.

<sup>4</sup> Berufstätige ohne nähere Berufsangabe, Berufstätige mit noch nicht bestimmtem Beruf, Schulentlassene, mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabt. Land- und Forstwirtschaft.

<sup>5</sup> Maschinisten und zugehörige Berufe, Dienst- und Wachberufe.

Tabelle 12

**Berufsgliederung der im August 1952 in Westberlin aufgenommenen  
oder abgelehnten Zonenflüchtlinge nach Berufsabteilungen<sup>1</sup>  
im Vergleich mit der Berufsgliederung der Bevölkerung der Sowjet-  
zone und Ostberlins (1946)<sup>2</sup> und Westberlins (1950)<sup>3</sup>**

Berufsabteilung	Zu der Berufsabteilung gehörten von 100 Erwerbspersonen der				
	im August 1952 in Westberlin			Bevölkerung	
	für d. Bundesgebiet	für Westberlin	abgelehnten Flüchtlinge	der Sowjetzone und Ostberlins 1946 <sup>2</sup>	Westberlins 1950 <sup>3</sup>
	aufgenommenen Flüchtlinge				
Berufe d. Pflanzenbaues u. der Tierwirtschaft .	17	8	7	27	3
Industrielle und handwerkliche Berufe ....	21	16	28	36	38
Technische Berufe .....	5	6	4	2	4
Handels- und Verkehrsberufe .....	29	30	32	13	24
Berufe der Haushalts-, Gesundh. und Volkspflege .....	5	8	5	7	8
Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens ....	11	16	10	7	15
Berufe des Geistes- und Kunstlebens .....	6	7	3	2	4
Berufstätige mit unbestimmtem Beruf .....	6	9	11	6	4
	100	100	100	100	100

<sup>1</sup> Hauptflüchtlinge, die durch das Bundesnotaufnahmeverfahren in Westberlin gegangen sind, also ungerechnet die ohne Verfahren ins Bundesgebiet abgeflogenen Jugendlichen. Die für die Flüchtlinge angegebenen Zahlen sind Annäherungswerte, ermittelt durch Auswertung der Unterlagen des Bundesnotaufnahmeverfahrens beim Institut für Raumforschung, Außenstelle Berlin. Ausgezählt wurden die Angaben über den zuletzt ausgeübten Beruf. Stärkere Abweichungen von der Berufsgliederung nach dem erlernten Beruf zeigten sich nur bei den industriellen und handwerklichen Berufen, deren Anteil bei den für Westberlin Aufgenommenen bedeutend höher gelegen hätte (über 25 vH), wenn der erlernte Beruf der Auszählung zugrundegelegt hätte.

<sup>2</sup> Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1946. Die Ergebnisse der Volkszählung 1950 sind für die Sowjetzone nicht veröffentlicht worden.

<sup>3</sup> Abgerundete Zahlen aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung (Berliner Statistik, Sonderheft 25, S. 106).

# Die Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Professor Dr. Bernhard P f i s t e r

*erscheinen in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung enthält Arbeiten zu den Grundfragen des deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems, die zweite Abteilung enthält die Einzeldarstellungen der Länder. Die zur 1. Abteilung gehörigen Arbeiten erscheinen als Band 6, die zur 2. Abteilung gehörigen als Band 7 der Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik. Die einzelnen Arbeiten erscheinen nicht in systematischer sondern in zwangloser Reihenfolge, jeweils nach Fertigstellung der Manuskripte durch die Autoren. Sie werden mit einer römischen Ziffer gekennzeichnet und nach der Reihenfolge ihres Erscheinens den Bänden 6 und 7 der Schriftenreihe zugeordnet. Die Ergänzung des Veröffentlichungsplanes durch weitere Arbeiten bleibt vorbehalten.*

## **Erste Abteilung: Grundfragen**

**Band 6/I: Die volkswirtschaftliche Eingliederung eines Bevölkerungszustromes.** Wirtschaftstheoretische Einführung in das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem. Von Prof. Dr. Helmut Arndt, Marburg/Lahn. 134 Seiten. 1954. DM 9,40.

**Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik.** Von Dr. Gerhard Reichling, Bad Homburg

**Die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder.** Von Dr. Christof Rotberg. Mit einem Vorwort von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

**Die deutsche Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage als Problem des Völkerrechts.** Von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

**Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen.** Von Prof. Dr. Günter Schmölders, Köln

**Ein zusammenfassender Schlußband.** Von Prof. Dr. B. Pfister, München

*Fortsetzung 3. Umschlagseite*

## **Zweite Abteilung: Einzeldarstellungen**

**Band 7/I: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone.** Von Prof. Dr. Peter-Heinz Seraphim, München/Tutzing. 202 Seiten und 23 mehrfarbige Karten. 1954. DM 15,60.

**Band 7/II: Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen.** Von Prof. Dr. Gerhard Albrecht, Marburg/Lahn. Unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard. 184 Seiten und 1 mehrfarbiges Schaubild. 1954. DM 12,80.

**Band 7/III: Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin.** Von Dr. Hans-Joachim v. Koerber, Berlin. Unter Mitwirkung von Prof. C. Thalheim, Berlin. 156 Seiten. 1954. DM 11,20.

**Die Heimatvertriebenen in Nordrhein-Westfalen.** Von Dipl.-Volkswirt Gertrude Stahlberg, Bonn.

**Die Heimatvertriebenen in Niedersachsen.**

**Die Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein.**

Von Dr. Friedrich Edding, Kiel.

**Die Eingliederung der Flüchtlinge in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.** Von Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe, Wilhelmshaven.

**Die Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg.**

Von Dipl.-Volkswirt Erwin Müller, Heidelberg.

**Die Heimatvertriebenen in Bayern.** Von Dr. Bodo Spiethoff, München.

**Die Heimatvertriebenen in Rheinland-Pfalz.** Von Dipl.-Volkswirt Helmut Wagner, Mainz.

**DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN-MÜNCHEN**